LANDKREIS KASSEL

Beteiligungsbericht 2016

Inhaltsverzeichnis:

1 Beschäftigungs- und Strukturpolitik 7

1.1 Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft im Landkreis Kassel mbH (AGiL) 9
1.2 Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH (WFG) 25
1.3 Regionalmanagement Nordhessen GmbH 33
1.4 Hessische Landgesellschaft mbH (HLG) 43
1.5 Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs-KG 59
1.6 Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) 63
1.7 Gemeinnützige GmbH für Soziales und Kultur im Landkreis Kassel (Soku gGmbH) 113
1.8 Breitband Nordhessen GmbH 119

2 Energie 131

2.1 EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH 133
2.2 EAM GmbH & Co. KG 137
2.3 Planungs- und Betriebs GmbH 143
2.4 Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH (KEG) 149

3 Verkehr 155

3.1 Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) 157
3.2 HLB Basis AG 167
3.3 Flughafen GmbH Kassel 177
3.4 GVZ-Projektgesellschaft Kassel mbH 197

4 Wohnungswesen 201

4.1 Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft f. d. ehem. Landkreis Hofgeismar eG (GEWOBAG) 203

5 Eigenbetriebe 209

5.1 Eigenbetrieb „Kliniken des Landkreises Kassel" 211
5.2 Abfallentsorgung Kreis Kassel 221
5.3 Jugend- und Freizeiteinrichtungen 229

6 Zweckverbände 237

6.1 Zweckverband Raum Kassel 239
6.2 Kasseler Sparkasse 243
6.3 Wasserverband Losse 251
6.4 Hessischer Wasserverband Diemel 259
6.5 Zweckverband Naturpark Habichtswald 265
6.6 Zweckverband Naturpark Meissner-Kaufunger Wald 271
6.7 Zweckverband Tierkörperbeseitigung 283
6.8 Gasversorgungszweckverband Landkreis Kassel 285

7 Stiftungen 289

7.1 Kulturstiftung des Landkreises Kassel 291

8 Projektentwicklung 293

8.1 Projektentwicklungs-GmbH & Co. Landratsamts KG 295
8.2 Landratsamt Kassel Verwaltungs-GmbH 299
8.3 Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG 301
8.4 Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH 309
8.5 Zweite Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG 315
8.6 Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH 323
8.7 Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co Schulen Landkreis Kassel KG 329

9 Bürgschaften 337

9.1 Bürgschaften Stand: 31.12.2016 339

Impressum:

Herausgeber: Kreisausschuss des Landkreises Kassel
Beteiligungsmanagement
Wilhelmshöher Allee 19 – 21
34117 Kassel
Tel. 0561/1003-1511
Fax: 0561/7887-5015
E-Mail: sabine-koch@landkreiskassel.de

Redaktion: Oliver Rother/Sabine Koch

Stand: 31.12.2016

Uwe Schmidt
Landrat des Landkreises Kassel

V O R W O R T

Zum Beteiligungsbericht 2016

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der vorliegende 15. Beteiligungsbericht bietet Ihnen einen Überblick über die Aufgabenerfüllung und die wirtschaftliche Situation der Unternehmen, an denen der Landkreises Kassel beteiligt ist. Mit der Vorlage dieses Berichts geht der Landkreis erneut über seine gesetzliche Berichtspflicht nach § 123 a HGO hinaus und sorgt für Transparenz in seinem wirtschaftlichen Handeln. Die Daten basieren auf den Jahresabschlüssen 2016 und den von den Unternehmen bereitgestellten Informationen.

Die Beteiligungsverhältnisse des Landkreises Kassel haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Insgesamt ist der Landkreis Kassel weiterhin direkt an 33 Unternehmen in privater Rechtsform, Eigenbetrieben, Zweckverbänden, Stiftungen und ÖPP-Gesellschaften beteiligt. Sie alle erfüllen wichtige öffentliche Zwecke. So im Bereich Beschäftigungs- und Strukturpolitik, dem Energie- und Verkehrssektor sowie bei der Gesundheitsversorgung, dem Wohnungswesen und der Abfallentsorgung. Darüber hinaus engagiert sich der Landkreis mit seinen Beteiligungen unter anderem in den Bereichen Jugend, Tourismus und Kultur.

Besonders gefreut habe ich mich 2016 über die positive Entwicklung am Flughafen Kassel, mit dem Engagement der Firma Sundair und dem Frachtkunden GLS, sowie über den Start des dringend notwendigen Breitbandausbaus zur besseren Versorgung von Bevölkerung und Betrieben mit schnellem Internet.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre des 15. Beteiligungsberichts. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Beteiligungsunternehmen und der Verwaltung für die Umsetzung der Ziele und für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Berichtes.

Kassel, im November 2017

Uwe Schmidt
Landrat

1 Beschäftigungs- und Strukturpolitik

1.1 Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft im Landkreis Kassel mbH (AGiL)

Sitz	Ritterstraße 1 34466 Wolfhagen Tel: 05692/987-3218 Fax: 05692/987-3199 E-Mail: bruno-kramer@landkreiskassel.de Internet: www.agil-wolfhagen.de
Gründungsdatum	31.05.1994
Gesellschaftszweck	Nach § 2 des Gesellschaftsvertrages verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne der §§ 55 ff. Abgabenordnung (AO). Die Gesellschaft will für Erwerbslose geeignete Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen, die die Entwicklung, den Erhalt und Weiterentwicklung der persönlichen, sozialen und beruflichen Wiedereingliederungschancen unterstützen und fördern. Darüber hinaus verfolgt die Gesellschaft das Ziel, junge Menschen, insbesondere im Landkreis Kassel, bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen und ihnen Hilfe bei ihrer persönlichen und beruflichen Lebensplanung zu geben.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel - Handelsregister - HRB 12 089
Stammkapital	25.564,59 €
Gesellschafter	Landkreis Kassel
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat
Beirat	Die Gesellschaft hat keinen Beirat
Geschäftsführung	Geschäftsführer: Bruno Kramer
Abschlussprüfer	Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Berger, Strecker und Partner Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine
Anzahl der Beschäftigten	388 am 31.12.2016
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht 2016

1.Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

a) Geschäftsverlauf 2016

Bei der Arbeitsförderungsgesellschaft im Landkreis Kassel (AGiL) handelt es sich um eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in der alleinigen Trägerschaft des Landkreises Kassel. Die Gesellschaft besteht seit 1994. Gegenstand des Unternehmens ist die Beschäftigung von Erwerbslosen in gesellschaftlich nützlichen Aufgabenfeldern sowie deren Qualifizierung, Ausbildung, Beschulung und Betreuung mit dem Ziel, die Vermittlungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern bzw. Fertigkeiten und Kenntnisse der aktiven Arbeitswelt anzupassen. Darüber hinaus ist die AGIL ab 2004 anerkannter freier Träger der Jugendhilfe.

Die Gesellschaft setzt in vielfältiger Weise öffentlich finanzierte Maßnahmen und Projekte durch. Es handelt sich im Kerngeschäft um Beschäftigungs- Qualifizierungs- und Ausbildungsmaßnahmen/ Projekte der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters Landkreis Kassel, der europäischen Union, des Landes Hessen und des Landkreises Kassel.

Wie auch in den Vorjahren war der Geschäftsverlauf 2016 von verschiedenen äußeren Einflüssen geprägt, die auch teilweise die Angebotspalette der Gesellschaft verändert haben.

Gravierend sind in diesem Zusammenhang die Entwicklungen im Bereich der Reha-Ausbildung (Hauswirtschaft) für behinderte Menschen mit Förderbedarf gem. § 117 SGB III an den Ausbildungsstandorten Calden und Hofgeismar.
Für den Standort Calden war zum Ausbildungsbeginn 2015 turnusgemäß eine Ausschreibung fällig. Die Agentur für Arbeit hat auf die fällige Ausschreibung verzichtet, weil schon bereits zum Ausbildungsstart 2014 keine Auszubildenden zugewiesen werden konnten. Die Ausbildungsstelle Calden ist deshalb zum 30.6.2016 aufgegeben worden.
Für den Standort Hofgeismar war zum Ausbildungsbeginn 2015 turnusgemäß eine Ausschreibung fällig, an der sich die Gesellschaft auch erfolgreich beteiligt hat. Trotz bewilligter Gesamtzahl von 6 Ausbildungsplätzen konnten nur 3 Ausbildungsplätze von der Agentur zugewiesen werden. Für das Ausbildungsjahr 2016 hat die Agentur für Arbeit die mögliche Option nicht geltend gemacht. Bei Fortsetzung dieser Entwicklung droht auch dem Standort Hofgeismar im Jahr 2018 die Einstellung des Ausbildungsbetriebes.
Für den Bereich der Reha-Ausbildung zum/zur Gartenwerker/in ergab sich aufgrund einer Optionskonstellation, dass zum Ausbildungsbeginn 2015 erneut 6 Plätze zur Verfügung standen. Für den Ausbildungsstart 2016 war die Gesellschaft mit einer erneuten Ausschreibung der Agentur für Arbeit erfolgreich. Damit standen zum Ausbildungsstart 2016 erneut 6 Plätze zur Verfügung, die durch die Agentur für Arbeit nur im Umfang von 3 Plätzen besetzt werden konnten. Insofern gibt auch weiterhin

der Zuweisungsumfang der Agentur für Arbeit für fest eingekaufte Plätze Anlass zur Sorge. Zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung sind erneut nicht alle Plätze belegt.

Nach dem Wegfall der Landesförderung wurde in der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/Assistentinnen zum Ausbildungsbeginn 2014 lediglich noch eine Unterstufe aufgenommen, die ihre Ausbildung zum 31.7.2016 abgeschlossen hat. Nach Durchführung des Prüfungsteiles „Apothekenpraxis“ im Frühjahr 2017 ist der Schulbetrieb nach der Beschlusslage der Gesellschafterversammlung endgültig zum 31.3.2017 eingestellt worden. In Geschäftsjahr 2016 wurde mit dem Rückbau der ausbildungsspezifischen Ausstattung der ehemaligen PTA-Lehranstalt begonnen.

Im Bereich der **allgemeinen Beschäftigungsförderung** konnte Bewährtes fortgesetzt werden, teilweise sind neue Projekte (u.a. im Bereich der Flüchtlingshilfen) hinzugekommen.

Hinsichtlich der ab 2015 (nach Um- und Ausbau der Immobilie) relativ verfestigten Aufwands- und Ertragssituation in der Sparte „**Immobilie Kleiderfabrik“** ergibt sich erneut ein positives Geschäftsergebnis.

Die noch im Lagebericht 2015 erwarteten negativen Geschäftsverlauf durch die Verlagerung der **Recyclingwerkstatt** aus der Immobilie Kleiderfabrik in die Pommernanlage nach Wolfhagen ist nicht eingetreten bzw. konnte durch erweiterte Aktivitäten kompensiert werden. Auch im Geschäftsjahr 2016 ergibt sich erneut ein positives Geschäftsergebnis.

b) Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen
In der Bundesrepublik Deutschland waren am 31.12. 2016 insgesamt 2,568 Mio. Menschen arbeitslos. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,8 % (West 5,3 und Ost 8,0 %). Die Arbeitslosenquote lag in Hessen am 31.12.2016 bei 5,0 %. Im Landkreis Kassel lag die Arbeitslosenquote am 31.12.2016 bei 4,1 (zum Vergleich Stadt Kassel 8,8 %).

Bezogen auf den Rechtskreis SGB II und damit auf ein wesentliches Betätigungsfeld der Gesellschaft waren am 31.12.2016 insgesamt 3.414 Menschen beim Jobcenter Landkreis Kassel arbeitslos gemeldet. Insgesamt ist die Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB II im Landkreis Kassel im Jahresverlauf 2016 von 3,0 % auf 2,7 % gesunken.

Allerdings betreut das Jobcenter Landkreis Kassel am 31.12.2016 nach wie vor den größeren Anteil der Arbeitslosen im Landkreis Kassel. Im Jahresdurchschnitt war das Jobcenter Landkreis Kassel für rd. 67,5 % der Arbeitslosen im Landkreis zuständig (Rechtskreis SGB II). Die restlichen rd. 31,5 % der Arbeitslosen wurden direkt von der Kasseler Arbeitsagentur betreut. (Rechtskreis SGB III)

c) Geschäftsbereiche

- **Geschäftsbereich Ausbildung**

- Die Gesellschaft hat seit 1994 in vielfältiger Weise zunächst über das Landesprogramm „Ausbildung statt Arbeitslosengeld II“ und ab 2011 über das Folgeprojekt „Ausbildungsbudget Landkreis Kassel“ und ab 2015 über das Folgeprojekt „Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget“ junge Menschen im Rahmen 3 bzw. 2jähriger Ausbildungen in verschiedenen Ausbildungsberufen ausgebildet. Im Geschäftsjahr 2016 wurde 1 Ausbildungsverhältnis zum/zur Hauswirtschafter/Hauswirtschafterin in Kooperation mit der Jugendburg Sensenstein umgesetzt.
- Im Geschäftsjahr konnte die Gesellschaft aufgrund der Zuschläge auf Ausschreibungen 30 Plätze für junge Männer und Frauen im Rahmen der sog. Reha - Ausbildung im Ausbildungsberuf „ Fachpraktiker/in Hauswirtschaft“ an den Standorten Calden und Hofgeismar anbieten. Die dann tatsächlich eingetretene Zuweisung in diesem Bereich für behinderte Menschen mit Förderbedarf gem. § 117 SGB III an den Ausbildungsstandorten Calden und Hofgeismar hat dann zu erheblichen Auswirkungen geführt. So konnten im Geschäftsjahr 2016 lediglich 16 Plätze tatsächlich besetzt werden. Die Ausbildungsstelle Calden musste deshalb zum 30.6.2016 aufgegeben werden.
  Für den Standort Hofgeismar war zum Ausbildungsbeginn 2015 turnusgemäß eine Ausschreibung fällig, an der sich die Gesellschaft auch erfolgreich beteiligt hat. Trotz bewilligter Gesamtzahl von 6 Ausbildungsplätzen konnten nur 3 Ausbildungsplätze von der Agentur zugewiesen werden. Die in dieser Ausschreibung beinhaltete mögliche Option für den Ausbildungsstart 2016 wurde von der Agentur nicht gezogen, sodass 2016 keine Ausbildungsplätze angeboten werden können. Für 2017 ist erneut die mögliche Option nicht gezogen worden. Die Ausbildungsstelle Hofgeismar wird unter den gegebenen Umständen zum Sommer 2018 ihren Betrieb einstellen.
- Für den Bereich der Reha-Ausbildung zum/zur Gartenwerker/in hat sich die Gesellschaft in 2016 an einer erneuten Ausschreibung der Agentur beteiligt und den Zuschlag für 6 Ausbildungsplätze erhalten. Aufgrund der Ausschreibung 2013 (mit Optionen für die Jahre 2014 und 2015) standen im Geschäftsjahr am Ausbildungsstandort Kassel – Oberzwehren im Jahresverlauf noch insgesamt 24 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Leider konnten davon erneut nicht alle Plätze durch die Agentur besetzt werden. Zum Ausbildungsstart 2017 hat die Agentur für Arbeit die mögliche Option nicht gezogen. Diese Entwicklungen geben Anlass zu der Befürchtung, dass auch diese sehr erfolgreiche Ausbildungsmaßnahme möglicherweise im Sommer 2019 ihren Betrieb einstellen muss.
- Nach dem Wegfall der Landesförderung zum Ausbildungsstart 2014 wurde in der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/Assistentinnen zum Ausbildungsbeginn 2014 lediglich noch eine Unterstufe aufgenommen, die ihre schulische Ausbildung zum 31.7.2016 abschließen konnte. Mittlerweile ist der Schulbetrieb nach Durchführung des letzten Prüfungsteiles „Apothekenpraxis“ im Frühjahr 2017 nach der Beschlusslage der Gesellschafterversammlung endgültig zum 31.3.2017 eingestellt worden.

Zusammenfassung :

Grundsätzlich werden für alle Ausbildungsaktivitäten im Vorhinein kostendeckende Finanzierungsvereinbarungen getroffen worden.

Die sehr beklagenswerte Situation der Zuweisung zu den Reha-Ausbildungen konnte durch frühzeitige Personalanpassungen begegnet werden.

Im Bereich der PTA-Ausbildung ergibt sich aufgrund der beschriebenen Umstände im Geschäftsjahr eine erhebliche Unterdeckung der auch nur begrenzt durch Kostenreduzierungen begegnet werden konnte. Das Gesamtdefizit 2016 von rd. 130.000 € konnte durch andere Geschäftsaktivitäten ausgeglichen werden.

Geschäftsbereich Beschäftigungsförderung

- Für den Landkreis Kassel wurden im Geschäftsjahr eine Beschäftigungsförderungsmaßnahmen im Rahmen des Vertrages über die örtliche Zusammenarbeit nach § 18 SGB II in Verbindung mit der gründungsbegleitenden Vereinbarung gem. § 44 b SGB II umgesetzt. Auf diese Weise konnten durch die AGiL erneut insgesamt 14 Teilnehmer aus dem Rechtskreis SGB II im Rahmen sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse in sinnstiftenden zusätzlichen Tätigkeiten angeleitet, beschäftigt und sozialpädagogisch betreut werden.
- Für den Landkreis Kassel wurden im Geschäftsjahr weitere 30 Beschäftigungsförderungsmaßnahmen im Rahmen sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse in sinnstiftenden zusätzlichen Tätigkeiten angeleitet, beschäftigt und sozialpädagogisch betreut werden. Die Finanzierung dieser Beschäftigungsmaßnahme für langzeitarbeitslose Leistungsberechtigter nach dem SGB II erfolgte durch ein ESF-Bundesprogramm (LZA) in Form von Lohnkostenzuschüssen. Daneben erfolgte eine Kofinanzierung durch das Landesprogramm „Kompetenz fördern-Perspektiven eröffnen“ und eine Restfinanzierung durch den Landkreis Kassel.
- Seit dem 15.11.2012 konnte die Gesellschaft mit dem Angebot „Museums-Werkstatt Wülmersen“ ein weiteres Einsatzgebiet für langzeitarbeitslose ältere Menschen, Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte, Berufsrückkehrer und Menschen mit Migrationshintergrund im Nordkreis bereitstellen. Unter fachlicher Anleitung ging es im Projekt um produktive Aufgabenstellungen rund um das Landmuseum Wülmersen. Das mit dem Jobcenter ausgehandelte Projekt wurde zum 31.12.2016 wegen Kürzungen des Eingliederungstitels 2017 des Jobcenters kurzfristig eingestellt.
- Die Recycling-Werkstatt Wolfhagen ist ebenfalls ein Einsatzgebiet für langzeitarbeitslose ältere Menschen, jüngere Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte, Berufsrückkehrer und Menschen mit Migrationshintergrund. Unter fachlicher Anleitung geht es im Projekt um produktive Aufgabenstellungen rund um Gebrauchtmöbel. Die Teilnehmer holen auf Anforderung gespendete Gebrauchtmöbel ab, setzen bei Bedarf die Möbel instand und versorgen mit den aufgearbeiteten Möbeln in einer Art Recyclingkaufhaus bedürftige Kunden. Nach dem Beschluss der Gesellschafterversammlung ist die Recycling-Werkstatt (Gebrauchtmöbelkaufhaus und Ausbildungsbetrieb für

Tischler) im 1.Quartal 2014 in die Pommernanlage Wolfhagen Gasterfeld verlagert worden. Inhaltlich wurde das Projekt in 2016 unverändert umgesetzt. Das mit dem Jobcenter ausgehandelte Projekt wurde zum 31.12.2016 wegen Kürzungen des Eingliederungstitels 2017 des Jobcenters kurzfristig eingestellt.

- Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt tritt die Gesellschaft auch als Dienstleister gegenüber dem Alleingesellschafter Landkreis Kassel auf. So wurden über Maßnahmen des „zweiten“ und „dritten“ Arbeitsmarktes hinaus bei voller Kostenerstattung u.a. Aufgaben aus dem Bereich der Entsorgung von durch den Straßenverkehr getöteten Wildtieren, der Jugendberufshilfe, der Unterbringung von Flüchtlingen, der Schulsozialarbeit sowie der Betreuung von Grundschulkindern, übernommen.

Zusammenfassung:

Für alle Aktivitäten im Bereich der Förderung der Beschäftigung sind im Vorhinein Finanzierungsvereinbarungen getroffen worden. Es ergeben sich im Geschäftsjahr keine Hinweise auf Unterdeckungen

Geschäftsbereich Qualifizierung und Beschäftigung , Aktivierungsmaßnahmen

- Im Geschäftsjahr führte die AGIL im Wasserschloss Wülmersen erneut die Maßnahme „Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen (mit Förderung des Landes und des ESF und Kofinanzierung aus Mitteln SGB II) durch. Es handelt sich dabei um eine Jugendberufshilfemaßnahme für langzeitarbeitslose Teilnehmer/innen SGB II mit vielfältigen Integrationshemmnissen, die in der Regel über keine Schulausbildung verfügen. Die Qualifizierung und Beschäftigung erfolgt in den Berufsfeldern Hauswirtschaft und Metallverarbeitung. Für das Geschäftsjahr 2016 ergab sich erneut eine Förderung für 12 Plätze durch das Land Hessen/ESF bei gleichzeitiger Kofinanzierung durch das Jobcenters Landkreis Kassel. Weitere 4 Plätze wurden über eine Förderung des Landes Hessen/ESF für junge Flüchtlinge besetzt.

Für alle Aktivitäten im Bereich der Qualifizierung und Beschäftigung sind im Vorhinein Finanzierungsvereinbarungen getroffen worden. Es ergeben sich im Geschäftsjahr keine Hinweise auf Unterdeckungen.

- **Geschäftsbereich Jugendhilfe**

- Nach entsprechender Verhandlung mit dem Jugendhilfeträger hat die Gesellschafterversammlung 2014 den Aufbau einer Wohneinrichtung zur Betreuung „minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge“ beschlossen. Die Wohngruppe gehört mittlerweile zum festen Leistungsangebot der AGiL und hat sich fortentwickelt. Auch ist in Wolfhagen-Niederelsungen zum 1.12.2015 eine weitere Gruppe entstanden, sodass die AGiL derzeit 20 vollstationäre Betreuungsplätze für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge anbieten kann. Ebenfalls bietet die AGiL eine sog „Verselbstständigungswohnung“ mit 3 Wohnplätze (an die Wohngruppe Wolfhagen angegliedert) an. Zur Betreuung des Personenkreises nach vollstationärer Betreuung und Verselbstständigung konnte ist im Geschäftsjahr ein ambulant begleitetes System der Betreuung in eigener Wohnung aufgebaut werden. Alle benannten Angebote werden durch den Jugendhilfeträger finanziert. Bei den stationären Jugendhilfeangeboten ergab sich im Geschäftsjahr ein Rückgang der unterzubringenden jungen Flüchtlinge. Nach Änderung der bundesweiten Verteilungsordnung wurden dem Bundesland Hessen wegen Erfüllung der Quote keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge mehr zugewiesen. Dies hatte auch deutlichen Einfluss auf unsere beiden Wohngruppen und die Verselbstständigungswohnung. Seit August 2017 ist das Aufnahmesoll wieder erreicht, sodass auch in Hessen Jugendliche zugewiesen werden.
- Aufstrebend stellt sich die Arbeit der Jugendberufshilfe dar. Neben der strategischen Ausrichtung der Fachstelle wird mit den Projekten Berufspatenprojekt (das „Berufspatenprojekt“ als Ehrenamtsprojekt hat zum Ziel dass sich berufs- und lebenserfahrene Paten um einen Jugendlichen, sozusagen als „Brückenbauer“, kümmern umso den Übergang von der Schule in eine angemessene Ausbildung zu erleichtern.), 2.Chance (Wiedereingliederung Schulverweigerer), Gatekeeper und mittlerweile 3 eingerichteten Berufswahlbüros ein wesentlicher Beitrag im Bereich Übergang Schule und Beruf geleistet. Die Gesellschaft stellt mit der Leiterin der Jugendberufshilfe die lokale Koordinatorin für das Programm „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsstellen in Hessen (OloV)“ und ist dadurch in die Lage versetzt wichtige Impulse für den Bereich des Überganges von der Schule in den Beruf zu setzen.
- Im Geschäftsjahr wurde für eine allgemeinbildende Landkreisschule die sozialpädagogische Betreuung in 2 Klassen im Rahmen von PuSch A sichergestellt. An den beiden beruflichen Schulen des Landkreises hat die Gesellschaft für insgesamt 4 Klassen im Rahmen von PuSch B die sozialpädagogische Betreuung umgesetzt.
- Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft an den beiden beruflichen Schulen des Landkreises die Übernahme der sozialpädagogischen Betreuung für insgesamt 14 Klassen für junge Flüchtlinge im Rahmen von InteA (Integration durch Anschluss und Abschluss) sichergestellt. Es handelt sich dabei um ein Projekt des Hessischen Kultusministeriums.
- In Ausgestaltung des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets des Landkreises Kassel hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2 Maßnahmen zur Sprachvermittlung (bis Sprachniveau B 2) und zur beruflichen Qualifizierung für Flüchtlinge entwickelt und begleitet. Die Maßnahmen werden unter dem Projekttitel 15 + 5 geführt und haben eine Laufzeit von 15 Monaten plus bei Bedarf 5 Monate Nachbetreuung durch einen ehrenamtlichen Paten.

Geschäftsbereich Organisation und Verwaltung

- Bis einschließlich 2005 gewährte der Landkreis Kassel jährliche Betriebskostenzuschüsse für die nicht durch Projekte abgedeckten Verwaltungs- und Sachkosten. Ab dem Geschäftsjahr 2006 konnten diese Kosten durch die allgemeine Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erwirtschaftet werden, sodass ab diesem Zeitpunkt keine Betriebskostenzuschüsse des Alleingesellschafters mehr nötig wurden. Auch im Geschäftsjahr 2016 setzt sich diese Entwicklung fort.

- **Geschäftsbereich Recycling-Werkstatt Wolfhagen**

Der wirtschaftliche Zweckbetrieb „Recycling-Werkstatt“ wurde nach einem Standortwechsel mit der Konzeption der Vorjahre weiter betrieben. Es wurden im Geschäftsjahr Empfänger von Grundsicherungsleistungen für Erwerbsfähige im Rahmen zusätzlicher und gemeinnütziger Beschäftigung sowie aus anderen Förderprogrammen beschäftigt und durch produktive Aufgabenstellungen qualifiziert.

Ein Bedarf an Gebrauchtmöbeln ist nach wie vor vorhanden, wenngleich
sich die Kundengruppen verändern.

Kunden für Gebrauchtmöbel waren auch im Jahr 2016:

- Leistungsempfänger nach dem SGB XII
- Leistungsempfänger nach dem AsylBLG
- Leistungsempfänger nach dem SGB II (nur für Ersteinrichtung der Unterkunft bzw. im freien Verkauf)
- Umzüge (SGB XII und II)
- freier Verkauf

Die Erlössituation im Bereich Recyclingwerkstatt stellt sich im Berichtsjahr stabil dar. Es werden nach wie vor noch ausreichend Möbel zur Wiederverwendung abgegeben und nach Aufarbeitung auch wiederverwendet.

- **Immobilie „Wolfhager Kleiderfabrik“**

Hinsichtlich der ab 2015 (nach Um- und Ausbau der Immobilie) relativ verfestigten Aufwands- und Ertragssituation in der Sparte „**Immobilie Kleiderfabrik“** kann bei Fortsetzung der derzeitigen Mietverhältnisse auch in den Folgejahren von einem verfestigten positiven Spartenergebnis ausgegangen werden.

b) Lage des Unternehmens

Nach dem Jahresabschluss zum 31.12.2016 stellt sich die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft stabil dar. Bezogen auf die buchungstechnisch gebildeten Sparten ergibt sich nach Konsolidierung der internen Leistungsbeziehungen folgende differenziert Gesamtdarstellung:

Sparte	**Jahresüberschuss in EUR**
Arbeitsförderung	12.876,99
Recyclingwerkstatt	40.790,22
Immobilie „Kleiderfabrik	29.392,80
Summe (konsolidiert)	**83.060,01**

Für die Umsetzung der dargestellten Geschäftsentwicklung war im Jahresverlauf jederzeit die Liquidität gewährleistet. Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als positiv zu bezeichnen.

Dazu einige ausgewählte Unternehmenskennzahlen:

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie die Finanz- und Liquiditätsstruktur des Unternehmens stellt sich wie folgt dar:

Kennzahl zur Vermögens- und Kapitalstruktur	2016 in %	2015 in %	2014 in %	2013 in %	2012 in %	2011 in %
Anlageintensität Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen	57,6	62,5	69,1	61,9	61,4	60,4
Eigenkapitalanteil Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	39,3	43,7	40,6	46,8	41,6	40,0
Fremdkapitalanteil Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	60,7	56,3	59,3	52,5	58,3	59,9
Kennzahlen zur Finanz- und Liquiditätsstruktur	2016 in %	2015 in %	2014 in %	2013 in %	2012 in %	2011 in %
Liquidität 1.Grad Flüssige Mittel x 100 / kurzfristiges Fremdkapital	124,5	102,5	26,3	35,4	55,1	8,9
Liquidität 2.Grad Flüssige Mittel+kurzfr.Ford. x 100/ Kurzfr. Fremdkapital	205,8	314,1	243,6	362,1	217,6	208,9
Anlagedeckung Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen	68,2	63,1	54,6	75,7	67,7	66,3

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

a) Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens mit den wesentlichen Risiken

RISIKOFRÜHERKENNUNGSSYSTEM

Vorbemerkung:

Das am 01.Mai 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTRaG) gilt zwar unmittelbar nur für Aktiengesellschaften, die darin enthaltene Verpflichtung zur Einrichtung eines Risikomanagementsystems ist jedoch bei kommunalen Unternehmen nach den Regelungen des § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) und den allgemeinen handelsrechtlichen Sorgfaltspflichten eines Geschäftsführers analog auch auf GmbH`s anzuwenden.

Danach ist ein Risikofrüherkennungssystem erforderlich, das eine Risikoidentifikation beinhaltet, die eine anschließende Risikobewertung, -steuerung und - überwachung ermöglicht. Bei der Festlegung von Inhalt und Umfang des Systems sind Art, Größe und Struktur des jeweiligen Unternehmens zu berücksichtigen. AGIL führt eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten durch, die in der Regel zu 100 % durch Dritte (Zuschussgeber) finanziert sind. Achtet die Geschäftsführung auf eine volle Kostendeckung, bestehen kaum finanzielle oder sonstige Risiken. Hierbei ist es wichtig, die Arbeitsverhältnisse der Maßnahme-Teilnehmer/innen nur für die Dauer der jeweils refinanzierten Zeiträume zu befristen.

Gleiches gilt in Bereichen, in denen AGIL als Dienstleister auftritt und meist „ausgegründete“ Aufgaben der Landkreisverwaltung übernimmt.

> Bei Kostenarten, die in diesem Sinne keiner konkreten Kostenstelle zugeordnet werden können, ist darauf zu achten, dass sie entweder durch andere Aktivitäten im Wirtschaftsjahr gedeckt werden können oder durch frühzeitige Anmeldung und Anforderung gegenüber dem Alleingesellschafter (Landkreis Kassel) als Betriebskostenzuschuss geltend gemacht werden.

Unabhängig von diesen Grundsätzen erfolgt folgende Abschätzung spezifischer Risiken, die noch erweitert werden kann und zukünftig anzupassen ist:

Lfd. Nr.	Risikobeschreibung	mögliche Folge	Risikobewertung		Steuerungsmaßnahmen
			Eintrittswahr-scheinlichkeit	Spezifischer Schaden	
	ALLGEMEIN				
1.	Reduzierung oder Streichung des Betriebskostenzuschusses durch den Alleingesellschafter	regelmäßige Jahresfehlbeträge sofern die Deckung nicht anderwärtig erfolgen kann	möglich	mittel	Ständige Kommunikation des Geschäftsführers mit den Budgetverantwortlichen des Gesellschafters, sofern durch das definierte Risiko nicht ausgleichbare Jahresfehlbeträge eintreten
2.	Abzug bereitgestellten Personals durch den Gesellschafter	nicht zu bewältigender Arbeitsaufwand	möglich	immateriell	Anpassung der Gesellschaftsaktivitäten an die vorhandenen Personalressourcen.
3.	Wegfall der Refinanzierung für unbefristete Arbeitskräfte	Betriebsbedingte Kündigung von Mitarbeitern Fehlbeträge	möglich	finanziell gering, jedoch Vertrauens-schaden	Wie Nr. 1 bzw. rechtzeitige Suche nach Programmen und entsprechenden Refinanzierungsmöglichkeiten
	Recycling-Werkstatt und Sonstige SGB II Maßnahmen				
4.	Rückgang der Einnahmen im Bereich des Gebrauchtmöbelverkaufs und der Umzüge	Fehlende Refinanzierung der Stelle des Werkstattmeisters	möglich	mittel	Ständige Kommunikation mit den Verantwortlichen des Sozialamtes der Landkreisverwaltung bzw. anderen potentiellen Kunden, Serviceverbesserungen, Werbung
5.	Nicht ausreichende Zuweisung zu vereinbarten Maßnahmen durch die Agentur für Arbeit bzw. durch das Jobcenter Oder Wegfall von Maßnahmen	Fehlende Refinanzierung des Anleitungs-personales und der sonst. Fixkosten wie vor	möglich möglich	hoch hoch	Ständige Kommunikation mit den Zuweisungsverantwortlichen des JC Anpassung Ausgaben, insbesondere Sach- und Personalausgaben Einstellung der Tätigkeiten Personalanpassungen

	Immobilie „Kleiderfabrik“				
6.	Mietausfälle	Fehlbeträge	möglich	hoch	Sofortige Suche nach Nachmietern
.	**Betreuungsangebote an Grundschulen**				
7.	Wegfall der Refinanzierung durch den Landkreis (Schulträger)	Fehlbeträge	unwahrscheinlich	mittel	Keine (Angelegenheit des Schulträgers bzw. des Landes Hessen) Folgen: • Einstellung d. Projektes • Kündigung der Betreuungskräfte
	Fahrzeughaltung				
8.	Überalterung der Fahrzeuge, hohe Reparaturaufwendungen	Fehlbeträge,	hoch	mittel	• Suche nach Programmen und entsprechenden Refinanzierungsmöglichkeiten, • Anpassung der Geschäftsaktivitäten, • Ersatzbeschaffungen im Rahmen finanzieller Ressourcen; Leasing,
9	**Wohngruppen umF**				
	Absinken der Zahl der Betreuten/Zuweisungen der Jugendhilfe	Keine ausreichende Deckung der Grundkosten, Fehlbeträge	möglich	mittel, Vertrauens-schaden	• zusätzliche Aufgabenwahrnehmungen für die Jugendhilfe • Anpassung des Angebotes an veränderte Bedarfe • Schließung/Änderung der Angebotsstruktur

b) Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens mit den wesentlichen Chancen

- Die ständige Beobachtung der Entwicklung der Struktur der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II führt die Geschäftsführung zu der Einschätzung, dass es voraussichtlich ein noch stärkeres Engagement der SGB II – Träger im Bereich der Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt geben muss. Während sich die Arbeitslosenquoten 2016 im Landkreis Kassel im Vergleich zum Vorjahr verbessert hat, steigt aus Sicht der Gesellschaft nach wie vor der Anteil der Arbeitslosen, die mehrere Vermittlungshemmnisse aufweisen und einer besonderen Betreuung und Qualifizierung bedürfen. Die Gesellschaft sieht aufgrund der langjährigen Erfahrungen hier ein regionales Tätigkeitsfeld. Dieser Einschätzung stehen allerdings ständig knapper werdende Eingliederungsmittel der Jobcenter entgegen.
- Trotz teilweise sehr erfreulichen Entwicklungen der letzten Jahre im Bereich der 14 – 24jährigen (U25) Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II sieht die Geschäftsführung auch künftig ein nicht unerhebliches Betätigungsfeld. Gleiches trifft auch und im besonderen Maße für den Personenkreis der jungen Flüchtlinge zu.
- Ab dem 1.10.2007 ist die „Jugendberufshilfe“ des Landkreises Kassel in die Trägerschaft der Gesellschaft überführt worden. Seit dieser Zeit ist es Ziel der Gesellschaft die Angebotspallette der Jugendberufshilfe durch drittfinanzierte Jugendberufshilfemaßnahmen zu erweitern. In diesem Bestreben werden auch zukünftig durchaus Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft gesehen.
- Die Gesellschaft ist in der Schulsoziarbeit im Landkreis Kassel eingebunden. Im Berichtszeitraum wurde die Schulsozialarbeit mit insgesamt 13 Fachkräften durchgeführt. Der Bedarf an Schulsozialarbeit wird sich in Anbetracht der sehr guten Versorgungsstruktur im Landkreis Kassel nach Ansicht der Gesellschaft nicht spürbar verändern.

- Darüber hinaus war die Gesellschaft im Geschäftsjahr Träger von besonderen Beschulungsformen (Sicherstellung der sozialpädagogischen Begleitung PuSch A + B sowie InteA). Zumindest im Bereich der Beschulung von Flüchtlingen wird hier auch ein Bedarf für die nächsten Jahre gesehen.

4. Zusammenfassung

Die Gesellschaft hat insgesamt im Geschäftsjahr 2016 die geplanten Ziele erreicht. Bewährtes konnte fortgeführt werden; teilweise sind Projekte weggefallen oder hinzugekommen; teilweise wurden Projekte veränderten Bedürfnissen angepasst.

In den folgenden Geschäftsjahren können durch die vorbenannten wesentlichen Vorgänge nach Abschlussstichtag durch nötige Abwicklungs- , Umstrukturierungs-, Anpassungs- und Reduzierungsnotwendigkeiten bei vorhandenen verfestigten Strukturen aus Sicht der Geschäftsführung durchaus Verluste entstehen. Um dies zu verhindern wird sich die Geschäftsführung noch schneller als bisher der sich ständig verändernden Förderlandschaft anpassen müssen.

Wolfhagen 15. August 2017

Bruno Kramer
Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva

	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	1.737.275,05 €	1.748.464,05 €
Umlaufvermögen	1.277.443,01 €	1.041.418,59 €
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	5.461,50 €
Summe Aktiva	**3.014.718,06 €**	**2.795.344,14 €**

Passiva

	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	1.185.678,73 €	1.102.618,72 €
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,00 €	0,00 €
Rückstellungen	279.769,77 €	119.179,11 €
Verbindlichkeiten	1.549.269,56 €	1.573.546,31 €
Passive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
Summe Passiva	**3.014.718,06 €**	**2.795.344,14 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

AGiL

	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	10.414.106,14 €	6.623.611,92 €
2. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €
3. Sonstige betriebliche Erträge	6.689,91 €	175.036,74 €
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	32,58 €
5. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €
6. Materialaufwand	-502.451,30 €	-438.060,26 €
7. Personalaufwand	-9.318.894,76 €	-5.875.860,02 €
8. Abschreibungen	-78.926,84 €	-59.001,14 €
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	380.497,16 €	-225.008,24 €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-50.939,81 €	-52.750,30 €
11. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €
12. Sonstige Steuern	-6.026,17 €	-2.615,65 €
13. Jahresergebnis	**83.060,01 €**	**145.385,63 €**
14. Gewinnvortrag	888.366,32	710.727,27
15. Entnahme aus Kapitalrücklage	0,00	32.253,42
16. Bilanzgewinn	**971.426,33**	**888.366,32**

1.2 Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH (WFG)

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG
REGION KASSEL

Sitz	Kurfürstenstraße 9 34117 Kassel Tel: 0561/70733-0 Fax: 0561/70733-59 E-Mail: info@wfg-kassel.de Internet: www.wfg-kassel.de
Gründungsdatum	03.08.1988
Gesellschaftszweck	Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt Kassel und des Landkreises Kassel, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen.
Handelsregister	HRB 4802
Gezeichnetes Kapital	72.110,00 €
Gesellschafter	Stadt Kassel 18.410,00 € 25,5 % **Landkreis Kassel 18.410,00 € 25,5 %** Kasseler Sparkasse 17.640,00 € 24,5 % Kasseler Bank eG Volksbank/Raiffeisenbank 7.670,00 € 10,6 % IHK Kassel-Marburg 7.420,00 € 10,3 % Handwerkskammer Kassel 2.560,00 € 3,6 %
Aufsichtsrat	kein Aufsichtsrat
Beirat	16 Mitglieder Alfred Schmidt, Staatsminister a.D., Vorsitzender Dieter Beig, Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion Stadt Kassel Volker Berkhout, Freie Wähler und PiratenFraktion Stadt Kassel Marcel Brückmann, SPD-Fraktion Landkreis Kassel Wolfgang Decker, SPD-Fraktion Stadt Kassel Bernd-Peter Doose, CDU-Fraktion Stadt Kassel Julia Esterer, Dr.-Ing. Ulrich Esterer GmbH & Co. Fahrzeugaufbauten und Anlagen KG, Helsa Hans Franke, Energy Glass GmbH, Wolfhagen Karsten Freimuth, AuE Kassel GmbH, Kassel Dr. Oliver Fromm, Universität Kassel Timon Gremmels, SPD-Fraktion Landkreis Kassel Matthias Henke, Henschel GmbH, Kassel Goetz-Heinrich Henkel, CDU-Fraktion Landkreis Kassel Michael Rudolph, Deutscher Gewerkschaftsbund Nordhessen Elisabeth Theiss, Bündnis 90/Die Grünen Landkreis Kassel Andreas Wiggenhagen, Kemper System GmbH & Co. KG, Kassel
Geschäftsführung/ Geschäftsführergehalt	Kai Lorenz Wittrock Die Angabe unterbleibt gem. §§ 286 Abs. 4 i.V.m. 285 Nr. 9 HGB
Abschlussprüfer	AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel
Verlustzuweisung	2015: 310.000,00 € 2016: 310.000,00 €

Anzahl der Beschäftigten	10 MitarbeiterInnen
Beteiligungen	GVZ-Projektgesellschaft Kassel mbH 50 %
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht 2016

Finanz-, Vermögens- und Ertragslage

Zweck der Gesellschaft ist es, durch unterschiedliche Maßnahmen die Wirtschaftskraft der Region Kassel zu stärken. Sie ist primär nicht auf Gewinnerzielung ausgelegt. Die Arbeit und der Erfolg der WFG läßt sich vor allem mit positiven Ergebnissen aus der Firmenbetreuung und aus der Projektarbeit messen. Infolge der anhaltenden konjunkturellen Dynamik als Grundvoraussetzung haben sich die wirtschaftlichen Rahmendaten der Region auch im Berichtsjahr 2016 wiederum in eine sehr positive Richtung entwickelt.

Da die Einnahmen der Gesellschaft zu einem wesentlichen Teil aus Förder- bzw. Kofinanzierungsbeiträgen bestehen, spiegeln sich diese Aspekte allerdings nur in einem eingeschränkten Rahmen in der Ertragslage wider. So konnten die Umsatzerlöse aus dem Sponsoring der Projekte „Netzwerk Hessen-China", „CCA" und „Industriepark Kassel" weitestgehend auf hohem Niveau stabilisiert werden. Eine erhoffte Anschlussfinanzierung für das Projekt „Beschäftigungspakt", dessen Förderung Ende 2015 ausgelaufen ist, konnte für das Jahr 2016 jedoch nicht realisiert werden. Im Ergebnis sind die Umsatzerlöse damit von TEUR 364,4 auf TEUR 270,1 gesunken. Auch Vermarktungserlöse wurden im Berichtsjahr nicht erzielt, da die verfügbaren städtischen Grundstücke im Industriepark Kassel inzwischen veräußert sind. Auch die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 27,7 zurückgegangen, im Wesentlichen begründet durch eine geringere Landes-Förderung für das Projekt „CCA" und geringere Kostenerstattungen – bei gleichzeitig geringeren Projektausgaben auf der Aufwandsseite.

In Erwartung der geringeren Einnahmen konnten im Gegenzug die betrieblichen Aufwendungen ggü. dem Vorjahr reduziert werden. Die vorgenommenen Einsparungen bei den Projektkosten konnten die Einnahmeausfälle allerdings nicht vollständig kompensieren, da die Personalkosten infolge der tariflichen Lohnanpassungen höher lagen.

Firmenbetreuung

Die Kernaufgabe der WFG liegt darin, vor allem die „endogenen Kräfte" der Wirtschaftsregion Kassel zu stärken, d.h. die Belange der bereits angesiedelten Unternehmen im Rahmen der Kunden- und Kontaktpflege aufzunehmen und z.B. in die Verwaltungen der Städte und Gemeinden, in die Förderinstitute oder zu anderen Partnern zu tragen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Das Spektrum der Firmenbetreuung umfasst hier nach wie vor die Bereiche Investitionen, Leistungsvermittlung sowie Standortsicherung.

Inzwischen spielen auch die übergreifenden Themen wie Internationalisierung oder Digitalisierung eine ständige Rolle im Tagesgeschäft. Dabei ist es wiederholt gelungen, Kooperationen anzustoßen, sei es zu anderen Unternehmen, Institutionen oder universitären Einrichtungen, die in der Folge Investitionen auslösen.

Auch die Zahl der bearbeiteten Standortanfragen zur Ansiedlung bzw. Betriebserweiterung liegt mit rund 130 Fällen weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die besonders bearbeitungsintensive Betreuung von Anfragen auswärtiger Unternehmen hat dabei einen erheblichen Anteil. Hier spiegelt sich - neben der guten konjunkturellen Situation - auch die überregional zunehmende Wahrnehmung der Region als attraktiver Wirtschaftsstandort wider. Die Vermarktungsreife des neuen Gewerbeparks Kassel-Niederzwehren wirkt sich positiv auf die Betreuung von Investoren aus.

Standortmarketing

Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Standortmarketing-Maßnahmen wurden im Wesentlichen fortgesetzt. Dabei wurden unsere Zielgruppen, z.B. überregional agierende Projektentwickler und Makler, mit bedarfsgerechtem Informationsmaterial bedient und auf Messen oder Fachkongressen auch persönlich kontaktiert. Dazu haben wir unsere Serie von Standortmodulen um ein neugestaltetes Produkt zum Industriepark Kassel mit einem Schwerpunktbereich zum Gewerbepark Kassel-Niederzwehren ergänzt. Die vertriebsorientierten Aktivitäten konnten auch im Berichtsjahr wieder durch Pressearbeit und zahlreiche positive Wirtschaftsnachrichten über erfolgreiche Unternehmen und Projektentwicklungen unterstützt werden. Anzeigen oder Advertorials in Printprodukten mussten wir hingegen aufgrund der erforderlichen Budgeteinsparungen weiter zurückfahren.

Um unsere regionalen Firmen noch besser zu erreichen und diese soweit möglich auch als Multiplikatoren zu gewinnen, wurden diverse Maßnahmen im Binnenmarketing umgesetzt. So haben wir gemeinsam mit der Regionalzeitung HNA ein Kompendium zur Darstellung von zahlreichen innovativen Unternehmen platziert. Um Synergien im Marketing bestmöglich zu nutzen, haben wir uns wiederholt mit unseren Partnerorganisationen zusammengeschlossen und uns an Gemeinschaftsprojekten beteiligt. Als zentrales Informationsmedium zum Standort ist auch unsere stark frequentierte Webpage ein beständiges Arbeitsfeld, wobei im Berichtsjahr routinemäßige Anpassungen im Bereich Redaktion und Usability durchgeführt wurden.

Projekte

Der interkommunale Industriepark Kassel gilt mit seinen über 500 überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen und mehr als 10.000 Beschäftigten als einer der profiliertesten Standorte in Deutschland. Hier führte das von der WFG organisierte Netzwerk „Indus- triepark Kassel" mit mehreren Veranstaltungen wiederum zahlreiche Unternehmen zusammen. Weitere Kooperationsansätze ergeben sich durch die Aufnahme in das gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt bearbeitete Modellvorhaben *„Handlungsstrategien zur Konsolidierung und nachhaltigen Weiterentwicklung des Gewerbegebiets Waldau-West" (ExWoSt)*, wobei im Berichtsjahr bereits die ersten Projektgespräche stattfanden. Darüber hinaus wurde in enger Kooperation mit dem Liegenschaftsamt der Stadt Kassel die Vermarktung des neuen Gewerbeparks Kassel-Niederzwehren eingeleitet, die ersten Grundstücke konnten bereits zum Jahresende veräußert werden. Auch eine bauliche Lösung zur Entlastung der Zufahrtssituation zum GVZ-Umschlagbahnhof steht weiterhin im Fokus.

Das von der WFG seit mehr als 10 Jahren betreute Sonderprojekt „Netzwerk Hessen China", hat unter vielen anderen Networking-Aktivitäten in 2016 erstmalig eine Chinesisch-Deutsche Investorenkonferenz vorbereitet und durchgeführt und hat damit viele neue Geschäftskontakte ermöglicht. Das Netzwerk ist selbsttragend und für die WFG erfolgsneutral, es wird überwiegend von den Beiträgen seiner Mitglieder finanziert. Zusätzlich wurden im Berichtsjahr auch die Kontakte zum Ländermarkt Iran mit einer Geschäftsreise vertieft, um die Internationalisierung der regionalen Unternehmen zu fördern und das Marktumfeld zu sondieren.

Das Netzwerk „Competence Center Aerospace" (CCA), das die im Bereich Luft- und Raumfahrt aktiven Unternehmen in der Region Kassel bündelt, weist im Berichtsjahr weiterhin eine stabile Entwicklung auf. Das Projekt finanzierte sich im Berichtsjahr zu 50 % aus Fördermitteln des Landes Hessen. Zusätzlich unterstützen die beiden strategischen Projektpartner – die Flughafen GmbH Kassel und die Universität Kassel – sowie weitere Institutionen, Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen das CCA-Projekt mit finanziellen und ideellen Beiträgen. Die WFG organisierte wiederum zahlreiche Geschäftsreisen zu Geschäftspartnern und potenziellen Auftraggebern, Fachgespräche, Fachveranstaltungen sowie das Networking-Highlight „CCA-Sommerfest" am Airport Kassel. Auch die Zusammenar-

beit mit dem „House of Logistik And Mobility (HOLM)" unter der Dachmarke „Hessen Aviation" des Landes Hessen hat sich etabliert. Da ab Februar 2017 die EFRE- bzw. Landesförderung im bisherigen Umfang ausläuft, werden bereits Vorbereitungen getroffen, das Projekt auch für die künftige Zeit finanziell abzusichern.

Das Bundesprojekt „Perspektive 50plus - Beschäftigungspakt Nordhessen" ist Ende 2015 ausgelaufen. Das in direktem Anschluss von der WFG im Rahmen der Flüchtlingsintegration erfolgreich angelaufene Folgeprojekt „Beschäftigungspakt Kassel" konnte im Berichtsjahr im Rahmen des Vereins „Jeder für Jeden" zahlreiche Praktikumsverhältnisse vermitteln und den Kontakt mit interessierten Unternehmen ausbauen.

Die von uns zum Thema „Fachkräftemobilisierung" betreuten Netzwerke der Personalleiter hatten auch in diesem Berichtsjahr wieder mehrere Sitzungen mit erfolgreichen Ergebnissen durchgeführt. Schwerpunkt ist nach wie vor die Diskussion der Folgen des demografischen Wandels für die regionalen Wirtschaftsunternehmen und der Erfahrungsaustausch bei Lösungsansätzen. Auch die gemeinsam mit der Abteilung Unitransfer der Universität Kassel sowie der bundesweiten Plattform StartNext.de entwickelte regionale Internet-Plattform zur Publizierung von Crowdfunding – Projekten hat sich weiterhin sehr positiv entwickelt. Mehrere erfolgversprechende Gründungsprojekte konnten damit bereits finanziert und realisiert werden.

Zur Unterstützung der Standort- und Flächenentwicklung in der Stadt Kassel sowie in den Gemeinden des Landkreises Kassel, insbesondere am neuen Airport Kassel, pflegt die WFG den intensiven Austausch mit ihren Partnern. Im Verein Region Kassel Land e.V. sowie im Förderverein Patentinformation für den Mittelstand e.V. ist die Geschäftsführung durch Vorstandsarbeit eingebunden.

Beteiligungsunternehmen

Die Umsätze der GVZ Projektgesellschaft Kassel mbH sind im Berichtsjahr geringfügig gestiegen, wobei das Umschlagterminal nach wie vor im Bereich der Kapazitätsgrenze arbeitet. Die Kosten für die Sanierung eines Bahnübergangs, für Gleis- und Instandhaltungsreparaturen bewegen sich - planmäßig - auf hohem Niveau und wurden im Wesentlichen von der Kasseler Sparkasse mit einem Darlehen finanziert. Die GVZ-P wird daher auch für 2016 einen Verlust ausweisen. Bereits in 2015 wurden mit den Gesellschaftern der GVZ-P unter Beteiligung von Stadt und Landkreis Kassel Beschlüsse gefasst, um diese Verluste auch künftig finanziell abzusichern. Für die WFG besteht dadurch kein Risiko, entsprechende Verluste auszugleichen. Die Geschäftsführung erfolgt in Personalunion durch den Geschäftsführer der WFG.

Wirtschaftsplan

Die Jahresfehlbeträge der WFG sind strukturell und durch Vorgaben der Gesellschafter bedingt. Der WFG-Auftrag ist nicht auf Gewinnerzielung ausgelegt, dennoch wurden im Berichtsjahr zur Entlastung der öffentlichen Haushalte neben Fördermitteln des Landes Hessen wiederum erhebliche Projektkostenerstattungen sowie Sponsoring-Beiträge eingeworben. Diese trugen im Jahr 2016 mit einem Anteil von rund einem Drittel zur Finanzierung des Budgets bei. Aufwendungen der Gesellschaft, soweit sie nicht durch Kostenübernahme Dritter und durch Umsatzerlöse gedeckt waren, werden von den Gesellschaftern vertragsgemäß ausgeglichen.

Chancen und Risiken – Aussichten

Negative und unerwartete Entwicklungen von wirtschaftlicher Bedeutung sind derzeit nicht erkennbar. Das erwartete Auslaufen von Fördermitteln wird im Rahmen der kurz- und mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. Die Liquidität der Gesellschaft wird regelmäßig durch den Abruf von Gesellschaftereinlagen sichergestellt. Die voraussichtlichen Verluste des laufenden Geschäftsjahres 2017 werden lt. Vertrag wieder durch Gesellschaftereinlagen und ggfs. die Verrechnung mit Gesellschafter-Verbindlichkeiten ausgeglichen, so dass die finanzielle Stabilität der Gesellschaft nicht gefährdet ist.

Kassel, den 3. März 2017

gez. Kai Lorenz Wittrock
(Geschäftsführer)

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Wirtschaftsförderung der Region Kassel GmbH**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	72.347,01 €	65.112,01 €
Umlaufvermögen	765.827,12 €	775.707,05 €
Rechnungsabgrenzungsposten	2.772,84 €	2.645,91 €
Summe Aktiva	**840.946,97 €**	**843.464,97 €**
Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	72.110,00 €	72.110,00 €
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,00 €	0,00 €
Rückstellungen	12.839,00 €	12.027,00 €
Verbindlichkeiten	755.997,97 €	759.327,97 €
Summe Passiva	**840.946,97 €**	**843.464,97 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Wirtschaftsförderung der Region Kassel GmbH		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	270.129,53 €	364.355,66 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	107.724,92 €	135.447,94 €
3. Personalaufwand	-599.484,18 €	-584.896,16 €
4. Abschreibungen	-14.297,25 €	-10.639,14 €
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-410.789,75 €	-507.742,62 €
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	387,93 €
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	-0,06 €
8. Sonstige Steuern	-346,29 €	-431,65 €
9. Jahresergebnis	**-646.370,44 €**	**-603.518,10 €**

1.3 Regionalmanagement Nordhessen GmbH

Regionalmanagement NordHessen

Sitz	Ständeplatz 13 34117 Kassel Tel: 0561/9706200 Fax: 0561/9706222 E-Mail: info@regionnordhessen.de Internet: www.regionnordhessen.de
Gründungsdatum	11.01.2002
Gesellschaftszweck	Die Gesellschaft koordiniert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen.
Handelsregister	HRB 13092
Gezeichnetes Kapital	50.000,00 €
Gesellschafter	Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (für Landkreis Kassel und 6 weitere Gesellschafter) 50 % IHK Kassel-Marburg 30 % Handwerkskammer Kassel 15 % Pro Nordhessen e.V. 5 %
Aufsichtsrat	Dem Aufsichtsrat gehören stimmberechtigte und nicht stimmberechtigte Mitglieder an. <u>Stimmberechtigt sind:</u> jeweils der Landrat des Landkreises Kassel, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Hersfeld-Rotenburg, Waldeck-Frankenberg, der Oberbürgermeister der Stadt Kassel, außerdem insgesamt 6 Vertreter von der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer Kassel und dem Verein Pro Nordhessen e. V. <u>Nicht stimmberechtigt sind:</u> je ein Vertreter des Landes Hessen, vertreten durch den Hessischen Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, des Verbandes Hessischer Unternehmen, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der nordhessischen Sparkassen, der nordhessischen Genossenschaftsbanken, der Universität Kassel, Phillips-Universität Marburg, Fachhochschule Fulda, der Volkswagen AG Betriebsstätte Baunatal sowie der Agentur für Arbeit Kassel
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Holger Schach
Abschlussprüfer	Strecker, Berger + Partner mbB, Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung	Die Gewinn- und Verlustzuweisung des Landkreises Kassel erfolgt indirekt über den Finanzanteil an der Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen nach einem Verteilungsschlüssel der Einwohnerzahl.

Anzahl der Beschäftigten	2016: Geschäftsführer: 1 Mitarbeiter: 38 Praktikanten: 5 Auszubildende: 0
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht

1. Grundlage des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 11. Januar 2002 von der Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH, der Industrie- und Handelskammer Kassel, der Handwerkskammer Kassel und Pro Nordhessen e. V. gegründet. Sie koordiniert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen. Insofern ist Zweck der Gesellschaft, Projekte und Prozesse zur Regionalentwicklung zu initiieren und bis zur Umsetzung zu steuern, regionale Netzwerke (Cluster) aufzubauen sowie neue Produkte für die Region zu generieren und im Rahmen eines übergreifenden Standortmarketings zu vermarkten. Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet; vielmehr sollen die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit positive wirtschaftliche Effekte für die gesamte Region bewirken. Die Finanzeinlagen der Gesellschafter von 500 TEUR p.a. dienen somit vorrangig dem Verlustausgleich für die im Rahmen der Geschäftstätigkeit entstandenen Sach- und Personalaufwendungen. Darüber hinaus werden Projektbudgets akquiriert, die sich jeweils aus Finanzierungsbeiträgen der projektbeteiligten Partner, Sponsorengeldern sowie Fördermitteln zusammensetzen und nicht zu Lasten der Basisfinanzierung der GmbH gehen. Die Gesellschaft hat im Jahr 2016 insgesamt 44 Mitarbeiter, darunter 29 Mitarbeiter in Vollzeit und 10 Mitarbeiter in Teilzeit sowie 5 Praktikanten/Assistenten beschäftigt. Die Geschäftsfelder Mobilitätswirtschaft, Dezentrale Energietechnologien, Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Standortmarketing, Dachmarke GrimmHeimat Nord-Hessen und die Gründerinitiative promotion Nordhessen verfügen über separate Budgetansätze und werden teilweise über Sonderumlagen der Gesellschafter finanziert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsprozesse und Projekte

Ideen entwickeln, Institutionen vernetzen, Partner zusammenführen, Wissen transferieren, Projekte finanzieren und umsetzen, Mehrwert für die Region generieren – mit diesen Aktivitäten lässt sich das breite Aufgabenspektrum der Regionalmanagement Nordhessen GmbH am besten eingrenzen. Mit

dem Oberziel, Nordhessen im Wettbewerb der Regionen erfolgreich zu positionieren, wurden auch im Berichtsjahr innovative Projekte und Maßnahmen im Rahmen der definierten Cluster und Handlungsfelder initiiert und umgesetzt. Die regionalwirtschaftlichen Kennziffern, u.a. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und Bruttowertschöpfung, haben sich im gesamthessischen Vergleich überproportional positiv entwickelt, die Arbeitslosenquote hat mit 5,5 % einen historischen Tiefstand erreicht. Wachstumstreiber sind insbesondere die definierten Cluster Mobilität und Gesundheit, die insgesamt rd. 170.000 Arbeitsplätze in der Region zur Verfügung stellen. Eine aktuelle Studie des Beratungsunternehmens SCI hat aufgezeigt, dass seit 2004 allein im Cluster Mobilität 10.000 neue Arbeitsplätze entstanden sind. Mit der Auszeichnung der Region Nordhessen als „European Innovation Leader“, d. h. der führenden Region Europas im Bereich der Produkt- und Prozessinnovationen, wurde ein zentrales Ziel des Leitbildes „Nordhessen 2022“ erreicht. Mit der Verleihung des Europäischen Kulturmarken-Awards für die Dachmarke GrimmHeimat Nordhessen wurden die gemeinsamen Aktivitäten zur touristischen Inwertsetzung Nordhessens ausgezeichnet.

Aufgabe aller Geschäftsprozesse und Projekte der Gesellschaft ist also, Maßnahmen zu identifizieren und umzusetzen, die die Entwicklungs- und Innovationspotentiale in der Region gezielt fördern und dazu beitragen, den erreichten Stand dauerhaft zu stabilisieren. Exemplarisch hierfür stehen Projekte wie das Nordhessische Kooperationsforum, der Gründerwettbewerb promotion Nordhessen, die Nordhessischen Gesundheitstage oder die Gästekarte MeineCardPlus. Jedes dieser Projekte setzt in unterschiedlichen Bereichen an, entfaltet aber eine hohe Hebelwirkung für die Region. Die Projekte sollen sich selbst tragen, benötigen dafür eigenständige Finanzierungsmodelle und ergeben in der Summe das Geschäftsmodell der Regionalmanagement Nordhessen GmbH.

Als wichtiges Format zur Anbahnung neuer Kontakte hat sich das Nordhessische Kooperationsforum erfolgreich weiterentwickelt. 140 teilnehmende Unternehmen und 420 Kooperationsgespräche haben zur Anbahnung neuer Geschäfte und damit zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung beigetragen. Aufgrund der hohen Nachfrage wurde das Format mit teilregionaler Ausrichtung auch in Bad Hersfeld und Bad Wildungen umgesetzt. Im Cluster Mobilitätswirtschaft haben darüber hinaus zahlreiche Netzwerktreffen in Verbindung mit Unternehmensbesuchen stattgefunden, um den regelmäßigen Austausch der Clusterakteure sicherzustellen. Mit dem Logistik-Tag wurde die nordhessische Leitveranstaltung zur Entwicklung des Wirtschaftsfaktors Logistik mit bundesweitem Publikum und hochkarätigen Referenten zum Thema „Digitalisierung und Robotik“ organisiert. Auch das Thema Elektromobilität wurde durch die Entwicklung neuer F+E-Projekte (COSEE, HyPowerRange, E-Momo) und Konzepte zum Infrastrukturausbau weiterentwickelt. Das Projekt FREE an der Schnittstelle zu den Clustern Erneuerbare Energien und Tourismus wurde nach vierjähriger Laufzeit erfolgreich abgeschlossen. In dessen Rahmen wurden 14 E-PKW angeschafft, 70 Pedelecs an 20 Leihstationen zur Verfügung gestellt und ein Netz von 200 Ladepunkten in Nordhessen aufgebaut. Zur Sensibilisierung für das Thema Betriebliches Mobilitätsmanagement wurde im Cluster Mobilität erstmals die „Bike Challenge Nordhessen“ ausgerichtet.

Die Aktivitäten im Cluster Dezentrale Energietechnologien standen im Zeichen der Neustrukturierung des Clusters. Mit Gründung des House of Energy wird das Institut für dezentrale Energietechnologien (IdE) abgewickelt, das bislang auch die Geschäftsführung des Clusternetzwerks deENet e. V. finanziert hat. Im Laufe des Berichtsjahres wurden die Geschäftsführung und Projekte von deENet in die Steuerungsstrukturen der Regionalmanagement Nordhessen GmbH integriert, um möglichst viele Synergien zu nutzen. Auch hier stehen Vernetzungsformate wie Netzwerktreffen, Innovationsworkshops, Messen und F+E-Projekte im Vordergrund. Zukunftsthemen wie virtuelle Kraftwerke oder Wärmenetze, die nur in Kooperation von Energieversorgern, Kommunen und Forschungseinrichtungen entwickelt werden können, nutzen die Plattformen des Clustermanagements. Neue Projekte werden gemeinsam im Netzwerk entwickelt und über die Partner sowie Fördermittel finanziert. Dabei werden auch Schnittstellen zu den Clustern Mobilität, Tourismus und IKT genutzt. Beispielhaft ist zu nennen, dass durch die Entwicklung gemeinsamer Projekte von Energieunternehmen und IT-Start-Ups („Digitalisierung der Energiewirtschaft“) weitere Mittel zum Aufbau des IT-Clusters erschlossen werden sollen.

Im Cluster Gesundheit wurde die zentrale Vernetzungsplattform „Kasseler Gesundheitstage“ in „Gesundheitstage Nordhessen“ umbenannt, um die Akzeptanz in der Region, insbesondere bei den Kliniken Bad Wildungen, zu erhöhen. Weitere Projekte im Bereich der Gesundheitsversorgung (Freiwilligen-vor-Ort-System) und im betrieblichen Gesundheitsmanagement (Gesundheitslotsen) konnten finanziert und umgesetzt werden. Im Bereich des Innovationsfonds Gesundheit wurde ein Modellprojekt zur spezialisierten ambulanten Palliativversorgung entwickelt und bewilligt. Im Auftrag des Landes und gemeinsam mit den Gesundheitsämtern wird außerdem das MRE-Netzwerk Nordhessen betreut.

Auch der Cluster Tourismus hat sich erfolgreich weiterentwickelt. Im Vordergrund steht dabei die Vermarktung der Destination GrimmHeimat NordHessen, für die attraktive neue Produkte und Vertriebswege aufzubauen sind. Im Rahmen einer Vielzahl von Projektgruppen (Auslandsmarketing, Gruppenreisen, Natur- und Landtourismus, Schlösser und Burgen etc.) und formellen Gremien wie Tourismusbeirat und Tourismusforum werden Maßnahmen konzipiert, abgestimmt und im jährlich neu aufzustellenden Marketingplan mit umfangreichen Maßnahmen in den Bereichen Vertrieb, Pressearbeit und Onlinemarketing fortgeschrieben. Die All-Inclusive-Gästekarte MeineCardPlus, die mit dem Leistungsversprechen „Urlaub ohne Nebenkosten“ neue Gästegruppen für Nordhessen erschließt, hat sich als Geschäftsmodell etabliert. Mit der Auszeichnung als „Europäische Kulturtourismusregion 2016“ durch den Europäischen Kulturmarken-Award wurde die touristische Inwertsetzung des Themas Grimm auch international gewürdigt. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten im Berichtsjahr war die Neuorganisation der Tourismusfinanzierung. Aufgrund der nur befristet vereinbarten Beteiligung der Gesellschafter hat sich das Land Hessen bereit erklärt, Teile der Finanzierung zu übernehmen, um den Modellcharakter der GrimmHeimat NordHessen für Hessen insgesamt hervorzuheben. Gemäß des Tourismuspolitischen Handlungsrahmens ist Nordhessen die einzige Destination, die den Kriterien des Landes gerecht wird.

Neben dem Clustermanagement ist die gezielte Ansiedlung neuer Unternehmen und die Förderung von endogenen Neuansiedlungen ein wesentlicher Erfolgsfaktor im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung. Mit entsprechenden Maßnahmen im Standortmarketing (Standortinformationen, Broschüren, Internet etc.) und der Standortleitmesse Expo Real sollen neue Investitionsanfragen generiert werden. Im Berichtsjahr wurden seitens des Regionalmanagements 31 Anfragen betreut und gemeinsam mit den regionalen Wirtschaftsförderern konkurrenzfähige Angebote entwickelt. Konkret angesiedelt haben sich im Berichtsjahr u.a. das Rossmann-Logistikzentrum in Malsfeld sowie das VW OTC-Logistikzentrum in Wolfhagen/Breuna. Zur Förderung endogener Ansiedlungen, insbesondere von technologieorientierten Start-Ups, wurde nun zum 17. Mal der Businessplanwettbewerb promotion Nordhessen in Kooperation mit weiteren regionalen Partnern umgesetzt. Der Wettbewerb gehört zu den bestdotierten in Deutschland und hat seit Gründung zu 280 Neugründungen in Nordhessen mit insgesamt 2.100 Arbeitsplätzen geführt. Die aktuell größte Herausforderung im Standortmarketing ist aber die Bindung und Einwerbung von qualifizierten Fachkräften für die stetig wachsenden Unternehmen. Hierzu sind Kommunikationsmaßnahmen zu harten und weichen Standortfaktoren noch stärker aufeinander abzustimmen und die etablierten Marken „Nordhessen – die Lage ist gut“ und „Grimm-Heimat NordHessen“ zu einer schlagkräftigen Standortmarke zusammenzuführen. Mit Maßnahmen wie der Erstellung einer Imagebroschüre GrimmHeimat NordHessen, ausgereicht an Unternehmen, oder der Imagefilm GrimmHeimat NordHessen können die weichen Standortfaktoren betont werden. Weitere Maßnahmen wie der Ausbau der regionalen Stellenbörse oder Netzwerktreffen für Newcomer sind ebenfalls wichtig. Da künftig keine Mittel für entsprechende Standortmarketingmaßnahmen seitens der EU (EFRE) mehr zur Verfügung stehen, sind alle künftigen Maßnahmen im Verbund der beteiligten Unternehmen und Institutionen zu finanzieren.

Die aus der Gesellschaft heraus entwickelte Breitband Nordhessen GmbH (BNG) hat im Berichtsjahr das Ausschreibungsverfahren für den Generalunternehmer sowie die Finanzierungsverhandlungen mit Land und EU erfolgreich abgeschlossen. Mit Spatenstichen im September in allen Landkreisen wurde der auf drei Jahre angelegte Bau des Glasfaserhochgeschwindigkeitsnetzes für Nordhessen gestartet. Die seitens der Gesellschaft zunächst kommissarisch abgestellte Geschäftsführerin ist seit September bei der BNG angestellt, weitere Leistungen des Regionalmanagements werden über einen entsprechenden Geschäftsbesorgungsvertrag zur Verfügung gestellt.

Insgesamt ist festzuhalten, dass alle Geschäftsprozesse und Projekte abhängig von der Partnerkonstellation in unterschiedlichen Modellen realisiert werden, aber immer konkrete und messbare Effekte für die Regionalentwicklung erzielen.

2.2. Analyse des Geschäftsverlaufs und der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf hat sich im Geschäftsjahr 2016 in Teilen abweichend vom Wirtschaftsplan und der Prognose entwickelt. Der Betriebsaufwand hat sich mit 3,63 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr um 797,7 TEUR reduziert, das entspricht in etwa den Sondereffekten des vergangenen Jahres durch

die unplanmäßige Bereitstellung von Mitteln aus der ausgelaufenen EFRE-Förderperiode. Die Betriebsleistung, also die Summe aller betrieblichen Erträge, hat sich um rd. 1,17 Mio. Euro auf 2,17 Mio. Euro reduziert, d. h. abzüglich des Sondereffektes wurden auch geplante Erlöse nicht realisiert. Insgesamt sind die Erlöse im Vergleich zum angepassten Wirtschaftsplan 2016 um rd. 1.005,5 TEUR geringer ausgefallen. Das Ergebnis hat sich abweichend zur Planung dadurch um rd. 560,0 TEUR verschlechtert. Grund für die hohe Planabweichung ist der liquiditätsorientierte Planungsansatz, der die Fördermittelerlöse im Jahr des Liquiditätszuflusses abbildet. Denn getrennt von der Ergebnissituation ist die Liquidität der Gesellschaft zu betrachten. Diese hat sich im Berichtsjahr positiv entwickelt, weil die im Vorjahr verausgabten unplanmäßigen Projektmittel erst im Berichtsjahr in einer Größenordnung von 442,5 TEUR zugeflossen sind. Zieht man dies in Betracht, ergibt sich eine bereinigte Planabweichung von rd. 120 TEUR. Außerdem konnte dadurch die kritische Liquiditätssituation durch beantragte, aber mangels Richtlinien noch nicht bewilligungsfähiger EFRE-Mittel kompensiert werden.

Im Einzelnen wurden Fördermittel in den Innovationsfonds Gesundheit (700 TEUR), AAL (95 TEUR), Erneuerbare Energien (25 TEUR), Elektromobilität (52 TEUR), promotion Nordhessen (100 TEUR) und der Projektförderung des Landes Hessen (53,9 TEUR) nicht bewilligt (insgesamt 1,03 Mio. Euro). Weiterhin wurden im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Breitband Nordhessen GmbH bis September 2016 Leistungen im Umfang von 56.000 TEUR für die Geschäftsführung zur Verfügung gestellt. Demgegenüber konnten unplanmäßige Projekte in Höhe von 90 TEUR akquiriert werden. Aus den genannten Gründen hat sich das Ergebnis im Verhältnis zum Vorjahr um 374,7 TEUR verschlechtert, das Defizit ist aus den Rücklagen zu finanzieren, entsprechend haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern um 444,5 TEUR auf 29 TEUR reduziert. Damit wurde der avisierte Zielbereich von 500 TEUR als Liquiditäts- und Finanzierungsreserve nicht erreicht. Ziel ist, diese Reserve im Jahr 2017 gemäß aktuellem Wirtschaftsplan wieder auf über 400 TEUR aufzubauen. Die aktuell bewilligten Projektmittel sind Anlass für eine entsprechend positive Prognose (s. Pkt. 4).

Das abgelaufene Geschäftsjahr zeigt erneut, dass die Kosten, Erlös- und Ergebnissituation abhängig von den jeweils verfügbaren Projektmitteln volatil ausfallen kann. In der Risikoanalyse ist festzuhalten, dass die Personal- und Sachkosten die jährlichen Gesellschaftereinlagen zzgl. Sonderumlagen und Finanzierungsbeteiligungen des Landes deutlich überschreiten und der Großteil der Personalkosten über die teilweise jährlich neu einzuwerbenden Projektbudgets zu refinanzieren ist. Grundsätzlich gilt, dass die Personalkosten an die jeweiligen Projektbudgets anzupassen sind. Das verschlechterte Ergebnis 2016 ist also darauf zurückzuführen, dass die Personalkosten nicht proportional zum Rückgang der Projekterlöse über Dritt- und Fördermittel reduziert worden sind. Dies ist vor allem strategisch erforderlich, weil die entwickelten und beantragten Projekte in der Regel nachlaufend, d.h. im Folgejahr bewilligt werden und für deren Umsetzung zwingend qualifiziertes Personal erforderlich ist. Sollten sich aber strukturell dauerhafte Budgetreduzierungen abzeichnen, werden Personalanpassungen kurzfristig vorgenommen. Beispielhaft hierfür steht die Tourismusfinanzierung, die durch neue Finanzierungspartner von 1,4 auf rd. 1,1 Mio. Euro reduziert wurde. Dementsprechend wird Personal abgebaut. (betrifft für 2017 2 Stellen). Können aber Projekte neu akquiriert werden, ist die Bei-

behaltung der hierfür notwendigen Mitarbeiter mit speziellen Kenntnissen zwingend notwendig.

Um den Geschäftsbetrieb sicherzustellen und Aufgaben der Gesellschaft vorzufinanzieren, ist der Vorfinanzierungsrahmen mit einem Volumen von 800 TEUR über die Hausbank weiterhin erforderlich, Trotz der in diesem Jahr negativen Ergebnisentwicklung ist die Lage des Unternehmens stabil und mittelfristig nicht gefährdet. Sicherzustellen ist, dass durch ein eng getaktetes Projektcontrolling frühzeitig unplanmäßige Erlösausfälle erkannt werden, um rechtzeitig die Gesellschafter zu informieren. Nach Lage der Dinge ist das Risiko einer kritischen Abschmelzung der Kapitalrücklage (Verbrauch des Eigenkapitals) nicht zu erwarten. Im Gegenteil ist davon auszugehen, dass sich Ergebnis und Kapitalrücklage im Jahr 2017 deutlich verbessern.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Für das laufende Geschäftsjahr 2017 ist eine planmäßige Erhöhung der Betriebsausgaben von rd. 700 TEUR Euro auf 5,1 Mio. Euro vorgesehen. Geplant sind insgesamt 30 Projekte in den Clustern Mobilität, Erneuerbare Energien, Gesundheit und Tourismus sowie in den Bereichen clusterübergreifende Projekte, Standortmarketing und der Gründerförderung. Die Projekterlöse in Höhe von rd. 4,9 Mio. Euro finanzieren sich zu rd. 1 Mio. Euro aus Fördermitteln, 787 TEUR Sponsorengeldern sowie 2,38 Mio. Euro aus Drittmitteln. Die Projektförderung des Landes Hessen erhöht sich von bisher 150 TEUR p. a. auf 250 TEUR und verbessert damit die Erlössituation. Wichtig ist festzuhalten, dass die im Jahr 2016 durch die o. g. Erlösausfälle abgeschmolzenen Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern bzw. die Liquiditätsreserve im nächsten Jahr wieder auf rd. 430 TEUR, also im Rahmen des regelmäßigen Zielwertes, aufgebaut werden soll. Anlass für diese positive Einschätzung sind bereits bewilligte Projekte im Rahmen des Wirtschaftsplans sowie nachlaufende Mittelzuflüsse insbesondere im Zusammenhang mit den im letzten Jahr beantragten, aber nicht auszahlungsfähigen EFRE-Mitteln. Chancen für die weitere Entwicklung der Gesellschaft ergeben sich insbesondere aus der hohen Projektmanagementkompetenz und besonderen Qualifikation der Mitarbeiter. Die komplexen Arbeitsabläufe bei der Aufstellung von Projektkonsortien, der Akquisition von Projektpartnern sowie Dritt- und Fördermitteln, im Projektmanagement und bei der Finanzmittelbewirtschaftung bieten ein hinreichendes Potential für die Akquisition weiterer Kooperations- und Forschungsprojekte. Es ist insofern davon auszugehen, dass das derzeitige Ausgabenvolumen von rd. 5 Mio. Euro beibehalten bzw. erhöht werden kann. Auch die Neuausrichtung des EFRE-Programms auf die Ziele der Hessischen Innovationsstrategie ist als Chance zu bewerten, da zahlreiche Maßnahmen des Regionalmanagements die entsprechenden Handlungsfelder auf Landesebene regional konkretisieren und umsetzen können (z. B. Mobilitätsmanagement, Elektromobilität, Energieeffizienz oder Gesundheitswirt-

schaft). Auch auf nationaler und europäischer Eben können die jeweiligen Förderziele des Bundes oder der EU über die regionalen Netzwerke umgesetzt werden, bspw. im jetzt bewilligten Projekt ELSAH aus dem Innovationsfonds Gesundheit oder in der Kooperation mit europäischen Automotivclustern. Zu beachten ist, dass für die wichtigen Aufgaben im Standortmarketing keine Fördergelder mehr zur Verfügung stehen und entsprechende Projekte wie die Expo Real oder Marketing Grimm-Heimat vollständig über die Projektpartner zu refinanzieren sind. Eine Sondersituation liegt im Bereich der Tourismusfinanzierung vor. Das bisherige Gemeinschaftsbudget, aufgebracht durch Sonderumlagen von Fördergesellschaft und IHK, wird nicht fortgeführt. Für 2017 ist es gelungen, in einer neuen Partnerkonstellation mit Beteiligung des Landes ein tragfähiges Basisbudget einzuwerben und mit Drittmitteln und Marketingpartnern auf rd. 1,1 Mio. Euro (Vorjahr 1,4 Mio. Euro) zu erweitern. Da die Finanzierung für die Folgejahre nicht gesichert ist, sind die Personalkosten dem jeweils verfügbaren Budget anzupassen (für 2017 bereits erfolgt).

Zur Risikoeinschätzung ist grundsätzlich festzuhalten, dass die Personalressourcen den Projekterlösen bzw. der Betriebsaufwand der tatsächlichen Betriebsleistung anzupassen ist. Grundsätzlich ist die Ausweitung der Projekttätigkeit anzustreben, weil sie die Zielerfüllung der Gesellschaft erhöht und zahlreiche regionale Akteure in konkrete Maßnahmen zur Entwicklung der Region einbindet. Dabei kann der hohe Akquisitionsaufwand bei nicht ausreichenden Drittmitteln zu strukturellen Defiziten in Projekten führen. Sollte dies langfristig absehbar sein, sind entsprechende Projekte einzustellen und Kosten, insbesondere Personalkosten, zu reduzieren. Das Berichtsjahr 2016 hat gezeigt, dass dieses Risiko eintreten kann und bei hohem Personalaufwand und fehlendem Mittelzufluss eine unplanmäßige Ergebnisverschlechterung eintritt. Es hat aber auch gezeigt, dass außerplanmäßige Verluste refinanziert werden und Personalressourcen, die für die Akquisition und Abwicklung von Projekten zwingend erforderlich sind, gehalten werden können. Entscheidend wird also sein, ob das sich abzeichnende positive Ergebnis für das Jahr 2017 de facto realisiert werden kann. Sollte dies nicht der Fall sein, sind entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Der Fortbestand der Gesellschaft ist angesichts gesicherter Einlagen und langfristiger Kooperationspartner nicht gefährdet.

Kassel, den 22.03.2017

Holger Schach
Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Regionalmanagement Nordhessen GmbH, Kassel**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	57.968,50 €	63.409,50 €
Umlaufvermögen	833.874,18 €	1.348.203,39 €
Rechnungsabgrenzungsposten	27.549,47 €	10.276,06 €
Summe Aktiva	**919.392,15 €**	**1.421.888,95 €**
Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	50.000,00 €	50.000,00 €
Rückstellungen	81.000,00 €	78.750,00 €
Verbindlichkeiten	766.366,57 €	1.289.338,95 €
Rechnungsabgrenzungsposten	22.025,58 €	3.800,00 €
Summe Passiva	**919.392,15 €**	**1.421.888,95 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Regionalmanagement Nordhessen GmbH, Kassel		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	1.509.163,30 €	1.639.015,09 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	662.264,33 €	1.700.769,54 €
3. Personalaufwand	-1.753.299,36 €	-1.632.232,97 €
4. Abschreibungen	-20.071,06 €	-29.466,50 €
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.854.859,66 €	-2.764.325,89 €
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	3,90 €
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-11.730,40 €	-7.624,79 €
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €
9. Sonstige Steuern	-345,00 €	-338,00 €
10. Jahresergebnis	**-1.468.877,85 €**	**-1.094.199,62 €**

1.4 Hessische Landgesellschaft mbH (HLG)

Sitz	Wilhelmshöher Allee 157 - 159 34121 Kassel Tel: 0561/3085-0 Fax: 0561/3085-153 E-Mail: info@hlg.org Internet: www.hlg.org
Gründungsdatum	Die Hessische Heimat Siedlungsgesellschaft in Kassel mit dem Gründungstag 28.01.1919 sowie die Nassauische Siedlungsgesellschaft in Frankfurt mit Gründungstag 25.08.1919 firmierten am 01.01.1972 zur Hessischen Landgesellschaft mbH, Kassel.
Gesellschaftszweck	Nach dem geltenden Gesellschaftsvertrag sind die Aufgaben der Gesellschaft festgelegt. Gegenstand der Hessischen Landgesellschaft mbH ist die Durchführung von Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören insbesondere: • die ländliche Siedlung sowie alle Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung (einschließlich freiwilliger Nutzungstausch); • die Bodenbevorratung für agrarstrukturelle und öffentliche Zwecke (einschließlich innerörtliche Entwicklung); • das Flächenmanagement für öffentliche und infrastrukturelle Maßnahmen; • die An- und Verpachtung von Flächen für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege; • die Planung und Durchführung von Maßnahmen für die allgemeine Strukturverbesserung im ländlichen Raum; • die Tätigkeit als Beauftragte von Gemeinden bei der Vorbereitung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie Verfahren des Städtebauförderprogramms „Stadtumbau in Hessen" • die Domänenverwaltung für das Land Hessen; • das integrierte Flächenmanagement, der Grunderwerb, die Kompensation sowie die Bevorratung und Verwaltung von Flächen für den Straßenbau in Hessen; • die Ökoagentur für das Land Hessen.
Handelsregister	Kassel HR B 2632
Gezeichnetes Kapital	3.604.607,77 €
Gesellschafter	Land Hessen 61,92 % Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Frankfurt am Main/Erfurt 37,11 % Hessischer Bauernverband e. V. Friedrichsdorf/Taunus 0,35 % **Landkreis Kassel 0,10 %** 13 weitere Gesellschafter (Kommunen und Landkreise) 0,52 %

	Eingezogene Anteile 598.773,92 € Eigene Anteile 60.460,27 € Stammkapital 3.604.607,77 €
Aufsichtsrat	*Vorsitzender:* Mathias Samson, Staatssekretär, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung *Stellvertretende Vorsitzende:* Gisela Kemper, Vertreterin der Arbeitnehmer, Hessische Landgesellschaft mbH *Mitglieder:* Elmar Damm, Ministerialdirigent, Hessisches Ministerium der Finanzen Kirsten Fründt, Landrätin, Landkreis Marburg-Biedenkopf Dr. Hans Hermann Harpain, Stellv. Generalsekretär, Hessischer Bauernverband Eckhard Hassebrock, Geschäftsleiter, Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, Offenbach am Main Dr. Harald Schlee, Abteilungsleiter, Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, Offenbach/Main Dr. Beatrix Tappeser, Staatssekretärin, Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Beirat	Ein Beirat existiert nicht, die Gesellschaft steht jedoch unter Staatsaufsicht *Staatsaufsicht:* Der Hessische Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung *vertreten durch:* Ministerialdirigent Werner Müller (bis 11/2016) Ministerialrat Rainer Keller
Geschäftsführung	*Geschäftsführer:* Prof. Dr. Harald Müller Prof. Dr. Martina Klärle (ab 10/2016) *Prokuristen:* Peter Eschenbacher Gero Sczech Dr. Yvonne Binard-Kühnel (ab 01/2016)
Abschlussprüfer	sb+p Strecker • Berger + Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft, Rechtsanwälte, Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine
Anzahl der Beschäftigten	126 Mitarbeiter ohne die Geschäftsführung und Auszubildenden

Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Die Hessische Landgesellschaft mit beschränkter Haftung (HLG) ist in ihrem Kern mit der Durchführung von Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen betraut. Sie ist das gemeinnützige Siedlungsunternehmen des Landes Hessen und staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung. Die HLG hat ihren Sitz in Kassel und ist unter der Nummer HRB 2632 im Handelsregister beim Amtsgericht Kassel eingetragen. Nach den in § 267 Abs. 2 HGB bezeichneten Größenmerkmalen ist die Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft einzustufen.

Zu den Aufgaben der HLG gehören nach dem geltenden Gesellschaftsvertrag insbesondere die ländliche Siedlung sowie alle Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung einschließlich des freiwilligen Flächennutzungstauschs sowie die Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke einschließlich der innerörtlichen Entwicklung. Weitere Aufgaben sind das Flächenmanagement für öffentliche und infrastrukturelle Maßnahmen, die An- und Verpachtung von Flächen für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie die Planung und Durchführung von Maßnahmen für die allgemeine Strukturverbesserung im ländlichen Raum.

Die HLG ist als Sanierungs- und Entwicklungsträger nach dem Baugesetzbuch bei der Vorbereitung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Stadtumbau in Hessen“ für Kommunen tätig.

Außerdem wurde die HLG vom Land Hessen mit der Domänenverwaltung und dem Flächenmanagement Straßenbau einschließlich des Grunderwerbs, der Kompensation sowie der Bevorratung und Verwaltung von Flächen für den Straßenbau in Hessen beauftragt. Die HLG ist zudem nach der Hessischen Kompensationsverordnung (KV) und dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) die anerkannte Ökoagentur des Landes Hessen zur Bereitstellung und Vermittlung von Ersatzmaßnahmen.

Wirtschaftsbericht

Allgemein

Die deutsche Wirtschaft hat 2016 ihren stabilen Wachstumskurs fortgesetzt und übertraf trotz Brexit-Schock die Erwartungen vieler Ökonomen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,9 Prozent zu und lag damit 0,2 Prozent über dem bereits guten Ergebnis des Vorjahres.

Getragen wurde dieses Wachstum einmal mehr von einer robusten Binnennachfrage. Vor allem die Verbraucher sorgten dank der günstigen Arbeitsmarkt- und Einkommensperspektiven, des günstigen Zinsniveaus sowie der moderaten Inflation der Verbraucherpreise für starke Impulse. Insgesamt legten die privaten Konsumausgaben gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Prozent zu und blieben damit einer der wichtigsten Wachstumsmotoren der deutschen Wirtschaft. Gleichzeitig trug auch der staatliche Konsum maßgeblich zu dieser positiven Konjunkturentwicklung bei und verzeichnete einen Anstieg von 4,2 Prozent.

Die Konsumausgaben waren im vergangenen Jahr aber nicht die einzige Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums. Auch die Investitionen und der anhaltende Immobilienboom trugen ihren Teil dazu bei. So investierten Unternehmen 1,7 Prozent mehr in Maschinen und Fahrzeuge und die Bauinvestitionen stiegen im Jahr 2016 kräftig um 3,1 Prozent, was vor allem an höheren Investitionen für Wohnbauten lag.

Die positive konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Hessischen Landgesellschaft wider. Insgesamt blickt die HLG auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück, in dem sich externe Einflussfaktoren unterschiedlich stark auf die einzelnen Geschäftsfelder ausgewirkt haben.

Geschäftsverlauf der HLG

Bodenbevorratung

Das Geschäftsfeld **Bodenbevorratung** hat sich im Jahr 2016 weiter stabil entwickelt. Dabei konnte der nachhaltige Wachstumskurs in der Auftragslage fortgesetzt und mit 23 neuen Aufträgen, schwerpunktmäßig für die Entwicklung neuer Wohnbau- und Gewerbegebiete, das Vorjahresergebnis (17) um über 35 Prozent gesteigert werden. Am Jahresende befanden sich 379 Baugebiete in Bearbeitung, von denen die HLG in 155 Gebieten die Erschließung für die Kommunen in Eigenregie durchführt. Insgesamt besteht mit 224 hessischen Städten und Gemeinden eine Grundsatzvereinbarung auf der Grundlage der Richtlinien zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche, agrarstrukturelle und ökologische Zwecke in Hessen, um die Kommunen im Bedarfsfall bei der Planung und Realisierung neuer Baugebiete zu unterstützen.

Neben der positiven Auftragsentwicklung verzeichnete die HLG im Jahr 2016 aber auch beim Flächenzugang und bei den Umsatzzahlen ein gutes Ergebnis. Im Rahmen der umfangreichen Neu- bzw. Bestandsaufträge konnte die HLG im abgelaufenen Geschäftsjahr über 180 ha Grund und Boden erwerben und damit 82 ha mehr als im Vorjahreszeitraum. Dieser deutliche Anstieg ist besonders mit der großen Nachfrage nach landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie dem hohen Bedarf an Ersatz- und Ausgleichsflächen begründet. So stieg der Flächenzugang im Rahmen der Ausübung des siedlungsrechtlichen Vorkaufsrechts um 32 ha auf rund 52 ha an und als Ersatz- und Ausgleichsflächen wurden mit 56 ha fast 35 ha mehr erworben als ein Jahr zuvor. Zudem verzeichnete die HLG beim Erwerb von Flächen für die Entwicklung neuer Wohnbaugebiete mit 34 ha einen Zuwachs von fast 20 ha gegenüber dem Vorjahr.

Die Investitionskosten für die im Jahr 2016 erworbenen Flächen belaufen sich auf insgesamt 22,9 Mio. EUR und fallen damit 10,5 Mio. EUR niedriger aus als 2015. Neben dem erheblichen Nord-Süd-Gefälle beim Quadratmeterpreis in Hessen ist dieser Rückgang insbesondere darauf zurückzuführen, dass im Berichtszeitraum rund 16,0 Mio. EUR weniger in Flächen für die Entwicklung neuer Gewerbegebiete investiert wurde als noch ein Jahr zuvor. Dagegen stieg das Invest in Flächen für den Wohnungsbau um fast 5,0 Mio. EUR auf 15,5 Mio. EUR.

Diese Entwicklung zeigt, dass viele Kommunen vermehrt auf die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete setzen, um dem hohen Bedarf an Wohnraum gerecht zu werden. Zudem bieten die unverändert günstigen Finanzierungsmöglichkeiten, die positive Einkommensentwicklung und die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor günstige Rahmenbedingungen für die Investition in eine Immobilie und treiben den Bauboom deutschlandweit weiter an. Laut Statistischem Bundesamt erreichte die Zahl der Baugenehmigungen in Deutschland 2016 den höchsten Stand seit 18 Jahren und mit insgesamt 375.400 Genehmigungen konnte das Vorjahresergebnis um 21,6 Prozent gesteigert werden. In Hessen fiel das Plus an Baugenehmigungen mit 24,5 Prozent noch höher aus als bundesweit und ein Ende dieser Entwicklung scheint nicht in Sicht. Doch nicht nur das Baugewerbe profitiert von diesem Trend, auch der Grundstücksmarkt floriert seit Jahren kräftig.

Im Berichtszeitraum konnte die HLG im Bereich Bodenbevorratung Grundstücke im Wert von 55,5 Mio. EUR veräußern und damit das gute Vorjahresergebnis bestätigen. Insbesondere die Nachfrage nach Wohnbauflächen blieb mit 38 ha (+2 ha) konstant gut und verdeutlicht den hohen Stellenwert der Bodenbevorratung für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum in Hessen. Im Rahmen der in 2016 vermarkteten Flächen generierte die HLG Gebührenerträge von 4,2 Mio. EUR und damit ein Plus von knapp 0,2 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Kennzahlen der Bodenbevorratung im Fünfjahresvergleich:

		2016	2015	2014	2013	2012
– Ankauf	ha	**180**	98	86	134	242
– Ankaufskosten	Mio. EUR	**22,9**	33,4	13,3	21,5	19,9
– Verkauf	ha	**146**	152	124	240	192
– Verkaufspreis	Mio. EUR	**55,5**	56,6	46,1	72,3	62,0
– Landbestand	ha	**2.090**	2.056	2.110	2.148	2.254
– Buchwert	Mio. EUR	**420,8**	417,1	407,4	412,1	419,3
– Verträge mit Kommunen	Anzahl	**224**	223	221	218	214
– Baugebiete insgesamt	Anzahl	**379**	378	383	402	444
– davon mit Erschließung	Anzahl	**155**	159	155	157	158

Die Finanzierung des 2.090 ha großen Landbestandes erfolgt vorrangig mit landesverbürgten Kapitalmarktdarlehen sowie aus Eigenmitteln der HLG. Über den Mischzinssatz (Fremd- und Eigenkapitalzinsen) werden die Grundstücke gleichmäßig mit Zinsen belastet.

Ökoagentur für das Land Hessen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die HLG in der **„Ökoagentur“** insgesamt 2.362.654 Biotopwertpunkte (Vorjahr: 1.050.384 Punkte) als Ausgleich für externe Eingriffe in Natur und Landschaft veräußert. Durch die große Nachfrage nach Ökopunkten stieg der Umsatz in diesem Segment um über 120 Prozent von 368 TEUR auf 825 TEUR. Im Rahmen dieser Verkäufe, durch die Vermittlung von Ökopunkten sowie für Pflege- und Monitoringleistungen im Bereich der langfristigen Kompensationsmaßnahmen verzeichnete die HLG im Jahr 2016 Gebührenerträge von 163 TEUR (Vorjahr: 92 TEUR).

Landwirtschaft und Bauwesen

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft blieb auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2015/2016 angespannt. Die kontinuierlich sinkenden Erzeugerpreise für wichtige landwirtschaftliche Produkte, geringere Erträge bei der Getreideernte sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen aus dem anhaltenden russischen Import-Embargo drücken deutlich auf die Agrarmärkte. In den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben gingen die Unternehmensergebnisse 2015/2016 durchschnittlich um acht Prozent auf 39.700 EUR je Betrieb zurück. Um diesen finanziellen Rückgang zumindest teilweise abzufangen, haben viele Landwirte auf Investitionen verzichtet bzw. wurden diese auf kommende Wirtschaftsjahre verschoben. Lediglich die Ökobetriebe konnten 2016 mit verbesserten Unternehmensergebnissen überzeugen.
Die schwierige Marktsituation in der konventionellen Agrarwirtschaft wirkte sich vor allem auf das Segment „**Ländliche Siedlung“** aus und hat im abgelaufenen Geschäftsjahr dazu geführt, dass die HLG im Bereich des landwirtschaftlichen Bauens mit Förderung lediglich 24 Bewilligungen (Vorjahr: 47) für von ihr betreute landwirtschaftliche Bauvorhaben nach dem Einzelbetrieblichen Förderungs-

programm Landwirtschaft (EFP) verzeichnete. Dies führte gleichzeitig zu einem Rückgang der Gebührenerträge von 544 TEUR im Vorjahr auf 452 TEUR im Jahr 2016. Bei den in 2016 geförderten Bauvorhaben handelt es sich u. a. um Neubauten in den Bereichen Rinder-, Milchvieh- und Legehennenhaltung.

Die Kennzahlen im Bereich des landwirtschaftlichen Bauens im Fünfjahresvergleich:

	2016	2015	2014	2013	2012
– bewilligte Verfahren	**24**	47	14	32	30
– abgerechnete Verfahren	**16**	42	46	53	66
– Stand der Verfahren	**67**	59	54	86	107
– nicht bewilligte Verfahren	**75**	85	94	85	90

Trotz des negativen Trends lagen am Jahresende 2016 für 75 Bauvorhaben mit einer Investitionssumme von über 46 Mio. EUR Aufträge von Landwirten zur Durchführung einer Baumaßnahme vor.

Landwirtschaftliche Bauberatung

Im Bereich **„Landwirtschaftliche Bauberatung“** sind die Beratungszahlen im Jahr 2016 ebenfalls leicht rückläufig, bewegen sich aber mit 81 Vor-Ort-Beratungen und 326 telefonischen Beratungen noch immer auf einem guten Niveau. Im Rahmen der von der HLG für das Land Hessen wahrgenommenen Bauberatung werden hessische Landwirte bei der zum Teil umfassenden und komplexen Planung und Umsetzung ihrer landwirtschaftlichen Bauvorhaben unterstützt. Dabei werden innovative, ökonomische und ökologische Lösungen unter Berücksichtigung von Baurecht, artgerechter Tierhaltung und Förderkulisse erarbeitet.

Sonstige Baumaßnahmen und Planungsaufträge

Die angespannte wirtschaftliche Stimmungslage der Landwirte machte sich 2016 auch im Bereich **„Sonstige Baumaßnahmen und Planungsaufträge“** bemerkbar. Insgesamt verzeichnete die HLG im abgelaufenen Geschäftsjahr 29 neue Planungsaufträge für landwirtschaftliche Bauvorhaben ohne öffentliche Förderung und damit einen Rückgang von knapp 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Als weiteres Aufgabengebiet finden sich unter den „Sonstigen Baumaßnahmen und Planungsaufträgen“ die städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau in Hessen“ wieder, die mit Gebührenerträgen von insgesamt 187 TEUR die Erwartungen übertroffen haben.

Allgemeine Geschäftsbesorgung

Im Bereich **„Allgemeine Geschäftsbesorgung“** war die HLG auch im abgelaufenen Geschäftsjahr schwerpunktmäßig im Rahmen von langfristigen Geschäftsbesorgungsaufträgen tätig. Hierzu zählen

insbesondere Infrastrukturprojekte wie der Flughafenneubau Kassel-Calden und der Neubau der Bundesautobahn A 44 von Kassel nach Herleshausen-Wommen. Mit Einnahmen von 153 TEUR verzeichnete die HLG in diesem Bereich einen Gebührenanstieg von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zudem konnte 2016 ein umfangreicher Geschäftsbesorgungsvertrag mit einer Kommune im Rhein-Main-Gebiet abgeschlossen werden.

Domänenverwaltung

Seit mittlerweile fast 15 Jahren ist die Hessische Landgesellschaft vom Land Hessen mit der Verwaltung, Verpachtung und Baubetreuung der **Hessischen Staatsdomänen sowie des Domänenstreubesitzes** betraut. Im Rahmen dieses Geschäftsbesorgungsvertrags liegt das Gebührenergebnis 2016 mit 1,4 Mio. EUR rund 0,1 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Der Anstieg der Gebührenerträge resultiert aus der Anpassung der Stundensätze an die aktuellen Personalkostentabellen des Landes Hessen.

Flächenmanagement Straßenbau

Ein weiterer umfangreicher Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Land Hessen umfasst den Bereich **„Flächenmanagement Straßenbau“,** in dem die HLG u. a. den Grunderwerb für Straßenbau- und Kompensationsmaßnahmen für Hessen Mobil realisiert. In diesem Segment ergingen im Jahr 2016 insgesamt 694 neue Aufträge von Hessen Mobil (Vorjahr: 714), gleichzeitig konnten 657 Aufträge (Vorjahr: 684) erledigt werden, sodass sich am Jahresende 587 Aufträge (Vorjahr: 550) in Bearbeitung befanden. Für ihre Dienstleistungen hat die HLG im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Betrag von 3,4 Mio. EUR im Rahmen der Auslagen- und Kostenerstattung erhalten, der leicht über dem Vorjahresergebnis liegt (+1,0 Prozent).

Insgesamt haben sich die Erwartungen der Gesellschaft in nahezu allen Geschäftsfeldern erfüllt und die HLG schließt das Jahr 2016 mit einem positiven Ergebnis ab.

Die Lage der Gesellschaft beschreibt der nachfolgende Fünfjahresvergleich:

		2016	2015	2014	2013	2012
Anlagevermögen	Mio. EUR	**1,3**	1,4	1,5	1,6	1,5
Umlaufvermögen	Mio. EUR	**249,2**	248,2	234,8	238,9	282,9
Eigenkapital	Mio. EUR	**70,1**	65,0	61,5	58,0	52,6
Fremdkapital	Mio. EUR	**147,8**	160,5	149,2	153,8	206,3
– davon verzinslich	Mio. EUR	**127,2**	146,2	135,2	135,5	188,5
– davon Finanzierung Entw.-Maßn. (TH)	Mio. EUR	**0,5**	0,0	0,0	1,4	1,4
Eigenkapitalquote	%-Satz	**28 %**	26 %	26 %	24 %	18 %
Betriebsergebnis	Mio. EUR	**2,0**	2,5	2,8	4,7	6,8
Eigenkapitalzinsen	Mio. EUR	**1,6**	1,8	2,9	2,8	6,1
Fremdkapitalzinsen (Bodenbevorratung)	Mio. EUR	**2,5**	2,5	3,2	5,0	6,5
Realisierte Zinsen (Bodenbevorratung)	Mio. EUR	**7,9**	7,5	8,0	9,4	8,7

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die **Ertragslage** hat sich 2016 positiv entwickelt und stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

		2016 TEUR		2015 TEUR
Ordentliche Erträge		10.972		11.513
Ordentliche Aufwendungen	-	8.987	-	8.986
Betriebsüberschuss	**+**	**1.985**	**+**	**2.527**
Bevorratungsergebnis	-	91	+	135
Bewertungsänderungen	+	3.864	+	287
Neutrales Ergebnis	+	124	+	535
Außerordentliches Ergebnis	-	732		0
Jahresüberschuss	**+**	**5.150**	**+**	**3.484**

Im Jahr 2016 konnte ein Betriebsüberschuss von rund 2,0 Mio. EUR erwirtschaftet werden. Dabei standen den ordentlichen Erträgen von 11,0 Mio. EUR ordentliche Aufwendungen in Höhe von insgesamt 9,0 Mio. EUR gegenüber.

Bei den ordentlichen Erträgen handelt es sich insbesondere um Gebührenerträge sowie um Zinsmehrerträge, die sich aus den aktivierten Eigenkapitalzinsen im Segment Bodenbevorratung und dem Zinsergebnis nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) zusammensetzen. Insgesamt fallen die ordentlichen Erträge trotz eines Plus von zwei Prozent bei den Gebührenerträgen (10,5 Mio. EUR) etwas niedriger aus als im Vorjahr. Dies begründet sich hauptsächlich aus geringeren Zinsmehrerträgen, die 2016 aus der handelsrechtlichen Bewertung langfristiger Rückstellungen resultieren.

Auf der Ausgabenseite sind die ordentlichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben und belaufen sich 2016 auf rund 9,0 Mio. EUR. Der Personalaufwand fiel mit 7,3 Mio. EUR um 0,2 Mio. EUR höher aus als 2015. Diese Kostensteigerung ist u. a. auf die Zunahme des Personalbestands von 120 auf 126 Mitarbeiter, insbesondere im Bereich „Flächenmanagement Straßenbau“, zurückzuführen. Dagegen konnte beim Sachaufwand eine Kostenreduzierung von über 0,1 Mio. EUR verzeichnet werden. Somit gelang es der HLG auch 2016 wieder, durch ein nachhaltiges, ökonomisches Handeln sowie eine effizientere Nutzung von Ressourcen die Kosten im Verwaltungsbereich ohne Qualitätsverlust zu senken.

Unter Berücksichtigung des Bevorratungsergebnisses, der Bewertungsänderungen der Vorräte, des neutralen Ergebnisses sowie des außerordentlichen Ergebnisses ergab sich 2016 ein Jahresüberschuss von 5,2 Mio. EUR.

Die Bewertungsänderungen im Bereich der Bodenbevorratung beruhen im Wesentlichen darauf, dass die Gesellschaft die im jeweiligen Geschäftsjahr angefallenen und in den Vorräten (einschließlich

Ökoagentur) aktivierten Fremd- und Eigenkapitalzinsen nach den handelsrechtlichen Vorschriften am Jahresende wertberichtigt und gleichzeitig die bereits wertberichtigten Zinsen im Rahmen von Grundstücksverkäufen ertragswirksam realisiert. Daneben wirken sich unter Berücksichtigung des handelsrechtlichen Niederstwertprinzips auch Wertberichtigungen von bevorrateten Flächen mit und ohne Gemeindevertrag auf die Bewertungsänderungen aus. Da im Berichtsjahr keine nennenswerten Wertberichtigungen am Vorratsvermögen erforderlich waren, spiegelt der enorme Anstieg der Bewertungsänderungen ausschließlich die ertragswirksame Realisierung von Zinsen im Rahmen von Verkäufen wider.

Das für das Geschäftsjahr 2016 geplante Ergebnis wurde erreicht und durch die hohen Bewertungsänderungen im Bereich des Vorratsvermögens wesentlich beeinflusst.

		2016	2015	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	Mio. EUR	**66,7**	65,0	53,0	79,4	69,8
Jahresergebnis	Mio. EUR	**5,2**	3,5	3,5	5,4	1,2
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	Anzahl	**123**	117	114	111	106

Die **Finanzlage** der Gesellschaft ist weiterhin positiv. Dazu beigetragen haben insbesondere die Geldmittelzuflüsse aus den Grundstücksverkäufen. Die langfristigen Darlehen zur Finanzierung der Bodenbevorratung sind als endfällige Darlehen ohne Zinsänderungsrisiko ausgestattet und über Bürgschaften des Landes Hessen abgesichert. Zudem war der kurzfristige Fremdkapitalbedarf jederzeit durch einen zur Verfügung stehenden Kontokorrentkredit gesichert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten konnten im Jahr 2016 durch die Rückzahlung eines Darlehens in Höhe von 19,0 Mio. EUR auf rund 130,2 Mio. EUR reduziert werden.

Die Bilanzsumme fällt durch den Anstieg des Vorratsvermögens bei einem gleichzeitigen Abbau der Verbindlichkeiten mit 250,6 Mio. EUR rund 0,9 Mio. EUR höher aus als im Vorjahr. Die Eigenkapitalquote ist unter Berücksichtigung des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr gestiegen und beträgt zum Bilanzstichtag 28,0 Prozent. Insgesamt ist die **Vermögenslage** der Gesellschaft geordnet.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Gesellschaftliche Verantwortung

Ökonomische, soziale und ökologische Ziele und Werte – zusammengefasst unter dem Konzept der Nachhaltigkeit – sind für Unternehmen von zunehmender Relevanz. Der Anspruch und die Unternehmensphilosophie der HLG sind auf ein nachhaltiges Wachstum und ein stetiges ökonomisches Handeln ausgerichtet. Dabei bilden die Entwicklung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Betriebe, die Kommunalentwicklung mit Schwerpunkt der Innenentwicklung als wichtiges Element für die Daseinsvorsorge in den hessischen Kommunen und die Umsetzung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben durch ein Flächenmanagement für den Straßenbau den Tätigkeitskern der HLG. Mit dieser Vielschichtigkeit des Aufgabengebietes und durch ein integriertes Flächenmanagement soll für das Land Hessen ein nachhaltiger Mehrwert geschaffen werden.

Mitarbeiter/innen

Hochwertige Leistungen beruhen auf klaren Geschäftsprozessen und einem herausragenden Team. Um in einem dynamischen Geschäftsumfeld Bestleistungen zu erbringen, wird die Entwicklung der Mitarbeiter/innen nachhaltig gefördert und es werden ihnen – in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich – vielfältige Möglichkeiten zur Weiterbildung geboten. Der Personalbestand erhöhte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr von 120 auf 126 Beschäftigte. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag 2016 bei rund elf Jahren. Das durchschnittliche Alter der Beschäftigten beträgt im Berichtszeitraum 45,7 Jahre. Der Frauenanteil in der HLG liegt bei 54,8 Prozent. Zudem waren 86,2 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen.

Umweltbelange

Die HLG hat 2015/2016 ein Energieaudit nach DIN EN 16247-1 an seinen drei Bürostandorten in Kassel, Gießen und Mörfelden-Walldorf durchführen lassen. Bei diesem Audit handelt es sich um eine systematische Inspektion und Analyse des Energieeinsatzes und -verbrauchs, mit dem Ziel, das Potenzial für Energieeffizienzverbesserungen zu identifizieren.

Prognose-, Chancen-, Risikobericht

Die deutsche Wirtschaft bleibt trotz weltweiter politischer Unsicherheit auch 2017 auf Wachstumskurs. Nach Experteneinschätzungen liegen die Konjunkturprognosen in Europas größter Volkswirtschaft bei plus 1,5 Prozent. Getragen wird der Aufschwung unter anderem von der weiterhin guten Lage am Arbeitsmarkt. Die hohe Zahl der Erwerbstätigen soll zusammen mit Lohn- und Rentenerhöhungen den privaten Konsum weiter wachsen lassen. Impulse werden zudem von der Bauwirtschaft erwartet, die von niedrigen Zinsen, der hohen Nachfrage nach Wohnraum und öffentlichen Investitionen profitiert.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich diese gesamtwirtschaftlichen Tendenzen im Ergebnis der Hessischen Landgesellschaft mbH für das kommende Jahr, insbesondere für den Bereich **„Bodenbevorratung“,** widerspiegeln. Die seit mittlerweile drei Jahren anhaltende positive Entwicklung der Auftragslage in der Bodenbevorratung lässt die HLG jedoch auch für die Zukunft zuversichtlich nach vorne blicken. Für das Jahr 2017 werden im Bereich der Bodenbevorratung angesichts der bisherigen Benchmarks eine deutliche Ergebnissteigerung und ein gleichzeitiges Wachstum der Gebührenerträge erwartet. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres wurden bereits fast 200 Kaufverträge mit einem Umsatzvolumen von ca. 50 Mio. EUR beurkundet.

Dennoch unterliegt auch die HLG mit ihren unterschiedlichen Geschäftsbereichen den Entwicklungen regionaler und auch globaler Märkte. Insbesondere die Nachfrage in den Kernbereichen bestimmt die Entwicklung der Gesellschaft. Einen erheblichen Einfluss auf die Nachfrage, nicht nur am Immobili-

enmarkt, hat das historisch niedrige Zinsniveau. Dabei bietet die allgemeine Niedrigzinsphase für die HLG sowohl Chancen als auch Risiken.

Die Nachfrage nach Bankkrediten in der Eurozone ist nach Auskunft der Europäischen Zentralbank (EZB) zuletzt weiter gestiegen. Vielversprechende Aussichten für die weitere Entwicklung am Immobilienmarkt und insbesondere extrem niedrige Zinsen zeichnen sich für die höhere Nachfrage verantwortlich. Diese Tendenz wird sowohl durch die große Nachfrage nach Grundstücken als auch durch die konstant hohen Umsatzzahlen der HLG in den letzten Jahren belegt.

Gleichzeitig nutzen mittlerweile viele Kommunen die Niedrigzinsphase, um mit zinsgünstigen Kassenkrediten Baugebiete in Eigenregie zu entwickeln. Diesem Risiko ist die HLG dahingehend entgegengetreten, dass die Eigenkapitalverzinsung sukzessive gesenkt und die vorhandene Liquidität zum Abbau von Verbindlichkeiten eingesetzt wurde. Dadurch konnte nicht nur der Mischzinssatz zur Finanzierung der Bodenbevorratung seit 2008 von 4,06 Prozent auf mittlerweile 1,32 Prozent gesenkt, sondern auch die Auftragssituation deutlich angekurbelt werden. Diese nachhaltige Finanzierungsstruktur bietet den Kommunen eine langfristige Planungssicherheit und entlastet gleichzeitig die kommunalen Haushalte dauerhaft.

Eine große Chance für die Weiterentwicklung der eigenen Geschäftsfelder bietet die Kooperation mit der vom Land Hessen ins Leben gerufenen „Bauland-Offensive Hessen“. Mit der Bauland-Offensive Hessen steht den hessischen Kommunen ab dem Frühjahr 2017 ein zielgerichtetes Instrument zur Mobilisierung von Flächen für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung. Gemeinsam mit der Nassauischen Heimstätte und der HLG bündelt das Land Hessen Kräfte, um mögliche Potenziale, insbesondere auch die Innenentwicklung, zu mobilisieren. In Hessen fehlen jährlich bis zu 37.000 Wohnungen, vor allem in den Ballungsräumen. Um dem Mangel an preisgünstigem Wohnraum in den Großstädten entgegenzuwirken, stellt das Land Hessen bis 2019 insgesamt 1,2 Mrd. EUR für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Es fehlt somit nicht an den finanziellen Mitteln für den Wohnungsbau, es fehlt vor allem an baureifen Grundstücken. Die rasche Baulandentwicklung stellt daher eine der zentralen Aufgaben dar, bei der das Land Hessen die Kommunen unterstützen möchte.

Im Bereich **„Ökoagentur für das Land Hessen“** soll der seit zwei Jahren anhaltende Wachstumskurs fortgesetzt werden. Umfangreiche Infrastrukturprojekte und Windkraftvorhaben lassen die Nachfrage nach Ökopunkten als Ausgleich für externe Eingriffe in Natur und Landschaft kräftig steigen. Die Ökoagentur stellt sich diesen Herausforderungen mit der Umsetzung neuer Kompensationsmaßnahmen, Vorhaben zum Arten- und Biotopschutz sowie neuer Ersatzaufforstungsprojekte.

Im Bereich **„Landwirtschaft“** scheint die wirtschaftliche Talsohle endlich durchschritten zu sein und die Tendenzen für das laufende Wirtschaftsjahr 2016/2017 zeigen nach Einschätzung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) eindeutig nach oben. Diese Zuversicht ist insbesondere mit der positiven Entwicklung der Erzeugerpreise für Schweine und Getreide begründet. Zudem sorgen die Angebotssituation auf dem Milchmarkt und die dynamisch wachsenden Exporte von Käse und Butter für höhere

Milchpreise. Mit der verbesserten Wirtschaftslage geht auch eine Entspannung der Liquiditätssituation der Betriebe einher und die Investitionsbereitschaft der Landwirte nimmt laut dem Konjunkturbarometer Agrar sukzessive wieder zu.

Der positive Stimmungswandel in der Landwirtschaft lässt die Erwartungshaltung der Gesellschaft im Geschäftsbereich **„Landwirtschaftliches Bauen und Bauberatung“** für das Jahr 2017 wieder optimistischer ausfallen. Im Rahmen des Einzelbetrieblichen Förderungsprogramms Landwirtschaft (EFP) rechnet die HLG mit rund 30 neuen Bewilligungen für von ihr betreute landwirtschaftliche Bauvorhaben und auch bei den landwirtschaftlichen Bauvorhaben ohne Förderung wird ein spürbarer Anstieg der Auftragssituation erwartet.

Zudem werden die Bestätigung des „Magdeburger Urteils“ zur Haltung von Sauen in Kastenständen und der damit verbundene Erlass des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) zum Kastenstandurteil voraussichtlich hohe Anforderungen an die HLG im Geschäftsfeld „Landwirtschaft“ stellen. Vor dem Hintergrund dieses Urteils wird in den nächsten Monaten ein deutlich höherer Beratungsbedarf erwartet, der sich neben den betriebswirtschaftlichen Fragen und Aspekten insbesondere auch auf bauliche Konzepte zur tierschutzkonformen Sauenhaltung richtet. Gleichzeitig ist von einer höheren Investitionsbereitschaft der Sauenhalter auszugehen, um den gesetzlichen Vorgaben gerecht zu werden. Nach dem sogenannten „Kastenstandurteil“ müssen Kastenstände so beschaffen sein, dass sich die Sauen ungehindert hinlegen und in Seitenlage ihre Gliedmaßen ausstrecken können, ohne dabei an ein Hindernis zu stoßen.

Im Bereich **„Geschäftsbesorgung“** ist insbesondere aufgrund der umfangreichen Verträge mit dem Land Hessen mit einer stabilen Ertragslage zu rechnen.

Risiken in der Bodenbevorratung und bei den Treuhandverfahren sind über die Vertragsgestaltung in der Regel ausgeschlossen. Die juristische Prüfung der Beurkundungspflicht von zukünftigen Grundsatzvereinbarungen auf der Grundlage der Bodenbevorratungsrichtlinien ist noch nicht abgeschlossen. Bei den Geschäftsbesorgungsaufträgen bestehen überwiegend langfristige Verträge. Dies gilt insbesondere für die Aufträge des Landes Hessen im Bereich der Domänenverwaltung und der Bauberatung, aber auch im Aufgabengebiet für das „Flächenmanagement Straßenbau“, bei dem eine Kostendeckung vertraglich gewährleistet ist.

Insgesamt geht die Gesellschaft im Jahr 2017 von einem positiven Betriebsergebnis aus. Dabei wird unter vorsichtiger Kalkulation der Aufwendungen und Erträge mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rund 5,0 Mio. EUR für das kommende Jahr gerechnet. Letztendlich hängt der Jahresüberschuss maßgeblich von der Höhe der realisierten Eigenkapitalzinsen im Rahmen von Grundstücksverkäufen in der Bodenbevorratung ab. Für den Verwaltungsaufwand könnten sich zudem zusätzliche belastende Faktoren aus noch nicht vorhersehbaren Anforderungen ergeben, die sich auf die IT- und Personalkosten auswirken. Weiterhin könnten über die bereits geplanten Investitionen hinaus weitere Veränderungen der IT- und Gebäude-Infrastruktur notwendig werden.

Zur Bewältigung von künftigen Herausforderungen wird die HLG den strategischen Entwicklungsansatz hinsichtlich ihrer Kernkompetenz rund um das Grundstück auch in 2017 konsequent weiterverfolgen. Dabei bilden eine effiziente Aufgabenerledigung, die Weiterentwicklung des integrierten Flächenmanagements sowie eine zielgerichtete Fort- und Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter/-innen die Basis für ein erfolgreiches Handeln. Um die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung im digitalen Zeitalter langfristig zu sichern, werden die Geschäftsbereiche im Rahmen der Prozessoptimierung fortlaufend auf Wachstums- und Ertragspotenziale analysiert.

Kassel, den 30. März 2017

HESSISCHE LANDGESELLSCHAFT MBH
Staatliche Treuhandstelle für
ländliche Bodenordnung
– G e s c h ä f t s f ü h r u n g –

Prof. Dr. Harald Müller Prof. Dr. Martina Klärle

Schlussbilanz 2016

Aktiva	HLG	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	1.324.497,65 €	1.397.027,67 €
Umlaufvermögen	249.228.159,33 €	248.242.296,09 €
Rechnungsabgrenzungsposten	32.456,91 €	58.103,14 €
Summe Aktiva	**250.585.113,89 €**	**249.697.426,90 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	70.106.327,80 €	64.955.827,59 €
Verbindlichkeiten	151.804.907,62 €	160.521.922,65 €
Rückstellungen	28.310.576,90 €	24.216.795,94 €
Rechnungsabgrenzungsposten	363.301,57 €	2.880,72 €
Summe Passiva	**250.585.113,89 €**	**249.697.426,90 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

HLG		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	66.708.747,76 €	64.983.776,17 €
2. Bestandsveränderungen	7.208.545,19 €	9.891.318,37 €
3. Sonstige betriebliche Erträge	152.377,69 €	791.752,55 €
4. Materialaufwand	-56.036.250,73 €	-60.498.530,77 €
5. Personalaufwand	-7.294.041,28 €	-7.107.217,55 €
6. Abschreibungen	-247.019,74 €	-236.986,17 €
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.202.227,32 €	-1.641.323,32 €
8. Erträge aus Beteiligungen/Wertpapieren	501,63 €	568,51 €
9. Erträge aus Wertpapieren usw.	7,50 €	7,50 €
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83.024,05 €	59.020,11 €
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.247.510,36 €	-2.758.395,26 €
12. Steuern vom Einkommen u. v. Ertrag	49.795,32 €	24.810,28 €
13. Sonstige Steuern	-25.449,50 €	-24.745,80 €
14. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €
15. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €
16. Jahresergebnis	**5.150.500,21 €**	**3.484.054,62 €**

1.5 Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs-KG

Sitz	Werner-Heisenberg-Str. 20 34123 Kassel Tel: 0561/998634-0 Fax: 0561/998634-3 E-Mail: info@schlachthof-kassel.eu
Gründungsdatum	1977
Gesellschaftszweck	Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb eines öffentlichen Schlacht- und Viehhofes in Kassel.
Handelsregister	HRA 8590
Gezeichnetes Kapital	1.040.478,97 €
Gesellschafter	Stadt Kassel, Landkreis Kassel (Anteil: 19,65%), Nuhn Kassel, T.S.P. Frischfleisch GmbH Kassel, Fleischerinnung Kassel, Schlachthof Kassel GmbH
Aufsichtsrat	Frank Tischner
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Henning Wambach, Martin Müller (ab 01.03.2014)
Abschlussprüfer	Wirtschaftsprüfer/Steuerberater Frank Heerdt, Langgöns
Gewinn-/Verlustzuweisung	./.
Anzahl der Beschäftigten	Vollzeitbeschäftigte: 2 Teilzeitbeschäftigte: 11

Lagebericht 2016 (Kurzfassung)

Im Jahr 2016 konnte der Schlachthof in Kassel seiner regionalen Bedeutung gerecht werden.

Die finanzielle Eigenkapitalausstattung ist auf Grund des Ausscheidens von Kommanditisten in den vergangenen Jahren gemindert. Daneben belasten die in den letzten Jahren erwirtschafteten Verluste zunehmend die Eigenkapitalbasis. Trotz des strikten Kostenmanagements und durch Erhöhung der Schlachtpreise ab Mai 2015 ist im Geschäftsjahr 2016 ein Fehlbetrag von TEUR ./. 85 zu verzeichnen.

2. Umsatzentwicklung

Der Umsatz betrug im Geschäftsjahr 2016 TEUR 868 (Vorjahr TEUR 925) und beinhaltet im Wesentlichen Schlachtgebühren.

3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2016 sind Ersatz- und Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 100 angefallen.

4. Personal

Der durchschnittliche Personalbestand setzt sich aus 1 GF, 9 Metzgern, einem Techniker, einer Bürokraft sowie einer Reinigungskraft zusammen.

5. Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Waren nicht zu verzeichnen.

6. Entwicklung und Lage des Unternehmens

Die Schlachtzahlen bei Schweinen, Schafen und Großvieh haben in 2016 leicht nachgelassen.

7. Voraussichtliche Entwicklung

Eine Steigerung der Schlachtzahlen wird angestrebt, wird aber nur durch zusätzliche Nutzer möglich sein. Eine Verbesserung der Ertragslage kann alternativ durch eine weitere Anhebung der Schlachtentgelte erzielt werden.

8.Chancen Risiken der künftigen Entwicklung

Wir haben organisatorische Regelungen und Maßnahmen getroffen, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Die eingesetzten Instrumentarien dazu sind:

- Monatliche Erstellung von betriebswirtschaftlichen Auswertungen mit Gegenüberstellung zu den Daten des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes
- Monatliche Überwachung der Kostenstruktur durch Auswertung der Kostenarten
- Permanente Überwachung des Schlachtvolumens und der damit verbundenen Kapazitätsauslastung anhand monatlicher Schlacht- und Umsatzstatistiken differenziert nach einzelnen Nutzern und mit Gegenüberstellung zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum
- Analyse der kurz-, mittel- und langfristig zu erwartenden Ersatz- und Instandhaltungsmaßnahmen.

Vorläufige Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Schlachthof Kassel**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	312.485,00 €	317.605,00 €
Umlaufvermögen	177.630,17 €	209.695,66 €
Rechnungsabgrenzungsposten	893,93 €	694,00 €
Summe Aktiva	**491.009,10 €**	**527.994,66 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	189.016,38 €	274.010,51 €
Rücklagen	45.073,39 €	45.073,39 €
Rückstellungen	18.691,00 €	14.043,00 €
Verbindlichkeiten	238.228,33 €	194.867,76 €
Summe Passiva	**491.009,10 €**	**527.994,66 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Schlachthof Kassel		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	868.166,34 €	893.287,28 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	35.161,03 €	98.876,00 €
3. Materialaufwand	-448.290,96 €	-447.236,48 €
4. Personalaufwand	-359.035,46 €	-363.409,29 €
5. Abschreibungen	-62.018,59 €	-61.493,44 €
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-108.583,21 €	-116.098,63 €
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.926,36 €	-3.384,12 €
8. Sonstige Steuern	-6.466,92 €	-6.467,28 €
9. Jahresergebnis	**-84.994,13 €**	**-5.925,96 €**

1.6 Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH)

Gesundheit Nordhessen Holding AG

Sitz	Mönchebergstr. 48e 34125 Kassel Tel: 0561/980-4830 Fax: 0561/980-6902 E-Mail: harald.geipel@gnh.net Internet: www.gnh.net
Gründungsdatum	26.06.2002 / 30.07.2002
Gesellschaftszweck	Gegenstand der Gesellschaft ist die einheitliche Leitung der mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen, zu denen am 31.12.2016 folgende Gesellschaften zählen: – Klinikum Kassel GmbH (90 %) • ZMV GmbH (90 % mittelbar) • Casalis Facility Services GmbH (45,9 % mittelbar) • MVZ GmbH (6,3 % mittelbar) – ökomed GmbH – Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum GmbH (80%) – Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH – Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH – Krankenhaus Bad Arolsen GmbH • Ohr- und Hörinstitut GmbH (40 % mittelbar) – Kreiskliniken Kassel GmbH – Blutspendedienst Hessen & Baden-Württemberg gGmbH (7,73 %) – Kassel School of Medicine gGmbH
Handelsregister	Amtsgericht Kassel unter HRB Nr. 13132
Gezeichnetes Kapital	Grundkapital 108.108,00 €
Gesellschafter	Stadt Kassel 92,5 % **Landkreis Kassel 7,5 %**
Aufsichtsrat	Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel Landrat Uwe Schmidt, Helsa Christian Geselle, Kassel Anne Janz, Kassel Dr. Günther Schnell, Kassel Anke Bergmann, Kassel Dieter Mehlich, Kassel Heinz Schmidt, Kassel Dorothee Köpp, Kassel Jürgen Blutte, Kassel (bis 27.07.2016) Christine Hoffmann, Naumburg (seit 28.07.2016) Matthias Dippel, Baunatal Marina Thiel-Mattes, Hofgeismar

	Stephanie Roß-Stabernack, Fuldatal Heike Grau, Borken Sabine Akkan, Kassel Ralph Stiepert, Vellmar Dr. Kolja Deicke, Kassel Dr. Thomas Wagner, Kassel Aline-Britt Westphal, Wolfhagen Klaus Weuffen, Kassel
Vorstand	Karsten Honsel Birgit Dilchert
Abschlussprüfer	Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH, Kassel
Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung	Jahresüberschuss TEUR 2.334,5 (VJ Jahresfehlbetrag: TEUR -5.128,8)
Anzahl der Beschäftigten	262 Vollzeitkräfte (VJ: 202,7)
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016

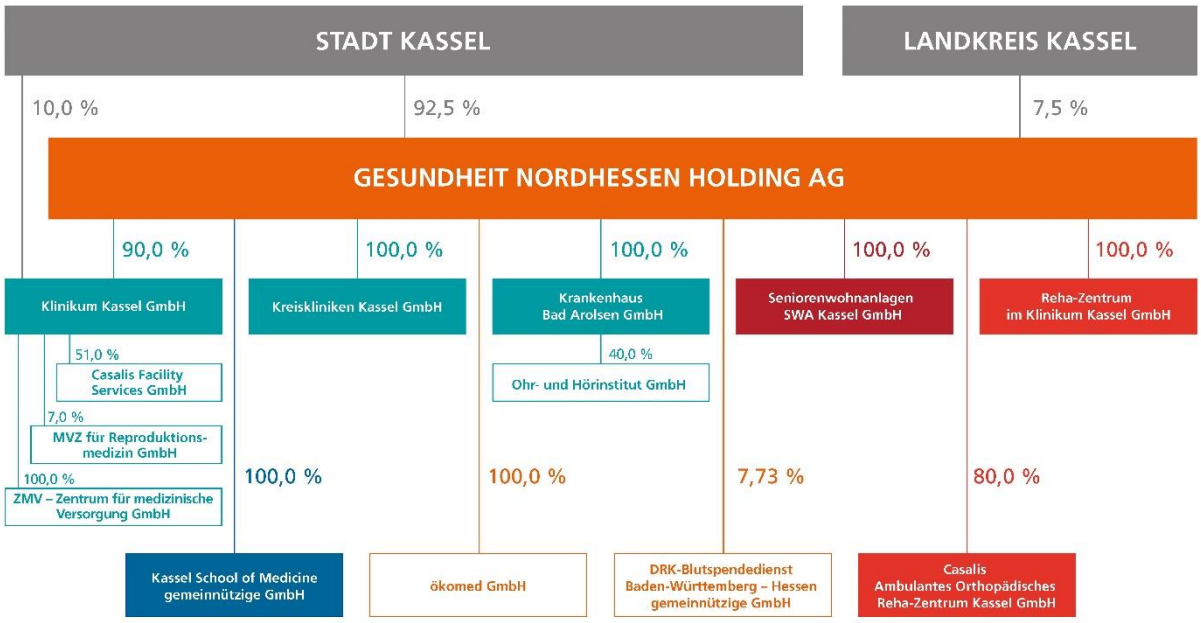
Inhaltsverzeichnis

1. Grundlagen der Gesundheit Nordhessen Holding AG 66
1.1. Unternehmenszweck und Struktur der Gesellschaft 66
1.2. Ziele und Strategien der Gesundheit Nordhessen Holding AG 67
1.3. Umfeld der Gesundheit Nordhessen Holding AG 68
1.3.1. Allgemeine Markt und Wettbewerbssituation 68
2. Wirtschaftsbericht 71
2.1. Gesamtwirtschaftliche und gesundheitspolitische Entwicklungen 71
2.2. Geschäftsverlauf, Budget und Leistungsdaten 75
2.2.1. Leistungsentwicklung 75
2.2.2. Budget und Verhandlungen mit den Kostenträgern 80
2.3. Personal 81
2.3.1. Vollkräfteentwicklung 85
2.3.2. Wechsel in Vorstand und Geschäftsführungen 87
2.4. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft 87
2.4.1. Ertragslage 87
2.4.2. Finanzlage 90
2.4.3. Vermögenslage 91
3. Beteiligungsbericht 93
4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht 101
4.1. Risikomanagementsystem und branchenspezifische Chancen und Risiken 101
4.2. Zukünftige Entwicklung 105
4.3. Branchenspezifische Chancen und Risiken 106
4.4. Gesamtaussage zur zukünftigen Entwicklung 109

1. Grundlagen der Gesundheit Nordhessen Holding AG

1.1. Unternehmenszweck und Struktur der Gesellschaft

Die Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) wurde am 26. Juni 2002 von der Stadt Kassel gegründet. Im Rahmen des Erwerbs von drei Kreiskliniken hat der Landkreis Kassel mit einer Kapitalerhöhung durch die Einbringung der Kreiskliniken zum 1. Januar 2005 einen Anteil von 7,5 % an der GNH AG erworben. Gegenstand der Gesellschaft ist neben der Bündelung der tertiären Dienstleistungsbereiche die einheitliche Leitung der verbundenen Unternehmen, zu denen u. a. folgende Gesellschaften und Einrichtungen (im Folgenden auch „Organgesellschaften“ genannt) zählen:



Zur Gesellschaft gehören drei Kliniken mit vier Krankenhausstandorten, eine Altenpflegeeinrichtung, zwei Medizinische Versorgungszentren (ZMV GmbH und eine Minderheitsbeteiligung an der MVZ für Reproduktionsmedizin GmbH), zwei ambulante Rehabilitationseinrichtungen, ein Dienstleistungsunternehmen und über das Krankenhaus Bad Arolsen eine 40 % Minderheitsbeteiligung am Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH.

Die Kassel School of Medicine gemeinnützige GmbH (kurz KSM) wurde am 21. März 2012 von der Gesundheit Nordhessen Holding AG gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist eine innovative Medizinerausbildung in Kooperation mit der University of Southampton, England.

Die Casalis Facility Services GmbH wurde am 19. Dezember 2013 von der Klinikum Kassel GmbH mit einem Stammkapital von T€ 50 gegründet. Durch Verkauf von 49 % der Anteile an die Vamed Management und Service GmbH (VAMED), Berlin, wird in Zusammenarbeit mit Vamed und der Klinikum Kassel GmbH seit dem 20.12.2013 ein Gemeinschaftsunternehmen betrieben. Mehrheitsgesellschafter ist mit 51 % die Klinikum Kassel GmbH. Die Gesellschaft hat den Geschäftsbetrieb zum 01.01.2014 aufgenommen und im Jahr 2015 die neue Sterilisation in Betrieb genommen.

Mit Ausnahme der gemeinnützigen Kassel School of Medicine gGmbH und der Casalis Facility Services GmbH bilden alle verbundenen Unternehmen der Gesundheit Nordhessen Holding AG eine ertragssteuerliche Organschaft. In die umsatzsteuerliche Organschaft sind die zuvor genannten Unternehmen (KSM und CFS) jedoch aufgrund ihrer wirtschaftlichen, organisatorischen und finanziellen Eingliederung einbezogen.

Zu den Organen der GNH gehört ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat mit 20 Mitgliedern. Zu dessen Aufgaben zählen die Beratung und Überwachung des Vorstandes, die Zustimmung zu wichtigen Unternehmensentscheidungen sowie die Kontrolle der Unternehmensziele. Der Aufsichtsrat ist das zentrale Kontrollgremium der GNH. Der Vorstand der GNH besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden und dem Personalvorstand/Arbeitsdirektorin.

1.2. Ziele und Strategien der Gesundheit Nordhessen Holding AG

Die GNH AG ist ein regionaler Gesundheitsdienstleister und bietet der Bevölkerung in Nordhessen kompetente Leistungen auf jeder Versorgungsstufe - von der Akutmedizin über die ambulante Versorgung bis hin zur Rehabilitation und Altenpflege. Die Akutmedizin bildet den Kern des GNH-Konzerns. Drei Akutkrankenhäuser an vier Standorten decken nahezu das gesamte medizinische Leistungsspektrum ab. Die GNH betreibt Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung und mit dem Klinikum Kassel auch das einzige Krankenhaus der Maximalversorgung in Nordhessen. Das Spektrum umfasst die medizinische, pflegerische und therapeutische Versorgung. Die medizinischen Leistungen werden auf höchstem Niveau erbracht und unterliegen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Die GNH AG ist nicht nur eine klassische Holding sondern für die Beteiligungen auch **zentraler Dienstleister** für Administration, Ausbildung, Technik und Betriebswerkstatt sowie Apotheke und Kindertagesstätte. Die Leistungen werden durch die Zentralisierung und unter Ausnutzung von Skaleneffekten im Konzern angeboten.

Das medizinische Versorgungsangebot des Konzerns umfasst Einrichtungen zur ambulanten Behandlung vor und nach einem Klinikaufenthalt. Mit den Behandlungsmöglichkeiten im Krankenhaus, dem Medizinischen Versorgungszentrum und verschiedenen Kooperationen wird eine enge ambulant-stationäre Vernetzung angestrebt. Die Rehabilitation und die Seniorenwohnanlagen ergänzen zudem die stationäre und ambulante Versorgung.

Oberste Priorität haben die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen, die sich einer medizinischen Einrichtung der GNH AG anvertrauen, gleich ob dies unsere Patientinnen und Patienten, deren Angehörige oder Besucher sind. Neben der **Patientenzufriedenheit** spielt dabei auch die Qualität der Leistungen eine ebenso große Rolle. Diagnostik, Pflege und Therapie auf höchstem Niveau und dem aktuellsten Stand der Wissenschaft und Technik bieten Sicherheit und schaffen Vertrauen.

Um dies zu erreichen sind motivierte und qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ein zentraler Erfolgsfaktor. Eine hohe Qualifikation durch Aus-, Fort- und Weiterbildung, gute Arbeitsbedingungen, ein respektvolles und wertschätzendes Miteinander und eine angemessene Vergütung sind die Basis

für eine hohe **Mitarbeiterzufriedenheit**.

Eine Grundlage der **Wettbewerbsfähigkeit** sind aber auch die **Stabilität der Preise** bzw. die Konditionen unserer eingekauften Produkte und der erbrachten Leistungen im Krankenhaus. Dazu zählen neben den Verträgen und Preisen von Lieferanten auch die mit den Tarifpartnern ausgehandelten Tarifverträge sowie die mit den Sozialleistungs- und Kostenträgern verhandelten Budgets und Preise.

In der Verbundstruktur der GNH AG werden zukünftig stärker durch medizinische Spezialisierung, durch die Teilung von Ressourcen (auch personell) und eine intelligente Patientensteuerung die Grundlagen für eine positive Zukunft geschaffen. Durch den Konzernverbund mit dem Klinikum Kassel besteht für die Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung ein Wettbewerbsvorteil, da Sekundärbereiche wie Pathologie, Labor und Radiologie gemeinsam genutzt werden können, aber auch durch die Einbindung von medizinischen Fachabteilungen, die nicht vor Ort vorgehalten werden können. Den eingeschlagenen Weg der Kooperation innerhalb und außerhalb des Konzerns gilt es, in der Zukunft konsequent fortzusetzen und die darin liegenden Chancen zu nutzen. Mit **Profitabilität, Wachstum** und effizientem Handeln kann dem steigenden Kostendruck im Gesundheitswesen erfolgreich begegnet werden.

Die Zukunftsstrategie baut deshalb weiter auf qualifizierten und engagierten Beschäftigten, modernen und leistungsfähigen Strukturen, einem Focus auf Effizienzsteigerung, **Spezialisierung und Vernetzung** sowie der Identifizierung und Nutzung vorhandener Chancen in Verbindung mit dem Angebot einer wohnortnahen sehr guten medizinischen Versorgung der Bevölkerung auf.

1.3. Umfeld der Gesundheit Nordhessen Holding AG

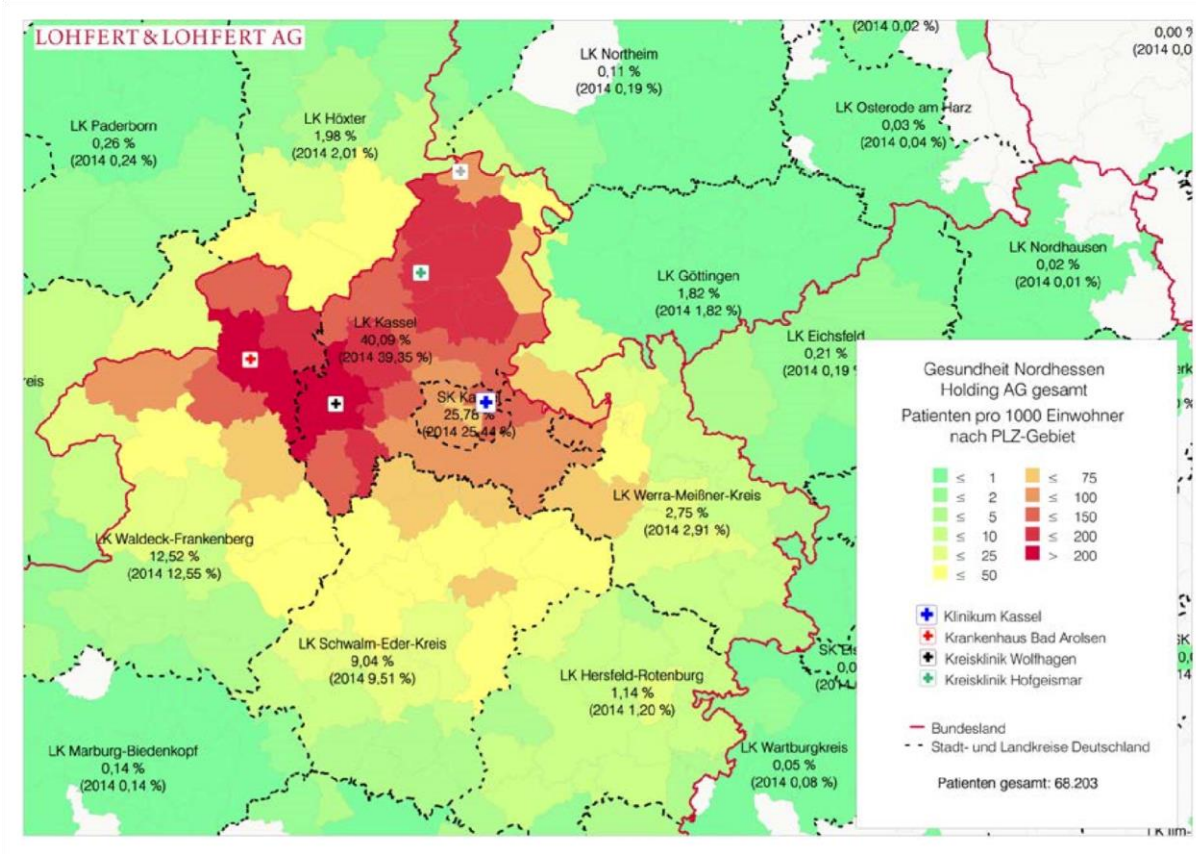
Die Gesundheit Nordhessen Holding AG mit ihren Standorten Klinikum Kassel, Krankenhaus Bad Arolsen und den Kreiskliniken Wolfhagen und Hofgeismar ist überwiegend ein Krankenhauskonzern. Er ist der größte stationäre Versorgungsanbieter in Nordhessen. Dieser befindet sich in einem überversorgten regionalen Marktumfeld und muss sich verschiedenen Herausforderungen an seinen jeweiligen Standorten stellen. Neben den **spezifischen Umfeldbedingungen** der Gesundheit Nordhessen Holding AG gibt es **allgemeine Einflussfaktoren**, welche die Rahmenbedingungen sowie den zukünftigen Versorgungsbedarf im Einzugsgebiet der Gesundheit Nordhessen Holding AG gegenwärtig und in Zukunft beeinflussen werden.

1.3.1. Allgemeine Markt und Wettbewerbssituation

Der GNH-Konzern sichert die Versorgung der Bevölkerung durch die Standorte in Kassel, Bad Arolsen, Wolfhagen und Hofgeismar. Die Patientenklientel setzt sich also sowohl aus der urbanen Bevölkerung, z. B. Stadt Kassel (25 % der Patienten und Patientinnen), der suburbanen Bevölkerung, z. B. Landkreis Kassel (40 % der Patienten und Patientinnen) oder der ländlichen Bevölkerung, z. B. Landkreis Waldeck-Frankenberg (12 % der Patienten und Patientinnen) zusammen. In südlicher Richtung nimmt die Bedeutung der Gesundheit Nordhessen Holding AG für die Versorgung der Bevölkerung ab. Die Bundeslandgrenzen bilden eine „strukturelle/kulturelle Barriere“ und limitieren die Patientenströme aus nördlicher, westlicher und östlicher Richtung in die Krankenhäuser der Gesundheit Nord-

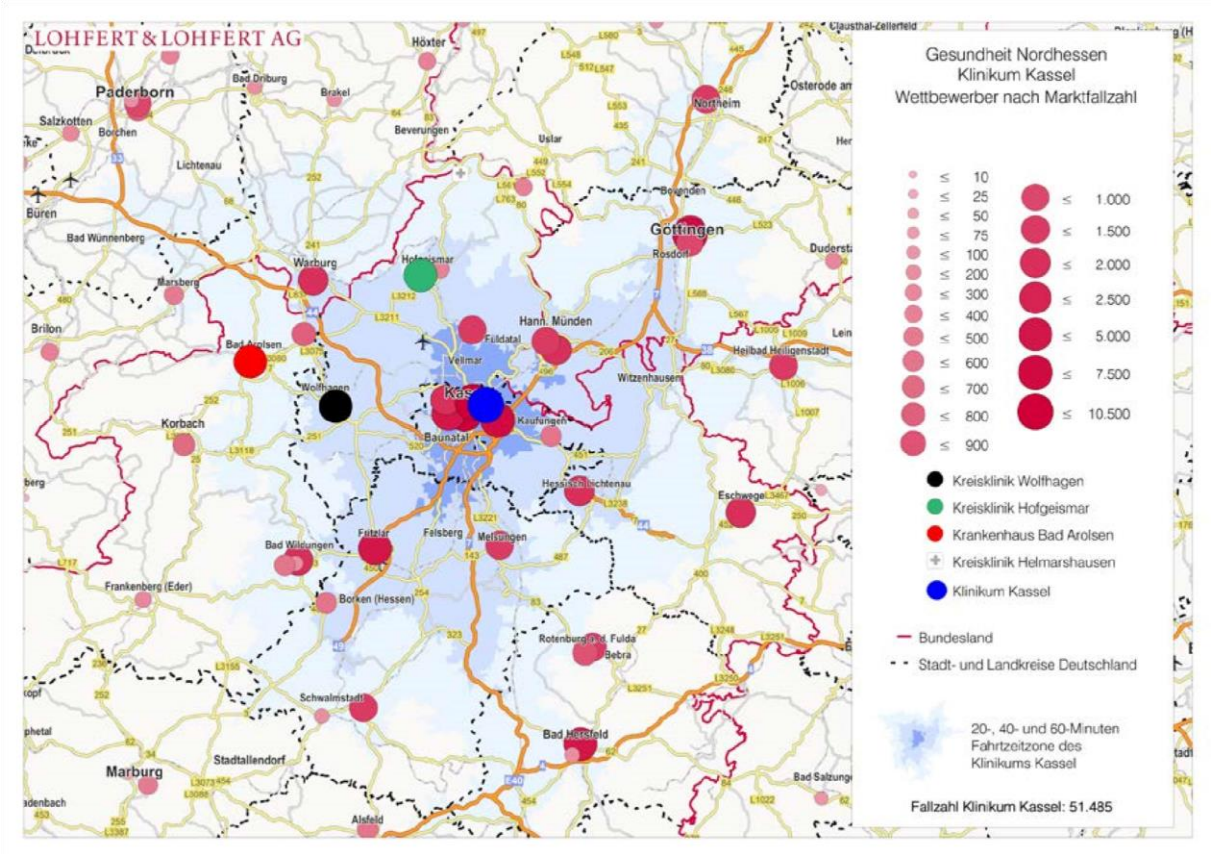
hessen Holding AG.

Betrachtet man die absolute Veränderung der Patienten pro PLZ-Gebiet zwischen 2014 und 2016 lassen sich verschiedene Patientenströme identifizieren. Die Stadt und der Landkreis Kassel sind mit mehr als 1.200 Fällen Zuwachs als Wachstumsgebiete der Gesundheit Nordhessen Holding AG zu bezeichnen. Für den Landkreis Kassel ergibt sich jedoch die Besonderheit, dass es über alle Standorte einen Fallzahlverlust im Kerneinzugsgebiet der Kreisklinik Hofgeismar gibt. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg weist sowohl Gebiete mit weniger Fällen, als auch Gebiete mit starkem Fallzahlwachstum im Vergleichszeitraum auf. Insgesamt kann dieser Landkreis als Wachstumsregion für den Gesamtkonzern gesehen werden. Südlich des Klinikums Kassel, vor allem im Schwalm-Eder-Kreis, aber auch im Werra-Meißner-Kreis und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist die Fallzahlentwicklung für den Gesamtkonzern negativ. In den übrigen Landkreisen ist das Leistungsgeschehen stabil.



Innerhalb des Versorgungsgebietes wird die besondere Stellung der Gesundheit Nordhessen Holding AG vor allem durch die Wettbewerbsposition des Klinikums Kassel deutlich. Mit Ausnahme einer Akutgeriatrie wird am Klinikum Kassel das gesamte Leistungsspektrum eines Maximalversorgers vorgehalten. Das Klinikum Kassel ist der größte stationäre Versorgungsanbieter in der Region und konnte seine maximalversorgende Position in der Stadt und im Landkreis Kassel sowie darüber hinaus behaupten. Die relevantesten Wettbewerber des Klinikums Kassel sind in der Stadt Kassel die Agaplesion Diakonie Kliniken Kassel, das Rote Kreuz Krankenhaus Kassel, das Elisabeth Krankenhaus Kassel, das Marienkrankenhaus Kassel, die Vitos Orthopädische Klinik Kassel und die Paracelsus Elena Klinik (Schwerpunkt Neurologie/Parkinson). Über die Stadt hinaus gibt es noch 62 weitere Wettbewerber, die je nach Indikation von unterschiedlicher Relevanz für die Patientenströme in das Klinikum Kassel sind. Dazu gehören zum Beispiel die Universitätsmedizin Göttingen, das Klinikum

Northeim oder das Klinikum Bad Hersfeld.



Im Bereich der Gefäßmedizin, der Traumaversorgung, der Neurochirurgie und der Intensivmedizin konnte das Klinikum Kassel seine Marktposition deutlich ausbauen. Demgegenüber stehen pneumologische Krankheitsbilder, neurologische Erkrankungen, Teile der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde und die Infektiologie, in denen sich die Wettbewerbsposition im Vergleich etwas schwächer darstellt. Die kardiovaskulären, nephrologischen, urologischen, gynäkologischen, onkologischen, diabetologischen, dermatologischen und orthopädischen Erkrankungen sowie die Viszeralmedizin und die Augenheilkunde werden weitestgehend stabil durch das Klinikum Kassel im Marktumfeld repräsentiert.

Für die Kreiskliniken Wolfhagen und Hofgeismar sowie das Krankenhaus Bad Arolsen ergibt sich ein leicht abweichendes Wettbewerbsumfeld. Für diese Standorte sind vor allem andere Standorte der Grund- und Regelversorgung relevant. Diese sind im Landkreis Waldeck-Frankenberg die Hessenklinik Korbach, das St-Elisabeth-Krankenhaus Volkmarsen, die Stadtklinik Bad Wildungen (außerdem noch die Fachkliniken in Bad Wildungen) und das Kreiskrankenhaus Frankenberg. Weiterhin relevant sind im Landkreis Kassel die Klinik in Lippoldsberg, die Klinik für Lungenerkrankungen in Immenhausen sowie die geriatrisch geprägten Standorte in Hofgeismar und Kaufungen. Aus den Nachbarlandkreisen wirken u. a. das Hospital zum Heiligen Geist Fritzlar (Schwalm-Eder-Kreis), das Klinikum Warburg (Landkreis Höxter), das St. Marien Hospital Marsberg (Hochsauerlandkreis), das Kreiskrankenhaus Hann. Münden und das Nephrologische Zentrum Niedersachsen (beide LK Göttingen) auf die Patientenströme der Grund- und Regelversorgung ein.

Die Krankenhäuser in Bad Arolsen, Hofgeismar und Wolfhagen müssen sich den besonderen Herausforderungen des **strukturschwachen ländlichen Umfeldes** sowie dem intensiven Wettbewerb mit anderen Grund- und Regelversorgern stellen.

Der Wettbewerbsdruck steigt derzeit aber auch im Kerngebiet der Stadt Kassel. Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung versuchen durch Spezialisierung in bestehenden Fachbereichen oder durch den Aufbau neuer Fachabteilungen **zusätzliche Leistungen** anzubieten.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und gesundheitspolitische Entwicklungen

Die steigende Nachfrage stellt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auch in Zukunft einen Wachstumsmarkt dar, der finanzielle Rahmen wird aber durch die seit mehr als zwei Jahrzehnten andauernde faktische Begrenzung der Leistungsmengen und die immer zahlreicheren Strukturvorgaben (Mindestmengen und Beschlüsse des gemeinsamen Bundesausschusses – G-BA) schwieriger.

Die wesentlichen Entwicklungen in den Hauptumsatzsegmenten, den **Krankenhäusern**, der **Altenpflege**, der **Servicedienstleistungen,** der **Rehabilitation** und der **Kassel School of Medicine** sind wie folgt zusammenzufassen:

Der gesetzliche Rahmen für das Jahr 2016 wurde für alle **Krankenhäuser** im Jahr 2015 durch das GKV-Finanzstruktur- und Qualitätsweiterentwicklungsgesetz (GKV-FQWG; in Kraft getreten am 05.06.2014) und das Pflegestärkungsgesetz (PSG; in Kraft getreten am 18.10.2014) geändert. Die wesentlichen Weichenstellungen für die Zukunft blieben der großen Krankenhausreform (Krankenhausstrukturgesetz / KHSG; Verkündung im Gesetzblatt am 17.12.2015) vorbehalten und traten sukzessive, beginnend mit dem Jahr 2016, in Kraft. Dabei ergeben sich aus der Vielzahl struktureller Änderungen zusätzliche Risiken aber auch die Chance, bei zielgerichtetem Handeln sich besser als die Wettbewerber zu positionieren und sich damit zu stabilisieren.

Für 2016 und 2017 sind die nachfolgenden Veränderungen von Bedeutung:

- Der 3-jährige Mehrleistungsabschlag in Höhe von 25 % lief zum 31.12.2016 aus und wird ab 2017 durch den 3-jährigen Fixkostendegressionsabschlag (FDA) abgelöst. Der FDA wurde in letzter Minute in seiner Höhe auf bundesweit 35 % festgesetzt mit der Möglichkeit, ihn auf Ortsebene bis max. 50 % zu verhandeln. Diese Einigung ist darauf zurückzuführen, dass die Vertreter der Krankenkassen mit ihren Forderungen mit einem FDA von bis zu 98 % in diesem Fall auch den Gesetzgeber nicht überzeugen konnten. Kurz darauf konnten die Krankenhäuser auf Ortsebene einen massiven Anstieg der MDK-Prüfquote verzeichnen.
- Der Versorgungszuschlag in Höhe von 0,8 % auf die DRG-Erlöse lief am 31.12.2016 aus. An seine Stelle tritt ab dem 01.01.2017 der Pflegezuschlag als Nachfolgeregelung.

- Das Pflegestellenförderprogramm mit einer maximalen jährlichen Förderhöhe von 0,15 % auf das DRG-Budget bei einer Laufzeit bis zum Jahr 2018 wird wieder eingeführt.
- Das Hygieneförderprogramm verlängert sich bis zum Jahr 2019 und wird auf den Bereich der Infektionskrankheiten ausgeweitet.
- Es wurden Ausgleichsregelungen für Krankenhausleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge geschaffen: Diese Leistungen sind vom Mehrerlösausgleich und vom Mehrleistungsabschlag befreit.
- Durch die Entkopplung des Landesbasisfallwertes von der Mengenentwicklung im Land Hessen ist die doppelte Degression entfallen, sodass der Landesbasisfallwert stärker steigen kann und damit der Zwang zur Mengenausweitung entfällt.
- Auch seitens des InEK gibt es Veränderungen des DRG-Systems, die in den nächsten Jahren greifen werden. So sollen besonders sachkostenintensive DRGs, wie z. B. die Implantation von speziellen Herzklappen, zu Gunsten von personalkostenintensiven Leistungen abgewertet werden.
- Es wurden Zuschläge zur Finanzierung von Mehrkosten durch neue Mindestanforderungen zur Struktur- und Prozessqualität in G-BA-Richtlinien geschaffen, diese betreffen insbesondere die Anforderungen an die personelle Ausstattung (z. B. Perinatalzentrum).

Der G-BA, als höchstes Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen, ist durch den Gesetzgeber beauftragt, in vielen Bereichen über den Leistungsanspruch der Solidargemeinschaft von etwa 70 Millionen in Deutschland gesetzlich krankenversicherten Menschen rechtsverbindlich zu entscheiden.

In den letzten Jahren wurden mit dem Argument der Qualitätsverbesserung immer mehr Strukturvorgaben für den Betrieb von Krankenhäusern und bestimmter Fachabteilungen durch den G-BA beschlossen. Die Entscheidungswege waren und sind dabei für die Leistungserbringer nicht immer transparent und nachvollziehbar. Der G-BA greift eigenständig Fragestellungen auf und legt Zuständigkeiten auch außerhalb von Qualität und Strukturvorgaben selber fest.

Durch die Beschlüsse des G-BA kommt es zu massiven Leistungsverschiebungen zwischen den Krankenhäusern. Die "Lizenzbedingungen“ für die Erbringung bestimmter Leistungen werden ohne Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten verändert. Daraus resultiert am Ende ein schlichter Verteilungswettkampf, der auf regionaler Ebene vor Ort von den Entscheidungsträgern des Krankenhauses auch durch Schließungen von Fachabteilungen umgesetzt werden muss, wobei die Bundes- und Landespolitik in der Regel diskret im Hintergrund bleibt. Die regionalpolitischen Diskussionen, die sich aus diesen Entscheidungen ergeben, müssen vor Ort die Krankenhausträger führen und somit das vertreten, was auf Bundesebene über den G-BA beschlossen wurde. Auf der anderen Seite resultieren aus den immer stringenteren Qualitätsvorgaben des G-BAs und deren Kontrolle durch die MDK-Strukturprüfung in Kombination mit der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts gravierende Unsicherheiten der Abrechenbarkeit von teuren und hoch spezialisierten Krankenhausleistungen bis hin zu

einer Rückwirkung von bis zu vier Jahren in die Vergangenheit.

Für die Klinikum Kassel GmbH eröffnen sich neben den negativen Reglementierungen durch Gesetzgebung und G-BA-Beschlüsse aber auch Chancen, welche durch strategische und operative Maßnahmen genutzt werden können. Für eine zukunftsfähige Positionierung im Markt ist u. a. eine hohe Innovationskraft im Hinblick auf ganzheitliche, individuelle und passgenaue Behandlungskonzepte unabdingbar.

Nach wie vor ist die Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser ein strukturelles Problem, das auch durch die große Krankenhausreform des Jahres 2015 nicht gelöst wurde. Der Investitionsstau bei gleichzeitig zunehmender Eigenmittelfinanzierungsquote von Investitionen belastet die Klinken durch Zinsen und Abschreibungen dauerhaft in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung. Allein im Klinikum Kassel fallen in 2016 T€ 5.106,8 Abschreibungen und T€ 2.804,3 Zinsen auf mit Eigenmitteln finanzierte Investitionen an. Die Tilgung der Darlehen verstärkt den Druck auf die Liquidität. Entlastungen gibt es in Hessen ab dem Jahr 2016 durch die Einführung der Investitionspauschalen. Damit erhalten die Krankenhäuser bei Investitionsentscheidungen "größere Flexibilität". Für die Übergangszeit wurde ein Sonderprogramm von 120 Millionen Euro aufgelegt, durch das Kliniken, die seit Jahren auf Investitionen warten, bei Baumaßnahmen zusätzlich gefördert werden sollen. Diese können nach heutigem Kenntnisstand jedoch nicht eingesetzt werden um Investitionen der Vergangenheit zu finanzieren.

Entlastungen ergeben sich hieraus für die Kreiskliniken Kassel jedoch ab dem Jahr 2016 durch die Einführung der Investitionspauschalen im Land Hessen leider keine. Die Fördermittelbescheide für Einzelförderungen der letzten sechs Jahre werden auf die Investitionspauschalen angerechnet und mit diesen verrechnet. Insgesamt eine gerechte Lösung – wenn dadurch der Investitionstau behoben wird. Dies ist in den Kreiskliniken nicht der Fall. Die Förderung des Standortes in Hofgeismar mit 15 Mio. Euro geht aufgrund zweier investitionsbedürftiger Krankenhäuser damit zu Lasten der Infrastruktur in Wolfhagen.

Zusammenfassend ergeben sich weitere Themen, die für die Gesundheit Nordhessen Holding AG von Bedeutung sind: Die Förderung im Rahmen des Krankenhausstrukturfonds und der Sicherstellungszuschlag werden für das Klinikum nicht relevant sein, der Fixkostendegressionsabschlag und Qualitätsvorgaben hingegen werden Wirkungen zeigen.

Für den Bereich der **Altenpflege** hat der Gesetzgeber mit der Verabschiedung des Pflegestärkungsgesetz II und der Zulassung der entbürokratisierten Pflegedokumentation, in der Fortschreibung des SGB XI, der Pflegeversicherung im Jahr 2016 die Voraussetzungen für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff geschaffen und das Umstellungsverfahren von drei Pflegestufen zu fünf Pflegegraden vorgegeben. Dieser Prozess, die sogenannte Pflegeüberleitung wurde in den Seniorenwohnanlagen umgesetzt. Damit verbunden waren neue Pflegesätze und ein neuer Personalbemessungsschlüssel für den Pflege- und Betreuungsbereich.

Ebenfalls in 2016 wurde der neuen Vereinbarung zur Erbringung von zusätzlichen Betreuungsleistungen nach § 87b SGB XI beigetreten und für nahezu alle Bewohner der Seniorenwohnanlage Lindenberg konnten so zusätzliche Angebote in der Alltagsbegleitung geschaffen werden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der ökomed für den Bereich der **Reinigung und Speisenversorgung** der Gesellschaft stehen in direktem Zusammenhang mit den abgeschlossenen Werkverträgen innerhalb des Konzerns. Durch den hohen Anteil der Innenumsätze ist die ökomed wirtschaftlich unmittelbar von der Entwicklung der Hauptauftraggeber abhängig. Die allgemeine Branchensituation für Dienstleistungsanbieter in den Bereichen Küchen- und Reinigungsbetriebe und der Logistik ist daher für die Betrachtung der Berichtsgesellschaft nicht aussagekräftig. Insbesondere das Thema **Hygiene** hat aber einen großen Einfluss auf die Unterhaltsreinigung und die Speisenversorgung im Krankenhaus. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben und Empfehlungen werden die Leistungen der ökomed regelmäßig aktualisiert und angepasst sowie die Einhaltung der Qualitätsvorgaben im Rahmen der durch das Qualitätsmanagement vorgegebenen Prozesse überwacht.

Der Markt für **medizinische Rehabilitationsleistungen** befindet sich noch immer in einem Veränderungsprozess. Nach dem letzten BFS-Marktreport Rehabilitation 2016 stieg der Anteil der ambulanten Reha im Verantwortungsbereich der Rentenversicherung von 10,6 % im Jahr 2008 auf lediglich 13,9 % im Jahr 2014. Aktuellere Daten liegen nicht vor. Im Zeitverlauf war insbesondere eine Steigerung der Fallzahl im Bereich der Psychosomatik aber auch ein Rückgang bei der Orthopädie festzustellen.[1] Die weitere Entwicklung des Rehabilitationsmarktes wird neben der demografie-bedingten Verschiebung der Altersstruktur der Patienten maßgeblich von gesellschaftlichen und strukturellen Veränderungen beeinflusst. Die Bereiche Prävention, Nachsorge und betriebliches Gesundheitsmanagement werden an Bedeutung gewinnen, der Grundsatz Reha vor Pflege wird gebetsmühlenartig von allen Beteiligten genannt – allein der Nachweis fehlt.

Im Bereich der **Kassel School of Medicine** gemeinnützige GmbH gab es im letzten Jahr umfassende Veränderungen des Marktumfeldes. In einer Volksabstimmung im Juni 2016 entschied sich die Bevölkerung Großbritanniens für den Ausstieg aus der Europäischen Union. Am 17. Januar 2017 verkündete die aktuelle Premierministerin Theresa May einen 12 Punkte Plan für diesen Ausstieg, der bis zum Oktober 2018 vollzogen werden soll. Zwei Forderungen dieses 12 Punkte Planes lauten „EU-Bürger sollen weiterhin im Vereinigten Königreich arbeiten und leben können, Briten umgekehrt in der EU“ und „Für Fortschritt in der Wissenschaft, Forschung und Technologie möchte das Vereinigte Königreich besonders eng mit der EU zusammenarbeiten“. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung hat das britische Unterhaus dem **Brexit** zugestimmt. Die zweite Kammer, das Oberhaus (House of Lords), hat jedoch Änderungen am Brexit-Antrag gefordert. Es ist in hohem Maße wahrscheinlich, dass der Antrag nach Art. 50 EU Vertrag in 2017 gestellt wird. Die daraus resultierenden Risiken können derzeit nicht abschließend bewertet werden.

Eine wesentliche gesetzliche Änderung gab es auch in der GNH AG. Die Herstellung und Weitergabe von **Zytostatika** an ambulante Patienten wurde nach einem Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 28.09.2016 als umsatzsteuerfreie Leistung qualifiziert. Die Zubereitungen von Krankenhausapotheken sind umsatzsteuerfrei, da ein eng verbundener Krankenhausumsatz vorliegt. Hieraus folgen Umsatzsteuerrückforderungen der Krankenkassen in Höhe von 6,0 Mio. Euro, die Krankenhausapotheke muss Abrechnungen im Volumen von 31 Mio. Euro ab 2008 neu berechnen und

[1] Hayer, Jens; Karapolat, Nurcan: BFS-Marktreport Rehabilitation 2016: Die Konsolidierung des Marktes schreitet voran – Management Summary; S. 9, Köln 2016

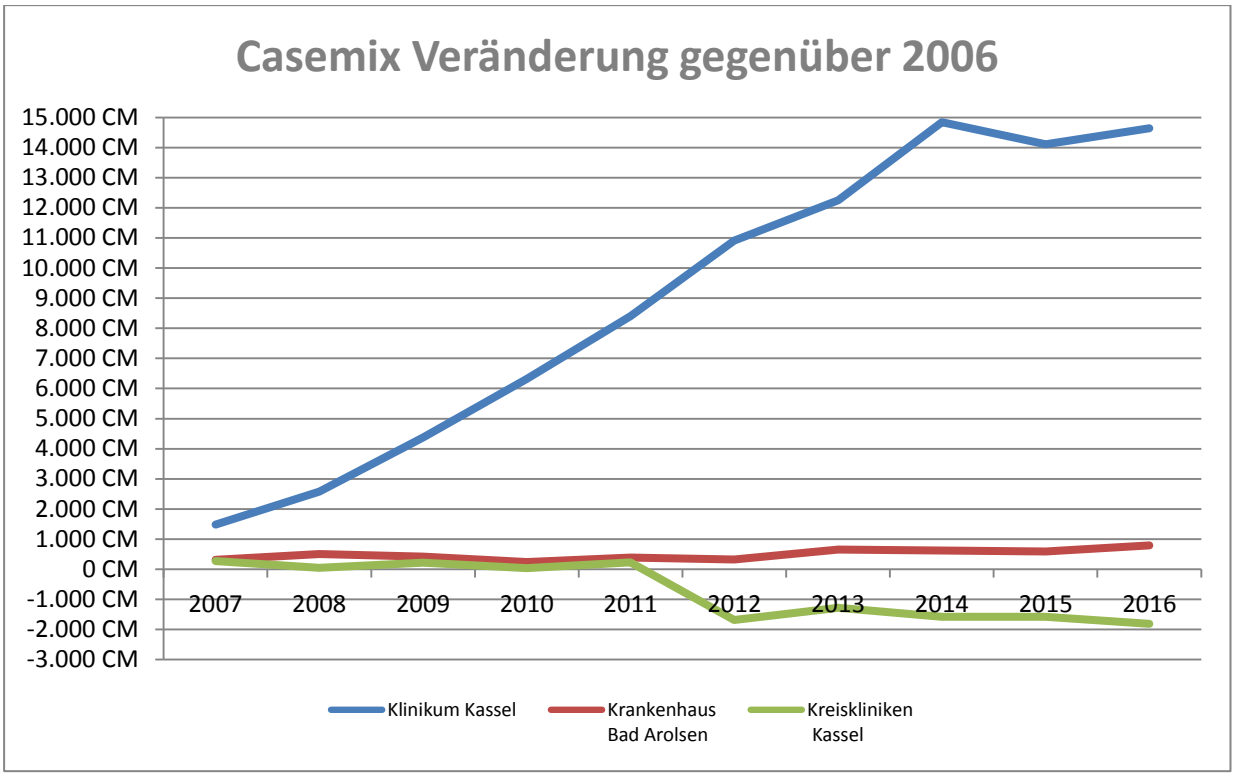
kann durch den Vorsteuerabzug ihrerseits nur 1,5 Mio. € vom Finanzamt einfordern. Das Risiko in Höhe von 4,5 Mio. € verbleibt in der GNH AG und kann nach externer Stellungnahme noch nicht als Rückstellung berücksichtigt werden, da aus heutiger Sicht mehr Gründe gegen als für das Bestehen eines Risikos sprechen. Zum Berichtszeitpunkt liegen bereits Klagen im Streitwert von 1,3 Mio. € vor.

2.2. Geschäftsverlauf, Budget und Leistungsdaten

Der Geschäftsverlauf der GNH AG als zentraler Dienstleister ist neben der **eigenen operativen Tätigkeit** insbesondere von der **operativen Tätigkeit und der Leistung der Beteiligungen** abhängig.
Innerhalb der GNH AG sind für 2016 folgende Themen hervorzuheben. Der Vorstand hat mit den Geschäftsführungen insbesondere die **Vernetzung der medizinischen Leistungen** weiter vorangebracht, aber auch intensive Planungen für **den Krankenhausneubaus in Hofgeismar** vorgenommen. Die Aufgaben der **Apotheke** konnten weiter intensiviert werden, sodass die Umsätze von T€ 4.066,2 auf T€ 7.920,9 4 angestiegen sind. Dies konnte insbesondere durch die Zubereitung und den Verkauf von Zytostatika erreicht werden. Die Verhandlungen über den **Zukunftssicherungstarifvertrag** aber auch der weitere **Ausbau der Kassel School of Medicine** gGmbH sind zu erwähnen. Im abgelaufen Geschäftsjahr wurden strukturell alle Beschäftigen der **Betriebswerkstätten** innerhalb der Technischen Abteilung zentralisiert. Bei der Analyse des Stellenplanes wird hierauf nochmals eingegangen.
Wesentlich für den Erfolg der GNH AG sind aber die Leistungen der Beteiligungen. Im Nachfolgenden wird auf diese eingegangen.

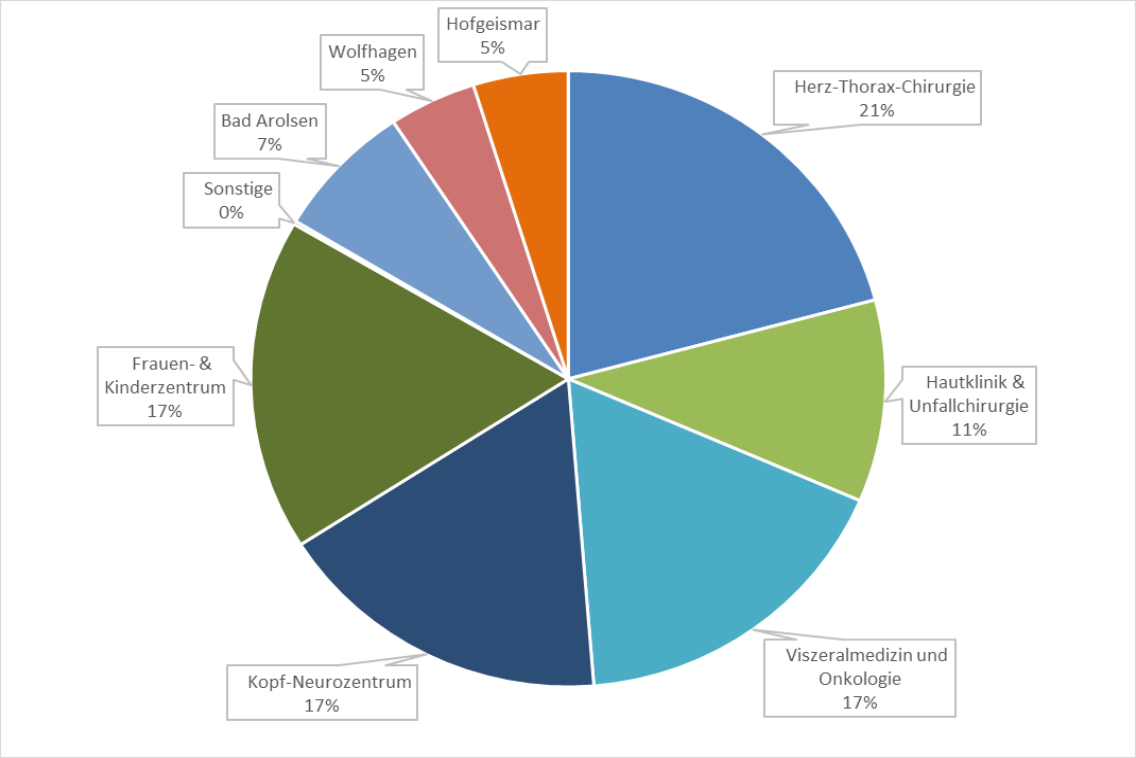
2.2.1. Leistungsentwicklung

Im **Segment der Krankenhäuser** wurden im Geschäftsjahr 2016 wiederum mehr Patienten und Patientinnen als im Vorjahr versorgt. Insgesamt wurde 73.815 Patientinnen und Patienten (Vorjahr 72.902) stationär behandelt. Die Bewertungsrelationen stiegen geringfügig um 0,6 % auf 77.660 CM.
Bei den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung konnten die Leistungen auf Vorjahreswert stabilisiert werden.

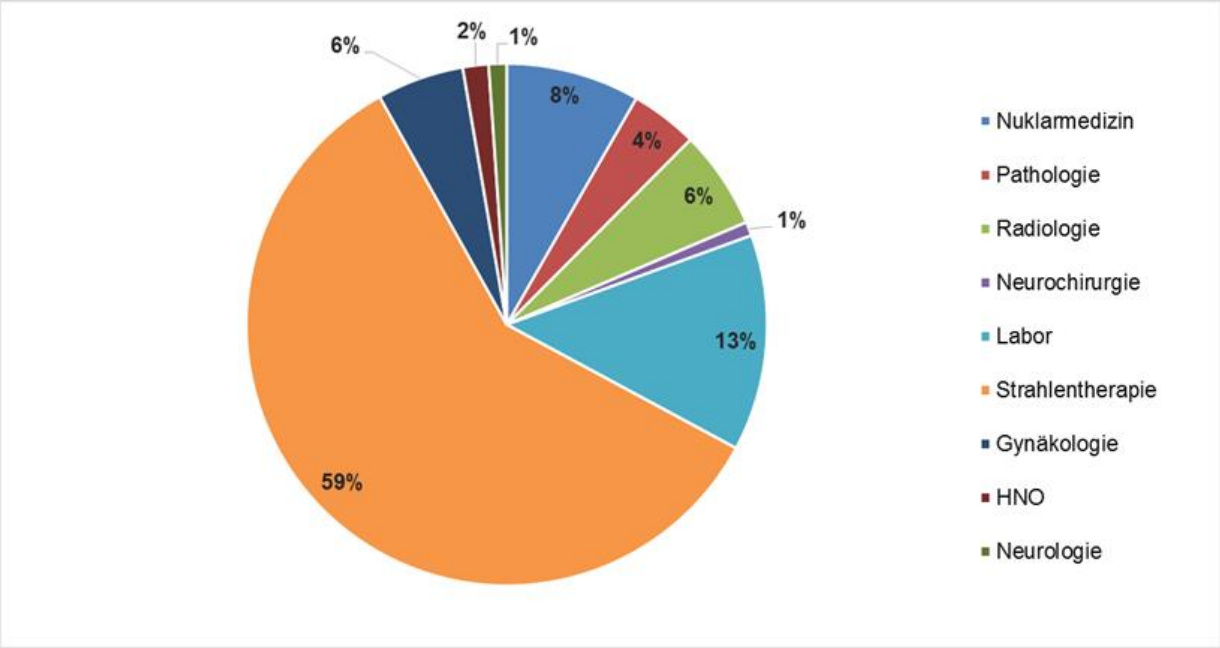


Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Krankenhäuser (Compound Annual Growth Rate - CAGR) lag von 2011 bis 2016 beim Casemix bei 1,8 % (VJ: 3,1 %). Die Wachstumsrate des Klinikums Kassel beträgt dabei 2,0 % (VJ: 2,6 %), gefolgt vom Krankenhaus Bad Arolsen mit 1,5 % (VJ: 1,4 %). Die Kreisklinken weisen eine negative Wachstumsrate von -4,9 % (VJ: -3,8 %) auf.

Zur besseren Bewertung der Leistungsstruktur werden auch die Zentren der Klinikum Kassel GmbH mit den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung verglichen. Die folgende Grafik verdeutlicht die Anteile an der Gesamtleistungsstruktur der Krankenhäuser bzw. Bereiche.



Im **ambulanten Segment (ZMV)** konnten im Berichtszeitraum die Umsätze durch den Anstieg der ambulanten KV-Erlöse gesteigert werden. Aufgrund der unterschiedlichen Fachabteilungen wird auf die Darstellung einer Leistungsstatistik verzichtet und hilfsweise die Erlöse dargestellt. Mit zusammen 80 % sind wesentliche Umsatzträger der ZMV GmbH auch in 2016 die Strahlentherapie, die Nuklearmedizin und die Labormedizin.



Segment Rehabilitation: Die Leistungen im Bereich der Rehabilitation stiegen nach dem Rückgang im Vorjahr wieder um 3,2 % (VJ: -3,8 % Absenkung). Auf den Leistungsbereich des Reha-Zentrums entfallen hiervon 1,8 % und auf das Schwesterunternehmen Casalis Reha sogar 14,8 %. Dies ist vor allem auf die Umstellung im Bereich der Heilmittel und der Schließung des unwirtschaftlichen Bereichs Integrierte Versorgung zurückzuführen. Auf dem Weg zu höherwertigen Leistungen mit Hilfe einer zeitlich befristeten Reduzierung von Kapazitäten hat das Unternehmen in 2015 zunächst Patientinnen und Patienten verloren, die es im Jahr 2016 wie geplant wieder zurückgewonnen hat.

GmbH	Standort	NR	Leistungssektor	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015	Plan 2016	Ist 2016	Abw. absolut	Abw. in %
Reha GmbH	Mönche-berg	1	Stationäre Physioth.	77.460	80.734	84.095	95.500	**86.652**	**2.557**	**3,0%**
		2	Heilmittel, ambul.	12.405	12.922	11.077	10.000	**10.260**	**-817**	**-7,4%**
		3	Sonderverträge, IV	950	1.355	496	500	**386**	**-110**	**-22,2%**
		4	Prävention	7.640	9.017	9.234	9.500	**10.196**	**962**	**10,4%**
	LNK	5	LNK	3721	3.990	3.228	3.196	**3.088**	**-140**	**-4,3%**
	Wilhelms-höher Allee	6	Heilmittel, ambul.	18.995	19.374	16.085	18.000	**16.215**	**130**	**0,8%**
		7	Reha Fit	5.482	3.961	3.311	4.500	**3.285**	**-26**	**-0,8%**
		8	Sonderverträge, IV	996	931	163	250	**128**	**-35**	**-21,5%**
		9	Osteopathie	780	518	0	1.067	**0**	**0**	
		10	Cardio Reha	3.178	3.361	3.538	3.600	**3.640**	**102**	**2,9%**
		11	Cardio Irena	1.473	1.681	1.548	1.800	**1.259**	**-289**	**-18,7%**
Casalis Reha		12	Ortho Reha (MSR)	8.480	8.762	8.709	9.000	**9.595**	**886**	**10,2%**
		13	Ortho Irena	7.446	7.604	6.804	7.000	**7.611**	**807**	**11,9%**
		14	EAP	3.210	3.129	2.397	3.000	**3.221**	**824**	**34,4%**
Ergebnis Reha-Zentrum				133.080	137.844	132.775	147.913	**135.109**	**2.334**	**1,8%**
Ergebnis Casalis-Reha				19.136	19.495	17.910	19.000	**20.427**	**2.517**	**14,1%**
Gesamt				152.216	157.339	150.685	166.913	**155.536**	**4.851**	**3,2%**

Die Leistungen in der stationären Physiotherapie konnten im Vorjahresvergleich um 3 % gesteigert werden. Durch die Unterschreitung des Stellenplans und einen Anteil „nicht abrechenbare Arbeitszeiten“ ist das Reha-Zentrum aber hinter der Planung zurückgeblieben. Der Präventionsbereich entwickelte sich im letzten Jahr mit 10,4 % wieder sehr gut. Durch das auf Holdingebene mit dem Reha-Zentrum entwickelte Projekt „alternsgerechtes Arbeiten - fit4job“ konnten zum einen die Erlöse aus Mitgliedsbeiträgen fest eingeplant, zum anderen eine weitere Steigerung der Mitgliedszahlen verzeichnet werden, insbesondere in der Kundengruppe „Beschäftigte der GNH“ und „GNH-Dienstleister“.

Im **Segment der Seniorenwohnanlagen (SWA)** ist die erste Jahreshälfte noch von der Schließung des stationären Pflegeheimes Fasanenhof geprägt. Im Mehrjahresvergleich sind die Leistungszahlen im stationären Bereich bedingt durch die Schließung des Standortes Fasanenhof rückläufig, allerdings

konnten einige Bewohnerinnen und Bewohner an den Standort Lindenberg umziehen. In den ambulanten Bereichen sind die Leistungszahlen nur leicht rückläufig. Folgende Übersicht zeigt die Leistungsentwicklung der letzten Jahre mit der Zahl der Pflegebedürftigen im stationären Bereich bzw. der Patientinnen und Patienten im ambulanten Bereich.

Bereich	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Abw.15/16	%
Lindenberg stationär	101,0	97,0	91,0	88,4	88,4	98,9	10,5	11,8%
Fasanenhof stationär	76,0	71,0	67,0	64,3	59,3	3,6	-55,7	-93,9%
Betreuungs-verträge	417,0	439,0	425,0	421,0	421,9	416,9	-5,0	-1,2%
ambulanter Dienst	157,0	161,0	154,0	142,0	155,3	149,9	-5,4	-3,5%

Im Segment der **Dienstleistungen (ökomed)** bestehen die Hauptleistungen aus den beiden Bereichen Reinigung, gemessen in Quadratmetern und Reinigungsintervallen und der Speisenversorgung, gemessen in Beköstigungstagen. Nachfolgende Tabelle geben einen Überblick über die Leistungsentwicklung in den beiden Hauptgeschäftsfeldern der ökomed GmbH - der Speisenversorgung und der Unterhaltsreinigung.

Leistungen ökomed	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Speiseversorgung in Beköstigungstagen	410.323	442.328	448.573	443.588	438.875	427.549
Reinigungsleistung in qm	25.326.837	27.061.994	27.299.937	27.633.232	28.703.814	28.572.774

Der Rückgang der gesamten **Beköstigungstage** um 2,6 % ist im Wesentlichen auf die Schließung der Pflegebereiche in der SWA Fasanenhof zurückzuführen. Bereits in 2015 wurde die Produktion am Standort Seniorenwohnanlage Fasanenhof eingestellt. Diese Einrichtung wurde nach Schließung der Wohnbereiche und der stationären Pflege aus der Zentralküche im Klinikum Kassel beliefert, um somit die Versorgung der Gäste im Restaurant und im Lieferservice weiter sicherzustellen. Positiv verläuft hingegen die Entwicklung am Klinikum Kassel.

Im Januar 2015 wurde die neue **Mitarbeiterversorgung** im Klinikum Kassel in Betrieb genommen. Das Service- sowie das Speisen- und Getränkeangebot wurden wie geplant umgesetzt, und die Erwartungen im Hinblick auf Gästezahlen, Umsatz pro Gast und Gesamtumsatz sogar leicht übertroffen. Die Resonanz zum Thema Qualität der Angebote, Vielfalt und Servicefreundlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist durchweg positiv. Bei diversen Veranstaltungen auf der Konferenzebene im neuen Eingangsgebäude, sowie in den Räumlichkeiten der Mitarbeiterkantine wurden zusätzliche Erlöse erzielt. Die Beschäftigten der Personalkantine zeichnet durchweg eine hohe Servicekompetenz aus. Ab Oktober 2016 wurde die Spülküche am Standort Hofgeismar geschlossen. Derzeitig wird das

benötigte Geschirr in Kassel gespült und täglich transportiert.
Die Aufgabenfelder der **klassischen Krankenhausreinigung** in den Einrichtungen der Gesundheit Nordhessen Holding bestehen aus Bereichen der Unterhaltsreinigung einschließlich einer desinfizierenden Reinigung mit dem Ziel, Infektionsgefährdungen im Patientennahbereich auszuschließen. Zusätzlich wird die Bettenaufbereitung bei der Patientenentlassung/-verlegung von der ökomed betrieben.
In 2016 wurde das Thema Infektionsprävention ausgebaut. Das bestehende hausinterne Schulungsprogramm wurde überarbeitet und der Themenbereich „Flächendesinfektion“ ausgebaut. Die Pflichtschulungen gemäß Unfallverhütungsvorschriften (UVV) wurden angepasst. Als Basis dienen die durch den Arbeitssicherheitsdienst (ASD) eingeführten Betriebsanweisungen. Die geschaffenen Freiräume werden mit Desinfektionsthemen ergänzt ohne die zeitlichen Ressourcen insgesamt auszuweiten.

2.2.2. Budget und Verhandlungen mit den Kostenträgern

Die Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern wurden im Juni 2016 mit einer Vereinbarung der wesentlichen Eckpunkte für alle GNH-Krankenhäuser abgeschlossen. Bei einem Landesbasisfallwert 2016 in Höhe von 3.264,35 Euro und 78.800 CM-Punkten beträgt das vereinbarte DRG-Budget 257,2 Mio. Euro. Für Zusatzentgelte und tagesgleiche Entgelte wurden 19,7 Mio. Euro und für die Psychiatrie/Psychotherapie 16,8 Mio. Euro vereinbart.
Die Vertragsparteien konnten sich wie im vorangegangenen Budgetjahr erneut nicht in allen Punkten einigen.

Der Zuschlag für die Finanzierung der Umsetzung des neuen Hessischen Onkologiekonzeptes konnte dem Grunde nach geeint werden, ist aber in Bezug auf die Höhe noch offen.

Zwischenzeitlich wurde durch die Schiedsstelle der geforderte Zuschlag für die Mehrkosten der kinderonkologischen Patienten sowie die nachjährige Wirkung des Mehrleistungsabschlages aus dem Jahr 2013 negativ beschieden. Die Entscheidungen der Schiedsstelle werden allerdings nicht akzeptiert, sodass der weitere Klageweg beschritten wird.

Für die Mehrkosten, die aufgrund der Verschärfung der G-BA-Richtlinie für Perinatalzentren entstehen, haben die Pflegesatzparteien vor dem Hintergrund der neuen gesetzlichen Regelungen einen Vorbehalt abgeschlossen, der die rückwirkende Nachfinanzierung ab November 2015 regelt.

Die Genehmigung der Budgetvereinbarung 2016 erfolgte für die Kreiskliniken Kassel zum 01.11.2016 und für das Krankenhaus Bad Arolsen zum 01.12.2016. Für das Klinikum Kassel wird die Genehmigung erst im zweiten Halbjahr 2017 erwartet.

2.3. Personal

Der nachhaltige Unternehmenserfolg der GNH als regionaler Gesundheitsdienstleister auf höchstem Niveau beruht auf den Leistungen ihrer hervorragend qualifizierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Personalstrategie der GNH unterstützt dies mit ihren Handlungsfeldern durch eine zielgerichtete, innovative, vernetzte und auf Langfristigkeit ausgelegte Personalarbeit. Die einzelnen Unternehmensbereiche mit modernen Methoden und Instrumenten darin zu unterstützen, kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, zu entwickeln und dauerhaft zu binden, ist Aufgabe des Personalmanagements als konzerninternem Dienstleister.

Um qualifizierte Fach- und Führungskräfte, aber auch Nachwuchskräfte zu gewinnen, müssen die GNH und ihre Tochtergesellschaften als attraktive Arbeitgeber wahrgenommen werden. Eine Projektgruppe aus verschiedenen Bereichen trug die verschiedenen Attraktivitätsfaktoren unter Berücksichtigung der Besonderheiten für die unterschiedlichen Berufsgruppen zusammen. Daraus entstanden grundlegende überarbeitete Entwürfe für die Stellenanzeigen sowie eine Idee für ein neues, den unterschiedlichen Erwartungen gerecht werdendes Layout der Karriereseite.

Die GNH setzt vor dem Hintergrund des hohen Anteils an weiblichen Beschäftigten weiter auf die besonderen Angebote zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Angebote werden allerdings auch zunehmend von jüngeren männlichen Beschäftigten wertgeschätzt. Ein Schwerpunkt liegt dabei bei den Angeboten für die Kinderbetreuung durch die betriebseigene Kita mit modernen pädagogischen und innovativen wie kreativen Konzepten, den besonderen flexiblen Modellen bei der Arbeitszeitgestaltung sowie den Unterstützungsangeboten bei der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger.

Das Zertifikat „audit berufundfamilie“ am Klinikum Kassel ist am 15. März 2017 von der berufundfamilie GmbH bestätigt worden und gilt nun bis März 2020.Alle bisherigen Maßnahmen wurden beim Re-Auditierungs-Verfahren im Dezember 2016 auf den Prüfstand gestellt. Darüber hinaus haben die Auditorinnen Gespräche mit Beschäftigten verschiedener Berufsgruppen geführt, um die gelebte Praxis der Familienfreundlichkeit einschätzen zu können. In Workshops und Gesprächsrunden wurden zudem weitere Ziele und Maßnahmen für die nächsten drei Jahre vereinbart, um die familienbewusste Unternehmenskultur stetig fortzuentwickeln.

Im Bereich der Personalentwicklung setzte die GNH auch im Jahr 2016 wieder auf ein vielfältiges und innovatives Fort- und Weiterbildungsangebot zur fachlichen wie persönlichen Kompetenzentwicklung. Um flexibles Lernen zu ermöglichen, wurde das E-Learning-Angebot weiter ausgeweitet und durch eine Kooperation mit der online-Lernplattform „Campus“ der Firma Bibliomed, die über das Intranet zugänglich ist, wurde eine neue Dimension des E-Learning für die Beschäftigten eröffnet.

Mit ihrer langjährig etablierten Krankenpflegeschule mit ihrem gleichermaßen breit gefächerten wie qualitativ hochwertigen Aus- und Fortbildungsangebot konnte die GNH bislang dem Fachkräftemangel im Pflegebereich erfolgreich entgegensteuern. Daher sind auch im Jahr 2016 für den Bereich der Gesundheits- und Kranken/Kinderkrankenpflege 20 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen worden und eine weitere Aufstockung ist geplant.

Daneben können Auszubildende der Gesundheits- und Krankenpflege mit (Fach-)Abitur von der GNH AG weiterhin ein Stipendium für ein berufsbegleitendes Studium erhalten. Der geförderte Studiengang

„Health Care Studies“, der in Kooperation mit der Hamburger Fernhochschule ab dem zweiten Ausbildungsjahr begonnen werden kann, schließt mit dem Bachelor of Science ab. Mit ihren zahlreichen Herausforderungen stellt die moderne Gesundheitswirtschaft hohe Ansprüche insbesondere an leitende Pflegekräfte. Das Management in der Pflege umfasst nicht nur Planungs- und Organisationsgeschick, sondern auch analytische und strategische Fähigkeiten, um die komplexe Struktur eines Krankenhauses mitgestalten und den Verantwortungsbereich ökonomisch steuern zu können. Daher bietet die GNH auch im Bereich des Pflegemanagements geförderte Managementstudiengänge in Kooperation mit verschiedenen Hochschulen an. Derzeit befinden sich zehn Pflegedienst-, Stations- und Teamleitungen in einem solchen Programm. Für die systematische Gewinnung von Führungskräften im Pflegebereich wurde zudem ein Identifikations- und Entwicklungsprogramm für Mitarbeiter/Innen mit Führungspotential entwickelt, welches in 2016 mit acht Teilnehmer/innen gestartet wurde.

Ein weiteres wesentliches Instrument stellt die Vernetzungsstrategie der GNH dar, die zum einen das Ziel hat, das medizinische Leistungsspektrum GNH Kliniken zu stärken, indem vakante ärztliche Leitungspositionen in den GNH Kliniken im Rahmen von Nachfolgereglungen durch Chefärzte, etwa des Klinikums Kassel, in Personalunion besetzt werden. So übernahm etwa im Jahr 2016 Herr Prof. Dr. Dumont, neben seiner Funktion als Direktor der Klinik für Unfallchirurgie und Orthopädische Chirurgie am Klinikum Kassel, die Chefarztfunktion für die chirurgische Abteilung der Kreisklinik Wolfhagen. Zuvor hatte bereits Herr Prof. Dr. Schuppert im Jahr 2015 die Leitung der Abteilung Innere Medizin der Kreisklinik Wolfhagen zusätzlich zu seiner Aufgabe als Direktor der Klinik für Gastroenterologie, Endokrinologie, Diabetologie, und Allgemeine Innere Medizin am Klinikum Kassel angetreten. Auf diese Weise konnte ein GNH Verbundmodell sowohl in der Inneren Abteilung wie auch in der Chirurgischen Abteilung in der Kreisklinik Wolfhagen realisiert werden. Verstärkt wird das chirurgische Team durch eine Oberärztin, Frau Dr. de Haan, der Klinik für Allgemein- und Viszeralchirurgie am Klinikum Kassel, die entsprechende Operationen in der Kreisklinik Wolfhagen durchführt.

Umgekehrt verstärkt Herr Walter Knüppel, Chefarzt der Inneren Medizin im Krankenhaus Bad Arolsen, seit dem Ausscheiden von Herrn Prof. Gillissen als kommissarischer Leiter gemeinsam mit dem Direktor der Klinik für Onkologie und Hämatologie am Klinikum Kassel, Herrn Prof. Dr. Wolf, die internistische Klinik für Lungen- und Bronchialmedizin am Klinikum Kassel, für die derzeit eine Nachfolge gesucht wird.

Neben der Stärkung des Leistungsspektrums der GNH-Kliniken soll die Vernetzung aber auch Grundlage für ein konzerninternes Weiterbildungsmodell sein. Indem der Chefarzt für die jeweilige Abteilung zweier Standorte weiterbildungsermächtigt ist, mit jeweils einem ständigen Vertreter vor Ort, wird auf diese Weise die Grundlage für eine klinikübergreifende Rotation und damit für eine konzernweite Generierung des ärztlichen Nachwuchses geschaffen. Zusätzlich können attraktive Ausbildungsangebote auf verschiedenen medizinischen Versorgungsstufen „aus einer Hand“ und ohne formales Bewerbungsverfahren im Rahmen eines Arbeitgeberwechsels angeboten werden.

Ein weiteres wesentliches und innovatives Instrument zur Ausbildung und Gewinnung des ärztlichen Nachwuchses für die Krankenhäuser der GNH und besonders für das Klinikum Kassel ist die 2012 in Kooperation mit der University of Southampton gegründete Kassel School of Medicine (KSM). Die KSM bietet ein innovatives, bilinguales, fünfjähriges Medizinstudium nach englischem Ausbildungssystem an, das mit dem internationalen Abschluss Bachelor of Medicine, Bachelor of Surgery ab-

schließt. Nach dem Studienabschluss schließt sich der strukturierte und supervidierte Berufseinstieg im Rahmen eines Foundation Year an. Im September 2016 starteten trotz „Brexit“ weitere 30 junge Menschen ihr Studium an der KSM. Damit nutzten 92 Studentinnen und Studenten das Angebot der KSM zum 31.12.2016. Anfang September 2016 hat der erste Jahrgang (BM(EU)13), nach Abschluss der OSCE-Prüfungen in Southampton, die alle Studierenden des Jahrganges mit Erfolg erfolgreich absolviert haben, das vierte Studienjahr im Klinikum Kassel GmbH begonnen. Die erste Station war die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, das Ludwig-Noll-Krankenhaus. Dank des großen Engagements des KSM-Teams und vor allem der an der Lehre beteiligten Ärztinnen und Ärzte und der motivierten, engagierten Studentinnen und Studenten ist die KSM weiterhin ein Erfolgsmodell. Im nächsten Jahr werden die Schwerpunkte auf der Vorbereitung des Foundation Year liegen, das die Studierenden nach Abschluss des Studiums in einem der Krankenhäuser der GNH AG zum Erreichen der englischen Full Registration (Vollapprobation) ableisten müssen.

Auch in diesem Jahr begleitete das Personalmanagement viele Arbeitszeitprojekte. Die Arbeitszeiten im Gesundheitswesen sind neben dem allgemeinen Arbeitsklima im Team die Grundlage für attraktive Arbeitsbedingungen. Dabei gilt es Arbeitszeitgesetz und die betrieblichen Anforderungen, nicht zuletzt aber die Wünsche und Erwartungen der Beschäftigten des Bereichs möglichst weitgehend in Einklang zu bringen. Ein zentrales Arbeitszeitprojekt war in diesem Jahr die „Zusammenarbeit/Führung, die Arbeitsorganisation und der Personalbedarf in den Funktionsdiensten der beiden zentralen OP-Bereiche im Klinikum Kassel“.

Weitere Aufgabe für das Personalmanagement war die Umsetzung des seit dem 1. Januar 2016 geltenden Gesetzes zur gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen. Ziel des Gesetzes ist es, mittelfristig den Anteil von Frauen in Führungspositionen signifikant zu verbessern und letztlich eine Geschlechterparität zu erreichen. Danach hat die Gesundheit Nordhessen in den Aufsichtsräten der GNH AG und der Klinikum Kassel GmbH und in den ersten zwei Führungsebenen unterhalb des Vorstands bzw. der Geschäftsführung dieselben Zielgrößen für den Frauenanteil zu definieren sowie Fristen zu deren Erreichbarkeit festzulegen. Liegt der Frauenanteil bei Festlegung der Zielgrößen unter 30 %, so dürfen die Zielgrößen den jeweils erreichten Anteil nicht mehr unterschreiten (Verschlechterungsverbot). Als erstmals festzulegende Frist ist der 30.06.2017 vorgegeben. Der Frauenanteil in den genannten Aufsichtsräten ist bereits gesetzeskonform, daher wurden die bestehenden Quoten als Zielgrößen definiert (Aufsichtsrat der GNH AG Anteilseigner 30 %; Arbeitnehmervertretung 50 %; Aufsichtsrat der Klinikum Kassel GmbH 33 % auf beiden Seiten). Für die Führungsebenen gelten bis zum 30.06.2017 unter Berücksichtigung von Fluktuation folgende Zielgrößen: In der GNH AG ist auf der Vorstandsebene (Führungsebene eins) grundsätzlich Geschlechterparität vorgesehen. Auf Führungsebene zwei wird das Erreichen einer Quote von 27 % angestrebt, für die Führungsebene drei soll die derzeitige Quote von 53 % erhalten bleiben. Für die Klinikum Kassel GmbH wurde für die Führungsebenen eins und drei der Erhalt der aktuellen Quote von 40 % bzw. 50 % festgelegt. Für die Führungsebene zwei ist die Zielgröße von 22 % anvisiert. Die Erreichung der Quote ist trotz realistischer Definition unter Berücksichtigung der Fluktuationen eine Herausforderung. Denn für bestimmte Positionen, z. B. Ausschreibungen für Chefärztinnen und Chefärzte, sind immer noch Bewerbungen von Männern in der Überzahl. Die Schwierigkeit besteht daher darin, eine ausgewogene Anzahl Bewerberinnen und Bewerber mit den erforderlichen Kompetenzen zu finden.

Eine weitere große Herausforderung in der GNH AG waren die Verhandlungen über die Fortführung des Zukunftssicherungstarifvertrags (ZuSi). Mit Unterstützung des Kommunalen Arbeitgeberverbands als Verhandlungsführer haben sich die Gewerkschaft ver.di und die GNH nach mehreren Verhandlungsrunden im Dezember 2016 auf eine Fortführung des ZuSi bis Ende 2020 sowie auf einen einheitlichen Tarif für die GNH-Servicegesellschaft ökomed (Reinigung, Speisenversorgung, Logistik) geeinigt, der künftig für alle in diesem Bereich tätigen Beschäftigten gilt. Bisher galten für die in diesem Bereich tätigen Beschäftigten unterschiedliche Tarife, je nachdem, ob die sie in der ökomed selbst oder einem der GNH-Krankenhäuser angestellt waren.

Für die Laufzeit des ZuSi (bis Ende 2020) sind betriebsbedingte Kündigungen sowie ein Outsourcing von Leistungen ausgeschlossen. Gleichzeitig verpflichtet sich die Stadt Kassel als kommunale Gesellschafterin ihre Anteile an der GNH bis Ende 2023 zu halten. Verhandelt wurden zwischen der Gewerkschaft ver.di, dem Kommunalen Arbeitgeberverband und der GNH nachfolgende Eckpunkte:

- Verlängerung des Zusi für vier Jahre (bis Ende 2017) mit einem jährlichen Gehaltsverzicht von 4 Prozent – ausgenommen sind KSM, ZMV, SWA – bei gleichzeitigem Verzicht auf betriebsbedingte Beendigungs-Kündigungen und Outsourcing von Leistungen.
- Einheitliche Rückzahlungsquote auf Grundlage des Gesamt-GNH-Ergebnisses für alle Beschäftigten (bisher floss auch das Ergebnis der jeweiligen Gesellschaft anteilig in die Berechnung der Rückzahlung ein).
- Einheitlicher ökomed-Tarif für alle im Servicebereich Beschäftigten, um 13 Prozent gegenüber TVöD abgesenkt. ökomed-Beschäftigte, die noch bei anderen Gesellschaften des Konzern angestellt sind, erhalten eine Besitzstandszulage, die allmählich abgeschmolzen wird (abgestufte Anrechnung künftiger Tariferhöhungen); zudem ist geplant, alle für die ökomed tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhausgesellschaften in der zweiten Jahreshälfte in die ökomed GmbH überzuleiten.
- Verlängerung der Konzern-Demographie-Vereinbarung. Die GNH stellt jährlich 250.000 Euro für entsprechende Maßnahmen bereit, die gemeinsam von Arbeitgeber und Betriebsrat festgelegt werden.

Dieses Ergebnis steht noch unter Gremienvorbehalt, das heißt die Bundesgremien von ver.di und des kommunalen Arbeitgeberverbandes Hessen müssen noch zustimmen. Weitere Voraussetzung ist eine Vereinbarung zwischen ver.di und der Stadt Kassel über den Verbleib der GNH in kommunaler Trägerschaft bis Ende 2023.

Eine Verlängerung des ZuSi stärkt die dauerhafte Perspektive für die GNH-Gesellschaften sowie die finanzielle Grundlage für geplante Investitionen (ggf. Neubau des Krankenhauses in Hofgeismar sowie der Psychiatrie, einer neuen Speisenversorgung und einer Kita auf dem Klinikum-Gelände). Zudem muss das Unternehmen mit den ständig wachsenden Anforderungen im Gesundheitswesen Schritt halten und sich darüber hinaus weiterhin als attraktiver Arbeitgeber positionieren. Der GNH-Vorstand und außertariflich Beschäftigte beteiligen sich im gleichen Umfang am Gehaltsverzicht. Eine Beteiligung der tarifbeschäftigten Ärzte wird leider erneut nicht erfolgen, da sich der Marburger Bund aus satzungsrechtlichen Gründen nicht in der Lage gesehen hat, über eine vergleichbare Regelung zu verhandeln.

Durch den Abschluss des ZuSi und durch die weit überwiegende solidarische Beteiligung Beschäftigten an der Stabilisierung des Unternehmenserfolges über den „ZuSi“ konnte ein wesentlicher Grundstein zum Erhalt der tarifgebundenen Arbeitsplätze und der Beibehaltung des Konzerns in seiner Struktur erreicht werden. Dies zeigt die Verbundenheit der Beschäftigten mit dem Konzern und ist nicht zuletzt ein Zeichen für Solidarität und Beibehaltung der kommunalen Trägerschaft und damit Tarifbindung gerade auch in den unteren Lohngruppen.
Als Zeichen der Anerkennung und des Dankes für eine sehr gute Arbeit konnte die Gesundheit Nordhessen, trotz eines immer schwierigeren Umfeldes, am 8. Januar 2016 alle Beschäftigten zu einer Vorstellung des Zirkus Flic Flac in das Zirkuszelt auf dem Kasseler Friedrichsplatz einladen. Die Resonanz auf die Einladung war so groß, dass das Unternehmen ein zweites Kartenkontingent für eine Live-Übertragung des Zirkusfestivals im Cateringbereich bereitstellte. Insgesamt verbrachten ca. 2000 GNH Beschäftigte der verschiedenen Standorte einen unterhaltsamen Zirkusabend. Damit brachte die Unternehmensleitung ihren besonderen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ausdruck, die in dem schwierigen Markt der Gesundheitsdienstleistungen durch ihren Einsatz und ihr Engagement ganz wesentlich zum Unternehmenserfolg des GNH-Konzerns beigetragen haben.
Die Personalstrategie der GNH ist darauf ausgerichtet, diese wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg mit ihren Handlungsfeldern durch eine zielgerichtete, innovative, vernetzte und auf Langfristigkeit ausgelegte Personalarbeit zu erhalten.

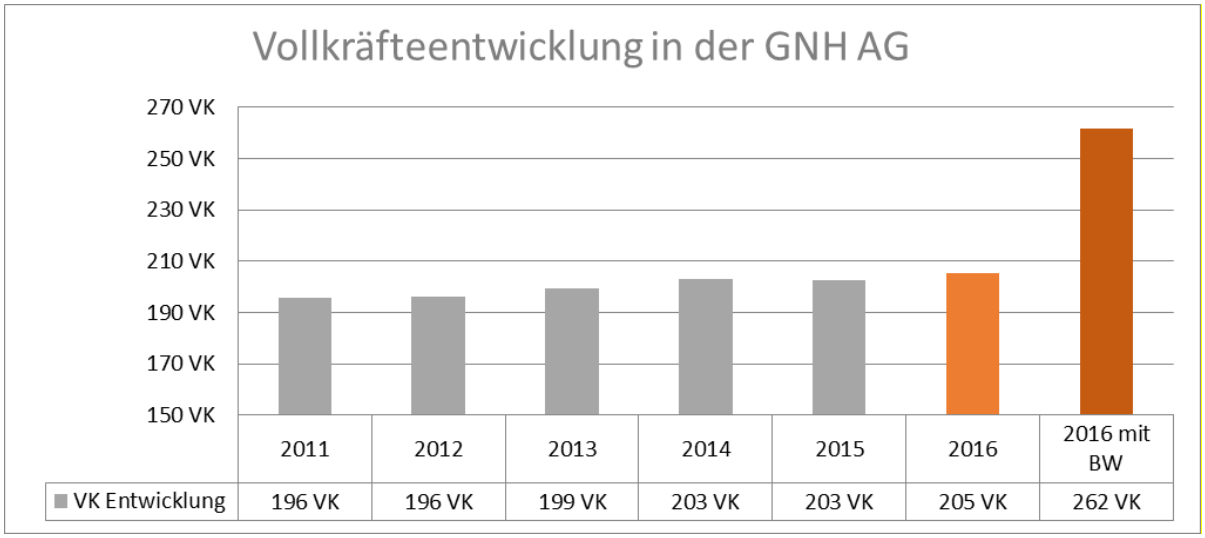
2.3.1. Vollkräfteentwicklung

Insgesamt 11 direkt in der GNH angesiedelte administrative Zentralbereiche und sechs Stabsstellen unterstützen die Geschäftsführungen der Einzelgesellschaften und den Vorstand bei ihren Aufgaben. Im Jahr 2015 übernahm die GNH neben der strategischen Führung der Beteiligungen operative Aufgaben durch folgende Zentralbereiche:

- Apotheke (APO)
- Bildung und Personalentwicklung (BIPE)
- Controlling (CO)
- Einkauf (EK)
- Finanzen (FI)
- Betrieblicher Gesundheitsdienst (BA)
- Informationstechnologie (IT)
- Unternehmenskommunikation (UK)
- Pflege und Patientenservice (PFPS)
- Personal und Recht (PR)
- Bau und Technik (TECH)

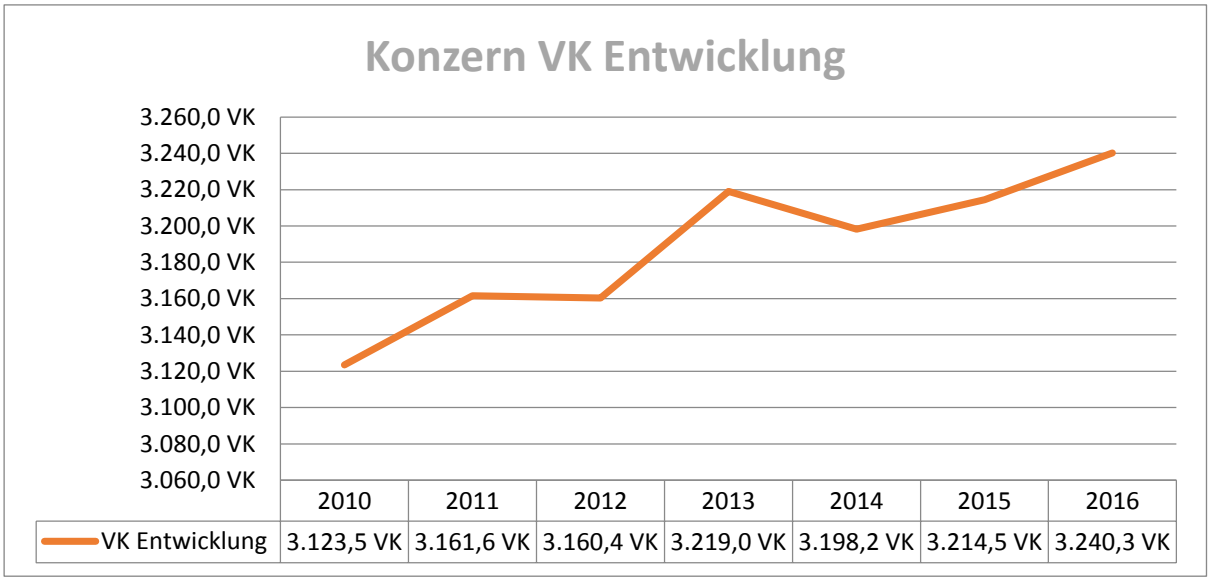
Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Zentralbereiche der GNH AG erbringen überwiegend interne Dienstleistungen für die verbundenen Unternehmen. Die Apotheke, der Bereich Bildung und Personalentwicklung (Ausbildung) und die Kindertagesstätte werden innerhalb der GNH AG geführt und erbringen auch externe Leistungen.

Die Beschäftigtenzahl in der GNH AG ist im Vergleich zum Vorjahr durch die Integration der Betriebswerkstatt (BW) um 59 VK Vollkräfte gestiegen. Ohne die Überleitung von Beschäftigten der Betriebswerkstatt und anderen Krankenhausbereichen in den Zentralbereich Bau und Technik wurden gegenüber dem Vorjahr 3 Vollkräfte mehr beschäftigt.



	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2016 mit BW
VK Entwicklung	196 VK	196 VK	199 VK	203 VK	203 VK	205 VK	262 VK

Maßgeblich für den Unternehmenserfolg der GNH AG sind die Beteiligungen. Die konzernweit eingesetzten Vollkräfte sind im Jahr 2016 um 25,7 Vollkräfte angestiegen.



	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
VK Entwicklung	3.123,5 VK	3.161,6 VK	3.160,4 VK	3.219,0 VK	3.198,2 VK	3.214,5 VK	3.240,3 VK

Die Veränderung entfällt insbesondere auf den Aufbau von 4,35 Vollkräften (+0,8 %) im ärztlichen Dienst und den Aufbau von 13,9 Vollkräften (+1,1 %) im Pflegedienst. Im Medizinisch-technischen Dienst wurden 4,3 Vollkräfte (+0,8 %) und im Funktionsdienst 8,2 Vollkräfte (+3,1 %) aufgebaut. Im Wirtschafts- und Versorgungsdienst konnten 11,6 Vollkräfte (2,9 %) reduziert werden. Im Verwaltungsdienst sind die zusätzlichen 2,6 Vollkräfte (+1,5 %) auf die Nachbesetzung von Stellen sowie Strukturvorgaben für die KiTa und neue Ausbildungskurse zurückzuführen. Der technische Dienst und das sonstige Personal sind in der Summe um 2,3 VK (+1,1 %) angestiegen.

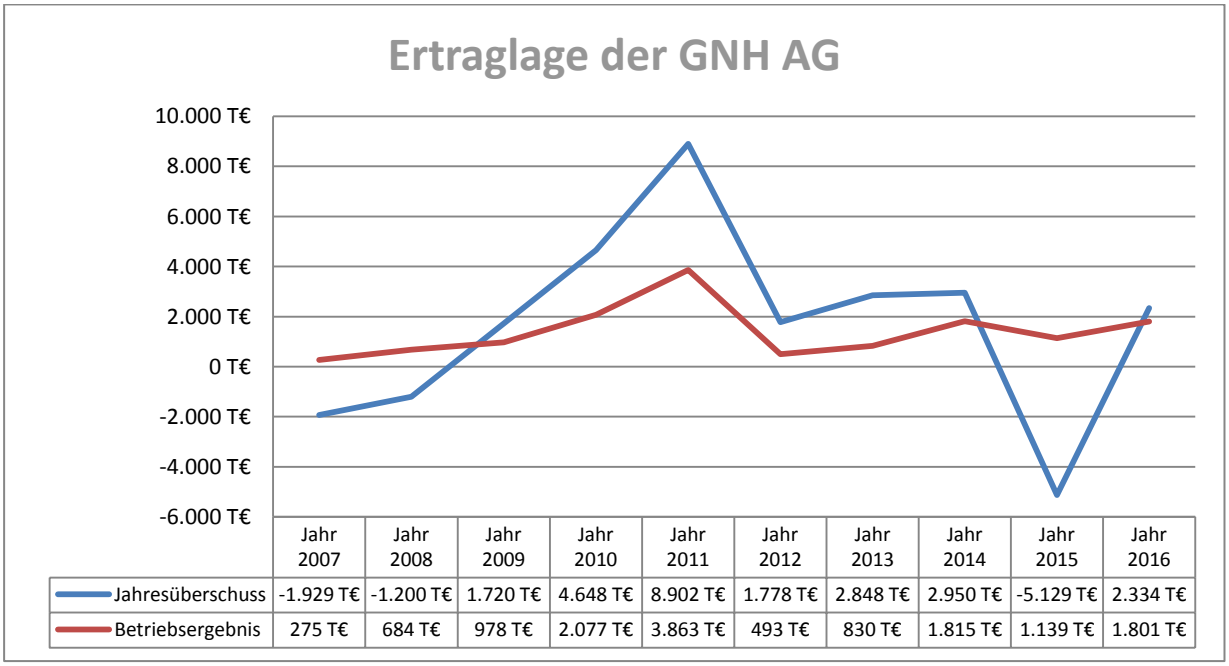
2.3.2. Wechsel in Vorstand und Geschäftsführungen

Karsten Honsel hat zum 01.01.2016 die alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführung in den Kreiskliniken Kassel GmbH und der Krankenhaus Bad Arolsen GmbH übernommen. Seit dem 01.01.2016 sind Frau Dr. Daniela Stiegel und Prof. Michael Tryba weitere Geschäftsführer der KSM. Ab dem 01.07.2016 konnte neben Herrn Dr. Jörg Bader Frau Svenja Ehlers als alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführerin in der ZMV GmbH gewonnen werden. Herr Harald Geipel konnte damit seine Geschäftsführungstätigkeit mit Wirkung zum 30.06.2016 in der ZMV GmbH niederlegen.

2.4. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

2.4.1. Ertragslage

Das Jahr 2016 war gemessen an den Vorjahren für die GNH AG wieder ein gutes Jahr. Die Ergebnisverbesserung um T€ 7.464,3 auf T€ 2.334,5 ist auf einen Einmaleffekt im Vorjahr zurückzuführen. Die Beteiligungsbuchwerte der Kreiskliniken Kassel, der Seniorenwohnanlagen Kassel und es Rehazentrum mussten im Jahr 2015 um T€ 8.025,4 korrigiert werden. Ohne diesen Sondereffekt lag das Ergebnis des Vorjahres bei T€ 2.896,6 und damit um T€ 562,1 über dem Jahresergebnis für 2016.



	Jahr 2007	Jahr 2008	Jahr 2009	Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016
Jahresüberschuss	-1.929 T€	-1.200 T€	1.720 T€	4.648 T€	8.902 T€	1.778 T€	2.848 T€	2.950 T€	-5.129 T€	2.334 T€
Betriebsergebnis	275 T€	684 T€	978 T€	2.077 T€	3.863 T€	493 T€	830 T€	1.815 T€	1.139 T€	1.801 T€

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Erfolgsrechnung zeigt folgendes Bild. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Zahlen des Vorjahres aufgrund der Neudefinition der Umsatzerlöse nach dem HGB i. d. F. des BilRUG und der damit verbundenen Anpassung weiterer Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung bei der betriebswirtschaftlichen Analyse entsprechend angepasst.

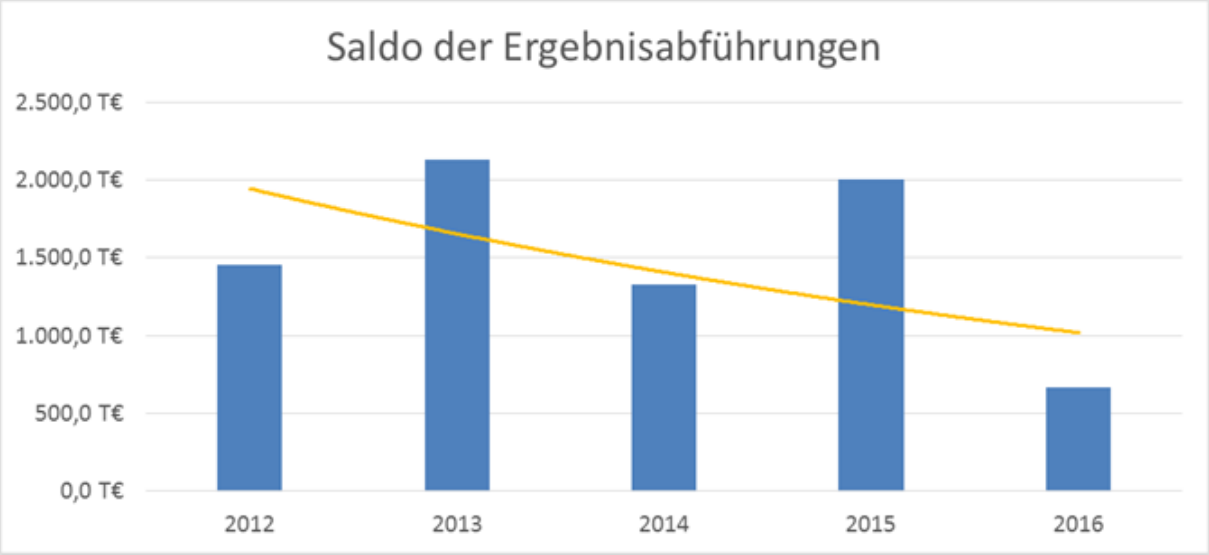
	2016		2015		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	93.831,6	99,5	83.521,7	99,5	10.309,9
betriebliche Erträge	441,8	0,5	442,6	0,5	-0,8
Gesamtleistung	94.273,4	100,0	83.964,3	100,0	10.309,1
Materialaufwand	68.090,9	72,2	62.904,8	74,9	5.186,1
Personalaufwand	18.286,5	19,4	14.404,9	17,2	3.881,6
Übrige betriebliche Aufwendungen	5.684,2	6,0	4.941,4	5,9	742,8
Betriebsaufwand	92.061,6	97,7	82.251,1	98,0	9.810,5
EBITDA	2.211,8	2,3	1.713,2	2,0	498,6
planmäßige Abschreibungen	410,6	0,4	574,4	0,7	-163,8
bereinigtes EBIT (Betriebsergebnis)	1.801,2	1,9	1.138,8	1,4	662,4
Neutrales Ergebnis	51,8	0,1	36,9	0,0	14,9
EBIT	1.853,0	2,0	1.175,7	1,4	677,3
Zinsergebnis	199,1	0,2	175,9	0,2	23,2
Erträge aus Gewinnabführungen	5.283,9	5,6	5.079,9	6,1	204,0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.615,9	4,9	3.071,5	3,7	1.544,4
Beteiligungsabschreibungen	0,0	0,0	8.025,4	9,6	-8.025,4
Finanzergebnis	867,1	0,9	-5.841,1	-7,0	6.708,2
Ertragsteuern	385,6	0,4	463,4	0,6	-77,8
Jahresergebnis	2.334,5	2,5	-5.128,8	-6,1	7.463,3

Die größte Abweichung bei den Erlösen ergibt sich durch einen Kostenanstieg von T€ 1.422,5 aus den **Warenlieferungen** (Materiallieferungen), die an die verbundenen Unternehmen unmittelbar weitergegeben wurden. Ein Anstieg der Materialmengen bzw. -preise beim „Endverbraucher“ führt damit zu Erlössteigerungen bei der GNH AG, aber auch zu einem höheren Materialaufwand in der GNH AG. Die Kosten der Dienstleistungen für verbundene Unternehmen – die von den Beteiligungsgesellschaften wenig beliebte Umlage - ist im Vergleich zum Vorjahr durch die Integration der Betriebswerkstatt in den Zentralbereich Technik sowie tarifvertragliche Steigerungen letztlich um T€ 3.724,0 (19,8 %) angestiegen.

Der **Personalkostenanstieg** von insgesamt T€ 3.881,6 (Anstieg 26,9 % gegenüber dem Vorjahr) ist durch Mehrleistungen (Ausbildung und Schule), Strukturvorgaben (Kindertagesstätte), Tarifsteigerungen und insbesondere durch die Zentralisierung des Facility Managements in der GNH AG als zentrale Dienstleistung. Dies hat in den Beteiligungen zu einer entsprechenden Kostenentlastung geführt.

Mit T€ 8.025,4 stellen die **Abschreibung auf Beteiligungsbuchwerte** – ausgewiesen in den Finanzanlagen - die größte positive Abweichung im Vorjahresvergleich dar. Für die Beteiligung an den Kreiskliniken Kassel wurden im Jahr 2015 Abschreibungen in Höhe von T€ 7.370,5, für die Casalis Reha in Höhe von T€ 504,8 sowie das Rehazentrum GmbH in Höhe von T€ 150,0 erforderlich. Für diese Einrichtungen konnte kein Ertragswert abgeleitet werden, der einen Beteiligungsbuchwert von zusammen T€ 8.175,4 rechtfertigt.

Das Ergebnis der GNH AG beinhaltet auch die Verlust- und Gewinnübernahmen der Beteiligungsgesellschaften. Neben den direkten Verlustübernahmen in Höhe von T€ 4.615,9 werden auch Gewinnübernahmen in Höhe von T€ 5.283,9 erzielt. Werden beide Effekte saldiert, ist der ergebniswirksame Saldo mit T€ 668,0 (VJ:T€ 2.008,4) positiv.



Dauerhaft muss der Entwicklung von Verlustübernahmen entgegengewirkt werden. Jedes Geschäftsfeld, jede Beteiligung, jeder Fachbereich muss nachhaltig wirtschaftlich selbständig erfolgreich sein. Quersubventionierung zwischen Unternehmen oder auch Abteilungen sind nur noch in sehr begrenztem Ausmaß dauerhaft möglich.

Ergebnis der Gesundheit Nordhessen Holding AG	2013	2014	2015	2016
GNH AG operativ	715 T€	2.158 T€	888 T€	1.948,9 T€
davon Steuern	-218 T€	-537 T€	-465 T€	-385,6 T€
Verlustübernahmen	-5.286 T€	-8.533 T€	-3.273 T€	-4.868,6 T€
Gewinnübernahme	7.419 T€	9.861 T€	5.282 T€	5.536,6 T€
Saldo EAV	2.133 T€	1.329 T€	2.008 T€	668,0 T€
GNH AG	2.629 T€	2.950 T€	-5.129 T€	2.334,5 T€

Insgesamt ist festzuhalten, dass einzig die Ergebnisse der Klinikum Kassel GmbH seit Jahren die Gewinnübernahme prägen.

Zusammenfassende Ergebnisübersicht:

Ergebnis in T€ der Unternehmen unter Mehrheitsbeteiligung der GNH AG	2012	2013	2014	2015	2016
GNH AG (*nachrichtlich operativ*)	541,3 T€	715,1 T€	1.621,1 T€	-7.306,6 T€	1.666,5 T€
Klinikum Kassel GmbH	3.681,0 T€	7.514,1 T€	9.743,5 T€	5.262,2 T€	5.386,8 T€
ZMV GmbH	-721,4 T€	-783,0 T€	-255,9 T€	-406,9 T€	-252,7 T€
KH Bad Arolsen GmbH	349,5 T€	-40,5 T€	-238,3 T€	-161,4 T€	149,8 T€
Kreiskliniken Kassel GmbH	-550,4 T€	-2.864,5 T€	-5.430,4 T€	205,3 T€	-1.100,5 T€
SWA GmbH	-667,9 T€	-312,1 T€	-773,7 T€	-1.114,4 T€	-2.485,8 T€
ökomed GmbH	-816,9 T€	-1.326,6 T€	-1.603,3 T€	-1.494,9 T€	-681,8 T€
Reha Zentrum GmbH	162,2 T€	92,3 T€	117,9 T€	19,4 T€	-44,0 T€
Casalis Reha GmbH	18,9 T€	-147,1 T€	-231,0 T€	-300,8 T€	-303,7 T€
EAT GNH AG	1.777,9 T€	2.847,7 T€	2.950,0 T€	-5.128,8 T€	2.334,5 T€
Kassel School of Medicine	-3,0 T€	-3,4 T€	-153,7 T€	-119,6 T€	-506,4 T€
Casalis Facility Services		-3,2 T€	50,6 T€	245,5 T€	89,0 T€
Ergebnis nach Konsolidierung		3.225,7 T€	3.545,1 T€	3.219,6 T€	2.143,0 T€

Gegenüber der im Vorjahr aufgestellten Geschäftsplanung für die Berichtsperiode 2016 ergibt sich eine positive Abweichungen. Sah der Plan 2016 für die GNH AG einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 387 vor, so wurde die Ergebnis weit übertroffen. Positiv für das Ergebnis im Jahr 2016 sind vor allem im Beteiligungsergebnis ein positive Ergebnisentwicklung der ökomed sowie der ZMV. Nicht zuletzt im Krankenhausbereich ist es gelungen das Wirtschaftlichkeit gegenüber der Planung zu steigern. Ferner entwickelte sich bei der GNH AG das Drittgeschäft der Apotheke und wies eine deutliche Steigerung auf, insbesondere im Bereich der Zytostatika. Darüber hinaus wirkten Skaleneffekte güstiger, als dies in der Gesamtplanung insgesamt angenommen wurde. Abgesehen von den finanziellen Werten profitierten wir zudem davon, dass der Zuspruch der Bevölkerung und das Vertrauen in die medizinische und pflegerische Leistungsfähigkeit sehr hoch ist.

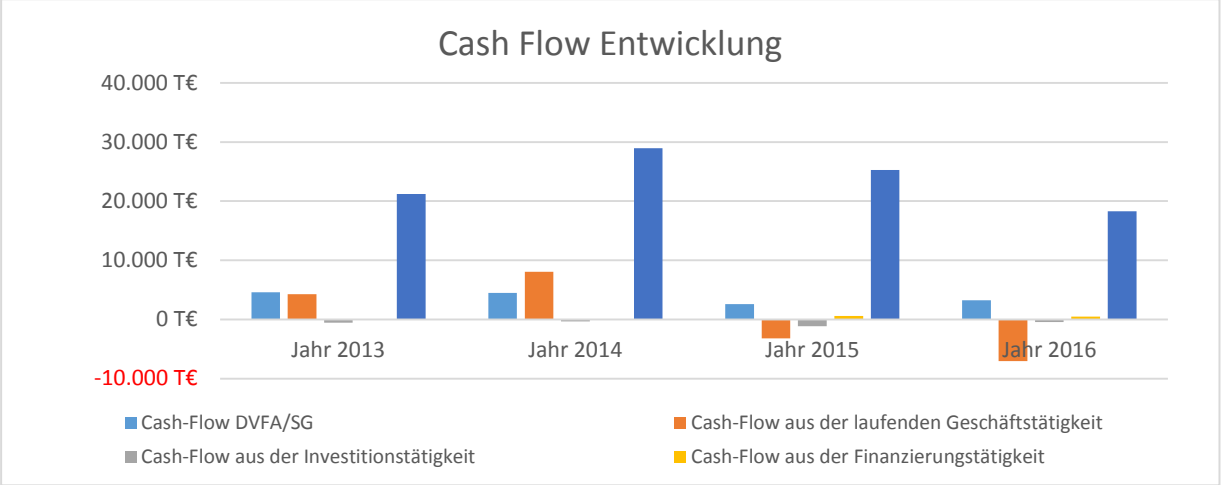
2.4.2. Finanzlage

Der Bestand an Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von T€ 18.302,0 (VJ: T€ 25.246,8) ist durch das Cash Pooling und den Valutaausgleich geprägt. Innerhalb der Holding werden alle Valuten tagesgleich gesammelt und zentral disponiert. Die hieraus entstehenden Verbindlichkeiten und Forderungen werden zu marktüblichen Konditionen intern verzinst. Durch den Darlehensvertrag der Klinikum Kassel GmbH mit der Helaba Landesbank Hessen Thüringen werden die Baukonten und Konten der Fördermittelvorfinanzierung aus dem Cash Pool herausgenommen, sodass diese Finanzierungseffekte in der GNH nicht erfasst werden.

Kapitalflussrechnung

Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ -7.002,2 (VJ: T€ -3.195,6) ist im Wesentlichen durch die Abnahme von Rückstellungen und den Anstieg der Forderungen gegenüber verbunden Unternehmen beeinflusst. Im Rahmen der Gewinnabführung führt z. B. das Klinikum

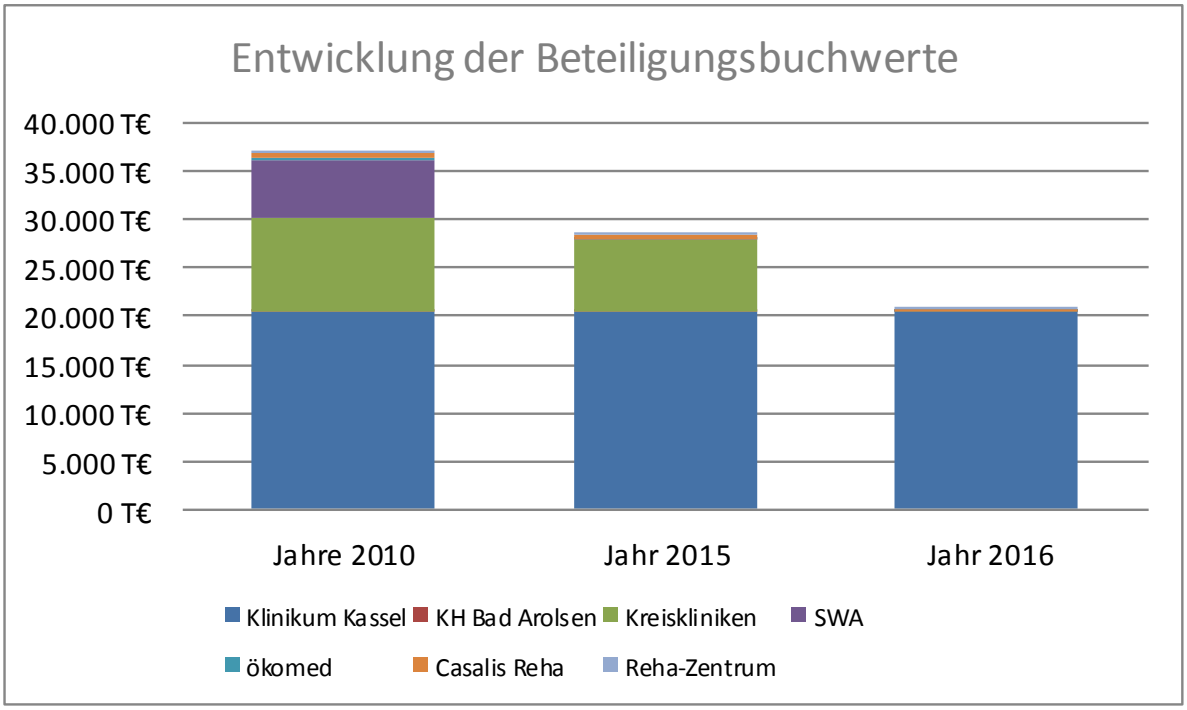
Kassel Liquidität ab. Sofern erforderlich erhält das Beteiligungsunternehmen über den Cashpool Liquidität zurück um Tilgungen zu bedienen oder Veränderungen des Working Capitals zu begleichen. Per Saldo ist die Veränderung des Finanzmittelfonds mit T€ -3.430,9 (VJ T€ 2.471,6) auf Ebene der GNH AG positiv und unterstreicht erneut die Ertragsentwicklung zudem seitens der Finanzlage.



2.4.3. Vermögenslage

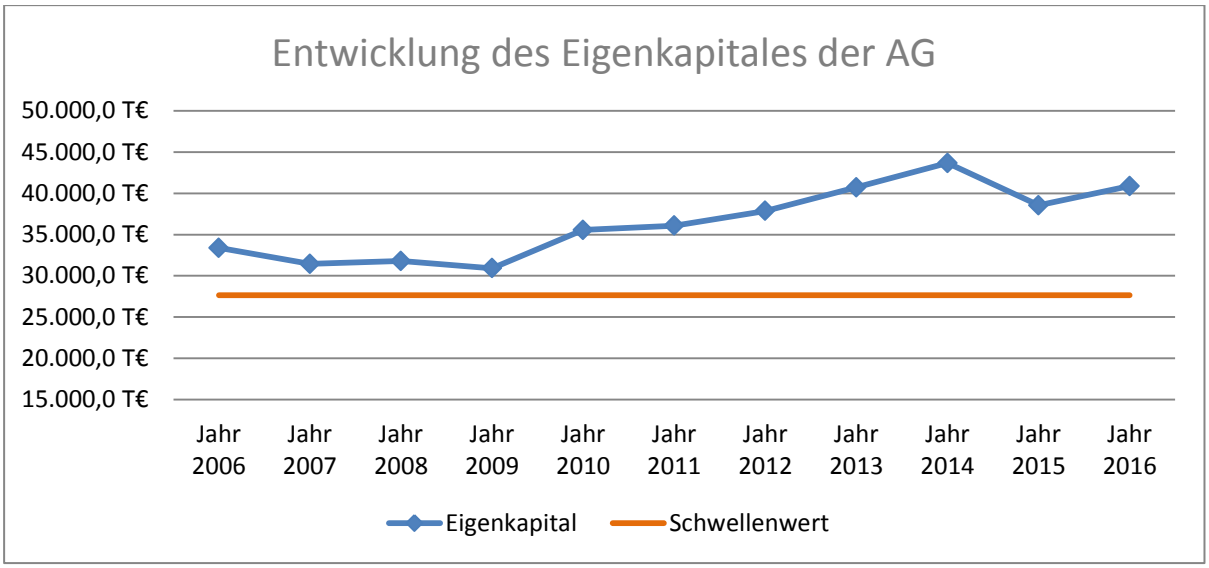
Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 65.269,7 und liegt mit T€ 2.964,2 über dem Niveau des Vorjahres. Ein wesentlicher Grund für den Anstieg besteht in den Forderungen gegenüber verbunden Unternehmen.

In den langfristigen Vermögensgegenständen befinden sich mit T€ 21.479,9 (VJ:T€ 21.479,9) Anteile an verbunden Unternehmen. Die Klinikum Kassel GmbH mit einem Beteiligungsbuchwert von T€ 20.390,9 ist hierbei insgesamt unterdotiert, aber durch die Anschaffungskosten bei Wertansatz nach oben hin begrenzt. Die Werthaltigkeit der Kreisklinken Kassel GmbH mit einem Beteiligungsbuchwert von T€ 7.420,5 sowie der Casalis Ambulantes orthopädisches Reha-Zentrum und des Reha-Zentrums im Klinikum Kassel GmbH mit zusammen T€ 554,9 wurde im letzten Jahr auf jeweils T€ 25,0 korrigiert. Alle anderen Beteiligungen sind mit geringen Buchwerten in Höhe des Stammkapitales defensiv bilanziert, ihre Bewertung ist im Wesentlichen daher unkritisch.



Das Eigenkapital der GNH hat sich zum 31. Dezember 2016 durch den Jahresüberschuss in Höhe von T€ 2.334,5 (VJ: Jahresfehlbetrag T€ 5.128,8) erhöht. Das Eigenkapital beträgt T€ 40.872,7 (VJ: T€ 38.538,2). Es beinhaltet neben der Kapitalrücklage in Höhe von T€ 37.632,3 das Grundkapital der GNH in Höhe von T€ 108,8, die gesetzliche Rücklage von T€ 10,0 und dem Bilanzgewinn, der sich aus einem Gewinnvortrag in Höhe von T€ 3.132,3 (VJ: T€ 797,8) sowie dem Jahresüberschuss zusammengesetzt.

Im Jahr 2006 wurde im Rahmen der Verhandlungen über den Besonderen Tarifvertrag (Zukunftssicherungstarifvertrag/Zusi) ein Schwellenwert definiert, bei dessen Unterschreitung dieser Tarifvertrag aufgekündigt und die Anteile der GNH AG veräußert werden können. Die Abschreibung von Beteiligungsbuchwerten wurde hierbei ausgenommen. Durch die gute Entwicklung des Eigenkapitales in den letzten Jahren ist der Abstand zu diesem Schwellenwert sogar unter Berücksichtigung der Abschreibung von Beteiligungsbuchwerten als ausreichend zu bezeichnen. Ab dem Jahr 2017 wird eine neue Regelung zwischen der Stadt Kassel und der Gewerkschaft ver.di verhandelt.



3. Beteiligungsbericht

Im Berichtsjahr gehörten drei **Krankenhäuser**, zwei **Altenpflegeeinrichtungen**, zwei **Medizinische Versorgungszentren**, zwei **ambulante Rehabilitationseinrichtungen**, die **Kassel School of Medicine** und zwei **Dienstleistungsunternehmen** zur Unternehmensgruppe.

Die Ergebnisse der Mehrheitsbeteiligungen werden durch abgeschlossene Ergebnisabführungsverträge von der GNH AG un- und mittelbar übernommen und im Finanzergebnis als Verlust- oder Gewinnübernahmen ausgewiesen. Die Ergebnisse der Kassel School of Medicine gemeinnützige GmbH (KSM) und der Casalis Facility Services GmbH (CFS) sind nicht in den ertragssteuerlichen, aber in den umsatzsteuerlichen Organkreis der GNH integriert. Das Ergebnis der Mehrheitsbeteiligung an der Casalis Facility Services GmbH (CFS), eine Tochter der Klinikum Kassel GmbH, sowie der Kassel School of Medicine gemeinnützige GmbH gehen über die Konsolidierung in den Konzernabschluss ein.

Die Ergebnisse der Minderheitsbeteiligungen an dem MVZ für Reproduktionsmedizin sowie dem Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen sind über die Ausschüttungen im Ergebnis der Klinikum Kassel GmbH bzw. der Krankenhaus Bad Arolsen GmbH enthalten.

Insgesamt ist die Ertragslage der Beteiligungen durch sehr positive Ergebnisse im Segment Akutkrankenhaus und negative Ergebnisse außerhalb der stationären Akutbehandlungen gekennzeichnet.

Ergebnis in T€ nach Segmenten	2013	2014	2015	2016
Krankenhäuser	4.609,1	4.074,8	5.306,1	4.436,1
Seniorenwohnanlagen	-312,1	-773,7	-1.114,4	-2.485,8
Ambulante Rehabilitation	-54,8	-113,1	-281,4	-347,7
Wirtschaftsdienste	-1.326,6	-1.603,3	-1.494,9	-681,8
ZMV	-783,0	-255,9	-406,9	-252,7
EAT der GNH AG	2.847,7	2.950,0	-5.128,8	2.334,5
nachrichtlich Zusirückzahlung	*6.950,0*	*5.917,0*	*4.872,0*	*4.893,0*

Segment Akutkrankenhäuser

Auch in Nordhessen bestätigt sich der bundesweite Trend, dass kleine Krankenhäuser mit geringer Spezialisierung hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage schlechter abschneiden als große oder mittelgroße Krankenhäuser. Krankenhäuser der Maximalversorgung und solche mit einem hohen Spezialisierungsgrad stehen signifikant besser da.

Ergebnis Krankenhäuser in T€	2013	2014	2015	2016	Abw.
Klinikum Kassel GmbH *	7.514,1	9.743,5	5.262,2	5.058,0	-204,2
KH Bad Arolsen GmbH	-40,5	-238,3	-161,4	149,8	311,2
Kreiskliniken Kassel GmbH	-2.864,5	-5.430,4	205,3	-1.100,5	-1.305,8
Summe	4.609,1	4.074,8	5.306,1	4.107,3	-1.198,8

*) Ergebnis der Klinikum Kassel GmbH ohne Verlustübernahme ZMV GmbH

Ohne Gegensteuerung durch Spezialisierung und Verlagerung von Leistungen ist davon auszugehen, dass die Kliniken im ländlichen Raum weiter einen abnehmenden Casemix ausweisen werden, da sich bei ihnen die Effekte der Verweildauerreduktion, der Mindestmengenregelungen und der Verschiebung von Leistungen in die ambulante Versorgung besonders stark auswirken.

In **Bad Arolsen** ist es durch die Neuanstellung von Fachärzten, die im Gebiet der Chirurgie das vorhandene Angebot ergänzen und die Einbindung in die vorhandenen Netzwerkstrukturen (z. B. Traumanetzwerk Göttingen-Kassel) gelungen, ein Leistungsschwerpunkt zu stabilisieren. Noch stärker konnte die Innere Medizin zulegen und auf Basis einer ohnehin hohen Leistungsfähigkeit in den Feldern der Kardiologie, Pneumologie und Gastroenterologie stetig weiter wachsen. Die enge Einbindung des Krankenhauses Bad Arolsen in das Gesamtnetzwerk der Gesundheit Nordhessen Holding AG mit ihren inhaltlich abgestimmten und zunehmend einheitlichen Standards zeigt seinen Erfolg auch im Ausbau und der Auslastung der Intensiv- und Überwachungskapazitäten.

In **Wolfhagen** wurden im Geschäftsjahr zwei weitere Chefärzte des Klinikums Kassel verantwortlich für die parallelen Fachbereiche der Kreiskliniken. Durch diese schrittweise Zusammenfassung von Leitungspositionen wird die Organisation und Abstimmung des Medizinbetriebes im Konzern deutlich erleichtert. Bestehende Schwerpunkte konnten ausgebaut und neue etabliert werden. So war es unter der neuen Leitung möglich, die Viszeralchirurgie in Wolfhagen durch Einbindung einer Kasseler Oberärztin zu stärken und minimalinvasive Darmeingriffe dort wieder anzubieten, insgesamt mit einem positiven Effekt auf die Belegungszahlen. Damit wird das Prinzip verfolgt, unter Wahrung der medizinischen und ökonomischen Vernunft auch in den kleineren Krankenhäusern der GNH komplexere

medizinische Angebote zu erzeugen und die Patienten im lokalen Umfeld ihres Wohnortes abzuholen. In Wolfhagen ist dieser Prozess der über Vernetzung ausgedrückten Angebotspolitik weit vorangeschritten. Das zeigt sich in den steigenden Fallzahlen, die auch für **Hofgeismar** über eine Stroke light sowie zusätzliche Intensiveinheiten und den Ausbau der Kardiologie angestrebt werden. Die seit Jahren bestehenden Diskussionen über einen Klinikneubau aber auch die Nähe zur Stadt Kassel konnten hier noch keine positiven Impulse setzen.
Im **Klinikum Kassel** war das Jahr 2016 geprägt durch Aktivitäten zur Sanierung von Normalstationen im Bereich der Onkologie und der Nephrologie, um den Patientinnen und Patienten in diesen Bereichen eine moderne und angemessene Infrastruktur zu bieten und gleichzeitig die Arbeitsabläufe auf diesen Stationen zu verbessern. In der Onkologie ist in diesem Zuge auch eine moderne und schön gestaltete Palliativstation entstanden, die den onkologischen Schwerpunkt des Hauses weiter verstärkt und Teil des zertifizierten onkologischen Zentrums ist.

Im Bereich der Bildgebung konnte im Jahr 2016 mit dem Komplett-Tausch der MRT-Geräte begonnen werden. Im August wurde bereits ein MRT-Gerät durch das modernste Gerät ersetzt, das zweite MRT wird im Februar/März 2017 ausgetauscht. Durch die neuen Geräte werden die Untersuchungen nicht nur qualitativ verbessert, sondern es ist auch möglich in kürzerer Zeit mehr Patienten zu untersuchen. Dadurch kann die Radiologie ihre Effizienz steigern und die notwendigen Untersuchungen können in kürzerer Zeit angeboten werden.

Das Zentrum für Frauen- und Kindermedizin mit seinem Perinatalzentrum Level 1 hat erneut einen deutlichen Leistungszuwachs insbesondere durch die weiter gestiegenen Geburten zu verzeichnen und damit auch im Jahr 2016 seine besondere und qualifizierte Versorgungsstärke unter Beweis gestellt.

Darüber hinaus wurde der Schwerpunkt der Herz-Nieren- und Gefäßmedizin im Klinikum Kassel im Jahr 2016 weiter ausgebaut. Patientinnen und Patienten nehmen die qualitativ hochwertige Versorgung in allen Kliniken des Zentrums für Herz, Nieren- und Gefäßmedizin nicht nur durch die Notfallversorgung, sondern auch durch eine bewusste Entscheidung für das Klinikum Kassel verstärkt an. Die im Jahr 2015 neu gegründete Klinik für Gefäßmedizin hat sich dabei mittlerweile zu einer wesentlichen Säule entwickelt und stützt in der interdisziplinären Zusammenarbeit die medizinische Qualität in vielen Bereichen. Mit dem Ende 2016 neu gegründeten Transplantationszentrum Fulda-Kassel konnte das Klinikum Kassel zudem im Bereich der Nierentransplantation sein medizinisches Leistungsangebot erweitern.

Im Bereich der Neurologie hat das Klinikum Kassel durch die Etablierung einer TIA-Einheit sein Versorgungsangebot zu der bestehenden zertifizierten Stroke Unit erweitert. Daneben wurde auch das Neuro-Netz-Mitte mit seinen teleneurologischen Möglichkeiten (spezielles Videosystems für die Untersuchung und Beurteilung der Patienten) weiter ausgebaut, sodass mittlerweile neun Krankenhäuser durch das Klinikum Kassel teleneurologisch versorgt werden.

Der Bereich Telemedizin als neues und innovatives Verfahren wird in der Gesundheit Nordhessen und in der Umsetzung insbesondere durch das Klinikum Kassel weiter vorangebracht. Dazu gehört neben

dem Ausbau der Teleradiologie und Teleneurologie auch die Entwicklung und Entscheidung neuer telemedizinischer Bereiche wie zum Beispiel der Bereich Tele-Intensiv und Virtuelle Pathologie. 2017 werden diese Aktivitäten strukturiert gebündelt durch ein eigenes Zentrum für Telemedizin in der Gesundheit Nordhessen weiter fortentwickelt.

Für das Krankenhaussegment war das Jahr 2016 insbesondere durch die verbesserte Zusammenarbeit mit dem Klinikum Kassel geprägt und führt gegenüber der Planung mit T€ 4.123,3 zu einer Ergebnisverbesserung von T€ 312,8.
Mit einem Jahresüberschuss von T€ 4.436,1 (VJ:T€ 5.306,1) und einem EBITDA von T€ 14.387,1 (VJ:T€ 14.387,1) weist das Krankenhaussegment überdurchschnittliche Werte auf.

Segement Krankenhaus	2015	2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Umsatzerlöse in T€ (ohne neutrales Ergebnis)	342.426 T€	357.398 T€	14.972 T€	4,4%
davon Budgeterlöse	286.070 T€	299.076 T€	13.007 T€	4,5%
Bewertungsrelationen	77.172 CM	77.660 CM	488 CM	0,6%
Case Mix Index	1,137 CMI	1,122 CMI	-0,015 CMI	-1,3%
stationäre Fallzahl	72.902	73.815	913	1,3%
CM/VK	29,48	29,93	0,44	1,5%
Umsatzerlöse je VK in T€	51.324,5 T€	52.550,2 T€	1.225,8 T€	2,4%
Umsatzrendite	1,5%	1,2%	-0,3%	-19,9%
VK	2.617,50 VK	2.594,96 VK	-22,54 VK	-0,9%
Personalaufwendungen in T€	192.600,4 T€	194.261,7 T€	287,2 T€	0,1%
Ø Personalkosten je VK in T€	73,6 T€	74,9 T€	1,28 VK	1,7%
Personalaufwandsquote	56,25%	54,35%	-1,9%	-3,4%
Materialaufwendungen in T€	88.054,1 T€	93.291,4 T€	5.237,4 T€	5,9%
Materialaufwandsquote	25,71%	26,10%	0,4%	1,5%
EBITDA in T€	14.387,1 T€	15.058,8 T€	671,7 T€	4,7%
EBITDA-Marge in %	4,20%	4,21%	0,01%	0,3%
Jahresergebnis in T€	5.306,1 T€	4.436,1 T€	-869,9 T€	-16,4%

Prognose Krankenhaussegment

Die Erlöse für die Geschäftsplanung 2017 wurden auf der Grundlage von 80.500 CM-Punkten und einem prognostizierten Landesbasisfallwert von 3.352,50 Euro ermittelt. Der durchschnittlich geplante CM Anstieg liegt bei 3,7 % gegenüber dem Jahresergebnis 2016. Durch den erfolgreichen Abschluss eines Zukunftssicherungstarifvertrages mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2020 aber auch durch die Erhöhung des Landesbasisfallwertes zeigt das Krankenhaussegment insgesamt ein positives Ergebnis.

Ergebnisübersicht Krankenhäuser in T€	2014	2015	2016	Plan 2017	Abw.
Klinikum Kassel GmbH	9.743,5	5.262,2	5.058,0	3.291,4	-1.766,6
KH Bad Arolsen GmbH	-238,3	-161,4	149,8	-86,0	-235,8
Kreiskliniken Kassel GmbH	-5.430,4	205,3	-1.100,5	-466,0	634,5
Summe	4.074,8	5.306,1	4.107,3	2.739,4	-1.367,9

Segment Altenpflege

Im Segment der Altenpflege führen sinkende Umsätze bei steigenden Kosten zu einer weiteren Ver-

schlechterung der Ergebnisse. Der negative Trend des Vorjahres hat sich auch im Berichtszeitraum insbesondere durch die Schließung des Standortes Fasanenhof fortgesetzt, konnte aber durch zusätzliche Angebote Kurzzeitpflege abgeschwächt werden.

Das **Segment Altenpflege** war mit seinen Standorten im Jahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 2.485,8 defizitär. Durch geringe Abschreibungen fällt auch der EBITDA mit T€ 2.209,4 negativ aus. Die Erlöse aus Pflegeleistungen sind durch die Schließung des Standortes am Fasanenhof gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.975,2 auf T€ 7.576,4 gesunken.

SWA	2015	2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Gesamtleistung in T€	9.551,60 T€	7.576,40 T€	-1.975,20 T€	-20,7%
Gesamtleistung je VK in T€	92,08 T€	91,26 T€	-0,82 T€	-0,9%
Umsatzrendite	-11,7%	-32,8%	-21,1%	181,2%
VK	103,73 VK	83,02 VK	-20,71 VK	-20,0%
Personalaufwendungen in T€	5.550,36 T€	4.388,55 T€	-1.161,81 T€	-20,9%
Ø Personalkosten je VK in T€	53,51 T€	52,86 T€	-0,65 T€	-1,2%
Personalaufwandsquote	58,1%	57,9%	-0,2%	-0,3%
Materialaufwendungen in T€	2.555,32 T€	2.027,05 T€	-528,27 T€	-20,7%
Materialaufwandsquote	26,8%	26,8%	0,0%	0,0%
EBITDA in T€	-751,60 T€	-2.209,40 T€	-1.457,80 T€	194,0%
EBITDA-Marge in %	-7,9%	-29,2%	-21,3%	270,6%
Jahresergebnis in T€	-1.114,36 T€	-2.485,83 T€	-1.371,47 T€	123,1%

Die erste Jahreshälfte 2016 war von der Schließung des stationären Pflegeheimes Fasanenhof geprägt. Es ist gelungen, für alle 80 Bewohnerinnen und Bewohner neue Wohnplätze zu finden und für die Beschäftigten neue berufliche Perspektiven - sowohl innerhalb als auch außerhalb des Unternehmens. Dieser Prozess wurde durch Hospitationen, Schulungen, einvernehmliche Beendigungen von Arbeitsverhältnissen und Teambildungsprozesse gewährleistet - mit einem nicht unerheblichen Kostenaufwand.

In der zweiten Jahreshälfte wurde damit begonnen, die Strukturen und Prozesse innerhalb der Gesellschaftsbereiche zu überprüfen und zu bewerten, erste Neuausrichtungen wurden eingeleitet. Innerhalb dieses Umgestaltungsprozesses kristallisierte sich heraus, dass fachliche Anforderungen und professionelle Arbeitsablaufstrukturen weiter optimiert werden müssen, um den Anforderungen eines modernen Dienstleisters auf dem Gebiet der professionellen Altenpflege zu entsprechen.

Prognose 2017: Das abgelaufene Geschäftsjahr 2016 war für die Seniorenwohnanlagen geprägt durch die erforderliche Neustrukturierung und Neuausrichtung. Anlass hierfür war die seit Jahren hoch defizitäre Lage durch die gegebenen tariflichen Strukturen, gesetzlichen Rahmenbedingungen und hohen Betriebs- sowie Unterhaltungskosten. Alle vertretbaren Optimierungs- und Einsparmöglichkeiten wurden ausgeschöpft.

Im Geschäftsplan der SWA Kassel wurde für das abgelaufen Jahr ein Verlust von T€ 1.988,9 geplant, tatsächlich aber durch die Abbildung aller vorhandener Risiken der Schließung des Standortes am Fasanenhof ein Verlust von T€ 2.485,8 realisiert.

Größtes Risiko für die SWA Kassel bleibt unverändert die hoch defizitäre Lage, die einen dauerhaften

Betrieb der Seniorenwohnanlagen über das Jahr 2021 hinaus bei unveränderter Lage nicht vertretbar machen würde. Umso mehr müssen die Jahre 2017 bis 2021, auch unter den veränderten tariflichen Gegebenheiten intensiv genutzt werden, um einen wirtschaftlichen Konsolidierungskurs zu beschreiten.

Durch die Bereitschaft, den Zukunftssicherungstarifvertrag für weitere vier Jahre abzuschließen, haben die Beschäftigten des GNH-Konzerns den SWA Zeit verschafft, eine Restrukturierung durchzuführen und die Verluste zu reduzieren. Gegenüber dem durch Rückstellungen belasteten Ergebnis in 2016 ist die Planung bereits leicht verbessert. Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem Verlust von T€ 980,8 gerechnet.

Segment Rehabilitation

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verbessert. Unter Berücksichtigung der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes Möncheberg (geringer Anteil an ambulante Versorgung, Programme für Beschäftigte und stationäre Physiotherapie) zeigt der Standort Wilhelmshöher Allee die negativen Auswirkungen des ambulanten Bereiches.

Insgesamt sind die Umsatzrendite und EBITDA-Marge im Berichtszeitraum zurückgegangen, da die Kosten auch in diesem Jahr stärker gestiegen sind als die Erlöse und die Produktivität der Beschäftigten.

Das Segment Rehabilitation ist mit seinen beiden Einrichtungen im Jahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 347,7 defizitär. Durch geringe Abschreibungen fällt auch der EBITDA mit T€ 330,7 negativ aus.

Segment Reha	2015	2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Gesamtleistung in T€	4.634,80 T€	4.866,60 T€	231,80 T€	5,0%
Gesamtleistung je VK in T€	85,21 T€	87,28 T€	2,07 T€	2,4%
Umsatzrendite	-6,1%	-7,1%	-1,1%	17,7%
VK	54,39 T€	55,76 VK	1,37 VK	2,5%
Personalaufwendungen in T€	2.889,32 T€	3.131,68 T€	242,36 T€	8,4%
Ø Personalkosten je VK in T€	53,12 T€	56,16 T€	3,04 T€	5,7%
Personalaufwandsquote	62,3%	64,4%	2,0%	3,2%
Materialaufwendungen in T€	844,05 T€	975,57 T€	131,52 T€	15,6%
Materialaufwandsquote	18,2%	20,0%	1,8%	10,1%
EBITDA in T€	-248,30 T€	-332,80 T€	-84,50 T€	34,0%
EBITDA-Marge in %	-5,4%	-6,8%	-1,5%	27,6%
Jahresergebnis in T€	-281,43 T€	-347,70 T€	-66,27 T€	23,5%

Insbesondere der ambulante Bereich mit komplexen und aufwändigen Vorgaben für die Abrechnung und Therapie leidet verstärkt an der nicht kostendeckenden Finanzierung. Hierfür wurde jede einzelne ambulante Leistung bewertet (Zeit, Kosten, Erlös, Deckungsbeitrag), sodass unwirtschaftliche und nicht refinanzierte Leistungen reduziert oder soweit zulässig nicht mehr angeboten werden. Erst bei einer kontinuierlichen Behandlungsfrequenz von vier Patientinnen und Patienten pro Stunde könnten die durchschnittlichen Personal- und Sachkosten gedeckt werden. Vor diesem Hintergrund hat das Reha-Zentrum die Behandlung von der Einzeltherapie auf Gruppentherapien verlagert.

Prognose 2017: Im Segment der Rehabilitation können die steigenden Kosten (Personal- und Materialkosten und darin enthaltene Aufwendungen für Personalüberlassung) sowie die hohen Fixkosten für Miete (T€ 161,2 Standort Mönchebergstraße und T€ 186,8 am Standort Wilhelmshöher Allee) nicht durch die Vergütungen von Rentenversicherungen und Krankenkassen refinanziert werden. Das Jahresergebnis im Reha-Segment konnte durch höhere Leistungen und eine verbesserte Auslastung in 2017 mit einem Fehlbetrag von T€ 316,7(VJ: T€ 308) auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.

Segment ambulante Versorgung/ Medizinisches Versorgungszentrum

Bei einem geplanten Jahresfehlbetrag von T€ 897,9 wurde vor Ergebnisabführung an die Klinikum Kassel GmbH ein negatives Ergebnis in Höhe von T€ 252,7 (Vorjahr Fehlbetrag von T€ 406,9) erzielt. Mittelbar wird das Ergebnis über die Ergebnisabführung der Klinikum Kassel GmbH durch die GNH AG übernommen. Hohe Abschreibungen für Praxiswerte und Technische Anlagen belasten dabei das Ergebnis mit T€ 883,1. Der EBITDA ist deshalb mit T€ 666,1 und einer Marge von 9,6 % sehr positiv.

ZMV	2015	2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Gesamtleistung in T€	6.885,60 T€	6.927,40 T€	41,80 T€	0,6%
Gesamtleistung je VK in T€	251,39 T€	265,42 T€	14,03 T€	5,6%
Umsatzrendite	-5,9%	-3,6%	2,3%	-38,3%
VK	27,39 VK	26,10 VK	-1,29 VK	-4,7%
Personalaufwendungen in T€	2.487,18 T€	2.428,31 T€	-58,87 T€	-2,4%
Ø Personalkosten je VK in T€	90,81 T€	93,04 T€	2,23 T€	2,5%
Personalaufwandsquote	36,1%	35,1%	-1,1%	-3,0%
Materialaufwendungen in T€	2.425,72 T€	2.523,33 T€	97,61 T€	4,0%
Materialaufwandsquote	35,2%	36,4%	1,2%	3,4%
EBITDA in T€	852,40 T€	666,05 T€	-186,35 T€	-21,9%
EBITDA-Marge in %	12,4%	9,6%	-2,8%	-22,3%
Jahresergebnis in T€	-406,95 T€	-252,74 T€	154,21 T€	-37,9%

Im Berichtszeitraum konnte durch den Anstieg der Erlöse die Umsätze in Summe um T€ 41,8 auf T€ 6927,4 gesteigert werden. Mit zusammen 72 % sind wesentliche Umsatzträger der ZMV GmbH weiterhin die Strahlentherapie und die Labormedizin. Die Ergebnisanalyse nach Fachgebieten zeigt, dass von den Hauptumsatzträgern nur der Bereich der Labormedizin und der Bereich Strahlentherapie ein positives Ergebnis erwirtschaften.

Prognose 2017: Die Entwicklung der Jahresergebnisse zeigt – bei starken Schwankungen – keinen eindeutigen Trend. Die Ergebnisse für die Jahre 2014 bis 2016 lagen deutlich über dem Ergebnis von 2013. Trotz der Erhöhung der geplanten Erlöse ist für das Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2016 wieder ein deutlich geringeres Ergebnis geplant. Dies liegt an der Neubeschaffung eines Linearbeschleunigers und den ansteigenden Abschreibungen für die Strahlentherapie. Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem negativen Ergebnis von T€ 842,0 Euro gerechnet.

Segment Wirtschaftsdienste

Die ökomed GmbH ist das Dienstleistungsunternehmen des Unternehmensverbundes und erbringt für die Gesellschaften des Konzerns die Dienstleistungen in den Bereichen Küchen- und Reinigungsleistungen, Logistik und Immobilienbewirtschaftung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr lässt sich ein Jahresfehlbetrag vor Ergebnisübernahme von T€ 681,8 (VJ: Fehlbetrag vor Ergebnisübernahme T€ 1.494,9) verzeichnen. Die Verbesserung des Ergebnisses um T€ 813,1 gegenüber dem Vorjahr ist auf eine Reduzierung der bezogenen Personalgestellung von verbundenen Unternehmen, geringere Zinsaufwendungen und höhere Erträge zurückzuführen. Weiterhin konnte durch die Schließung des SWA Fasanenhof eine einmalige Ergebnisverbesserung von T€ 326 erzielt werden.

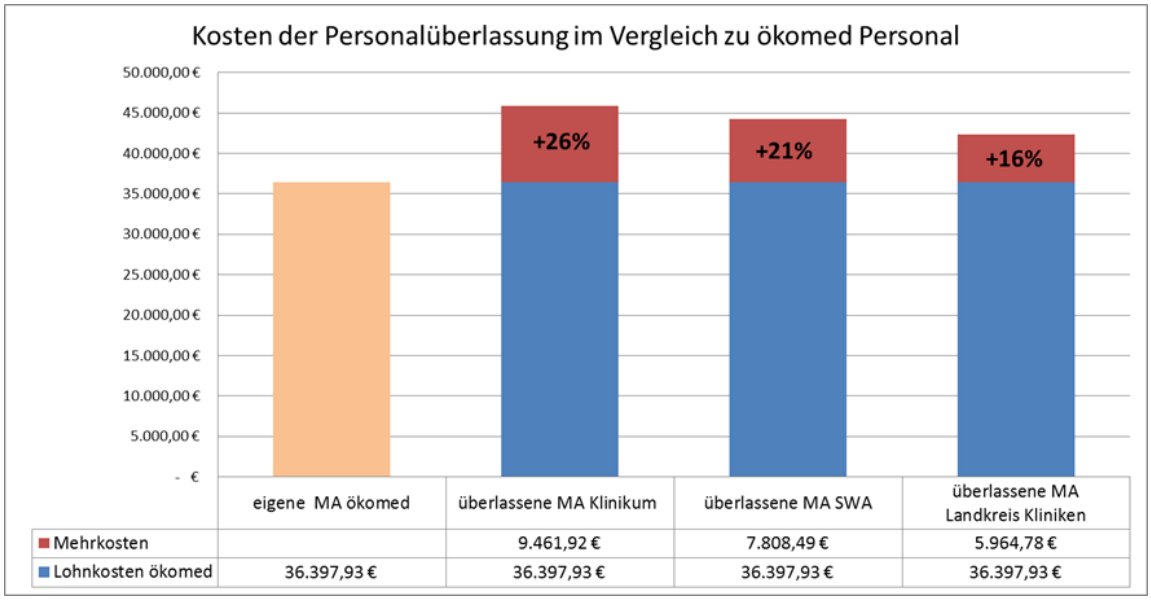
ökomed	2015	2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Gesamtleistung in T€	17.362,10 T€	18.061,68 T€	699,58 T€	4,0%
Gesamtleistung je VK in T€	96,27 T€	95,11 T€	-1,16 T€	-1,2%
Umsatzrendite	-8,6%	-3,8%	4,8%	-56,2%
VK	180,35 VK	189,90 VK	9,55 VK	5,3%
Personalaufwendungen in T€	6.922,39 T€	7.335,39 T€	413,00 T€	6,0%
Ø Personalkosten je VK in T€	38,38 T€	38,63 T€	0,24 T€	0,6%
Personalaufwandsquote	39,9%	40,6%	0,7%	1,9%
Materialaufwendungen in T€	9.881,91 T€	9.494,64 T€	-387,27 T€	-3,9%
Materialaufwandsquote	56,9%	52,6%	-4,3%	-7,6%
EBITDA in T€	-709,30 T€	-173,18 T€	536,12 T€	-75,6%
EBITDA-Marge in %	-4,1%	-1,0%	3,1%	-76,5%
Jahresergebnis in T€	-1.494,89 T€	-681,84 T€	813,05 T€	-54,4%

Hauptaufgabe der Geschäftsführung ist die Überprüfung unterschiedlichster Maßnahmen, die zu einer Ergebnisverbesserung führen können, wobei Erlösoptimierungen weitgehend zu Lasten der Schwestergesellschaften gehen. Bleiben die Benchmarkdaten für die internen Verrechnungspreise weiterhin der Maßstab, besteht hier nur ein geringer Spielraum.

Die entscheidende Stellschraube in der ökomed bleiben die Aufwendungen für das Personal. Insbesondere die Gehaltsstruktur der von den verschiedenen Auftraggebern überlassenen Beschäftigten, muss schrittweise auf ein Niveau externer Anbieter angenähert werden. Da bei Umsätzen zwischen Schwestergesellschaften und zwischen Tochter- und Muttergesellschaft keine Umsatzsteuer anfällt, ergibt sich bei der Leistungserbringung durch die ökomed GmbH ein Vorteil gegenüber externen Wettbewerbern. Somit kann dieser Umsatzsteuervorteil in Form eines Gehalts, das bis zu 19 % über den marktüblichen Konditionen liegt, an die Beschäftigten weitergegeben werden.

Der zwischenzeitlich verhandelte Tarifvertrag sieht für eine Gruppe von Beschäftigten im Konzernkreis, die im Tätigkeitsbereich der ökomed eingesetzt werden, eine Überleitung auf den ökomed eigenen Tarifvertrag vor. Die Überleitung erfolgt unter Besitzstandswahrung zum Geschäftsjahresende. Die Überleitung sieht in 2017 eine volle Aussetzung und ab 2018 eine 50 % Anrechnung der Tariferhöhungen lediglich in den Entgeltstufen EG 1-4 vor. Dadurch wird der Aufwandsauftrieb verringert, sowie die Ergebnisse der ökomed in den nächsten Jahren sukzessive entlastet. Gleichzeitig werden aber die hohen Differenzen der Gehälter von Beschäftigten der Entgeltstufen 5 zementieren und damit

ein vorhandenes Spannungsfeld der Vergütungshöhen festschreiben.



Prognose 2017: Die Planung für das Jahr 2017 geht von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 1.059,4 aus. Im Wesentlichen begründbar ist dieses Ergebnis durch die marktorientierte, aber nicht kostendeckende Vergütung der durch die ökomed GmbH erbrachten Dienstleistungen.
Im Rahmen der Planung zukünftiger Entwicklungen der ökomed GmbH, insbesondere im Bereich Speisenversorgung, liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit der Geschäftsleitung weiterhin in der permanenten und kontinuierlichen Überprüfung der Arbeitsabläufe zur Steigerung der Produktivität unter Beachtung der Aufrechterhaltung und Optimierung des bestehenden Qualitätsniveaus.

Zentrale Aufgaben werden 2017 sein:

- Umsetzung des **ökomed - Tarifvertrags**
- **Investitionen** in ein Verteilzentrum und entsprechende Regeneriertechnik (ca. 8 Mio. Euro)
- Zentralisierung und Umstellung des Speisenproduktionsverfahrens sowie Dezentralisierung der Regenerier- und Verteillogistik
- **Anpassung** der Mitarbeiterzahlen.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem und branchenspezifische Chancen und Risiken

Unternehmerische Aktivitäten sind mit Risiken verbunden. Um diese zu minimieren, sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um gefährliche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Der Vorstand ist sowohl durch das Aktiengesetz (AktG) als auch durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) verpflichtet, ein internes Überwachungssystem einzurichten.
Das Risikomanagementsystem der GNH wurde in den vergangenen Jahren grundlegend überarbeitet. Die Verabschiedung eines gemeinsamen Risikomanagementhandbuchs der Bereiche klinisches- und betriebswirtschaftliches Risikomanagement durch den Gesamtvorstand erfolgte 2014. Viermal im Jahr erfolgt eine Risikoberichterstattung zu den betriebswirtschaftlichen Risiken an Vorstand und Ge-

schäftsführungen.

Aktuell stellt sich die Risikoeinschätzung der Holding wie folgt dar:

Politische Risiken: Die GNH sieht für sich als Gesundheitsdienstleister eine überdurchschnittliche Abhängigkeit von Entscheidungen durch die bestehende bzw. zukünftige gesundheitspolitische Gesetzgebung. Änderungen der Gesetzeslage wie zum Beispiel das Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung - Krankhausstrukturgesetz (KHSG) oder das Gesetz für sichere digitale Kommunikation und Anwendung im Gesundheitswesen E-Health-Gesetz, können zu einer Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen.

Nach erfolgtem Referendum am 23.06.2016 ist nun die Entscheidung gefallen, dass Großbritannien die EU verlassen möchte. Die aktuelle Premierministerin Theresa May verkündete am 17. Januar 2017 ihren 12-Punkte-Plan für den Austritt aus der EU (sog. „harte Brexit“). Gemäß der Entscheidung des Supreme Court vom 24. Januar 2017 muss sich die britische Regierung jedoch zuerst die Zustimmung des Parlaments (House of Commons und House of Lords) einholen, bevor sie einen Antrag gem. Art. 50 EU-Vertrag über den Austritt aus der EU stellen kann. Diese höchstrichterliche Entscheidung wird voraussichtlich dazu führen, dass die Austrittsverhandlungen nicht wie bisher geplant im Oktober 2018 abgeschlossen sein werden. Eine solide Prognose, ob sich der Brexit negativ auf die Kassel School of Medicine gGmbH auswirken wird, kann gegenwärtig nicht vorgenommen werden. Das Risiko wird weiterhin von der Gesellschaft beobachtet.

Der Konzern ist bestrebt, diese Änderungen zugleich als Chance zu verstehen, um daraus Wettbewerbsvorteile zu generieren.

Rechtliche Risiken: Innerhalb des Gesundheitswesens sehen sich Krankenhäuser regelmäßig Klagen aufgrund von Behandlungsfehlern, Sorgfaltspflichtverletzungen und anderen Ansprüchen ausgesetzt. Diese Vorgänge können Schadenersatzforderungen und Kosten für die Rechtsverteidigung nach sich ziehen. Die Risikoidentifikation, Bewertung und Berichterstattung rechtlicher Risiken erfolgt für den Konzern durch den Zentralbereich Personal und Recht. Aufgrund der aktuell laufenden Verfahren werden keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesehen.

Ein rechtliches Risiko ergab sich für die GNH aufgrund einer Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) von 13.03.2014 (Az.: C-366/12) zur Umsatzsteuer bei Abgabe von Zytostatika im Rahmen einer ambulanten Krankenhausbehandlung durch ermächtigte Ärzte. Aufgrund der Entscheidung des EuGH musste der BFH über die Frage der Umsatzsteuerfreiheit der Abgabe von Zytostatika im Rahmen einer ambulanten Krankenhausbehandlung durch ermächtigte Krankenhausärzte entscheiden. Mit Urteil vom 24.09.2014 (Az.: V R 19/11), veröffentlicht am 10.12.2014, entschied der BFH, dass die Zytostatikaabgabe im Rahmen einer ambulanten Krankenhausbehandlung gem. § 4 Nr. 16 Buchst. b UStG als steuerfreie Umsätze gelten. Die Unternehmensgruppe hatte bereits seit dem Wirtschaftsjahr 2014 sämtliche Rechnungen zur ambulanten Zytostatikaabgabe gegenüber den Kostenträgern der Umsatzsteuer unterworfen. Die Kostenträger haben nun unsere Einrichtung zur Rückzahlung der Umsatzsteuer aufgefordert.

Die Rückzahlungsaufforderungen der Krankenkasse belaufen sich auf rund 6 Mio. EUR. Demgegenüber steht ein Vorsteuer-Rückzahlungsanspruch der GNH beim Finanzamt in der Höhe von 1,5 Mio. EUR. Die Rückzahlungsverpflichtung der Umsatzsteuer würde sich negativ auf die Vermö-

gens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Risiken aus Akquisition: Risiken entstehen auch durch die Integration akquirierter Kliniken und Unternehmen. Um die wirtschaftliche Situation der in der Branche der Alten- und Pflegeheime tätigen Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH zu verbessern, wurde entschieden, diese Leistung nur noch am Standort Lindenberg anzubieten. Die Risiken aus Beteiligungen beeinflussen die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken: Die Steuerung des Liquiditätsbedarfs für die Unternehmensgruppe ist zentrale Aufgabe des Bereichs Finanzen. Das größte Risiko wird in diesem Zusammenhang mit der Darlehensaufnahme im Rahmen der Bautätigkeit am Klinikum Kassel, im Falle der vorzeitigen Fälligstellung der Darlehen, gesehen. Auch führen Forderungsausfälle bei den Kostenträgen zur kurzfristigen Veränderung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Landesbezirkstarifvertrags Nr. 40/2016/ZUSI wurde um ein Jahr bis zum 31.12.2016 verlängert mit dem Ziel im Hinblick auf die Strategie „GNH2020“ einen ZUSI II zu verabschieden. Im Rahmen der erwähnten Darlehensfinanzierung für die Bautätigkeit am Standort Kassel wurde der Zukunftssicherungstarifvertrag (ZUSI I) als Sicherheit gegeben. Im Februar 2017 konnte aktuell Einigung zwischen den Tarifvertragsparteien und der Gesellschaft darüber erzielt werden, den Zukunftssicherungsvertrag bis 2020 fortzuführen. In dieser Zeit verzichten die Beschäftigten auf vier Prozent ihres Gehaltes und im Gegenzug sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen.

Währungs- und Kursrisiken werden in Zusammenhang mit der Kooperation zwischen der Kassel School of Medicine gGmbH und der University of Southampton derzeit nicht gesehen. Der Konzern agiert in erster Linie im Bundesgebiet in der Währung Euro. Es kann keine verlässliche Aussage darüber getroffen werden, ob im Zuge der aktuell entstandenen Währungsschwankungen aufgrund des BREXIT Votums die vertraglich fixierte Marge erreicht wird, die zu einer Nachverhandlung mit der UoS hinsichtlich des Ausgleichs potentieller Währungsrisiken führt.

In den Gesellschaften der GNH finden regelmäßig **steuerliche Betriebsprüfungen** statt. Sofern sich aus der Betriebsprüfung Anpassungen ergeben, können diese zu höheren Steuerzahlungen führen. Aktuell startete im Dezember 2016 die Betriebsprüfung für die Wirtschaftsjahre 2011 bis 2014. Diese Prüfung kann eine kurzfristige Veränderung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben.

Medizinische, pflegerische und Qualitätsrisiken: Aufgrund politisch gewünschter Veränderungen im Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland, geraten gerade diejenigen Krankenhäuser unter Druck, deren Qualität nicht den Standards umliegender, konkurrierender Kliniken entspricht. Weiterhin wurde im Rahmen des Krankenhausstrukturgesetzes eine strengere **Qualitätskontrolle** beschlossen. In diesem Rahmen wurde der G-BA (Gemeinsamer Bundesausschuss) beauftragt, planungsrelevante Qualitätsindikatoren zu entwickeln, anhand derer künftig die medizinische Qualität gemessen werden soll. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen (IQTIG) hat der G-BA am 15. Dezember 2016 zehn dieser Qualitätsindikatoren veröffentlicht. Diese Indikatoren beschränken sich zunächst auf den Bereich der Gynäkologie und der Geburtshilfe, werden jedoch künftig für alle Fachbereiche definiert. Des Weiteren ergeben sich Risiken aus der schwankenden Belegung. Eine permanente Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang auch die Verfügbarkeit medizinischen Fachpersonals dar. Diese Risiken können eine negative Aus-

wirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Krankenhäuser und damit auch des Konzerns haben.

Erlös-, Dokumentations- und Budgetrisiken: Im Gesundheitswesen sehen sich alle Kliniken aufgrund der starken gesetzlichen Reglementierung Risiken in der Entwicklung des Erlösbudgets ausgesetzt. So führen die Beschlüsse G-BA im Rahmen der Leitlinien zu Mehrkosten beim Personal und diversen Investitionen, die innerhalb der Budgets keine Gegenfinanzierung finden.

Sofern Krankenhäuser die Leitlinien des G-BA nicht umsetzen, besteht das Risiko, dass die Kostenträger in diesen Bereichen verstärkt Prüfungen der Leistungserbringung durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) in Auftrag geben, die sich wiederum negativ auf die Liquidität des Unternehmens auswirken, da es zu deutlich verspäteter Zahlung und Ausgleich der Forderungen kommt.

Die vom G-BA am 24. November 2016 geschlossene Vereinbarung von **Sicherstellungszuschlägen** für Krankenhäuser soll dazu dienen, auch in strukturschwachen Regionen das stationäre Versorgungsangebot aufrecht zu erhalten. In dieser bundeseinheitlichen Regelung wurde definiert, wann ein Krankenhaus als unverzichtbar gilt, wann ein strukturell bedingter geringer Versorgungsbedarf vorliegt und welche Abteilungen zuschlagsfähig sind. Diese Veränderung wird von der Unternehmensgruppe auch als Chance für die Stabilisierung der kleineren Einrichtungen gesehen.

Die Zahlungsmoral der Krankenkassen stellt in diesem Zusammenhang auch weiterhin ein starkes Risiko dar. Die erwähnten Risiken können sich ebenfalls negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

Personalrisiken: In der Gesundheitsbranche stellen der Fachkräftemangel im Kontext der demographischen Entwicklung und die Abwanderung von Schlüsselpersonal ein wesentliches Risiko dar. Zur Minimierung dieses Risikos wurden Personalentwicklungs- und Ausbildungsprogramme eingeführt. An dieser Stelle wird auf die Personalstrategie der GNH verwiesen. Personalrisiken können sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

Baurisiko und technische Risiken - insbesondere Informationstechnologie (IT): Im Berichtsjahr 2016 sind die Planungen der Bauvorhaben der Jahre 2020 und folgende fortgeschritten. So wird der Krankenhausneubau in Hofgeismar, die Sanierung des Standortes Wolfhagen sowie ein Neubau der Psychiatrie, eines Ärztehauses und des Labors und die Sanierung des ZOP1 am Standort Mönchebergstraße geplant. Des Weiteren runden die diversen Sanierungsmaßnahmen an den Krankenhausstandorten das Baurisiko der Gesundheit Nordhessen ab.

Als Gesundheitsdienstleister ist die GNH insbesondere im Bereich seiner Krankenhäuser auf eine **funktionierende IT-Infrastruktur** angewiesen. Aufgrund des technologischen Wandels ist der gesamte Behandlungspfad von Patientinnen und Patienten von der Aufnahme, über die Diagnostik bis hin zur Behandlung von einer funktionierenden IT-Infrastruktur abhängig. Die externe Betriebsverantwortung für die IT-Infrastruktur ist mittlerweile an die Firma DTHS (Deutsche Telekom Healthcare an Security Solutions, Berlin) übertragen worden. Die Transitionsphase wird noch bis voraussichtlich Ende des dritten Quartals 2017 andauern. Auftretende Fehler bzw. Störungen in der IT (inkl. Berechtigungskonzepte) können erhebliche Auswirkungen auf die Betriebsabläufe und damit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Dagegen besteht zugleich die Chance für die Unternehmensgruppe, durch Nutzung der vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der IT, langfristig Effizienzsteigerungen

zu erzielen.

Umweltrisiken: Risiken sonstiger Art, wie zum Beispiel Umweltrisiken, Naturkatastrophen (Hochwasser, Erdbeben) oder terroristische Anschläge, werden für die Unternehmensgruppe als gering eingestuft.

Imagerisiken: Durch eine negative Medienberichterstattung, öffentlich unpopuläre Unternehmensentscheidungen, oder unkontrollierte Berichterstattung über „Kunstfehler“, die Besetzung von Führungspositionen oder die Schließung unwirtschaftlicher Fachabteilungen, kann es zur Imageschädigung kommen. Dieser Risikobereich wird in erster Linie durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit und die konzernweit geregelte Kommunikationsstruktur gemindert. Gleichzeitig wird die Chance der positiven Resonanzverstärkung zentral im Konzern wahrgenommen.

Ausblick: Das Risikomanagement fasst zentral innerhalb des Konzerns identifizierte und angezeigte Risiken zusammen, bewertet, analysiert und überwacht diese. Ferner wird regelmäßig sowie erforderlichenfalls ad hoc über das Risiko-Exposé der Gesellschaft und ihrer Beteiligungen an das Management berichtet. Aufgrund der Risikoberichterstattung und der aktuellen Geschäftsaussichten sieht der Vorstand keine wesentlichen oder bestandsgefährdenden Risiken.

4.2. Zukünftige Entwicklung

Die GNH hat sich mit ihren Beteiligungen in den letzten Jahren gut positioniert. Die wirtschaftliche Situation ist durch die Etablierung neuer Fachgebiete und die Steigerung der budgetrelevanten Leistung (Casemix) kontinuierlich verbessert worden, sodass ab dem Jahr 2009 - auch nach Rückzahlung des Zusi, aber vor Beteiligungsabschreibungen - ein Jahresüberschuss erzielt werden konnte. Die Fortsetzung der positiven Entwicklung der Vorjahre wird zukünftig schwierig. Verantwortlich hierfür sind eine Abschwächung der realisierbaren Leistungsausweitung in den Krankenhäusern einerseits und ein Kostenauftrieb andererseits, sowohl im Bereich der Sachkosten (Materialkosten; im Falle rückläufiger staatlicher Finanzierungsquoten zudem bei Abschreibungen und Zinsen), als auch im Bereich der Personalkosten (Tarifsteigerungen). Gleichzeitig können die steigenden Kosten durch geringe Preissteigerungsraten und ein gesetzliches Bestrafungssystem für Mengensteigerungen (Mehrleistungsabschläge) nicht mehr gedeckt werden.

In den Planungen für das Jahr 2017 weisen neben den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung insbesondere die ambulante Versorgung, die Pflege in den Seniorenwohnanlagen sowie die Wirtschafts- und Versorgungsdienste strukturelle Defizite auf. Die positiven Auswirkungen des um vier Jahre verlängerten Zukunftssicherungstarifvertrages aber auch der kurzfristigen Anpassung des Landesbasisfallwertes sind der nachfolgenden Gegenüberstellung zu entnehmen.

Ergebnis in T€ der Unternehmen unter Mehrheitsbeteiligung der GNH AG	Plan 2017 ohne Zusi	Anpassung: Auswirkung ZUSI	Anpassung: Auswirkung LBFW	Plan 2017 mit Zusi	Plan 2017 mit Zusi (nach Minderheits-beteiligung)
GNH AG (ohne EAV)	0,0 T€	597,1 T€	0,0 T€	597,1 T€	597,1 T€
Klinikum Kassel GmbH	54,6 T€	2.812,8 T€	696,2 T€	3.563,6 T€	3.291,4 T€
ZMV GmbH	-886,8 T€	44,8 T€	0,0 T€	-842,0 T€	-842,0 T€
KH Bad Arolsen GmbH	-453,0 T€	307,8 T€	59,2 T€	-86,0 T€	-86,0 T€
Kreiskliniken Kassel GmbH	-965,9 T€	416,4 T€	83,5 T€	-466,0 T€	-466,0 T€
SWA GmbH	-980,8 T€	0,0 T€	0,0 T€	-980,8 T€	-980,8 T€
ökomed GmbH	-1.513,6 T€	454,2 T€	0,0 T€	-1.059,4 T€	-1.059,4 T€
Reha Zentrum GmbH	-119,8 T€	69,0 T€	0,0 T€	-50,8 T€	-50,8 T€
Casalis Reha GmbH	-272,9 T€	35,8 T€	0,0 T€	-234,6 T€	-237,1 T€
EAT GNH AG	**-5.138,2 T€**	**4.737,9 T€**	**838,9 T€**	**441,1 T€**	**166,4 T€**
Kassel School of Medicine	-654,4 T€	0,0 T€	0,0 T€	-654,4 T€	-654,4 T€
Casalis Facility Services	30,1 T€	0,0 T€	0,0 T€	30,1 T€	30,1 T€
Ergebnis nach Konsolidierung	**-5.762,6 T€**	**4.737,9 T€**	**838,9 T€**	**-183,5 T€**	**-458,2 T€**
nachrichtlich Zusirückzahlung	0,0 T€			1.224,0 T€	1.224,0 T€

4.3. Branchenspezifische Chancen und Risiken

Im Jahr 2015 wurden die Weichen für den die GNH AG prägenden Sektor Krankenhaus neu gestellt. Hierbei wurde die bisherige Politik der Ausgabenbegrenzung mittels finanzieller Sanktions- und Anreizmechanismen weiter fortgeführt. Die große Krankenhausreform 2015 (Krankenhausstrukturgesetz, KHSG) ist die folgenreichste Krankenhausreform seit Einführung der DRGs. Es wartet auf mit einer Fülle von Neuregelungen, die in 2016 noch geringe, in den Folgejahren aber sehr deutliche Wirkung entfalten wird und darauf ausgelegt ist, die Krankenhauslandschaft nachhaltig zu wandeln.

Neben einigen leichteren Verbesserungen für die Krankenhäuser werden ab 2017 und in den Folgejahren deutliche finanzielle Verschärfungen und eine Reihe zusätzlicher Risiken erwartet. Wesentliche Zielsetzungen der Reform sind zum einen eine noch rigidere Leistungsmengensteuerung als bisher und zum anderen die vielfältigen, unter der Rubrik „Qualität“ firmierenden Strukturveränderungen, die durch das KHSG ermöglicht werden.

Einer der Schwerpunkte des Krankenhausstrukturgesetzes ist die Einrichtung eines **Krankenhausstrukturfonds**. Im Rahmen des Krankenhausstrukturfonds werden Vorhaben der Bundesländer zur Verbesserung der Versorgungssituation gefördert, wenn sich die Bundesländer im gleichen finanziellen Rahmen daran beteiligen. Mit Hilfe des Krankenhausstrukturfonds soll der bestehende Umstrukturierungsprozess gestützt und damit der Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft vorangetrieben werden. Im Ergebnis sollen hierdurch Schwerpunktsetzungen und Leistungsbündelungen erreicht werden, die zu Effizienz- und Qualitätssteigerung führen und langfristig auch zu einer anhaltenden Bereinigung des Marktes führen können.

Durch die Bildung von Verbünden und/oder Standortkonzentrationen im Rahmen von vermehrten, strukturverbessernden Baumaßnahmen ist davon auszugehen, dass sich das Wettbewerbsumfeld in den ländlichen Regionen wandeln wird. Auf diese Veränderungen adäquat zu reagieren, wird eine der wichtigen der GNH AG und ihrer Krankenhäuser sein.

Der **Fixkostendegressionsabschlag** soll im Rahmen der Mengensteuerung Kostenvorteile, die bei

der Erbringung zusätzlicher Leistungen vermutet werden, auffangen. Die strategische Herausforderung besteht für die GNH AG zukünftig darin, sich einerseits durch Wachstum im Wettbewerb zu behaupten, andererseits aber auch durch effiziente Prozesse die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung zu noch weiter zu stärken.

Weiterhin wurde im Rahmen des Krankenhausstrukturgesetzes eine strengere **Qualitätskontrolle** beschlossen. In diesem Rahmen wurde der G-BA beauftragt, planungsrelevante Qualitätsindikatoren zu entwickeln, anhand derer künftig die medizinische Qualität gemessen werden soll. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen (IQTIG) hat der G-BA am 15. Dezember 2016 bereits zehn dieser Qualitätsindikatoren veröffentlicht. Diese Indikatoren beschränken sich zunächst auf den Bereich der Gynäkologie und der Geburtshilfe, werden jedoch künftig für weitere Leistungsbereiche definiert werden.

Für das Klinikum Kassel sowie für alle anderen Krankenhäuser in Bad Arolsen, Wolfhagen und Hofgeismar besteht die Notwendigkeit, sich an diesen Indikatoren messen zu lassen. Es ist somit auch mit einer Stimulierung eines Qualitätswettbewerbs zu rechnen und die Herausstellung von qualitativen Alleinstellungsmerkmalen kann zu den bestehenden Zertifizierungen und veröffentlichten Qualitätsindikatoren auf freiwilliger Basis von Bedeutung werden.

Die Transparenz in Bezug auf qualitative Kennzahlen im Krankenhaus spielt jetzt schon eine wichtige Rolle. Durch die Patientinnen und Patienten erfolgt bereits heute im Rahmen der Nutzung von diversen Internetportalen und Internetauftritten der Krankenhäuser häufig eine Laienbewertung der Qualität in den Krankenhäusern, die ausschlaggebend für die Auswahl des Behandlungsortes ist. Diese Darstellung im Internet kann hierbei jedoch stark subjektiv geprägt sein und ist nicht an eine fundierte oder repräsentative Erhebung geknüpft. Die weitere Etablierung von einheitlichen Qualitätsindikatoren kann sich für das Klinikum Kassel positiv auswirken und Fehlinformationen oder Fehleinschätzungen auf Basis von nicht verifizierter Internetrecherche vorbeugen. Hierin könnte ein **Wettbewerbsvorteil für die Krankenhäuser der GNH AG liegen.**

Das Klinikum Kassel z. B. nimmt nicht nur vollumfänglich am Verfahren der gesetzlich verpflichtenden Qualitätssicherung nach §137 SGB V teil, sondern nutzt diese Daten auch hausintern im Sinne eines Instruments zur kontinuierlichen Qualitätsverbesserung. Ergänzt wird diese verpflichtende Qualitätssicherung durch die freiwillige Teilnahme an der Initiative Qualitätsmedizin, der es darum geht, trägerübergreifende Qualitätsvergleiche durchzuführen, zu veröffentlichen und sich mit sogenannten Peer-Reviews in der Prozessoptimierung gegenseitig zu unterstützen.

Die Etablierung Medizinischer Fachgruppen hat sich zudem bewährt. Jährlich kommen Chefärzte eines Fachgebiets zusammen, um die Entwicklung in ihrem Fachgebiet zu diskutieren und Qualitätsdaten zu vergleichen.

Als weitere in den GNH-Krankenhäusern eingeführte Instrumente Qualitätsverbesserung sind zu nennen: Critical Incident Reporting Systems (CIRS), systematisiertes Beschwerdemanagementsystem „Impuls“, regelmäßig durchgeführte Zufriedenheitsbefragungen, Interne Audits, Qualitätszirkel, themenspezifische Gremien wie Fallbesprechungen, Tumorkonferenzen und Mortalitäts- und Morbiditätskonferenzen. Zudem stellt das Klinikum Kassel sich jährlich den externen Audits im Rahmen der vielfältigen Zertifizierungen nach der DIN EN ISO sowie der DKG und weiteren Fachgesellschaften.

Dem Bereich der **Telemedizin** kommt im Rahmen der Digitalisierung eine besondere Bedeutung zu.

Im weitesten Sinne können unter Telemedizin medizinische Versorgungskonzepte zusammengefasst werden, die auf Basis von elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien Behandlungsdaten übermitteln und so Möglichkeiten zur Überwindung der räumlichen Entfernung zwischen Arzt und Patient bieten. Konkret bedeutet dies zum Beispiel: Elektronische Arztbriefe oder telemedizinische Konsile zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Leistungserbringern; digitale Patientenakte zum ortsunabhängigen Zugriff auf Befundungen; elektronische Überwachung von Blutdruck, Gewicht oder Bewegung durch Wearables und Apps zur engmaschigen Kontrolle der Vitalparameter oder Telekonsultationen zum Beispiel im Rahmen von Videosprechstunden.
Durch das Inkrafttreten des E-Health-Gesetzes (Gesetz für sichere digitale Kommunikation im Gesundheitswesen) am 29. Dezember 2015 wurde vom Gesetzgeber die Grundlage für die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationsinfrastruktur in der medizinischen Versorgung gelegt.
Für das Klinikum Kassel kann die Telemedizin in Kooperation mit anderen Krankenhäusern einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung oder gar zum Erhalt der Krankenversorgung in der Fläche darstellen. Innerhalb der Gesundheit Nordhessen Holding AG wird dies zum Beispiel bereits durch das „Neuro Netz Mitte“ umgesetzt. Die Grund- und Regelversorger der Gesundheit Nordhessen Holding AG profitieren so von dem medizinischen Know-How des Klinikum Kassel in der Schlaganfallversorgung. Hierbei wird durch Teleneurologen im Rahmen von Videokonferenzen eine Diagnostik- und Therapieempfehlung erstellt, die digital an das behandelnde Krankenhaus übermittelt wird. Der weitere Ausbau von Versorgungsformen dieser Art kann ein zentrales Wachstumsfeld für den Gesamtkonzern der Gesundheit Nordhessen Holding AG werden.
Die **Digitalisierung** und die IT-gestützte Optimierung von Prozessen innerhalb des Krankenhauses hat in der aktuellen Krankenhausplanung eine große Relevanz. In den nächsten Jahren werden sich die Abläufe und das Arbeiten im Krankenhaus, wie auch in anderen Berufsfeldern, weiter stark verändern. So hat sich in den meisten Branchen der Digitalisierungsanteil seit 1991 kontinuierlich auf über 50 % gesteigert. Das Gesundheitswesen ist jedoch mit einem fast gleichbleibenden Digitalisierungsanteil von 2,2 % Schlusslicht aller Branchen und wird diese Lücke in den kommenden Jahren aufholen müssen.
Die GNH AG hat in einem unternehmensweiten Projekt im letzten Jahr begonnen, sich in Zusammenarbeit mit der T-Systems auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. Im Wesentlichen werden zwei verschiedene Bereiche durch die Industriepartnerschaft weiterentwickelt. Durch die Verbesserung von Netzwerk und Anwendungen wird die Voraussetzung geschaffen, Prozesse innerhalb des Krankenhauses und Konzerns weiter auch technisch zu optimieren. Ein großes Potenzial bietet die Unterstützung des Informationsaustausches zwischen Krankenhäusern aber auch dem ambulanten Sektor, z. B. niedergelassene Ärzte/MVZ und dem stationären Sektor. Der Patient profitiert so von einer eng zwischen stationär und ambulant verzahnten Behandlung und ein relevanter ökonomischer Effekt für die Leistungserbringer ist zu erwarten.
Für eine zukunftsfähige Positionierung im Markt ist u. a. eine hohe Innovationskraft im Hinblick auf ganzheitliche, individuelle und passgenaue Behandlungskonzepte unabdingbar. Eine Diversifikation des Leistungsangebots kann neue Ertragsquellen aber auch Lücken in den Versorgungsketten schließen. Dies ist aber seit Inkrafttreten des **Antikorruptionsgesetzes** nicht mehr so einfach. Weil nach der Neufassung der §§ 299a, b StGB eine große Unsicherheit besteht, was im Einzelfall noch erlaubt

ist und was nicht und es bislang noch keine großen Erfahrungen mit der neuen Gesetzgebung gibt wird in der Praxis jetzt unter Einbeziehung von externen Anwälten jede Kooperation sorgfältig geprüft. Einerseits ruft die Sozialpolitik nach Vernetzung, Versorgungsketten und einen auf die Bedürfnisse der Patienten abgestimmten Behandlungspfad, anderseits stehen Ärzte und Geschäftsführungen unter einem gewissen Generalverdacht, wenn medizinische Leistungsangebote aufeinander abgestimmt, oder innerhalb eines Konzerns erbracht werden.

4.4. Gesamtaussage zur zukünftigen Entwicklung

Klare Hauptzielsetzungen des KHSG sind die Begrenzung des Leistungszuwachses und somit eine wirkungsvolle Ausgabenbegrenzung für die GKV sowie eine nachhaltige Marktbereinigung. Nachdem die DRG-Einführung ihr Hauptziel, die Anzahl der Krankenhäuser zu reduzieren, verfehlt hat, erfolgt nun ein weiterer Vorstoß durch die Implementierung von Qualitäts- und Leistungstransparenz, die eine Umverteilung von Patientinnen und Patienten und somit Budgetanteilen anstoßen könnte. Insbesondere die Aufnahme von **Qualitätskriterien** bei der Finanzierung in die Krankenhausplanung kann zu massiven Verwerfungen der Angebotsstrukturen und somit zu einer dauerhaften Marktbereinigung führen. Darin liegen sowohl Chancen als auch Risiken.

Nach wie vor ist die **Investitionsfinanzierung** der Krankenhäuser ein strukturelles Problem, das auch durch die große Krankenhausreform des Jahres 2015 nicht gelöst wird. Der Investitionsstau bei gleichzeitig zunehmender Eigenmittelfinanzierungsquote von Investitionen belastet die Klinken durch Zinsen und Abschreibungen dauerhaft in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung. Entlastungen gibt es in Hessen ab dem Jahr 2016 durch die Einführung der Investitionspauschalen. Damit erhalten die Krankenhäuser bei Investitionsentscheidungen "größere Flexibilität". Für die Übergangszeit wurde ein Sonderprogramm von 120 Millionen Euro aufgelegt, durch das Kliniken, die seit Jahren auf Investitionen warten, bei Baumaßnahmen zusätzlich gefördert werden sollen. Diese Fördermittel geben den Spielraum für Investitionen in neue Krankenhausstandorte (Hofgeismar) oder auch eine neue Psychiatrie am Standort Klinikum Kassel. Aber auch außerhalb der Krankenhäuser werden Investitionen in ein neues Speisenverteilsystem zur Verbesserung der Pateientenversorgung oder auch eine Kindertagesstätte für den Nachwuchs unserer Beschäftigten umgesetzt.

Parallel läuft der vom Vorstand der GNH AG in Zusammenarbeit mit allen Beteiligungen bereits zu Beginn des Jahres 2015 angestoßene **Strategieprozess „GNH 2020“.** Operative und medizinstrategische Handlungsfelder wurden gemeinsam mit Entscheidungsträgern aller Berufsgruppen identifiziert. Die medizinstrategischen Handlungsfelder wurden, unterstützt von Lohfert & Lohfert nach einer Markt- und Wettbewerbsanalyse bis auf Ebene der einzelnen Fachabteilungen entwickelt. Mit Hilfe eines Geoinformationssystems konnte so ein Marktmodell entwickelt werden. Die daraus abgeleiteten strategischen Kennzahlen bieten jetzt die Chance, auf Grundlage von Fallzahlprognosen, dem Risiko des ambulanten Substitutionspotentials und der Verweildauerentwicklung neue medizinische Entwicklungsfelder, auf einer soliden Datenbasis, weiter zu entwickeln und somit Chancen zu stärken und Risiken rechtzeitig zu erkennen.

Die Herausforderungen für die Zukunft bleiben neben der konzernweiten Vernetzung und Spezialisierung, die Themenfelder **Qualität, Produktivität, Investitionsfähigkeit und Arbeitgeberattraktivität**.

Gute und faire Arbeitsbedingungen sind dabei eine wesentliche Voraussetzung zur Gewinnung und Bindung des erforderlichen Personals. Wir müssen zusätzlich die medizinische Qualität im stationären Bereich weiterhin dauerhaft sicherstellen und weiter ausbauen sowie die gesamte Versorgungskette inklusive Serviceleistungen und ambulanten Leistungen weiter optimieren, weitere Effizienzreserven heben und unsere Leistungen noch wirtschaftlicher anbieten als zuvor.
Die beschriebenen Einflussfaktoren, wie die Wettbewerbssituation und die Bevölkerungsentwicklung, sowie die veränderten Rahmenbedingungen durch die Gesetzgebung und politische Implikationen stellen die Gesundheit Nordhessen Holding AG auch in Zukunft vor große Herausforderungen. Sowohl das Klinikum Kassel, als auch die weiteren Standorte in Bad Arolsen, Wolfhagen und Hofgeismar werden sich in Zukunft an die veränderten Bedarfe anpassen und stehen somit in einem kontinuierlichen Veränderungsprozess.

Kassel, den 03. März 2017

Der Vorstand

gez. Karsten Honsel gez. Birgit Dilchert

Schlussbilanz 2016

Aktiva	Gesundheit Nordhessen Holding AG, Kassel	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	22.664.631,78 €	22.636.111,58 €
Umlaufvermögen	42.591.045,45 €	39.592.992,06 €
Rechnungsabgrenzungsposten	14.055,74 €	76.412,37 €
Summe Aktiva	**65.269.732,97 €**	**62.305.516,01 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	40.872.719,41 €	38.538.219,86 €
Rückstellungen	3.923.805,48 €	3.437.602,16 €
Verbindlichkeiten	17.860.833,08 €	17.695.243,99 €
Rechnungsabgrenzungsposten	44.375,00 €	36.450,00 €
passive latente Steuern	2.568.000,00 €	2.598.000,00 €
Summe Passiva	**65.269.732,97 €**	**62.305.516,01 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Gesundheit Nordhessen Holding AG, Kassel		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	93.876.451,76 €	81.122.721,52 €
2. sonstige betriebliche Erträge	497.468,93 €	2.920.193,78 €
3. Materialaufwand	-68.090.917,30 €	-62.691.960,72 €
4. Personalaufwand	-18.286.532,68 €	-14.404.850,19 €
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-410.601,25 €	-574.430,45 €
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.730.008,57 €	-5.194.409,52 €
7. Erträge aus Gewinnabführungs-verträgen	5.283.875,02 €	5.079.928,09 €
8. sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	231.634,48 €	315.093,07 €
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-4.615.850,77 €	-3.071.489,76 €
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00 €	-8.025.381,72 €
11. Zinsen und ähnl. Aufwendungen	-32.558,45 €	-139.226,95 €
12. Steuern v. Einkommen u. Ertrag	-385.584,62 €	-463.412,54 €
13. sonstige Steuern	-2.877,00 €	-1.532,00 €
14. Jahresergebnis	**2.334.499,55 €**	**-5.128.757,39 €**

1.7 Gemeinnützige GmbH für Soziales und Kultur im Landkreis Kassel (Soku gGmbH)

Sitz	Wilhelmshöher Allee 19 -21 34117 Kassel Tel: 0561/1003-1150 Fax: 0561/1003-1152 E-Mail: uwe.pietsch@kreiskassel.de
Gründungsdatum	01.01.2005 Soku gGmbH
Gesellschaftszweck	Gegenstand der Gesellschaft ist die Beschaffung finanzieller Mittel und die – steuerlich anerkannte – gemeinnützige Förderung sozialer und kultureller Einrichtungen sowie sozialer und kultureller Veranstaltungen des Landkreises Kassel. Darüber hinaus können mit den Mitteln der Gesellschaft auch die sozialen und kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen von anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie von als gemeinnützig anerkannten unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften des privaten Rechts gefördert werden. Innerhalb dieser Grenzen ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung der Gesellschaftszwecke notwendig oder nützlich erscheinen.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel HRB 9361
Stammkapital	50.000 €
Gesellschafter	Landkreis Kassel (Kreisausschuss)
Geschäftsführung	Frau Susanne Selbert, Herr Uwe Pietsch
Abschlussprüfer	Strecker · Berger + Partner mbB, Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine
Anzahl der Beschäftigten	keine Beschäftigten
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht

I. Grundlagen der Gesellschaft

Allgemeines

Die gemeinnützige Gesellschaft ist die frühere „Kliniken des Landkreises Kassel gGmbH“. Mit Unternehmenskaufvertrag vom 14. Dezember 2004 (Nr. 440 der Urkundenrolle 2004 des Notars Wolf Nottelmann) hat die Gesellschaft mit Wirkung zum 01. Januar 2005 ihren Krankenhausbetrieb mit allen Aktiva und Passiva zu einem Kaufpreis in Höhe von EUR 9.577.169,60 an die Kreiskliniken Kassel GmbH veräußert.

Gemäß der mit dem Gesellschafter Landkreis Kassel abgeschlossenen Zweckvereinbarung vom gleichen Tag hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Landkreis Kassel den Erlös aus der Veräußerung des Krankenhausbetriebs für steuerbegünstigte gemeinnützige Zwecke der Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz zukommen zu lassen.

Mit Datum vom gleichen Tag wurde der Gesellschaftsvertrag geändert und dabei eine Umfirmierung der Gesellschaft in „Gemeinnützige GmbH für Soziales und Kultur im Landkreis Kassel“ vorgenommen. Dabei wurde auch der Gegenstand und Zweck des Unternehmens geändert. Neuer Gegenstand der Gesellschaft ist die Beschaffung finanzieller Mittel und die gemeinnützige Förderung sozialer und kultureller Einrichtungen sowie sozialer und kultureller Veranstaltungen des Landkreises Kassel.

Der Landkreis Kassel hat zugunsten der Gesellschaft unentgeltlich ein Nießbrauchsrecht an den Krankenhausgrundstücken in Hofgeismar, Wolfhagen und Bad Karlshafen-Helmarshausen eingeräumt. Die Ausübung dieses Nießbrauchsrechts hat die Gesellschaft nach § 1059 Satz 2 BGB gegen ein jährliches Entgelt in Höhe von EUR 65.500,00 der Kreiskliniken Kassel GmbH überlassen.

II. Wirtschaftsbericht

Eigenkapital

Das Eigenkapital der gGmbH hat sich zum Ende des Wirtschaftsjahres 2016 folgendermaßen entwickelt:

		31.12.2016	Vorjahr
		EUR	EUR
I.	Stammkapital	50.000,00	50.000,00
II.	Gewinnvortrag	257.061,38	501.027,15
III.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	132.194,97	-243.965,77
	Eigenkapital	439.256,35	307.061,38

Statistische und wirtschaftliche Daten

Die gGmbH hat im Wirtschaftsjahr Spenden und Zuschüsse i. H. v. 2.740.027,38 € ausgereicht. Insgesamt wurden 21 soziale und kulturelle Veranstaltungen im Landkreis Kassel unterstützt.

Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr

Der Jahresüberschuss i. H. v. 132.194,97 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Personal und Personalaufwand

Die gGmbH hat kein eigenes Personal.

Stand der Anlagen im Bau und fertig gestellte Anlagen

Die gGmbH hat kein Anlagevermögen.

Entwicklung der Rückstellungen

	Stand 01.01.2016	Verbrauch 2016	Auflösung 2016	Zuführung 2016	Stand 31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Jahresabschlusskosten und Prüfungskosten	3.800,00	3.800,00	0,00	3.900,00	3.900,00

Risikomanagementsystem

Ein Risiko-Management-System ist bei der überschaubaren Geschäftsaktivität nicht erforderlich.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Ausblick auf das kommende Geschäftsjahr

Auch im kommenden Wirtschaftsjahr wird die gGmbH versuchen Spendengelder zu akquirieren, um diese für soziale und kulturelle Zwecke des Landkreises zu verwenden. Für das Jahr 2017 werden 2,9 Mio. Euro an Erträgen erwartet.

Chancen und Risiken

Das Risiko, ob zukünftig zusätzliche Spendengelder akquiriert werden können, ist schwer abschätzbar und als gering einzustufen, da nur eingenommene Finanzmittel zur Förderung von sozialen und kulturellen Veranstaltungen weitergeleitet werden.

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Gemeinnützige GmbH für Soziales u. Kultur im Landkreis Kassel**	
	31.12.2016	Vorjahr
Umlaufvermögen	40.300,87 €	9.143,38 €
Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	410.087,23 €	387.013,84 €
Summe Aktiva	**450.388,10 €**	**396.157,22 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	439.256,35 €	307.061,38 €
Rückstellungen	3.900,00 €	3.800,00 €
Verbindlichkeiten	7.231,75 €	85.295,84 €
Summe Passiva	**450.388,10 €**	**396.157,22 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Gemeinnützige GmbH für Soziales und Kultur im Landkreis Kassel		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	124.009,60 €	0,00 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.764.541,22 €	2.942.249,46 €
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.756.355,85 €	-3.186.277,15 €
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	61,92 €
5. Entnahmen aus gebundenen Rücklagen	0,00 €	0,00 €
6. Jahresergebnis	**132.194,97 €**	**-243.965,77 €**

1.8 Breitband Nordhessen GmbH

Sitz	Ständeplatz 13 34117 Kassel Tel: 0561/97062-14 Fax: 0561/97062-22 E-Mail: info@breitband-nordhessen.de; laurier@breitband-nordhessen.de Internet: www.breitband-nordhessen.de
Gründungsdatum	Februar 2014
Gesellschaftszweck	Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den gesamten Kreisgebieten der Gesellschafter mit Ausnahme der Stadt Kassel mit hochleistungsfähigen NGA-Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen passiven Telekommunikationsinfrastruktur sowie deren Unterhaltung und Verwaltung, insbesondere durch Vermietung an einen oder mehrere Vertragspartner oder durch die Förderung von Breitbandausbaumaßnahmen anderer Unternehmen.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel – Handelsregister - HRB 16388
Stammkapital	25.000,00 €
Gesellschafter	Landkreis Hersfeld-Rotenburg 20 % **Landkreis Kassel 20 %** Landkreis Waldeck-Frankenberg 20 % Schwalm-Eder-Kreis 20 % Werra-Meißner-Kreis 20 %
Geschäftsführung **Prokurist**	Kathrin Laurier, Kassel Holger Schach, Kassel
Abschlussprüfer	AKR Akzent Revisions GmbH
Gesellschafterdarlehen	2016: 428.600,00 €
Anzahl der Beschäftigten	2
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 18.02.2014 von den nordhessischen Landkreisen, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Kassel und Hersfeld-Rotenburg gegründet.

Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den gesamten Kreisgebieten der Gesellschafter mit hochleistungsfähigen NGA-Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen passiven Telekommunikationsinfrastruktur sowie deren Unterhaltung und Verwaltung, insbesondere durch Vermietung an einen Netzbetreiber.

In der Region Nordhessen mit den fünf Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg und Kassel wird mittel- bis langfristig eine Breitbandversorgung sowohl der Privathaushalte als auch insbesondere der Gewerbebetriebe auf Basis eines Hochgeschwindigkeitsnetzes genauso essentiell sein wie heute bereits andere unabdingbare Infrastrukturen (vgl. Wasser-, Strom- und Straßennetze).

Ein leistungsfähiges Hochgeschwindigkeitsnetz für die Telekommunikation wird daher eine wesentliche Voraussetzung für das weitere Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen sein, ebenso wie ein wichtiger Standortfaktor für Familien.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

a) Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland:

Die Konjunktur in Deutschland befand sich im Jahr 2016 auf solidem Wachstumskurs. Hauptmotor der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung war im Jahr 2016 erneut die Inlandsnachfrage, wozu die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes beitrug. Das preisbereinigte BIP ist nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2016 um real 1,9 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen (+ 1,7 % im Jahr 2015). Im 4. Quartal 2016 stieg das BIP um 0,4 % und damit deutlich stärker als im Sommer, wo der Zuwachs lediglich +0,1 % betragen hatte.

Auf der Nachfrageseite kamen zum Jahresende stärkere Wachstumsimpulse vor allem von den Exporten, die zum Jahresende kräftig zulegten. Die Bauaktivitäten gewannen im letzten Quartal des Jahres 2016 wieder an Dynamik. Des Weiteren war der private Konsum angesichts der günstigen Arbeits- und Einkommensperspektiven weiter auf Expansionskurs. Offenbar dämpfte der Kaufkraftentzug angesichts des starken Anstiegs der Energiepreise die Konsumfreude nur wenig. Die Investitionen blieben im abgelaufenen Jahr jedoch weiterhin ohne Schwung. Bei den Staatsfinanzen wurde im vergangenen Jahr erneut ein gesamtstaatlicher Überschuss erzielt.

Der Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2016 sehr positiv entwickelt. Die Erwerbstätigkeit hat weiter zu- und die Arbeitslosigkeit weiter abgenommen auf die jeweils höchsten bzw. niedrigsten Niveaus seit der deutschen Einheit. Die Arbeitslosenquote im Dezember 2016 lag bei 5,8 % (-0,3 % gegenüber dem Vorjahr), damit waren insgesamt 2,57 Millionen Personen arbeitslos registriert. Gegen Ende des Jahres stieg die Inflation an. Der Verbraucherindex für Deutschland erhöhte sich im Dezember 2016 im Vorjahresvergleich deutlich um 1,7 %. Insgesamt zog die jahresdurchschnittliche Inflationsrate 2016 auf niedrigem Niveau an, die Verbraucherpreise stiegen 2016 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 %.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland:

Leistungsfähige Breitbandnetze sind zum schnellen Informations- und Wissensaustausch unbedingte Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und die positive Entwicklung von Kommunen und Regionen. Breitband ist ein wesentlicher Standortfaktor und spielt eine immer wichtigere Rolle sowohl für Unternehmen als auch für Bürgerinnen und Bürger.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verfügten etwa 38 % aller Unternehmen in Deutschland mit 10 und mehr Beschäftigten im Jahr 2016 über einen schnellen Internetanschluss. Darunter wird ein fester Breitbandanschluss mit einer vertraglich vereinbarten Datenübertragungsrate von mindestens 30 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) verstanden. Damit lag Deutschland weiterhin im europäischen Mittelfeld und knapp über dem Durchschnitt aller 28 EU-Mitgliedstaaten (34 %).

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der Unternehmen in Deutschland mit schnellem Internet deutlicher gestiegen als im EU-Durchschnitt. Während der Anteil in Deutschland um 7 Prozentpunkte zunahm (2015: 31 %), stieg der Anteil im EU-Durchschnitt um 5 Prozentpunkte (2015: 29 %).

Deutschland verfügt mittlerweile über eine sehr gut ausgebaute Breitbandinfrastruktur. Insbesondere im ländlichen Raum wurden signifikante Fortschritte erzielt. So betrug 2016 die Verfügbarkeit bei einer Bandbreite von bis zu 30 Mbit/s in Deutschland im städtischen Bereich 92,4 %; im halbstädtischen Bereich 72,0 % und im ländlichen Bereich 48,9 %. Allerdings beträgt die Verfügbarkeit der Haushalte für einen Breitbandzugang mit Glasfasertechnologie auch auf der letzten Meile in Deutschland durchschnittlich 7,1 %, dabei im ländlichen Bereich 1,8 % und im städtischen Bereich 11,1 %.

b) Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft wurde im Jahr 2014 gegründet. Das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2016 war zu Beginn geprägt durch verschiedenste Vorbereitungsmaßnahmen aus dem Geschäftsjahr 2015 (weiterführende Verhandlungen mit dem Generalunternehmer (GU); Abschluss der Verhandlungen mit der WIBank), aber auch durch konkrete Meilensteine in der Projektumsetzung (Abschluss der europaweiten Ausschreibung für den GU; Darlehensvertrag mit der WIBank).
Die Vertragsverhandlungen mit der WIBank über die Finanzierung der Ausbaumaßnahme dauerten zunächst noch an. Nachdem am 22.06.2015 die ersten Vertragsentwürfe der WIBank erörtert wurden,

fand nunmehr am 25.04.2016 die weitere Verhandlungsrunde in den Räumlichkeiten der WIBank in Wiesbaden statt. Am 11.08.2016 wurde der eingereichte Business Case der BNG von der WIBank formell freigegeben und die Vertragsunterlagen strukturell finalisiert. Darüber hinaus wurde die WIBank am 02.09.2016 in Kenntnis gesetzt, dass die Telekom Deutschland im Rahmen des für das Bundesförderprogramm notwendigen Markterkundungsverfahrens weitere Ausbauabsichten im von der BNG geplanten Ausbaugebiet angekündigt hat. In diesem Zuge hat die BNG das Festhalten an ihrer Ausbaustrategie und dem ursprünglichen Ausbaugebiet bekräftigt. Maßgeblich für ihre Erwägungen war dabei, dass die Telekom in den bisherigen Markterkundungen mitgeteilt hat, in den fraglichen Teilgebieten bis Mitte 2017 keinen Eigenausbau durchführen zu wollen. Aus diesem Grunde
hatte die Bundesnetzagentur (BNetzA) die betreffenden Kabelverzweiger (KVZ) auch in der Vectoringliste für eine Vectoringerschließung gesperrt. Bis Mitte 2017 wird es so möglich sein, einige der nun nachgemeldeten Teilgebiete durch die BNG zu erschließen.

Die für das geplante Zinsfixing am 22.09.2016 notwendigen Unterlagen (insbesondere Darlehensverträge, Darlehensstruktur und technische Anlage) wurden auf Basis der vertraglichen Einigung mit dem GU final mit der WIBank abgestimmt. Dabei wurde am Ende nun die technische Anlage als Präambel in den Vertrag integriert und somit beide bislang getrennt laufenden Dokumente zusammengeführt.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde nach Abschluss der Bauausschreibung und nach Inkrafttreten des Darlehensvertrages mit der WIBank der Investitionsstart Ende des Jahres 2016 umgesetzt. Die operative Tätigkeit in Form der Netzvermietung wird die Gesellschaft dann voraussichtlich im April 2017 aufnehmen können.

Zur Beschaffung und Errichtung der notwendigen Multifunktionsgehäuse (MFG) für die aktive Netztechnik wurde eine separate Ausschreibung durchgeführt, mit der ein rechtlich einwandfreier Rahmen für eine Vergabe geschaffen wurde. Am 21. und 26.04.2016 wurden sodann die zehn Bieter, die ein initiales Angebot gelegt hatten, zu Angebotspräsentationen eingeladen. Allen Bietern wurde eine Frist zur Überarbeitung ihrer Angebote von zwei Wochen eingeräumt. Nach Eingang aller überarbeiteten Angebote wurde eine Wertung anhand der im Vorfeld festgelegten Wertungsmatrix vorgenommen.

Mit der Weigand Bau GmbH wurde hieran anschließend als „preferred Bidder“ erfolgreich weiter verhandelt. Ein ausverhandelter Vertrag nebst Vertragsanlagen mit technischem und prozessualem Teil konnte so am 22.09.2016 von beiden Seiten unterzeichnet werden. Wesentliche Eckpunkte des MFG Vertrages bilden dabei:

• Preisstabilität:
Der Auftragnehmer hat sich verpflichtet, seine angebotenen Preise für die MFGs und DAKOs (Datenkonzentrationsgehäuses) bis zum 30.06.2021 unverändert aufrecht zu erhalten. Für optionale Teile, wie z. B. Kühlaggregate, besteht eine Preisstabilität bis zum 31.12.2020 bzw. auch noch später, wenn das letzte MFG erst nach diesem Stichtag aufgestellt wird.

• Mindestabnahmemengen:
Die BNG nimmt bereits bei Beauftragung eine Mindestmenge von 800 MFGs verbindlich ab, um so gerade zu Beginn des Projekts einen reibungslosen Ablauf zu ermöglichen. Nach dem derzeitigen aktualisierten Stand werden ca. 1.300 Multifunktionsgehäuse benötigt.

• Vertragsstrafe:
Die Leistung des Auftragnehmers ist pönalisiert. Er ist verpflichtet, alle MFGs und DAKOs so rechtzeitig aufzustellen, damit der GU seinen verbindlichen halbjährlichen Bauzeitenplan einhalten und die BNG ihre Verpflichtungen gegenüber dem Betreiber rechtzeitig erbringen kann.

• Abnahme:
Die Abnahme der MFGs/DAKOs soll soweit möglich und zumutbar zusammen mit der Abnahme der Leistungen des GU erfolgen. Zudem sollen die Abnahmen der MFGs zwischen den Vertragsparteien so koordiniert werden, dass möglichst nicht einzelne MFGs in einer Gemeinde abgenommen werden müssen, sondern immer mehrere Abnahmen in einer Gemeinde zusammenhängend erfolgen. Hierdurch können die Kosten der Abnahme optimiert werden.

• Sicherheit:
Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine kombinierte Vertragserfüllungs- und Gewährleistungsbürgschaft vorzulegen. Diese entspricht etwa 4 % des derzeit zu erwartenden Auftragsvolumens. Da die Anzahl der MFGs und DAKOs variabel ist und im Gegensatz zum GU-Vertrag das gesamte Auftragsvolumen damit zu Beginn nicht feststeht, war eine Pauschale sinnvoll. Diese wird auch in der Höhe für ausreichend erachtet, da im Falle von Änderungen eher mit einer Reduzierung der Anzahl der MFGs zu rechnen ist. Die Bürgschaft wird halbjährlich angepasst, indem die Vertragserfüllungsbürgschaft entsprechend des jeweiligen Abrechnungswertes in diesem Zeitraum reduziert und die Gewährleistungsbürgschaft entsprechend erhöht wird.

Beim Bau des neuen Breitbandnetzes werden Leerrohre verlegt, in die später Glasfaserkabel eingeblasen werden, die so den schnellen Datentransport überhaupt erst ermöglichen. Sogenannte Multifunktionsgehäuse in den einzelnen Orts- und Stadtteilen dienen dabei als Koppelstationen, in denen die aktive Technik des Netzbetreibers installiert wird. Von dort aus werden die Datensignale des neuen Glasfasernetzes dann mit hoher Bandbreite über die bereits vorhandenen Kupferkabel zu den Haushalten transportiert.

Während der Ausbauarbeiten werden die Glasfaserleitungen in einer Ringstruktur gebaut, um zu gewährleisten, dass es später keinen Dienstausfall bei einem möglichen Leitungsschaden gibt. Geplant sind wöchentliche Bauabschnitte von bis zu 15 Kilometer Trassenlänge, die mit dem umweltschonenden Horizontalbohrverfahren sowie mit Kabelpflug- und Grabenfrästechnik oder in offener Bauweise durchgeführt werden. Einzelne Orts- bzw. Stadtteile werden so in einer Bauzeit von nur wenigen Wochen ausgebaut sein können.

Den Startschuss für den Breitbandnetzausbau übernahm der Landkreis Hersfeld-Rotenburg am Montag den 12. September 2016 in Neuenstein/Salzberg. Der Schwalm-Eder-Kreis hatte seinen ersten Spatenstich am selben Tag in Knüllwald/Remsfeld. Einen Tag später, am 13. September 2016, folgte der Werra-Meißner-Kreis in Großalmerode/Rommerode. Spatenstich in Waldeck-Frankenberg war am 14. September 2016 in Waldeck/Netze, gefolgt vom Landkreis Kassel am 15. September 2016 in der Stadt Naumburg. Am Ende der Bauzeit 2016 (vor der Winterpause) war Weigand Bau mit insgesamt acht Baukolonnen aktiv. In Summe wurde so in 2016 in acht parallel laufenden Bauabschnitten eine Gesamtbauleistung von rund 60 km realisiert. Dabei wurden insgesamt 60 Multifunktionsgehäuse installiert.

Die Bauaktivitäten konnten nach Besserung der Witterungsverhältnisse am 06.02.2017 zum Teil wieder aufgenommen werden.

Die Auftaktveranstaltung Breitbandausbau „NGA-Cluster Nordhessen“ fand am 12.10.2016 vor mehr als 150 kommunalen Vertretern im EKKOs Kultur- und Tagungshotel in Bad Sooden-Allendorf statt. Wesentliche Inhalte waren die Präsentation der Weigand Bau GmbH für die Bauplanung 2016 und die weiterentwickelte Ausführungsplanung für die Folgejahre. Darüber hinaus stellte die Netcom Kassel Gesellschaft für Kommunikation mbH detailliert ihre Produkte und die diesbezüglichen Standardtarife vor.

c) Lage

a) Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2016 schließt wie das Vorjahr mit einem geplanten Jahresfehlbetrag infolge von Vorbereitungs- und Anlaufmaßnahmen für den eigentlichen Geschäftszweck. Die Erhöhung des Jahresfehlbetrags um rd. TEUR 265,7 im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 747,1 ist im Wesentlichen durch den geplanten weiteren Aufbau der Organisationsstruktur, die höheren Zinszahlungen für die erfolgten Darlehensaufnahmen und die planmäßig gestiegenen Beratungskosten begründet.

Ein Vergleich der Ertragslage mit dem Wirtschaftsplan des Jahres 2016 zeigt allerdings, dass der im Wirtschaftsplan geplante Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR -1.068,3 unterschritten wurde. Die Gründe hierfür liegen im Wesentlichen in der Verschiebung von Projektereignissen und damit verbunden geringeren Zinsaufwendungen und eigenen Personal- und Administrationskosten.

Im Geschäftsjahr 2016 fielen im Wesentlichen Kosten im Bereich der Projektberatung an, daneben auch Personalkosten, Werbeaufwand für Projektpräsentationen und Internetauftritt sowie Darlehenszinsen.

b) Finanzlage

Die Breitband Nordhessen GmbH hat mit allen Landkreisen Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt geschlossen, um das erforderliche wirtschaftliche Eigenkapital für das bewilligte Breitbanddarlehen einzubringen und um in der Anlaufphase die erforderlichen Betriebsmittel und notwendige externen Ressourcen zu finanzieren.

Um die Zinszahlungen an die Gesellschafter zu verringern, wurde wie im Vorjahr die Einbringung der Gesellschafterdarlehen in zwei Tranchen, abgestimmt auf die Auszahlungstermine des WIBank Darlehens vereinbart.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden entsprechend der Darlehensverträge die beiden vereinbarten Jahrestranchen durch die Gesellschafter eingebracht. Insgesamt wurde der Gesellschaft im Geschäftsjahr ein Darlehensvolumen in Höhe von EUR 3,1 Mio. zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gesichert.

c) Vermögenslage

Im Jahr 2016 wurde die Gesellschaft durch ihre Gesellschafter und durch die Aufnahme eines Darlehens bei der WIBank mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Die Investitionstätigkeit (Netzausbau) startete im September des abgelaufenen Geschäftsjahres. Das Vermögen zum 31.12.2016 besteht im Wesentlichen aus geleisteten Anzahlungen und Teilzahlungen auf technische Anlagen (EUR 17,0 Mio.) und liquiden Mitteln in Form von Bankguthaben (EUR 19,0 Mio.).

Das Eigenkapital betrug bedingt durch den Jahresfehlbetrag sowie den Verlustvortrage der Vorjahre zum 31.12.2016 TEUR -1.343,4. Da seitens der Gesellschafter für die von ihnen ausgereichten Darlehen (Stand zum 31.12.2016: EUR 7,3 Mio.) der Rangrücktritt erklärt wurde, ist nicht von einer Überschuldung der Gesellschaft auszugehen.

d) Finanzielle Leistungsindikatoren

Da die Gesellschaft im abgelaufenen Wirtschaftsjahr bisher noch nicht operativ (Netzvermietung) tätig war, liegen für das Geschäftsjahr keine aussagefähigen finanziellen Leistungsindikatoren vor.

III. Prognosebericht

Nach der für die Kommunen kostenfreien Erschließung der durch die Breitband Nordhessen GmbH ausgebauten Ortsteile werden im Ausbaugebiet für jeden Haushalt bzw. jeden Gewerbetreibenden Bandbreiten im Download von bis zu 50 Mbit/s verfügbar sein. Die genaue individuelle Bandbreite

eines jeden Nutzers wird dabei (rein technologiebedingt) mit dem Abstand des Hausanschlusses vom letzten Verteilelement, dem sogenannten Kabelverzweiger, variieren. Unabhängig davon wird die Erschließung der Breitband Nordhessen GmbH aber derart erfolgen, dass flächendeckend für jeden Haushalt und Gewerbetreibenden eine Mindestbandbreite von 30 Mbit/s im Download möglich ist.

Sobald der Einsatz der sogenannten „Vectoring-Technologie“ auch in geförderten Projekten möglich sein wird, wird sich – ohne die Notwendigkeit einer zusätzlichen Aufrüstung – die Bandbreite bei den Endteilnehmern sogar noch auf bis zu 100 Mbit/s erhöhen (vergl. Angebot der Telekom mit Vectoring).

Die Übergabepunkte zum Internetdienst für das neu entstehende Glasfasernetz liegen in Kassel. Insofern Müssen die Teilgebiete des NGA Clusters Nordhessen über ein sogenanntes Kernnetz an diese Anbindungspunkte im Landkreis Kassel angeschlossen werden. Alle einzelnen Teilgebiete im NGA Cluster Nordhessen werden dann sukzessive an dieses Kernnetz angeschlossen. Mit Anschluss an das Kernnetz können so die Breitbanddienste von den Endnutzern in den jeweiligen Gebieten genutzt werden. Das bedeutet zwangsläufig aber auch, dass die Anbindung von Teilgebieten (Ausbaureihenfolge) nicht beliebig ist, sondern aus technologischen Notwendigkeiten dem Aufbau des Kernnetzes folgen muss.

In Bezug auf die Mitverlegung von Infrastrukturen bei kommunalen Bauvorhaben gibt es einen vertraglich festgelegten Prozess, wie mit der Prüfung und Umsetzung von Mitverlegungsmöglichkeiten umgegangen wird. Die Prüfung erfolgt dabei durch den GU, der nun auch die Feinnetzplanung übernimmt. Der GU wird sich darum bemühen, zukünftige (kommunale) Baumaßnahmen weitestgehend zu berücksichtigen, allerdings ist hierfür maßgeblich, dass die Baumaßnahmen der Kommunen und die Planungen des GU aufgrund von netztechnischen und wirtschaftlichen Anforderungen übereinzubringen sind. Dies bedeutet, dass nicht zwangsläufig jede kommunale Baumaßnahme zur Mitverlegung von telekommunikationstechnischer Infrastruktur geeignet ist. Bei Anfragen zu Mitverlegungsmaßnahmen werden diese Anfragen von BNG gebündelt und regelmäßig an den GU zu Prüfung weitergegeben.

Ein wesentlicher Punkt für die erfolgreiche Umsetzung des gemeinsamen NGA Projektes ist eine Einbindung gerade auch der kommunalen Seite in die Vermarktungsaktivitäten. Es geht dabei darum, „den guten Draht“ von Ihnen, den kommunal Verantwortlichen, in die einzelnen Stadt- und Ortsteile zu nutzen, um die jeweiligen Netzbetreiber bei deren Vermarktungsaktivitäten zu unterstützen. In diesem Zusammenhang soll es für die kommunale Seite nicht darum gehen, die Rolle eines aktiven Endkundenvertriebs zu übernehmen (diese Rolle kommt klar dem Netzbetreiber und Dienstanbieter zu). Es geht hierbei vielmehr darum, innerhalb der einzelnen Städte und Kommunen aktiv dabei zu unterstützen, dass die Bürger und lokalen Gewerbe ein Verständnis und Bewusstsein für die Akzeptanz und Nutzung des von der Breitband Nordhessen GmbH errichteten Netzes entwickeln.

In Summe wurde im letzten Jahr seit Baustart im 4. Quartal 2016 bis zur Winterpause, wie zuvor erläutert, in acht parallel laufenden Bauabschnitten noch eine Gesamtbauleistung von rund 60 km reali-

siert. Dabei wurden bereits insgesamt 60 Multifunktionsgehäuse installiert.

Seit 06.02.2017 läuft der Ausbau nach der Winterpause mit nun elf Bauabschnitten weiter, und Kundenanschaltungen werden in den ersten erschlossenen Ortsteilen ab dem zweiten Quartal 2017 möglich sein. Der Netzbetreiber, die Netcom Kassel, hat die Vermarktung gestartet und wird sukzessive in jeder Stadt bzw. Kommune eine zentrale Informationsveranstaltung für Bürger und Gewerbebetriebe abhalten, sobald der Anschluss von Kunden und Gewerben an das neue Netz bevorsteht.

Der Ausbau für alle Ortsteile, die sich im Ausbaugebiet der BNG befinden, ist nun also entweder absehbar oder steht evtl. sogar kurz bevor. Ein effizienter und zügiger Ausbau kann aber nur gewährleistet werden, wenn die Ausbauplanungen, die zwischen BNG, Generalunternehmer und Netzbetreiber nach netztechnischen Gegebenheiten festgelegt wurden, stringent verfolgt werden können. Insofern besteht seitens der BNG und ihrer Projektpartner die dringliche Bitte an alle politisch Verantwortlichen in der Region, diese Ausbauplanungen mitzutragen. Die Projektverantwortlichen verstehen, dass alle Bürger und Gewerbe möglichst sofort am Netz sein wollen. Ein „Vorpreschen“ Einzelner wird am Ende aber den Ausbau leider nicht beschleunigen, sondern in Summe verzögern.

Das bisherige Bau-Reporting des GU basierte im Wesentlichen auf einer Betrachtung auf Bauabschnittsebene, was sich allerdings gerade im Hinblick auf das notwendige Monitoring, die Prüfmöglichkeiten/Abnahmen wie auch die Berichtspflichten als nachteilig und nicht praktikabel herausstellte. Hintergrund ist hierbei, dass die vorgenannten Aktivitäten vertragsgemäß alle auf die Ortsteilebene abstellen. Entsprechend wurde die Darstellung der Gesamtterminplanung überarbeitet:

- Das Reporting erfolgt nun bezogen auf Stadt- bzw. Ortsteile.

- Es wurden die Meilensteine gemäß vertraglicher Vereinbarung mit GU und Netzbetreiber übernommen und als Grundlage für die weitere Terminplanung genommen.

- Für jeden Stadt- bzw. Ortsteil ist nun die Terminierung bezogen auf die vertraglich vereinbarten Meilensteine möglich.

Der neu strukturierte Gesamtterminplan ist nun zentrale Planungsbasis für alle Projektbeteiligten (BNG, GU und NCK) und dient somit als wesentliche Projektsteuerungsinstanz. So wird die NCK hieraus beispielsweise ihre eigenen Ausbauplanungen ableiten und ausgehend von den Terminplanungen ab gemeldeter MFG-Bereitstellung in einer Dreimonatsfrist Informationsveranstaltungen festlegen. Terminänderungen werden so zentral für alle beteiligten Projektpartner ersichtlich erfasst. Zudem dient der neu strukturierte Gesamtterminplan als Basis zur Ermittlung etwaiger Pönaleforderungen.

Der Gesamtterminplan wird wie vertraglich vereinbart ab 2017 derart gepflegt, dass jeweils zum 01.04. und 01.09. eines Jahres die Ortsteile neu gemeldet werden, die in der jeweiligen zweiten Jahreshälfte (Ankündigung ab dem 01.04.) bzw. ersten Jahreshälfte (Ankündigung ab dem 01.09.) eines

Ausbaujahres verbindlich ausgebaut werden sollen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Unser Ziel der Risikopolitik als Teil der Unternehmensstrategie ist es in erster Linie, den Bestand der Breitband Nordhessen GmbH zu sichern und die Gesellschaft stetig und systematisch auszubauen und fortzuentwickeln.

Im Bereich der Abwicklung von Fördermitteln (ELER-Mittel) könnte es zu Verzögerungen bei EU-Prüfungen kommen. Eine geringere Liquidität wäre dabei die Folge.

Im Prozess des Bauverlaufs könnten Beschwerden oder Klagen von Dritten, die evtl. zu Schaden gekommen sind, zu einem Terminverzug im Ausbau und den nachfolgenden Aktivitäten (spätere Inbetriebnahmen durch NCK und damit Verminderung der Mieteinnahmen) führen.

Zudem könnten Konditionenänderungen beim Tiefbau, die von den Plankosten abweichen zusätzliche Eigen- bzw. Fremdmittel erforderlich machen. Auch ggfs. mögliche Änderungen im Ausbaugebiet, durch einen möglichen Ausstieg einzelner Kommunen bzw. durch Ausbauaktivitäten von möglichen Mitbewerbern, würden zusätzliche finanzielle Mittel erfordern und den Amortisationszeitraum verschlechtern.

Ein nicht sach- und vertragsgerechtes Verhalten des GU kann im schlimmsten Fall zu Baustopps bzw. juristischen Klärungen führen, die in entsprechende Bauzeitenverlängerungen enden können.

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft hängt maßgeblich von der Performance des Netzbetreibers Netcom Kassel (Kundenanschlüsse und potenzielle Pachteinnahmen über weitere Dienstangebote oder Vermietung) im Ausbaugebiet und dem Marktverhalten anderer Anbieter ab.

Die vorstehend dargestellten Risiken sind geeignet, die Umsetzung des Geschäftsmodells der Gesellschaft zu erschweren. Dem kann durch eine konsequente Vorgangsanalyse und aktives Gegensteuern begegnet werden. Die Gesellschaft hat die entsprechenden Kontrollen eingerichtet und ist jederzeit in der Lage, eventuellen diesbezüglichen Herausforderungen zu begegnen und resultierenden Handlungsbedarf kurzfristig umzusetzen.

· Die Liquidität der Gesellschaft ist auch für das Geschäftsjahr 2017 gesichert.

· Finanzierungsrisiken sind derzeit nicht vorhanden und auch nicht erkennbar.

Die Breitband Nordhessen GmbH unterliegt aufgrund ihrer derzeitigen finanziellen Ausstattung keinen existenz-gefährdenden Einflüssen. Die Gesellschaft ist auf den Eintritt möglicher Risiken vorbereitet und in der Lage, kurzfristig hierauf zu reagieren.

2. Chancenbericht

Chancen sehen wir vor allem in der Möglichkeit der zusätzlichen Nutzung von Förderprogrammen mit höheren Aufgreifschwellen. Darüber hinaus sind Zusatzeinnahmen über die Vermietung der Netzinfrastruktur und weitere Entwicklungen auf Basis des vorhandenen Kernnetzes z. B. WLAN eine Möglichkeit zusätzlichen Einnahmen zu generieren, die zu einer weiteren Verbesserung der Liquiditätslage sowie einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in Form der Reduzierung von Zinsaufwendungen beitragen könnten.
Ein weiteres Chancenpotenzial wird im Bereich der gemeinsamen Bedarfsstimulierung mit dem Netzbetreiber in Sachen Vermarktungskonzept und Open Access gesehen. Hierdurch erwarten wir eine langfristige Verbesserung der Umsatzsituation.

3. Gesamtaussage

Vor dem Hintergrund der finanziellen Stabilität der Gesellschaft sehen wir uns für die Bewältigung der o. g. Herausforderungen (Risiken) als sehr gut gerüstet an. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht vorhanden und von uns auch nicht erkennbar.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den in der Gesellschaft eingesetzten Finanzinstrumenten zählen im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen Forderungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter sowie zukünftig dann auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten jeglicher Art stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Ziel des eingerichteten Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen etwaige finanzielle Risiken jeglicher Art. Unser diesbezügliches Management verfolgt eine konservative Risikopolitik. Es deuten keine Anhaltspunkte darauf hin, dass die Effektivität und die Wirksamkeit des Finanz- und Risikomanagements nicht zu jeder Zeit gewährleistet ist.

Kassel, den 31. März 2017

Breitband Nordhessen GmbH

gez. Kathrin Laurier
Geschäftsführerin

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Breitband Nordhessen GmbH**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	17.277.305,87 €	1,00 €
Umlaufvermögen	598.642,85 €	0,00 €
Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	19.017.016,04 €	3.632.655,14 €
Rechnungsabgrenzungsposten	148,71 €	0,00 €
nicht durch Eigenkapital abgedeckter Fehlbetrag	1.343.442,98 €	596.308,55 €
Summe Aktiva	**38.236.556,45 €**	**4.228.964,69 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	0,00 €	0,00 €
Rückstellungen	19.210,00 €	5.450,00 €
Verbindlichkeiten	38.217.346,45 €	4.223.514,69 €
Summe Passiva	**38.236.556,45 €**	**4.228.964,69 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Breitband Nordhessen GmbH		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	1.905,12 €	3.238,70 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	614,25 €	401,80 €
3. Personalaufwand	-83.555,09 €	-9.198,14 €
4. Abschreibungen	-1.973,00 €	-285,55 €
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-565.946,40 €	-458.402,36 €
6. Zinsen u. ä. Aufwendungen	-98.064,35 €	-17.133,11 €
7. Sonstige Steuern	-114,96 €	0,00 €
8. Jahresergebnis	**-747.134,43 €**	**-481.378,66 €**

2 Energie

2.1 EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH

Sitz	Monteverdistraße 2 34131 Kassel Tel: 0561/933-01 Fax: 0561/933-2500 Internet: www.eam.de
Gründungsdatum	29.08.2013
Gesellschaftszweck	Der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie die Veräußerung einer Kommanditbeteiligung an der EAM GmbH & Co. KG mit Sitz in Kassel (EAM). Die Gesellschaft dient der Bündelung und Gruppierung ihrer Gesellschafter als mittelbare Gesellschafter der EAM.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel, HRB 16421
Gezeichnetes Kapital	25.000 €
Gesellschafter	**Landkreis Kassel, Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen — 25,47 %** Schwalm-Eder-Kreis, Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen — 23,17 % Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen — 20,51 % Landkreis Marburg-Biedenkopf, Eigenbetrieb Jugend- und Kulturförderung, BgA Jugend-/Freizeiteinrichtungen — 15,38 % Kultur- und Denkmalstiftung des Landkreises Northeim — 7,75 % Jugendstiftung des Landkreises Northeim — 7,72 %
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat
Beirat	Die Gesellschaft hat keinen Beirat
Geschäftsführung	Uwe Pietsch, Hofgeismar Betriebsleiter des Eigenbetriebs Abfallentsorgung Kreis Kassel sowie des Eigenbetriebs Jugend- und Freizeiteinrichtungen des Landkreises Kassel Michael Schneider, Schwalmstadt Büroleiter und Leiter des Fachbereiches Rechtsangelegenheiten beim Schwalm-Eder-Kreis
Abschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung an den Landkreis	Die Gesellschaft zahlte für das Geschäftsjahr 2016 Zinsen von rund 1.485 T€ an den Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen des Landkreises Kassel.

Anzahl der Beschäftigten	Keine
Direkte Beteiligungen (31.12.2016)	EAM GmbH & Co. KG, Kassel 30,78 % (bezogen auf das Festkapital von insgesamt 90.070.570 €)
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gesellschaftszweck). Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises. Die EAM-Gruppe erfüllt in erster Linie Aufgaben, die dem öffentlichen Zweck dienen, hauptsächlich im Bereich der Energieversorgung. Sie leistet so einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung, der Unternehmen und der öffentlichen Einrichtungen.

Lagebericht 2016 (Kurzfasssung):

Geschäftstätigkeit

Die EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH, Kassel (SVSG 1) ist als Kommanditistin beschränkt haftende Gesellschafterin der EAM GmbH & Co. KG (EAM), die ihren Sitz ebenfalls in Kassel hat. Die EAM steht seit 1929 für die Energieversorgung in Deutschlands Mitte und ist einer der bedeutendsten Regionalversorger der Bundesrepublik. Die EAM-Gruppe betreibt Strom-, Gas- und Wassernetze in weiten Teilen Hessens, Südniedersachsens sowie in Teilen von Ostwestfalen, Westthüringen und Rheinland-Pfalz.

Mittelbare Anteilseigner der EAM waren im Berichtsjahr zwölf Landkreise, 113 Städte und Gemeinden sowie ein Zweckverband. Sie alle sind nicht direkt, sondern über Sammel- und Vorschaltgesellschaften beteiligt, die jeweils eine Kommanditbeteiligung halten. Da alle mittelbaren EAM-Anteile in den Händen von Kommunen und Landkreisen liegen, ist die EAM auf maximale Weise mit der Region verbunden. Für sie leistet die EAM-Gruppe hohe Wertbeiträge in Form von Gehältern, Aufträgen an lokale Firmen, Konzessions- und Zinszahlungen, der Gewinnverteilung an die Gesellschafter sowie durch die Gewerbesteuer. Als der Energie-Partner vor Ort bietet sie ihren Gesellschaftern zudem die Möglichkeit, die Energiewende selbst mitzugestalten.

Wirtschaftsbericht

Die Beteiligungserträge der SVSG 1 werden aus der Kommanditbeteiligung an der EAM erzielt. Das negative Zinsergebnis ging etwas zurück und beinhaltet die Zinszahlungen an die Gesellschafter sowie Zinserträge aus einer Steuererstattung. Der Steueraufwand betraf die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag. Der Jahresüberschuss lag über dem Vorjahreswert und über der Prognose aus dem letzten Jahr. Insgesamt ist das Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 als positiv einzuschätzen.

Das Anlagevermögen, welches ausschließlich aus Finanzanlagen besteht, stieg leicht zum Bilanzstichtag und betrug 90,4 % des Gesamtvermögens. Das Eigenkapital deckte zum Bilanzstichtag 13,7 % der Bilanzsumme.

Die Liquidität war im Berichtsjahr stets gesichert.

Schlussbilanz 2016

-

Aktiva	EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	152.756.956,01 €	137.958.658,32 €
Umlaufvermögen	16.268.148,44 €	25.782.622,07 €
Summe Aktiva	**169.025.104,45 €**	**163.741.280,39 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	23.186.284,79 €	16.743.585,85 €
Rückstellungen	2.448.535,00 €	3.607.409,88 €
Verbindlichkeiten	143.390.284,66 €	143.390.284,66 €
Summe Passiva	**169.025.104,45 €**	**163.741.280,39 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH		
	2016	Vorjahr
1. Sonstige betriebliche Erträge	6,06 €	1.768,23 €
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-28.415,64 €	-32.798,32 €
3. Erträge aus Beteiligungen	15.634.391,11 €	15.536.298,01 €
4. Zinsergebnis	-5.419.106,92 €	-5.829.729,92 €
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.744.175,67 €	-4.944.084,95 €
6. Jahresergebnis	**6.442.698,94 €**	**4.731.453,05 €**

2.2 EAM GmbH & Co. KG

Sitz	Monteverdistraße 2 34131 Kassel Tel: 0561/933-01 Fax: 0561/933-2500 Internet: www.eam.de
Gründungsdatum	19.11.2013 (EAM AG: 1929)
Gesellschaftszweck	Die Errichtung und der Betrieb von Netzen für die Verteilung sowie der Vertrieb von Energie, insbesondere Strom, Gas, Wasser, Wärme und energienahen Produkten einschließlich Datenkommunikation. Gegenstand ist auch die Planung, die Errichtung und der Betrieb von dezentralen Energieerzeugungsanlagen aus konventionellen und regenerativen Energiequellen. Die Gesellschaft erbringt und vermittelt Dienstleistungen in sämtlichen der vorgenannten Bereiche sowie auf den Gebieten der Ver- und Entsorgung, der Informations- und Kommunikationstechnik und des öffentlichen Nahverkehrs. Sie fördert Wissenschaft und Forschung.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel, HRB 17324
Kapitalanteile der Kommanditisten (Festkapital)	90.070.570 €
Gesellschafter (31.12.2016)	<u>Komplementärin:</u> EAM Verwaltungs-GmbH (ohne Einlage) <u>Kommanditisten mit ihrem Anteil am Festkapital (gerundet):</u> Göttinger Sport und Freizeit GmbH & Co. KG 9,21 % EAM Sammel- und Vorschalt 1 GmbH 30,78 % EAM Sammel- und Vorschalt 2 GmbH 10,54 % EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH 11,87 % EAM Sammel- und Vorschalt 4 GmbH 0,48 % EAM Sammel- und Vorschalt Nord GmbH 7,40 % EAM Sammel- und Vorschalt Mitte GmbH 14,97 % EAM Sammel- und Vorschalt Süd GmbH 12,94 % EAM Sammel- und Vorschalt 2015 GmbH 1,81 %
Aufsichtsrat	Ein Aufsichtsrat besteht bei der EAM Verwaltungs-GmbH
Beirat	Die Kommunen und Landkreise als mittelbare Gesellschafter der EAM-Gruppe haben einen Konsortialausschuss gegründet, der aus 26 stimmberechtigten Mitgliedern besteht. Der Landkreis Kassel ist durch seinen Landrat Herrn Uwe Schmidt vertreten, der zugleich Vorsitzender des Konsortialausschusses ist.
Geschäftsführung	EAM Verwaltungs-GmbH mit den Geschäftsführern: Georg von Meibom, Kassel Thomas Weber, Kassel

Abschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung an den Landkreis	Im Zusammenhang mit dem Erwerb aller Aktien der E.ON Mitte AG gewährte der Landkreis der EAM GmbH & Co. KG (EAM) zusammen mit weiteren Gesellschaftern eine Höchstbetrags-Ausfallbürgschaft (vgl. Übersicht der Bürgschaften am Ende dieses Beteiligungsberichtes). Die EAM zahlte für das Jahr 2016 eine zugehörige Avalprovision von rund 113 T€ an den Landkreis Kassel.
Anzahl der Beschäftigten	166 Voll- und Teilzeitkräfte im Durchschnitt des Jahres 2016.
Direkte Beteiligungen	EAM Verwaltungs-GmbH, Kassel 100,00 % EAM Beteiligungen GmbH, Kassel 100,00 %
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Die EAM-Gruppe erfüllt in erster Linie Aufgaben, die dem öffentlichen Zweck dienen, hauptsächlich im Bereich der Energieversorgung. Sie leistet so einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung, der Unternehmen und der öffentlichen Einrichtungen.

Lagebericht 2016 (Kurzfassung):

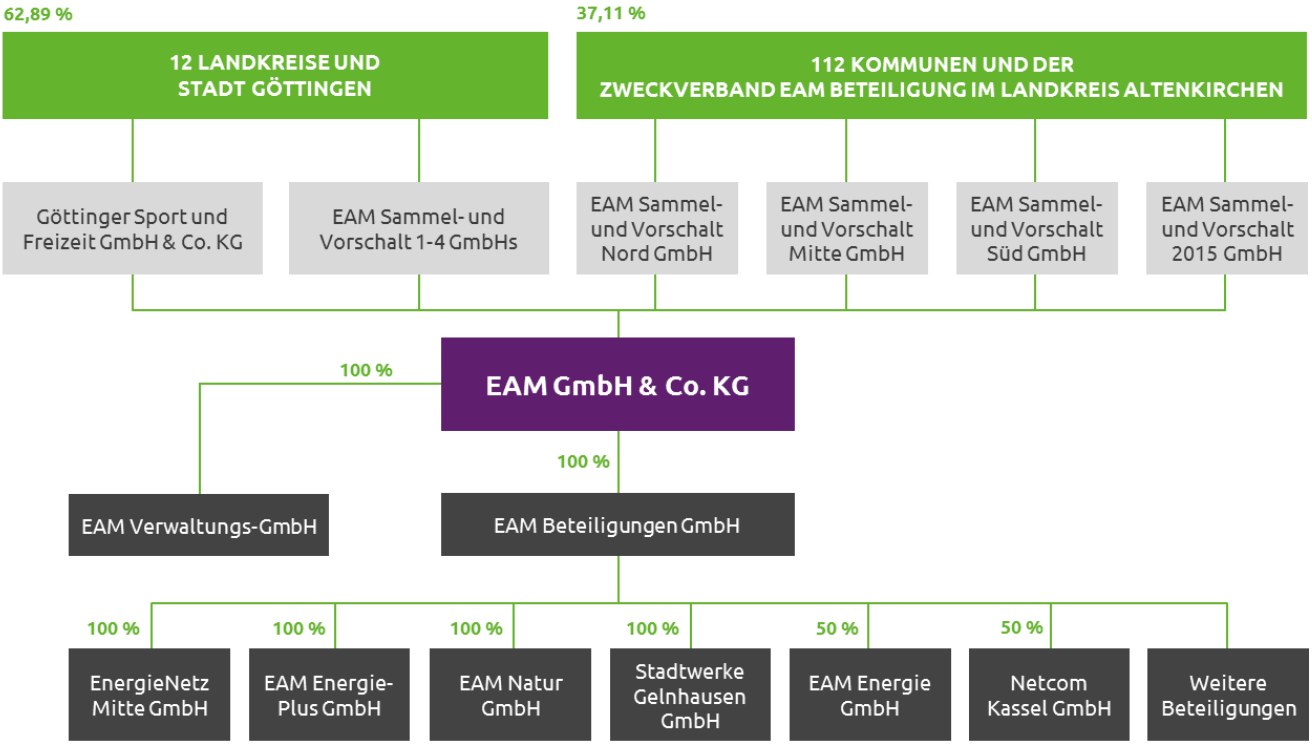
Geschäftstätigkeit der **EAM GmbH & Co. KG (EAM)**

Die EAM wurde als kommunale Erwerbs- und Finanzierungsgesellschaft gegründet. In der EAM sind die zentralen Querschnittsfunktionen gebündelt und werden für die gesamte EAM-Gruppe als Dienstleistung erbracht.

Die EAM in der EAM-Gruppe

Die EAM als oberstes Mutterunternehmen hatte zum Bilanzstichtag insgesamt 126 mittelbare Anteilseigner. Dies sind zum einen zwölf Landkreise aus Hessen, Südniedersachsen, Ostwestfalen und Westthüringen sowie die Stadt Göttingen, welche zusammen die sogenannten Altgesellschafter darstellen und über 62,89 % der Anteile verfügen. Die restlichen 37,11 % der mittelbaren EAM-Anteile halten 112 Städte und Gemeinden sowie der Zweckverband EAM Beteiligung im Landkreis Altenkirchen. Da alle EAM-Anteile in den Händen von Kommunen und Landkreisen liegen, ist die EAM auf maximale Weise mit der Region verbunden.

Die EAM-Gruppe stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:



Geschäftsverlauf und Ertragslage

Das wirtschaftliche Ergebnis der EAM wird primär durch die Gewinnabführung der EAM Beteiligungen GmbH (EAMB) bestimmt, die wiederum im Wesentlichen eine Zwischenholding ist.

Die Umsatzerlöse enthielten vor allem Verwaltungsdienstleistungen für Tochterunternehmen und Beteiligungen.

Der Personalaufwand lag über dem Vorjahreswert. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus Rückstellungszuführungen für die betriebliche Altersversorgung und für Vorruhestandsverpflichtungen.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen betraf im Wesentlichen Erträge aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der EAMB.

Das negative Zinsergebnis enthielt im Wesentlichen Zinsaufwendungen für die erhaltenen Darlehen. Der Rückgang resultierte aus einem niedrigeren Zinsaufwand für Pensionsverpflichtungen sowie geringeren Zinsaufwendungen für die Darlehen.

Der Jahresüberschuss lag im Rahmen der Erwartungen.

Finanzlage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr prägten das Cash-Pooling in der EAM-Gruppe sowie die Verpflichtungen aus dem Konsortialkreditvertrag die Finanzlage.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergab sich ein Mittelabfluss von 2,0 Mio. €. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit wies einen Mittelzufluss von 51,9 Mio. € aus. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von 55,5 Mio. € war negativ. Die Auszahlungen von insgesamt 90,2 Mio. € betrafen mit 46,9 Mio. € Entnahmen der Gesellschafter und mit 43,3 Mio. € den Schuldendienst für Darlehen. Dem standen Einzahlungen der Gesellschafter aus anrechenbarer Körperschaftsteuer von 34,7 Mio. € gegenüber.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen der EAM bestand unverändert aus Finanzanlagen und betraf fast ausschließlich die Anteile an der EAMB.

Das Umlaufvermögen wies im Wesentlichen Wertpapieren sowie Guthaben bei Kreditinstituten aus. Der Rückgang war auf geringere Bankguthaben zurückzuführen.

Das Eigenkapital und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten prägten die Passivseite der Bilanz. Die Erhöhung des Eigenkapitals resultierte hauptsächlich aus einer Zuführung in die Rücklagen der Kommanditisten.

Die Verbindlichkeiten betrafen hauptsächlich den Konsortialkredit, der planmäßig getilgt wurde.

Chancen- und Risikobericht

Zur Absicherung steigender Zinsen bei den Bankdarlehen wurden Zinsswaps abgeschlossen. Die größten Risiken ergaben sich für die 100%ige Tochter EnergieNetz Mitte GmbH wie im Vorjahr aus der Regulierung des Netzgeschäfts. Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen bestehen für die EAM unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten keine bestandsgefährdenden Risiken.

Chancen sieht die EAM weiterhin vor allem im Zusammenhang mit der erfolgten Rekommunalisierung und der daraus resultierenden engeren Zusammenarbeit mit den kommunalen Auftraggebern.

Umspannwerk der EnergieNetz Mitte GmbH

Geschäftsberichte im Internet:

Die EAM-Gruppe steht vor allem für die sichere Energieversorgung von rund 1,4 Millionen Menschen, aber auch für einiges mehr. Ihre Geschäftsberichte liefern informative Einblicke in die Strukturen, Daten und Tätigkeiten. Sie sind abrufbar unter www.EAM.de/Unternehmen/Unternehmensportraet/Geschaeftsberichte

Schlussbilanz 2016

-

Aktiva	EAM GmbH & Co. KG	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	919.726.218,36 €	919.734.752,67 €
Umlaufvermögen	49.878.920,94 €	99.664.392,42 €
Rechnungsabgrenzungsposten	2.351.594,57 €	2.529.469,57 €
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	1.066.466,87 €	787.726,01 €
Summe Aktiva	**973.023.200,74 €**	**1.022.716.340,67 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	400.700.651,68 €	352.688.599,87 €
Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	25.000,00 €	25.000,00 €
Rückstellungen	30.674.355,52 €	21.816.165,66 €
Verbindlichkeiten	541.623.193,54 €	648.186.575,14 €
Summe Passiva	**973.023.200,74 €**	**1.022.716.340,67 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

EAM GmbH & Co. KG		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	26.084.905,60 €	25.877.046,96 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	378.562,13 €	1.174.268,29 €
3. Personalaufwand	-18.888.772,11 €	-15.464.302,57 €
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.710.505,40 €	-7.869.381,59 €
5. Ergebnis aus Finanzanlagen	85.919.022,14 €	91.711.157,64 €
6. Zinsergebnis	-17.542.114,11 €	-21.419.154,91 €
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12.545.115,41 €	-15.287.063,57 €
8. Sonstige Steuern	-2.062.251,18 €	0,00 €
9. Jahresergebnis	**55.633.731,66 €**	**58.722.570,25 €**

2.3 Planungs- und Betriebs GmbH

Sitz	Raiffeisenweg 2 34466 Wolfhagen Tel: 05692/987-3157 Fax: 05692/987-3220 E-Mail: manfred.schaub@energie2000ev.de
Gründungsdatum	22.06.2001, Gesellschaftsvertrag am 10.12.2003 geändert
Gesellschaftszweck	Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Vorbereitung, Errichtung und der Vertrieb von Projekten sowie Erbringung von Dienstleistungen jeder Art im Bereich der Energienutzung. Insbesondere sollen sich die Aktivitäten der Gesellschaft auf den Bereich des Energiesparens, der regenerativen Energiegewinnung, der Erstellung oder Umsetzung von Energiekonzepten und der Energiebewirtschaftung im Landkreis Kassel beziehen. Weiterhin ist die Planung im Bereich der Abfallwirtschaft Unternehmenszweck.
Handelsregister	Kassel 7856
Gezeichnetes Kapital	30.000,00 €
Gesellschafter	Landkreis Kassel
Aufsichtsrat	kein Aufsichtsrat
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Dipl.-Ing. Manfred Schaub, 230 - Energiemanagement, Landkreis Kassel
Abschlussprüfer	2016: ZK AudiTax & Consult GmbH, Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine
Anzahl der Beschäftigten	keine
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht:

1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

1.1 Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die gesamtwirtschaftliche Lage hat sich im vergangenen Geschäftsjahr allgemein positiv entwickelt.

Im Bereich der erneuerbaren Energien ist allerdings ein eher rückläufiger Trend zu verzeichnen gewesen. Im Bereich der Photovoltaik bedeutet das, dass nicht nur die Zubaurate auf einem sehr niedrigen Niveau verharrt, erstmals war auch die Gesamtproduktion von Solarstrom leicht rückläufig. Ursächlich für geringe Zubauraten sind die restriktiven Regelungen des novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetzes, bei der Stromproduktion wirkte sich zudem ein sonnenärmeres Jahr aus. In der Holzpelletbranche ist die Entwicklung stabil. Die nach wie vor niedrigen Öl- und Gaspreise lassen viele Verbraucher bei Neuanschaffungen zurückhaltend hinsichtlich des gleichzeitigen Wechsels zu regenerativen Energieträgern wie z.B. Holz agieren.

In der Photovoltaikbranche haben sich die Investitionen in Neuanlagen stabilisiert. Insbesondere größere Anlagen sind nur noch schwer wirtschaftlich darstellbar, bei Kleinanlagen ist trotz wirtschaftlich akzeptabler Rahmenbedingungen eine nachhaltige Verunsicherung der Investoren festzustellen.

1.2 Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Entwicklung auf den Geschäftsverlauf

Zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf landkreiseigenen Dächern hat der Landkreis Kassel der eigenen Planungs- und Betriebs GmbH eine Bürgschaft i. H. v. 6,5 Mio. € zur Verfügung gestellt. Mit der Einräumung dieser Bürgschaft ist es der Gesellschaft möglich, Darlehen zu den günstigen Konditionen eines Kommunaldarlehens zu erhalten. Direkte Einflüsse auf den laufenden Betrieb der Anlagen sind nicht zu spüren, neue Investitionen machen aber derzeit aufgrund der geltenden rechtlichen Rahmenbedingung nur für eher kleinere Anlagen Sinn, so dass das durch die technische Weiterentwicklung mögliche Potenzial aus wirtschaftlichen Gründen nicht ausgeschöpft werden kann.

1.3 Interne Organisation und Entscheidungsfindung, Risiken/Risikoüberwachung

Gegenwärtig betreibt die Gesellschaft 56 eigene PV-Anlagen mit einer Anlagenleistung von 1.890 kWp und drei kommunale Heizanlagen in Naumburg, Breuna und Nieste.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine neuen Anlagen realisiert.

Die Dachflächen für die betriebenen Photovoltaikanlagen werden dem Unternehmen vom Landkreis Kassel pachtfrei zur Verfügung gestellt, wodurch der break-even-point der Photovoltaikanlagen infolge geringerer Kostenbelastung früher erreicht wird. Die dann früher entstehenden Überschüsse kann der Gesellschafter Landkreis Kassel für eigene Projekte verwenden.

Wie auch in den vergangenen Jahren ist für die Gesellschaft die gute Kooperation mit den zuständigen Ämtern des Kreises, den ÖPP-Gesellschaften des Kreises und der ENERGIE 2000 e.V. die Voraussetzung für den Erfolg des Unternehmens.

Ein wichtiges Risiko ist die allgemeine Wetterlage. Die handhabbaren Risiken wurden weitestgehend durch Versicherungen und einen Überwachungsvertrag abgesichert. Dies betrifft sowohl die Photovoltaikanlagen als auch die Heizanlagen in Naumburg, Breuna und Nieste. Im Bereich des Anlagenbetriebs zeichnen sich zunehmend Ausfälle von einzelnen Bauteilen wie Modulen oder Wechselrichtern ab. Dieses ist bereits einkalkuliert und durch die Anlagenüberwachung existiert ein Früherkennungssystem, das hilft, die Ertragsausfälle durch zügiges Handeln zu minimieren. Aufgrund dieses Früherkennungssystems konnten einige Fehlfunktionen frühzeitig erkannt und behoben werden.

Die Adressenausfallrisiken sind aufgrund der geringen Zahl der Schuldner (Energienetz Mitte AG und einige kommunale Energieversorger) etwas erhöht. Bisher sind jedoch keine Ausfälle zu verzeichnen und zum jetzigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich.
Die Zinsrisiken werden durch die Aufnahme von festverzinslichen Krediten begrenzt. Sonstige Marktrisiken haben für das Unternehmen keine nennenswerte Bedeutung.

Weiter sind derzeit keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft oder deren künftige Entwicklung gefährden könnten. Die Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag bilanziell überschuldet. Aufgrund einer Bürgschaft mit Rangrücktritt durch den Gesellschafter wurde eine Bestandsgefährdung abgewendet. Weder aus abgeschlossenen noch aus den laufenden Geschäftsverbindungen liegen Rechtsstreitigkeiten oder Abwicklungsrisiken vor. Lediglich durch die defekten Module auf der Photovoltaikanlage des Jugendseeheims des Landkreises Kassel auf Sylt besteht in Bezug auf die Module weiterhin eine Rechtstreitigkeit hinsichtlich der Gewährleistung des Lieferanten der Photovoltaikdachanlage.

1.4 Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2016 wurden 812.506 € Umsatzerlöse erzielt (Vj. 873.208 €). Ursächlich für den Rückgang sind weniger Sonnenstunden im Jahr 2016, die zu einer geringeren Einspeisung in das Netz führten. Des Weiteren ist der teilweise Ausfall der Photovoltaikanlage auf dem Jugendseeheim des Landkreises Kassel auf Sylt für den Rückgang der Umsatzerlöse verantwortlich. Zugleich ergab sich aufgrund des wiederum milden Winters eine geringe Nachfrage nach Heizenergie.

Der Jahresfehlbetrag beträgt 6.651,49 € (Vj. Jahresüberschuss 50.628,17 €).

2. Lage des Unternehmens

2.1 Vermögenslage und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgten Investitionen in Höhe von 24.286 € in Erweiterungen von Photovoltaikanlagen und Umstellung von Heizanlagen von Öl auf Erdgas.

Das Gesamtinvestitionsvolumen in Photovoltaikanlagen, Heizungsanlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung belief sich auf 24.286 € (Vj. 59.555 €).

Die Investitionen wurden aus den liquiden Mitteln finanziert. Zu keinem Zeitpunkt des Geschäftsjahres oder bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses kam es zu Liquiditätsengpässen. Die Vermögens- und Finanzlage hat sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert, ist aber aufgrund des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages noch nicht zufriedenstellend.

2.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse teilen sich wie folgt auf die Unternehmensbereiche Stromerzeugung und Wärmelieferung auf:

	2016 €	2015 €
Stromerzeugung	651.937	701.815
Wärmelieferung	160.569	171.394
Insgesamt	812.506	873.209

Den größten Beitrag zu den Umsatzerlösen von 812.506 € (Vj. 873.209 €) leisteten die Wärmeversorgungsanlagen in Naumburg 66.533 € (Vj. 73.658 €), und Breuna Braunsbergschule 44.355 € (Vj. 44.731 €) sowie die Photovoltaikanlage Wolfhagen, Gasterfelder Holz 68.000 € (Vj. 69.324 €) Die Umsatzerlöse liegen im Übrigen zumeist bei 10.000 bis 20.000 € pro Anlage.

Die Abschreibungen sind aufgrund der Investitionen im Geschäftsjahr 2015 und 2016 von 334.976 € im Vorjahr auf 337.757 € gestiegen. Das Verhältnis der Abschreibungen zu den Umsatzerlösen beträgt 41,6 Prozent (Vj. 38,4 Prozent).

Die Zinsaufwendungen betrugen im Vorjahr unter Berücksichtigung der gezahlten Avalprovisionen an den Gesellschafter 243.296 € und sind im Geschäftsjahr auf 222.950 € gesunken.
Die Ertragslage hat sich, aufgrund der geringeren Sonneneinstrahlung, der geringeren Nachfrage nach Wärme und durch den teilweisen Ausfall der Photovoltaikanlage auf dem Jugendseeheim des Landkreises Kassel auf Sylt im Geschäftsjahr 2016, im Jahresvergleich nicht so positiv dargestellt wie im Geschäftsjahr 2015.

Kennzahlen:

		2016	2015
Gesamtkapital-rentabilität:	$\frac{\text{(Jahresergebnis + Zinsen) x 100\%}}{\text{Gesamtkapital}}$	3,80%	4,77%
EBIT	Gewinn vor Zinsen und Steuern	223.396,46 €	319.747,70 €
EBITDA	Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen	561.153,68 €	654.723,78 €

2.3 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage und Prognosebericht

Im Jahr 2016 wurden lediglich Ergänzungsinvestitionen in die vorhandenen Anlagen vorgenommen. Für die Folgejahre ist in Abhängigkeit der dann gültigen Rechtslage die Realisierung weiterer Photovoltaikanlagen geplant.

Vorfälle von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag liegen ansonsten nicht vor.

Für die Jahre 2017 und 2018 ist durch die bestehenden Photovoltaikanlagen und Heizanlagen mit einer ausgeglichen bis leicht positiven Ertragsentwicklung zu rechnen. Die Ertragsentwicklung ist jedoch auch von der allgemeinen Wetterlage und der damit einhergehenden Sonneneinstrahlung abhängig.

Wolfhagen, den 30. August 2017

Manfred Schaub

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Planungs- und Betriebs GmbH**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	5.419.248,52 €	5.732.719,52 €
Umlaufvermögen	245.708,78 €	269.971,29 €
Rechnungsabgrenzungsposten	9.919,15 €	0,00 €
nicht durch Eigenkapital ged. Fehlbetrag	12.941,91 €	6.290,42 €
Summe Aktiva	**5.687.818,36 €**	**6.008.981,23 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	0,00 €	0,00 €
Sonderposten für Investitionszuschüsse	178.836,00 €	191.358,00 €
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	10.119,00 €	11.271,00 €
Rückstellungen	82.858,16 €	43.512,08 €
passive latente Steuern	60.787,76 €	53.690,13 €
Verbindlichkeiten	5.355.917,44 €	5.709.150,02 €
Summe Passiva	**5.687.818,36 €**	**6.008.981,23 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Planungs- und Betriebs GmbH		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	812.506,62 €	873.208,81 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	14.374,00 €	20.659,80 €
3. Materialaufwand	-95.336,60 €	-107.302,21 €
4. Abschreibungen	-337.757,22 €	-334.976,08 €
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-170.390,34 €	-131.842,62 €
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-222.950,32 €	-243.296,00 €
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.079,63 €	-25.823,53 €
9. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €
10. Jahresergebnis	**-6.651,49 €**	**50.628,17 €**

2.4 Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH (KEG)

Sitz	Königstor 3 - 13 34117 Kassel Tel: 0561/781446 Fax: 0561/781449
Gründungsdatum	24.09.2001
Gesellschaftszweck	Aufgabe des Unternehmens ist die Akquisition und ordnungsgemäße Verwertung von Abfällen aus dem Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbereich, die nicht der öffentlich-rechtlichen Entsorgungspflicht unterliegen und insoweit die öffentlich-rechtliche Aufgabenerfüllung der Gebietskörperschaft ergänzt.
Handelsregister	HRB 13001, Kassel
Gezeichnetes Kapital	25.000 €
Gesellschafter	**Landkreis Kassel** **50 %** Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH 50 %
Aufsichtsrat	kein Aufsichtsrat
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Karl-Heinz Schreyer (bis 31.12.2016) Sabine Wollny (ab 01.01.2017) Uwe Pietsch
Abschlussprüfer	Prof. Dr. Ludewig und Partner GmbH
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine
Anzahl der Beschäftigten	kein eigenes Personal
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht 2016

Die Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH (KEG) erzielte im Geschäftsjahr 2016 erneut ein positives Geschäftsergebnis.

1 Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die KEG als Gemeinschaftsunternehmen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) und des Landkreises Kassel fungiert als Bindeglied zwischen der Abfallentsorgung Kreis Kassel (AKK) und der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW). Der Aufgabenbereich der KEG orientiert sich damit schwerpunktmäßig an den unternehmerischen Aktivitäten ihrer Gesellschafter.

Die KEG bietet Verwertungsleistungen an, wie sie ansonsten bei Entsorgern ohne öffentliche Beteiligung üblich sind. Bei der Einsammlung von gewerblichen Abfällen bietet sie neben den Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Entsorgers eine privatrechtliche Ergänzung. Bei der Gestellung und Leerung von Behältern werden Kapazitäten der AKK genutzt. Diese werden an die KEG vermietet und nach Aufwand in Rechnung gestellt. Ebenso wird von Seiten der AKK der vorhandene Fuhrpark eingesetzt und die entstandenen Transportkosten an die KEG berechnet. Ferner wird durch den Maklerbereich zugleich auch für die Entsorgung von Abfällen im Müllheizkraftwerk Kassel eine Alternative geboten.

Um den Aufwand des Unternehmens möglichst gering zu halten, wird Personal der AKK bzw. der KVV eingesetzt.

Geschäftsleitung

Bis zum 31.12.2016 war Herr Karl-Heinz Schreyer neben Herrn Uwe Pietsch Geschäftsführer der KEG. Zum 31.12.2016 hat Herr Karl-Heinz Schreyer die Geschäftsführung verlassen und Frau Sabine Wollny hat seine Nachfolge angetreten.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Unternehmensentwicklung

Auch im Jahr 2016 hat die KEG ihre unternehmerischen Aktivitäten wie geplant fortgesetzt.

2.2 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) umgesetzt. Wesentliche Auswirkungen bei der Anwendung des BilRUG ergeben sich aufgrund der Neu-definition der Umsatzerlöse bei den Umsatzerlösen, den sonstigen betrieblichen Erträgen, dem Materialaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Für die Erläuterung der Ertragslage wurden entgegen dem Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung die Vorjahreswerte gemäß BilRuG angepasst, um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr 2016 auf 509,6 Tsd. EUR (Vorjahr 466,6 Tsd. EUR) an. Der Umsatzanstieg resultierte vorwiegend aus der Zunahme der Verwertung gewerblicher Abfälle durch die Gewinnung neuer Kunden.

Parallel zur Steigerung der Umsatzerlöse erhöhte sich der Betriebsaufwand auf 468,1 Tsd. EUR (Vorjahr 450,3 Tsd. EUR). Ursache waren erhöhte Aufwendungen für bezogene Leistungen, die vor allem Dienstleistungen der Gesellschafter beinhalten.

Das Finanzergebnis der KEG lag mit 0,8 Tsd. EUR auf dem Vorjahresniveau (Vorjahr 0,6 Tsd. EUR).

2.3 Vermögens- und Finanzlage

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25,0 Tsd. EUR.

Die Bilanzsumme der KEG lag zum 31.12.2016 bei 342,0 Tsd. EUR (Vorjahr 325,5 Tsd. EUR).

Die Aktivseite der Bilanz bestand ausschließlich aus dem Umlaufvermögen. Es beinhaltete im Wesentlichen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 340,9 Tsd. EUR (Vorjahr 324,2 Tsd. EUR).

Auf der Passivseite der Bilanz wurde für das Eigenkapital ein Betrag von 223,0 Tsd. EUR (Vorjahr 193,6 Tsd. EUR) ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote liegt mit 65,2 % über Vorjahresniveau (Vorjahr 59,5 %).

Die Rückstellungen verringerten sich auf 20,0 Tsd. EUR (Vorjahr 54,6 Tsd. EUR), was unmittelbar durch geringere Rückstellungen für ausstehende Rechnungen begründet war.

Die Verbindlichkeiten stiegen zum Geschäftsjahresende auf 99,0 Tsd. EUR (Vorjahr 77,2 Tsd. EUR).

Die KEG erzielte im Berichtsjahr einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 21,8 Tsd. EUR (Vorjahr -9,0 Tsd. EUR). Die Kapitalflussrechnung wies zudem für das Geschäftsjahr 2016 einen Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -21,9 Tsd. EUR (Vorjahr -257,6 Tsd. EUR) aus. Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelfonds von 1,1 Tsd. EUR (Vorjahr 1,2 Tsd. EUR). Die Liquidität der KEG war im Laufe des Geschäftsjahres jederzeit gesichert.

2.4 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf war im Jahr 2016 ausgeglichen. Die KEG schloss das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 29,4 Tsd. EUR (Vorjahr 13,9 Tsd. EUR) ab und liegt somit über dem Planergebnis von 12,5 Tsd. EUR. Der höhere Gewinn ist durch die Zunahme der Verwertung gewerblicher Abfälle begründet, die u. a. durch Neukundengewinnung erzielt wurden.

3 Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

3.1 Prognosebericht

Die Geschäftsentwicklung der Vorjahre zeigt, dass die KEG mit ihrem unternehmerischen Konzept erfolgreich am Markt agieren kann. Die Wahrnehmung von Synergien durch die Nutzung der technischen und personellen Infrastruktur ihrer Gesellschafter eröffnen der KEG weitere Wachstumspotenziale. Sie wird auch künftig die Entsorgungstätigkeiten der Gesellschafter sinnvoll ergänzen und die damit verbundenen Vorteile für sich nutzen. Daher wird für die Zukunft weiterhin eine positive Geschäftsentwicklung der KEG erwartet. Das Planergebnis 2017 weist mit 12,9 Tsd. EUR weiterhin einen positiven Betrag aus.

3.2 Chancen- und Risikobericht

Auf Basis der Kooperation mit der MHKW und der AKK kann die KEG ihr unternehmerisches Risiko nachhaltig minimieren. Die flexible Kostenstruktur ermöglicht es der KEG, sich schnell an wechselnde Marktsituationen anzupassen. Da die KEG sich darauf beschränkt, vorwiegend Anlagen der Kooperationspartner in Anspruch zu nehmen, trägt sie kein eigenes Investitions-risiko. Zusätzlich existieren keine langfristigen vertraglichen Verpflichtungen mit externen Anlagen. Das Risiko mangelnder Auslastung eigener Anlagen liegt bei der KEG daher nicht vor.

Die KEG verfügt über kein eigenes Personal, sodass kein wesentliches Beschäftigungsrisiko aufgrund langfristiger Verpflichtungen besteht.

Controlling- und Risikomanagementsysteme der KVV und AKK erlauben die ganzheitliche Analyse des Geschäftsverlaufs sowie eine frühzeitige Identifikation weiterer unternehmerischer Risiken.

Liquiditätsrisiken der KEG sind aufgrund eines effektiven Forderungsmanagements sowie durch die Absicherung innerhalb des KVV-Konzerns begrenzt. Im Rahmen des Cash-Managements im Konzern verfügt die KEG über eine ausreichende Liquidität.

Schlussbilanz 2016

Aktiva	KEG - Kasseler Entsorgungsgesell-schaft mbH	
	31.12.2016	Vorjahr
Umlaufvermögen	340.941,67 €	324.249,06 €
Guthaben bei Kreditinstituten	1.053,64 €	1.223,04 €
Summe Aktiva	**341.995,31 €**	**325.472,10 €**
Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	222.985,71 €	193.595,79 €
Rückstellungen	20.015,00 €	54.635,00 €
Verbindlichkeiten	98.994,60 €	77.241,31 €
Summe Passiva	**341.995,31 €**	**325.472,10 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

KEG - Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	509.578,07 €	466.115,12 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.588,52 €	3.431,90 €
3. Materialaufwand	-398.716,13 €	-366.409,20 €
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-69.392,39 €	-83.913,70 €
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	763,83 €	609,48 €
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-14.431,98 €	-5.936,69 €
7. Jahresergebnis	**29.389,92 €**	**13.896,91 €**

3 Verkehr

3.1 Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV)

Sitz	Rainer-Dierichs-Platz 1 34117 Kassel Tel: 0561/ 70949-0 Fax: 0561/ 70949-41 Geschäftsbereich Verkehrsverbund: E-Mail: info@nvv.de Internet: www.nvv.de Geschäftsbereich Fördergesellschaft Nordhessen mbH: E-mail: fg@nordhessen.de Internet: www.blauer-sonntag.de
Gründungsdatum	GB Fördergesellschaft: 29.04.1992 GB Verkehrsverbund: 23.06.1994
Gesellschaftszweck	Das Unternehmen hat die Geschäftsbereiche „Verkehrsverbund" und „Fördergesellschaft". Im **Geschäftsbereich Verkehrsverbund** dient die Gesellschaft dem Zwecke der gemeinsamen Erfüllung der Aufgabe öffentlicher Personennahverkehr im Gebiet der kommunalen Gesellschafter. Sie verfolgt das Ziel, für die Bevölkerung im Verbundraum, der das Gebiet der kommunalen Gesellschafter umfasst, ein bedarfsgerechtes Nahverkehrsangebot als Daseinsvorsorge zur Verfügung zu stellen. Im **Geschäftsbereich Fördergesellschaft** fördert die Gesellschaft alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen. Sie verfolgt diesen Zweck unter anderem durch Werbung für Nordhessen, Organisierung gemeinsamer kultureller Aktivitäten, Förderung der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs sowie durch die Vertretung gemeinsamer Interessen, insbesondere für die Finanz- und Infrastrukturausstattung der kommunalen Körperschaften.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel HRB 5592
Gezeichnetes Kapital	35.790,43 €
Gesellschafter	Stadt Kassel 14,29 % **Landkreis Kassel 14,29 %** Schwalm-Eder-Kreis 14,29 % Landkreis Hersfeld-Rotenburg 14,29 % Landkreis Waldeck-Frankenberg 14,29 % Werra-Meißner-Kreis 14,29 % Land Hessen 14,29 %

Aufsichtsrat	Landkreis Kassel	Landrat Uwe Schmidt (Vorsitzender)
	Land Hessen	Staatssekretär Mathias Samson Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland
	Stadt Kassel	Oberbürgermeister Bertram Hilgen
	Landkreis Hersfeld-Rotenburg	Landrat Dr. Michael Koch
	Landkreis Schwalm-Eder	Landrat Winfried Becker
	Landkreis Waldeck-Frankenberg	Landrat Dr. Reinhard Kubat
	Landkreis Werra-Meißner	Landrat Stefan Reuß
Beirat	derzeit ruhend	
Geschäftsführung	Wolfgang Rausch Christian Geselle	
Abschlussprüfer	Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichsstr. 11, 34117 Kassel	
Zuschüsse und Umlagen	2016:	565.741,00 €
Anzahl der Beschäftigten	84,25 Voll- und Teilzeitkräfte	
Beteiligungen	Regionalmanagement Nordhessen GmbH	50 %
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.	

Lagebericht:

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft führte ihre Tätigkeit im Jahr 2016 auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrages durch. Gesellschaftszwecke und Unternehmensziele wurden beachtet.

Geschäftsbereich Fördergesellschaft

Der Geschäftsbereich Fördergesellschaft ist verantwortlich für übergreifende kommunale Fragestellungen der Region Nordhessen und insbesondere auch für die strategische Ausrichtung der Tochtergesellschaft Regionalmanagement Nordhessen GmbH. Im Geschäftsbereich Fördergesellschaft werden Entscheidungen für die Sitzungen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der Regio-

nalmanagement Nordhessen GmbH vorbereitet. Der Geschäftsbereich bereitet die Aufsichtsratssitzungen der Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen organisatorisch vor.

Im Jahr 2016 wurden verschiedene gemeinsame nordhessische Interessenlagen abgestimmt. Hierzu gehörten schwerpunktmäßig die Beratungen über eine Fortsetzung der Finanzierung des Destination Management Center (DMC) bei der Regionalmanagement Nordhessen GmbH. Zunächst wurde eine finanzielle Beteiligung in Höhe von 125.000 Euro beschlossen mit der Option nach Vorlage konkreter Projektvorschläge einen gleichhohen Betrag im laufenden Jahr 2017 freizugeben.

Für das Cluster „Regenerative Energien" bei der Regionalmanagement Nordhessen GmbH wurde die Finanzierung durch die Landkreise und die Stadt Kassel sichergestellt.

Im Rahmen der koordinierenden Tätigkeiten zur Vernetzung und regionalen Identitätsstiftung von Standorten der Industriekultur Nordhessen (nino) wurde zum achten Mal die nordhessenweite Veranstaltung „Blauer Sonntag" mit dem Motto „Genau geguckt" vom 25. bis 28. August 2016 initiiert.

Geschäftsbereich Verkehrsverbund (NVV)

Der Geschäftsbereich Verkehrsverbund nahm seine Aufgaben nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen vom 1. Dezember 2005, zuletzt geändert am 29. November 2012, wahr. Ergänzende wichtige Vertragsgrundlagen sind der Gesellschaftsvertrag, der Verbundvertrag, die Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen, Verkehrs-, Infrastrukturvorhalte- und Infrastrukturentwicklungsverträge, Tarifanwendungsverträge sowie der Fahrzeugbereitstellungsvertrag für die RegioTram.

Wirtschaftsbericht

Aufwendungen und Erträge folgten den Vorgaben des beschlossenen Wirtschaftsplans. Dieser beruht hinsichtlich der Erträge im Wesentlichen auf einem vertraglich abgeschlossenen Budget mit dem Land Hessen und ergänzend auf kommunalen Umlagen und Drittfinanzierungen zu Projekten. Die nach dem Einnahmeaufteilungsverfahren zugeschiedenen Fahrgeldeinnahmen stehen bei sogenannten Nettoverträgen den Verkehrsunternehmen zu, bei Bruttoverträgen dienen sie der Mitfinanzierung der Verkehrsdienstleistung auf der Basis der Verkehrsverträge. Im Wirtschaftsplan erscheinen nur die Aufwendungen, die aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren sind. Die Aufwendungen werden im Wesentlichen bestimmt von den vertraglich bestellten Verkehrsdienstleistungen im Schienen- und im Busnahverkehr.

Die Personalentwicklung entsprach dem beschlossenen Stellenplan.

Geschäftsverlauf

Die wesentlichen Arbeitsschwerpunkte des NVV stellen sich wie folgt dar:

Angebot SPNV

Die schlechte Betriebsqualität auf den Strecken der RegioTram in 2014 und mit abnehmender Tendenz auch in 2015 konnte in 2016 gänzlich überwunden werden. Die Pünktlichkeitswerte sind fortdauernd gut, die Zugausfälle fortdauernd gering. Möglich wurde dies durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Hervorzuheben ist hier die gute Zusammenarbeit mit der neuen Geschäftsführung der RT-Gesellschaft. Insbesondere der Einsatz eines hauptamtlich tätigen Geschäftsführers hat sich hier sehr positiv ausgewirkt.

Besonders befasst hat sich der Verbund mit der eingleisigen Strecke Obervellmar - Wolfhagen - Korbach, da sie sehr anfällig ist für eine nachhaltig gute Betriebsqualität. Eisenbahn- und RegioTram im eingleisigen Betrieb bei wenigen Begegnungsmöglichkeiten schaffen sehr schnell Kapazitätsgrenzen. Ein auf Eisenbahnbetrieb spezialisiertes Ingenieurbüro wurde beauftragt zu untersuchen, was infrastrukturell getan werden kann, um den Betrieb dauerhaft zu stabilisieren. Erste Ergebnisse bestätigen, dass mit punktuellen Infrastrukturmaßnahmen, etwa zusätzlichen Kreuzungsmöglichkeiten in Ahnatal-Weimar und/oder Oberelsungen Verspätungen im Tagesablauf deutlich abgebaut werden können.

Im Rahmen des nordrhein-westfälischen RRX-Konzeptes wurde am 11.12.2016 die Regionalexpress-Linie 11 Düsseldorf - Dortmund - Hamm - Hofgeismar - Kassel-Wilhelmshöhe in Betrieb genommen, zunächst noch mit gebrauchten DB-Fahrzeugen. Damit konnte aber schon das Angebot zwischen Nordhessen und den Regionen Paderborn / Ostwestfalen / östliches Ruhrgebiet qualitativ und quantitativ deutlich verbessert werden.

Bahnhofsmodernisierung

Zum Projekt Bahnhof Korbach wurden die Arbeit so geplant, dass bis zum Hessentag 2018 alle baulichen Maßnahmen abgeschlossen sind. Dabei gilt es in erster Linie, die Bahnsteige mit Aufzügen barrierefrei zu erschließen. Die Personenunterführung soll breiter und attraktiver gestaltet werden.

Für den Kreuzungsbahnhof Frankenberg-Viermünden wurden die Plangenehmigungs- und Ausschreibungsunterlagen erarbeitet. Der Baubeginn ist im Juli 2017 vorgesehen. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt mit DB-eigenen Mitteln aus der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) gemeinsam mit dem Bund. Die Fertigstellung ist für Dezember 2017 vorgesehen.

Für den Bahnhof Neu-Eichenberg ist die verkehrliche Aufgabenstellung überarbeitet worden. Damit ist der barrierefreie Ausbau aller bedienten Bahnsteigkanten sichergestellt. Auf dieser Grundlage wird die bestehende Planung überarbeitet.

Im Projekt Bahnhof Malsfeld hat sich die Gemeindevertretung für den Neubau des Bahnhofs an zentraler Stelle mit einer Oberkostengrenze für die Gemeinde ausgesprochen. Der NVV unterstützt diese Variante. Im nächsten Schritt muss mit der DB Station&Service und dem Land Hessen eine mögliche Finanzierung geklärt werden.

Die Finanzierung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) in Fritzlar ist seit Dezember 2016 mit einem Bewilligungsbescheid des Landes Hessen gesichert. Zurzeit werden die Ausschreibungsunterlagen erstellt.

Die Planungen am ZOB und am Bahnsteigzugang in Bebra wurden in 2016 abgeschlossen und die Vergabe von Bauleistungen war erfolgt. Danach wurde mit den Tiefbauarbeiten begonnen.

Im Projekt der Bahnsteigerhöhung für den RRX in Hofgeismar deutete sich eine zeitliche Verschiebung der Fertigstellung der Maßnahme an, die für den Start mit den neuen RRX-Fahrzeugen im Dezember 2018 eine Übergangsmöglichkeit nötig macht. Die Planung wurde der Stadt und dem NVV im Frühjahr 2017 von der DB S&S vorgestellt. Die Finanzierung einer möglichen zusätzlichen Übergangslösung muss mit der DB S&S und dem Land geklärt werden.

In die Nachrückerliste des Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) des Bundes, das den barrierefreien Ausbau kleinerer Bahnstationen mit Bedarfsschwerpunkten fördert, wurden im Jahr 2016 auf Vorschlag des NVV und der Kurhessenbahn mit den Bahnhöfen Fritzlar, Fritzlar-Ungedanken, Bad Wildungen-Mandern und Bad Arolsen-Mengeringhausen weitere nordhessische Stationen aufgenommen, die bis 2020 umgebaut werden sollen

Busverkehr

Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016 gab es drei sehr reibungslos angelaufene Verkehrsaufnahmen durch neue Betreiber. Dies betraf das Linienbündel 5 mit der Linie 400 (Hessische Lichtenau - Melsungen - Fritzlar) mit Wechsel von der DB-Tochter BVH zur regionalen Firma Frölich, das Linienbündel 506 (Rund um Frankenberg) mit Wechsel von der DB-BVH zur regionalen Marburger Firma ALV, die ein Zusammenschluss aus drei privaten Busunternehmen ist. Im Linienbündel 1 (Bad Wildungen - Kassel) wechselte der Betrieb von der Hessischen Landesbahn HLB zur kommunalen Bad Wildunger Kraftwagenverkehrs- und Wasserversorgungsgesellschaft. Spektakulär dabei war der erstmalige Einsatz von Doppeldeckerbussen auf der Linie 500, der viele positive Resonanzen hervorbrachte. Ergänzend wurde der Stadtbus Baunatal im Linienbündel 107 mit einem Betreiberwechsel von der DB-RKH zur DB-BVH in Betrauung des Landkreises Kassel umgesetzt.

Flexible Bedienungsformen

Um die vielfältigen Angebote von Anrufsammeltaxen, Bürgerbussen etc. besser mit klassischen ÖPNV-Angeboten verknüpfen zu können, arbeitete der NVV im Jahr 2016 an der Realisierung der schon

mehrfach vorgestellten Dispositionszentrale für die gesamte nordhessische Region. Erst durch zentrale Disposition können die flexiblen Bedienungsformen stärker ausgebaut und zukunftsfähig organisiert werden. Das Verfahren für die Vergabe der Vermittlungsdienstleitung wurde im Dezember 2016 beendet. Der Zuschlag ging an die DigitAr GmbH in Bad Arolsen. Dieses Unternehmen betreibt seit vielen Jahren die Vermittlung von bedarfsgesteuerten Verkehren im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Im Sommer 2017 soll der Betrieb der nordhessenweiten Vermittlungszentrale aufgenommen werden.

Für das Projekt „Mobilfalt" konnten Erkenntnisse im Jahr 2016 aus dem Forschungsprojekt "GetMobil - Geteilte und vernetzte Mobilitätsdienstleistungen" gewonnen werden, die dabei halfen, die Weiterentwicklung von Mobilfalt neu zu justieren. Insbesondere wurden in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Verhaltensökonomik der Universität Kassel neue Ansätze in der Fahreransprache entwickelt und an Kunden getestet. Die neue Nutzerschnittstelle des Mobilfalt-Buchungssystems konnte im November eingeführt werden. Damit ist das selbstständige Buchen bzw. Anbieten von Fahrten mit Smartphone, Tablet oder PC erheblich einfacher geworden.

Insgesamt ist jedoch zu resümieren, dass es sehr schwer ist, die häufig leeren Sitze in PKW's durch private Mitnahme auszulasten. Die Gründe dafür sind vielfältig. Daher bleibt Mobilfalt ein Pilotprojekt, das in erster Linie dem Erkenntnisgewinn dient.
Der NVV hat auf einer Fachtagung im Sommer 2016 mit Lokalen Nahverkehrsorganisationen aus ganz Hessen die Einrichtung eines Fachzentrums zur Zukunft des Nahverkehrs auf dem Lande angestoßen.

Es geht insbesondere um die Frage der künftigen Ausgestaltung flexibler Bedienungsformen und ihre Verknüpfung unter dem Gesichtspunkt der Megatrends, wie Demografischer Wandel, Digitalisierung und es geht um die Beratung der Akteure vor Ort in den einzelnen Landkreisen. Nach Gesprächen mit dem Land und dem RMV soll dieses Fachzentrum nun als gemeinsames Fachzentrum ab Mitte 2017 mit Sitz im House of Logistics and Mobility (HOLM) am Frankfurter Flughafen angesiedelt werden. Der NVV beschäftigt im Fachzentrum, das eine unselbstständige Organisationseinheit ist, zwei Mitarbeiter, die aber auch in der praktischen Arbeit des NVV für den ländlichen Raum verankert sind. Das Land beabsichtigt, das Fachzentrum mit mindestens 200 T€/a zu fördern.

Fahrgastinformation und Verkehrsdatenmanagement

Mitte Mai 2016 fiel der Startschuss für umfassende Echtzeitinformationen im gesamten NVV-Gebiet. Damit gehört der NVV zu den ersten Verkehrsverbünden in Deutschland, die für alle Busse und Bahnen, regional und lokal, Auskünfte in Echtzeit für ihre Fahrgäste anbieten.
Mit dem neuen Service werden die Fahrgäste informiert, ob ihr Bus oder ihre Bahn Verspätungen hat und wie hoch diese sind. Sie erhalten die Informationen bequem über das Smart-Phone oder den PC und auf zahlreichen Anzeigern in Bahnhöfen und an Haltestellen. Darüber hinaus bietet eine elektronische Landkarte in der NVV-App dem Fahrgast die Möglichkeit, nun genau zu verfolgen, wo sich seine Bahn, RegioTram, Tram oder sein Bus aktuell befindet.

Diese Echtzeitinformationen wurden möglich durch ein IT-Hintergrundsystem, genannt Zentrale Datendrehscheibe, welche mit allen Echtzeitdaten der VUs im NVV gespeist wird. Da für mittelständische und kleine Verkehrsunternehmen, ein Betriebsleitsystem (Echtzeit/Prognose -Software) größenbedingt unwirtschaftlich wäre, wurde seitens des NVV ein gemeinsames mandantenfähiges System aufgebaut, das dann weiter an die Zentrale Datendrehscheibe meldet. Die so gesammelten Echtzeitdaten werden mit den Fahrplandaten abgeglichen, um so Verspätungen darstellen und Verspätungsprognosen berechnen zu können.

Außerdem ermöglicht das neue System in Zukunft eine Kommunikation zwischen sämtlichen Fahrzeugen, unabhängig davon zu welchem der über 34 verschiedenen Verkehrsunternehmen sie gehören, die derzeit im Auftrag des NVV oder der lokalen Aufgabenträgern unterwegs sind. So können in Zukunft zum Beispiel auch alle Busse linienübergreifend gleichzeitig über die Fahrzeugrechner angesprochen werden.

Marketing, Kundenservice

Nach Wiedereröffnung der Strecke Korbach - Frankenberg am 11. September 2015 wurde im Folgejahr eine Marktforschung konzipiert, um die Bedürfnisse der unterschiedlichen Zielgruppen näher zu spezifizieren und mit entsprechenden Marketingaktivitäten gezielt anzusprechen. Die Bewerbung zum „Fahrtziel Natur" ist auch in diesem Kontext zu interpretieren: Es sollen neue Touristen für die neu eröffnete Bahn und die Nationalparkregion Kellerwald-Edersee gewonnen werden.

Im Nord-Ost-Hessennetz bot das Jubiläum „10 Jahre Cantus" Anlass für vielfältige Marketingaktivitäten. Die neuen Doppeldeckerbusse auf der Linie 500 wurden mit einer kreativen Analogie zu den bekannten roten Bussen in London am Markt erfolgreich eingeführt. Mit einer Direktmarketingkampagne im Rahmen der RegioTram-Vermarktung wurde erstmals dieses eher metropolenerprobte Marketinginstrument im ländlichen Raum umgesetzt. Aufgrund der Ergebnisse wird ein weiterer Pilot in diesem Jahr starten.

Erwähnenswert für das Jahr 2016 ist die Einführung des Kasseler Museumsnacht-KombiTickets für den gesamten NVV, welches mit vielfältigen Marketingaktivitäten begleitet wurde.

Fahrpreisentwicklung und Vertrieb

Die Fahrgeldeinnahmen des Verbundtarifs haben sich 2016 um 2,2 Mio Euro bzw. 2,64% auf 85,9 Mio Euro netto erhöht. Die Einnahmesteigerung geht damit über die Fahrpreiserhöhung von 1,93 % am 01.01.2016 hinaus.

Im Mai 2016 wurde im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Land Hessen ein Mobilitätsticket für Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes eingeführt.

Das Ticket gilt für den Nahverkehr im jeweiligen Landkreis, in dem ein Flüchtling untergebracht ist und wird finanziert aus dem Anteil des sog. Taschengelds für Mobilitätsausgaben.

Im Zusammenhang mit der im November 2016 mit dem Land abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarung wurde auch das Ziel formuliert, ein hessenweit gültiges Ticket für Schüler und Auszubildende zum Preis von 365 €/a ab Schuljahr 2017/18 einzuführen. Es wurde verabredet, dies in einer Vereinbarung zu regeln, die so rechtzeitig erarbeitet wird, dass der Aufsichtsrat in seiner Sitzung im März 2017 darüber beschließen kann. Dieses ehrgeizige Ziel gelang. Die Mindereinnahmen, die dem NVV im freien Verkauf entstehen, werden vom Land durch zusätzlich zur Finanzierungsvereinbarung bereitgestellte Mittel ausgeglichen. Für den Verkauf an die Träger der Schulwegekosten gilt, dass diese die Beträge zahlen, die sie auch bisher gezahlt haben (bereinigt um eine Veränderung der Schülerzahlen und dynamisiert mit der durchschnittlichen Steigerung der Fahrpreise).

Fördermittel im Rahmen des Forschungsprogramms „eTicketing und digitale Vernetzung im Öffentlichen Personenverkehr" hat der NVV in Zusammenarbeit mit der Uni Kassel, der KVG, dem Kreisverkehr Schwäbisch-Hall und der WVI - Wermuth Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung (Braunschweig) - beim Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) eingeworben. Die Förderung wurde im Dezember 2016 bewilligt. Die Zuwendung, die der NVV für die 21-monatige Projektlaufzeit erhält, beträgt insgesamt 126.676 Euro. NVV und KVG versprechen sich von dem Projekt Erkenntnisse über Chancen und Risiken bei der Einführung neuer flexibler Tarife für Gelegenheitskunden im HandyTicket-System. Ziel ist es, die Möglichkeiten neuer elektronischer Tickets auf dem Handy auszuloten und diesen Vertriebsweg für die Kunden attraktiver zu gestalten.

Risikobericht

Am 22.11.2016 wurde mit dem Land Hessen eine neue Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2017-2021 abgeschlossen. Mit der neuen Finanzierungsvereinbarung hat der NVV nun eine solide Grundlage für die Finanzierung bis 2021.

Trotz der unverändert sehr geringen Kapitaldecke ist die Liquidität insbesondere durch die monatliche Auszahlung von Mitteln nach der Budgetvereinbarung als gut zu bezeichnen.

Kassel, den 19.05.2017

gez. Wolfgang Rausch	gez. Christian Geselle
Geschäftsführer	Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva	Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	892.614,00 €	943.520,99 €
Umlaufvermögen	49.720.035,63 €	48.962.318,15 €
Rechnungsabgrenzungsposten	91.437,39 €	83.272,31 €
Summe Aktiva	**50.704.087,02 €**	**49.989.111,45 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	116.702,37 €	116.702,37 €
Sonderposten für Investitionszuschüsse	18.025.695,53 €	17.562.848,40 €
Rückstellungen	16.926.865,53 €	16.420.072,48 €
Verbindlichkeiten	15.634.823,59 €	15.889.488,20 €
Summe Passiva	**50.704.087,02 €**	**49.989.111,45 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH		
	2016	Vorjahr
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Gebietskörperschaften	2.212.740,02 €	2.803.492,68 €
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	121.459.996,76 €	127.206.905,19 €
3. Erträge aus Projektzuwendungen	18.982.634,61 €	17.042.737,76 €
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.212.419,75 €	3.937.471,66 €
5. Zuführung zu Sonderposten	-147.468,71 €	-1.750.884,87 €
6. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-139.188.950,80 €	-144.294.991,16 €
7. Personalaufwand	-3.924.575,31 €	-3.704.537,04 €
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-198.374,70 €	-171.171,89 €
9. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum AV	198.375,70 €	171.175,89 €
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-724.371,24 €	-683.468,90 €
11. Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	15,36 €	24.223,55 €
12. Aufwand aus Verlustübernahme	-781.197,97 €	-580.040,96 €
13. Erträge aus der Auflösung des Sonderposten zur Verlustabdeckung	-101.244,00 €	-912,00 €
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,53 €	0,09 €
16. Jahresergebnis	**0,00 €**	**0,00 €**

3.2 HLB Basis AG

Sitz	Am Hauptbahnhof 18 60329 Frankfurt am Main Tel: 069/242524-0 Fax: 069/242524-60 E-Mail: frankfurt@hlb-online.de Internet: www.hlb-online.de
Gründungsdatum	08.03.2006
Gesellschaftszweck	Bau und Betrieb von Eisenbahnen und anderen Verkehrsunternehmungen, insbesondere die Einrichtung und der Betrieb von Kraftverkehrsunternehmen sowie die Durchführung von Schülerverkehren, vorrangig im Verkehrsgebiet des Landes Hessen.
Handelsregister	Registergericht Frankfurt am Main, HR B 7037
Gezeichnetes Kapital	2.359.777,20 €
Gesellschafter	Hessische Landesbahn GmbH 86,531 % Main-Taunus-Kreis 5,910 % Hochtaunuskreis 5,833 % **Landkreis Kassel 1,266 %** Stadt Bad Nauheim 0,364 % Stadt Münzenberg 0,048 % Stadt Butzbach 0,024 % Stadt Lich 0,024 %
Aufsichtsrat	Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus: <u>Land Hessen</u> Elmar Damm, Ministerialdirigent, Wiesbaden, Vorsitzender Dagmar Brinkmann, Ministerialrätin, Wiesbaden, stellv. Vorsitzende Peter Langenströher, Regierungsdirektor, Wiesbaden Peter Lindner, Ministerialrat, Wiesbaden <u>Landkreise</u>: Johannes Baron, Kreisbeigeordneter, Main-Taunus-Kreis, Hofheim Uwe Kraft, Erster Kreisbeigeordneter Hochtaunuskreis, Bad Homburg v. d. Höhe Uwe Schmidt, Landrat Landkreis Kassel, Helsa Dr. Heike Höhnscheid, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, Köln <u>Arbeitnehmervertreter</u>: Hans Braun, Triebfahrzeugführer, Königstein Hartmut Wunderlich, Triebfahrzeugführer, Kelkheim Dirk Bullmann, Fortbildung und Simulatorschulung Michaela Koblitz, Verwaltungsangestellte, Kassel
Beirat	./.

Vorstand	Dipl.-Ing. Veit Salzmann, Siegen
Abschlussprüfer	HTW Wirtschaftsprüfung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine
Anzahl der Beschäftigten	2016 im Jahresdurchschnitt: 214
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht:

Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen:

Mit der zum 01.01.2005 umgesetzten Verschmelzung von zwei Tochtergesellschaften auf die Frankfurt-Königsteiner Eisenbahn AG und deren anschließende Umfirmierung in HLB Basis AG sowie durch die vorangegangene Gründung zweier Betriebsgesellschaften HLB Hessenbahn GmbH und HLB Hessenbus GmbH hat sich die HLB - Gruppe im Hinblick auf die Veränderung der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im ÖPNV entsprechend positioniert. Die HLB Basis AG ist eine Mehrheitsbeteiligung der Hessische Landesbahn GmbH - HLB, an der die außenstehenden Aktionäre einen Anteil von 13,47 % (i.V. 15,34 %) am Grundkapital der Gesellschaft halten. Sie ist in der Konzernstruktur als Infrastrukturgesellschaft tätig und bleibt über den bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abhängige Organgesellschaft der Muttergesellschaft HLB.

Die früher in den regionalen Tochtergesellschaften angesiedelte Produktion von Verkehrsdienstleistungen in den Bereichen Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Buspersonennahverkehr und Schienengüterverkehr wurde in dieser Struktur sukzessive auf die am 08.12.2004 gegründeten zwei operativen Gesellschaften HLB Hessenbahn GmbH und HLB Hessenbus GmbH verlagert, die 100 %-Beteiligungen der HLB sind. Sie allein nehmen am Ausschreibungswettbewerb teil. Neues Personal wird in beiden Unternehmen zu marktkonformen Konditionen eingestellt. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2012 wurden die Leistungen im Güterverkehr auf die HLB Basis AG übertragen, da das regionale Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen keine Sicherheitsbescheinigung benötigt.

Die HLB Basis AG ist mit einer Genehmigung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) öffentliches Eisenbahninfrastrukturunternehmen sowie Eigentümer und Betreiber der 16 km langen Strecke Frankfurt (Höchst) – Königstein (Regionalbahnlinie 12). Im Rahmen des am 17.06.1992 mit dem Zweckverband Verkehrsverband Hochtaunus (VHT) geschlossenen Betriebsfüh-

rungsvertrages betreibt sie dessen Eisenbahninfrastruktur zwischen Friedrichsdorf und Brandoberndorf (37 km). Dieser Vertrag hat eine Laufzeit bis 31.12.2017.

Weiter ist die Gesellschaft Eigentümerin der 32,6 km langen Eisenbahnstrecke Kassel (Bhf. Wilhelmshöhe) – Naumburg. Der Streckenabschnitt Baunatal (Großenritte) – Naumburg wird kommerziell nicht genutzt; er ist an den Verein „Regionalmuseum Naumburger Kleinbahn e.V.“ zu einem symbolischen Zins verpachtet. Der Verein bietet dort touristische Sonderzugverkehre an und hat die Instandhaltungslasten übernommen. Der auf der Teilstrecke Baunatal – Kassel in Kooperation mit DB Schenker bis zum 13.12.2014 durchgeführte Güterverkehr wurde allein von den Verladungen des Volkswagenwerkes in Baunatal bestimmt. Nach Einstellung dieser Leistungen beschränkt sich die Güterverkehrssparte seitdem auf die Vermietung der Infrastruktureinrichtungen und Bedienung von Gleisanschlüssen im Auftrag Dritter.

Die HLB Basis AG ist ebenso Eigentümerin der 25 km langen Eisenbahnstrecke Bad Nauheim – Butzbach – Münzenberg/Butzbach – Pohlgöns, die nur noch dem Güterverkehr dient. Das Frachtgeschäft wird lediglich noch mit einem Kunden auf Teilabschnitten abgewickelt. Die Streckenabschnitte Butzbach/Griedel – Münzenberg und Butzbach/Griedel – Bad Nauheim werden kommerziell nicht genutzt und wurden gemäß § 11 AEG zum 31.03.2004 stillgelegt. Die Eisenbahnfreunde Wetterau e.V., die sich als einziges zur Übernahme der Infrastruktureinrichtungen beworben hatten, bieten hier als Museumsbahn Sonderzugverkehre an.

Die HLB Basis AG ist Vertragspartner des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) für die Erbringung der regionalen SPNV-Leistungen in Süd- und Mittelhessen. Über einen Verkehrsvertrag bestellt und vergütet der Verbund die regionalen Verkehrsleistungen. Dies sind zum einen die Regionalbahnlinien (RB) 12 (Frankfurt – Höchst – Königstein), die RB 11 (Frankfurt/Höchst – Bad Soden) und RB 15 (Friedrichsdorf – Grävenwiesbach – Brandoberndorf). Zum anderen handelt es sich um die ausschließlich auf DB-Strecken im Wetterauer Netz produzierten Leistungen auf den Linien Friedberg – Friedrichsdorf (RB 16) und Friedberg –Wölfersheim/Södel – Nidda (RB 47/48) sowie Gießen – Gelnhausen (RB 46). Die Betriebsleistung beträgt rd. 3,0 Mio. Zug-km/Jahr.

Im Geschäftsjahr 2009 sind sämtliche Busbetriebsleistungen in den Linienverkehren nach den gewonnenen Ausschreibungswettbewerben auf die HLB Hessenbus GmbH übergegangen. Nach der damals festgelegten Konzernstruktur stellt die HLB Basis AG der Schwestergesellschaft Fahrzeuge, Betriebshöfe sowie Werkstätten und Personal auf der Grundlage von Leistungsverträgen zur Verfügung. Die für Neuverkehre und Ersatzbeschaffungen erforderlichen Omnibusse werden seit dem Jahr 2016 direkt über die HLB Hessenbus GmbH abgewickelt. Wegen den zuletzt stattgefundenen Vergabeentscheidungen musste die HLB Hessenbus GmbH zum Jahresfahrplanwechsel im Dezember 2016 deutliche Leistungseinbußen hinnehmen, obwohl nach Zuschlagserteilung drei neue Verkehre übernommen wurden. Demnach verbleibt ab dem Fahrplanjahr 2017 noch eine Betriebsleistung von rd. 7,9 Mio. Wagenkilometer (Wkm) gegenüber rd. 10,2 Mio. Wkm im Geschäftsjahr 2016.

Gemeinsam mit der Kasseler Verkehrsgesellschaft AG betreibt das Unternehmen eine Straßenbahnlinie in der Relation Baunatal – Großenritte – Kassel – Holländische Straße; zum Einsatz kommen zwei Niederflurstraßenbahnen.

Zum Jahresfahrplanwechsel am 13.12.2009 wurde die Schieneninfrastruktur „Eschwege-West“ in Betrieb genommen. Es handelt sich hierbei um die reaktivierte Eisenbahnstrecke zwischen Eschwege-West und Eschwege und um den Neubau des Stadtbahnhofes. Für die Durchführung der Infrastrukturmaßnahme (Errichtung von Verkehrsbauwerken/-einrichtungen und Infrastrukturanschlüssen) sowie deren Vorhaltung und Betrieb für die Dauer von 20 Jahren hatte der Nordhessische Verkehrsverbund (NVV) ein beschränktes Bieterverfahren durchgeführt. An diesem hatte sich die Muttergesellschaft für ihre Organtochter (HLB Basis AG) beteiligt. Grundlage für die Leistungsbeziehungen ist der zwischen Land, NVV und Betreiber bis zum Jahr 2028 geschlossene Infrastrukturvorhaltevertrag, der ein Bestellvolumen von knapp 1,0 Mio. Zug-km/Jahr festschreibt. Mit dem Betrieb erwirtschaftet die HLB Basis AG Einnahmen aus Betreiberentgelten und hat zeitanteilige Sonderpostenauflösungen (aus Zuschüssen), denen Aufwendungen für Instandhaltung, Wartung und Betrieb sowie Kapitalkosten gegenüberstehen.

Vermögens- und Finanzlage:

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der Hessische Landesbahn GmbH - HLB, Frankfurt am Main. Es besteht ein Organschaftsvertrag mit Ergebnisübernahmevereinbarung.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände haben sich im Berichtsjahr um zusammen 4,72 Mio. € auf 50,39 Mio. € gemindert; sie stellen damit 71,4 % (i.V. 74,0 %) der um 3,99 Mio. € auf 70,52 Mio. € sinkenden Bilanzsumme dar. Die Finanzanlagen sind in Höhe von 2,05 Mio. € (i.V. 2,25 Mio. €) bilanziert.

Im Jahresabschluss 2016 erhöht sich das Umlaufvermögen um 1,18 Mio. € auf 15,08 Mio. €. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf steigende Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie auf die Veränderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und auf die Entwicklung der Vorräte zurückzuführen.

Der Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 3,0 Mio. € (i.V. 3,26 Mio. €) betrifft größtenteils einen Baukostenzuschuss, der über die Dauer von 20 Jahren aufgelöst wird. Dabei handelt es sich um Gleis- und Signaltechnik für die Baumaßnahme „Eschwege-West“, die vertragsgemäß in das Eigentum von DB-Netz übergeht.

Das gezeichnete Kapital in Höhe von unverändert 2,36 Mio. € resultiert aus 1.966.481 Stückaktien zu 1,20 €. Der über das gezeichnete Kapital hinausgehende Betrag von 1,33 Mio. €, der sich aus den Kapitalverhältnissen bei den Altgesellschaften vor Verschmelzung ergibt, ist in die Kapitalrücklage eingestellt. Die Gewinnrücklagen sind wie im Vorjahr mit 1,02 Mio. € bilanziert.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen reduziert sich gegenüber dem Referenzzeitraum um 0,99 Mio. € auf 14,91 Mio. €.

Demnach sinkt das wirtschaftliche Eigenkapital der Gesellschaft auf insgesamt 19,63 Mio. € (i.V. 20,62 Mio. €); dies entspricht 27,8 % (i.V. 27,7 %) der Bilanzsumme.

Die Rückstellungen sind mit 3,20 Mio. € (i.V. 3,19 Mio. €) passiviert. Im Jahresabschluss 2016 betragen die Verbindlichkeiten zusammen 42,48 Mio. € gegenüber 45,10 Mio. € im Geschäftsjahr 2015. An Verbindlichkeiten sind gegenüber verbundenen Unternehmen 28,79 Mio. € (i.V. 26,50 Mio. €) auszuweisen. Diese bestehen größtenteils zur Muttergesellschaft und beinhalten u.a. die Verbindlichkeiten aus dem mit der HLB bestehenden Cash-Pool-Vertrag.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind in Höhe von 3,73 Mio. € (i.V. 6,45 Mio. €) bilanziert, während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 9,43 Mio. € um 2,27 Mio. € unter dem Vorjahr bleiben. Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 0,53 Mio. € (i.V. 0,45 Mio. €). Der Rechnungsabgrenzungsposten ist in Höhe von 5,20 Mio. € (i.V. 5,60 Mio. €) ausgewiesen und besteht im Wesentlichen aus Zuschüssen im Zusammenhang mit dem Bauprojekt „Eschwege-West“, die zeitanteilig über 20 Jahre aufgelöst werden.

Die HLB Basis AG investierte im Geschäftsjahr 2016 in das Anlagevermögen insgesamt 3,72 Mio. € (i.V. 6,87 Mio. €). Hierbei handelt es sich vorrangig um im Bau befindliche Anlagen im Zusammenhang mit der Erneuerung von Schieneninfrastruktureinrichtungen in Höhe von 3,0 Mio. €.

Aus der Kapitalflussrechnung ist per 31.12.2016 ein Finanzmittelfonds in Höhe von 0,21 Mio. € (i.V. 0,15 Mio. €) auszuweisen. Aufgrund des im Konzern angewendeten Cash-Pooling ist die Liquidität der Gesellschaft gesichert.

Geschäftsverlauf 2016 und Ertragslage:

Der Zeitvergleich ist nur eingeschränkt möglich, da mit der Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) ab dem Jahr 2016 eine Neudefinition und Ausweitung der Umsatzerlöse sowie dazu korrespondierend eine veränderte Zuordnung bei den sonstigen betrieblichen Erträgen erfolgt. Darüber hinaus ergeben sich Ausweisänderungen beim Materialaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2016 ist insgesamt als positiv zu beurteilen.

Die HLB Basis AG erwirtschaftet im Geschäftsjahr 2016 Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 61,61 Mio. € gegenüber 60,47 Mio. € im Vorjahr. Darin enthalten sind als größte Posten die Vergütungen des RMV für die in der Wetterau und im Taunus-Netz produzierten SPNV-Leistungen sowie die kon-

zerninternen Abrechnungen mit den Schwestergesellschaften HLB Hessenbahn GmbH und HLB Hessenbus GmbH. Weiter sind im Rahmen der Umgliederungen nach dem BilRUG vorrangig die Erlöse aus der Weiterbelastung an Dritte sowie die Erträge aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen von 3,34 Mio. € (i.V. 3,25 Mio. €) handelt es sich vorrangig um die zeitanteilige Auflösung von Sonder- und Rechnungsabgrenzungsposten, Ausgleichsleistungen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG), Erträge aus Anlagenabgängen, Versicherungsentschädigungen sowie um Einnahmen aus erhöhtem Beförderungsentgelt.

Demnach erhöht sich im Geschäftsjahr 2016 die Gesamtleistung um 1,23 Mio. € auf 64,96 Mio. €.

Gleichzeitig liegt der Betriebsaufwand mit insgesamt 61,75 Mio. € um 1,81 Mio. € über dem des Vorjahres.

Im Berichtszeitraum steigen die Materialaufwendungen um 2,20 Mio. € auf 38,81 Mio. €. Hier wirken insbesondere die abgerechneten Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen (im Wesentlichen für Personalgestellung) sowie die Trassenpreise und Fremdleistungen. Zudem wurden die Weiterbelastungen Dritter gemäß BilRUG umgegliedert. Die Personalaufwendungen reduzieren sich wegen eines veränderten Personalbestands auf 10,35 Mio. € (i.V. 10,48 Mio. €). Der Aufwand für die Abschreibungen beträgt 5,94 Mio. € gegenüber 6,14 Mio. € im Geschäftsjahr 2015.

Die unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zusammengefassten Positionen bleiben mit 6,65 Mio. € um 0,07 Mio. € unter denen des Vorjahres. Dazu ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass sich die Umlageverpflichtung gegenüber dem Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen (VVDE) um 0,29 Mio. € erhöht hat. Dafür ursächlich sind neue, strengere gesetzliche Anforderungen bezüglich der Finanzausstattung von Versicherungsunternehmen. Diese Anforderung des Versicherungsverbandes (VVDE) zur Erhöhung der versicherungstechnischen Umlagen aller VVDE-Mitgliedsunternehmen resultiert aus der Vorgabe des BaFin zur vollständigen Umsetzung von „Solvency II“. Außerdem beinhaltet der Posten im Wesentlichen die Geschäftsführungskosten der Muttergesellschaft, Personalnebenkosten, Raummieten einschließlich Nebenkosten, Reparatur- und Instandhaltungen an Gebäuden und technischen Anlagen, Unfallabrechnungen und Fremdarbeiten sowie Verwaltungskosten.

Für das Geschäftsjahr 2016 ist somit ein um 0,57 Mio. € auf 3,21 Mio. € sinkendes Betriebsergebnis auszuweisen.

Das Finanzergebnis, in dem die Sollzinsen mit den Habenzinsen saldiert werden, verbessert sich einerseits mit den Zinserträgen aus der Abzinsung von Rückstellungen und andererseits wegen der planmäßigen Tilgung von Bankdarlehen auf einen negativen Saldo von 0,08 Mio. € (i.V. -0,40 Mio. €).

Danach ist in der Gesamtrechnung unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag und der sonstigen Steuern ein an die Muttergesellschaft abgeführter Gewinn von 3,09 Mio. € gegenüber 3,34 Mio. € im Vorjahr auszuweisen.

Zu der Beteiligung Regionalbahn Kassel GmbH:

Die HLB Basis AG ist mit einer Stammeinlage von 0,13 Mio. €, die 50 % des Stammkapitals entspricht, zusammen mit der Kasseler Verkehrsgesellschaft AG (KVG), an der Regionalbahn Kassel GmbH (RBK) mit Sitz in Kassel beteiligt. Die RBK betreibt auf eigener Infrastruktur SPNV-Leistungen zwischen Kassel und Hessisch Lichtenau (Lossetalbahn) sowie in Kooperation mit der HLB Basis AG die Straßenbahnlinie zwischen Kassel und Baunatal. Die RegioTram - Verkehrsdienstleistungen endeten zum Jahresfahrplanwechsel 2013/2014. Das Jahresergebnis 2016 schließt mit einem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Überschuss in Höhe von 0,11 Mio. €.

Die KVG hat sich zusammen mit der Hessische Landesbahn GmbH - HLB als Bietergemeinschaft an der Ausschreibung von RegioTram - Leistungen beteiligt und im November 2012 den Zuschlag erhalten. Dafür wurde im März 2013 die RegioTram-Gesellschaft mbH (RTG) gegründet, an der KVG und HLB mit jeweils 50 % beteiligt sind. Die neue Betriebsgesellschaft führt die operative Geschäftstätigkeit selbstständig und eigenverantwortlich durch.

Voraussichtliche Entwicklung und Abschätzung der Risiken:

Die HLB Basis AG hat innerhalb der HLB - Unternehmensgruppe zum einen die Aufgabe, die Eisenbahninfrastrukturen vorzuhalten und zu betreiben. Zum anderen stellt sie den beiden operativ am Markt tätigen Schwestergesellschaften die für die Erstellung von Verkehrsleistungen erforderliche Infrastruktur sowie Personal zur Verfügung und erbringt außerdem Serviceleistungen. Die Leistungsbeziehungen zwischen der HLB Basis AG und den beiden „produzierenden“ Gesellschaften sind in entsprechenden Leistungsverträgen geregelt und werden zu wettbewerbsfähigen Konditionen abgerechnet. Die daraus insbesondere aus der Bussparte noch resultierenden Defizite werden - wie auch vorgesehen - von der HLB Basis AG übernommen.

Gemäß dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 sind Erträge in Höhe von 64,19 Mio. € und Aufwendungen von 61,99 Mio. € veranschlagt, sodass bei einem geregelten Geschäftsverlauf ein Jahresergebnis von 2,20 Mio. € erwartet wird.

Das wesentliche Geschäftsfeld der HLB Basis AG ist die Erbringung von Verkehrsdienstleistungen in den SPNV-Regionalnetzen Wetterau und Taunus. Die zum 01.11.2016 in Kraft getretene Neufassung des Eisenbahnregulierungsgesetzes (ERegG) sieht eine verstärkte Regulierung von Eisenbahnverkehrs- und Infrastrukturunternehmen vor. Insbesondere hat das Gesetz Auswirkungen auf sogenannte „integrierte“ Eisenbahnverkehrsunternehmen, d. h. auf Unternehmen, die sowohl Eisenbahninfrastruk-

tur betreiben als auch Verkehrsleistungen erbringen. Das ERegG berücksichtigt bei den Anforderungen allerdings die Größe der Unternehmen; somit gibt es Ausnahmetatbestände für kleinere Eisenbahnunternehmen - zu denen die HLB-Unternehmen zählen - bezüglich des Umfangs der Regulierung. Aufgrund der neuen Gesetzeslage ist es aber erforderlich, die SPN-Verkehre im Wetterauer- und Taunus-Netz auf die Schwestergesellschaft HLB Hessenbahn GmbH zu übertragen. Damit wird sich die Struktur der beiden Unternehmen ab dem Geschäftsjahr 2018 deutlich verändern.

Der Verkehrs-Service-Vertrag mit dem RMV über die beiden o. g. Teilnetze endet zum Jahresfahrplanwechsel im Dezember 2019. Dazu hat der RMV im Amtsblatt der Europäischen Union Vorabinformationen zu noch ausstehenden Infrastrukturmaßnahmen auf den bettreffenden Strecken veröffentlicht, die eine zeitliche Ausweitung des bestehenden Dienstleistungsauftrags zwischen der HLB und der Verbundgesellschaft um 3 weitere Jahre vorsehen. Mit der Vertragsverlängerung verschiebt sich die Betriebsaufnahme nach wettbewerblicher Vergabe dann voraussichtlich auf Dezember 2022.

Für die zukünftig zu vergebenden SPNV-Leistungen wird sich der Wettbewerbsdruck noch verschärfen, da sowohl ausländische Verkehrsunternehmen als auch die bereits im Verkehrsmarkt tätigen Gesellschaften mit einer aggressiven Preisgestaltung versuchen werden, sich entsprechende Marktanteile zu sichern.

In der Busverkehrssparte der HLB Basis AG wird sich aufgrund der bestehenden Vertragslaufzeiten für die einzelnen Linienbündel die Produktion bei der Schwestergesellschaft HLB Hessenbus GmbH nicht wesentlich verändern, zumal gegenwärtig die Beteiligung an weiteren Ausschreibungen nicht vorgesehen ist.

Der demografische Wandel sowie der damit im Zusammenhang stehende Fachkräftemangel wird kurz- bis mittelfristig zu möglichen Einschränkungen bei der Verfügbarkeit von Personal führen.

Erklärung der Unternehmensführung

Die Unternehmensführung hat keine Quote für die Führungskräfte in den beiden Ebenen unterhalb des Vorstands festgelegt, da die Vorstandstätigkeit und Führungsaufgaben durch die Konzernobergesellschaft HLB wahrgenommen werden.

Frankfurt am Main, 14. Juli 2017

Dipl. Ing. Veit Salzmann
(Vorstand HLB Basis AG)

Schlussbilanz 2016

Aktiva

	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	52.439.434,66 €	57.355.983,41 €
Umlaufvermögen	15.076.307,56 €	13.897.417,85 €
Rechnungsabgrenzungsposten	3.001.515,54 €	3.256.228,65 €
Summe Aktiva	**70.517.257,76 €**	**74.509.629,91 €**

Passiva

	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	4.715.171,45 €	4.715.171,45 €
Sonderposten für Investitionszuschüsse	14.912.526,86 €	15.902.021,72 €
Rückstellungen	3.204.848,04 €	3.191.916,09 €
Verbindlichkeiten	42.481.110,39 €	45.099.035,63 €
Rechnungsabgrenzungsposten	5.203.601,02 €	5.601.485,02 €
Summe Passiva	**70.517.257,76 €**	**74.509.629,91 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

HLB Basis AG

	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	61.614.227,16 €	60.468.930,55 €
2. aufgrund eines Gewinnabführungs-vertrages abgeführter Gewinn	-3.087.109,76 €	-3.340.802,08 €
3. Sonstige betriebliche Erträge	3.344.309,02 €	3.254.816,53 €
4. Materialaufwand	-38.810.093,72 €	-36.607.522,97 €
5. Personalaufwand	-10.345.387,27 €	-10.481.887,87 €
6. Abschreibungen	-5.943.693,01 €	-6.136.555,17 €
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.647.422,50 €	-6.713.441,77 €
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	299.477,62 €	121.349,47 €
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-380.529,83 €	-521.871,69 €
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.437,40 €	-4.468,58 €
11. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €
12. Sonstige Steuern	-39.340,31 €	-38.546,42 €
13. Jahresergebnis	**0,00 €**	**0,00 €**

kassel airport

3.3 Flughafen GmbH Kassel

Sitz	Fieseler-Storch-Str. 16 34379 Calden Tel: 05674/ 2153 - 333 Fax: 05674/ 2153 - 363 E-Mail: yvonne.busch@kassel-airport.aero Internet: www.kassel-airport.aero
Gründungsdatum	1936
Gesellschaftszweck	Betrieb eines Verkehrslandeplatzes (Flugverkehr-, Boden- und Kontrolldienste)
Handelsregister	Amtsgericht Kassel, HRB 9201 Registerabteilung Hofgeismar
Gezeichnetes Kapital	1.021.800,00 €
Gesellschafter	Stadt Kassel 13 % **Landkreis Kassel 13 %** Gemeinde Calden 6 % Land Hessen 68 %
Aufsichtsrat	Land Hessen – Finanzminister Dr. Thomas Schäfer Land Hessen – Staatssekretär Mathias Samson Land Hessen – Dr. Walter Lohmeier (bis 05.01.2016) Land Hessen – Ulrich Spengler (ab 05.01.2016) Landkreis Kassel – Landrat Uwe Schmidt Stadt Kassel – Oberbürgermeister Bertram Hilgen (bis 21.07.2017) Stadt Kassel – Oberbürgermeister Christian Geselle (ab 22.07.2017) Gemeinde Calden – Bürgermeister Maik Mackewitz
Geschäftsführung	Ralf Schustereder (bis 31.03.2017) Lars Ernst (ab 01.04.2017)
Abschlussprüfer	AKR Akzent Revisions GmbH
Gewinn-/Verlustzuweisung	Jahresfehlbetrag 2016 Anteil Landkreis Kassel 802.766,24 €
Anzahl der Beschäftigten	133
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht der Flughafen GmbH Kassel

Inhaltsverzeichnis

1. Grundlagen des Unternehmens 178
a) Geschäftsmodell des Unternehmens 178
b) Ziele und Strategien 179
c) Forschung und Entwicklung 180
2. Wirtschaftsbericht 180
a) Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen 180
b) Geschäftsverlauf 182
c) VFE-Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung 184
d) Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren 186
e) Gesamtaussage 186
3. Prognosebericht 187
4. Chancen- und Risikobericht 188
a) Risikobericht 188
b) Maßnahmenkatalog 192
c) Chancenbericht 193
d) Gesamtaussage 193
5. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten 193
6. Bericht über Zweigniederlassungen 194

1. Grundlagen des Unternehmens

a) Geschäftsmodell des Unternehmens

Der Regionalflughafen kassel airport liegt in der zum Landkreis Kassel gehörenden nordhessischen Gemeinde Calden. Die zentrale Lage in der Mitte Deutschlands und Europas macht die Region Kassel dabei zu einem Haupthandelsplatz der Transport- und Logistikbranche sowie zum Zentrum für Tagungen und Kongresse. Die Flughafen GmbH Kassel profitiert dabei von 6,8 Millionen potenziellen Passagieren, die den Flughafen innerhalb von 90 Minuten erreichen können.

Die organisatorische Struktur der GmbH stellt sich wie folgt dar:

- Organe
  Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat und Geschäftsführung
- Vorsitzender des Aufsichtsrates
  Dr. Thomas Schäfer, Staatsminister Hessisches Ministerium der Finanzen
- Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates
  Uwe Schmidt, Landrat Landkreis Kassel; Bertram Hilgen, Oberbürgermeister Stadt Kassel

- Weitere Mitglieder des Aufsichtsrates
  Ulrich Spengler, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer IHK Kassel-Marburg;
  Maik Mackewitz, Bürgermeister Gemeinde Calden;
  Mathias Samson, Staatssekretär Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung;
  Geschäftsführung
  Ralf Schustereder (Geschäftsführer bis 31. März 2017/Eintragung ins Handelsregister 10. April 2017)
  Lars Ernst (Prokurist bis 31. März 2017, seit 1. April 2017 Geschäftsführer/Eintragung ins Handelsregister 10. April 2017)

Die für die Erträge der Gesellschaft wesentlichen Segmente sind neben den Abfertigungsentgelten und den klassischen Flughafenentgelten (z.B. Start- und Landeentgelt, Entgelt für die Nutzung von zentralen Infrastruktureinrichtungen (ZI-Entgelt) und Passagierentgelt) insbesondere die Raummieten sowie Pachtverträge.

Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel in Calden und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen sowie Nutzung und Vermarktung der dabei gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten im In- und Ausland. Zum Gegenstand gehört auch die Entwicklung des Gewerbestandortes Flughafen Kassel in Calden.
Der Flughafen Kassel soll dabei nicht nur als eigenständiger Betrieb, sondern mit seinem Angebot als Dienstleistungsunternehmen die gesamte nordhessische Region wirtschaftlich aufwerten.

b) Ziele und Strategien

Die regionale Verbundenheit des Unternehmens, sowie wesentliche Teile der Firmenphilosophie finden sich im Leitbild der Gesellschaft wieder:
„Mein Airport."
Neben der konstanten Entwicklung im Hinblick auf zukünftige Flugbewegungen und Passagierzahlen ist die Kundenzufriedenheit eines der Primärziele der Gesellschaft. Zur Erreichung der Primärziele wird ein organisches und akquisitionsbasiertes Wachstum auf Kunden- und Personalebene angestrebt.
Zur Erreichung des Zieles einer hohen Kundenzufriedenheit berücksichtigt die Gesellschaft dabei auch die Ansprüche der umliegenden Nachbarschaft, insbesondere im Hinblick auf den Umweltschutz.

Ein Hauptanliegen des Flughafens ist es, den Lärmpegel für seine Nachbarn möglichst niedrig zu halten. Hierfür werden z.B. die Flugstrecken so festgelegt, dass möglichst wenige Menschen vom Lärm betroffen sind. Ein weiteres Steuerungselement ist die Festlegung von Flugzeiten und die Abstimmung der Entgeltordnung, wonach leise Flugzeugtypen durch geringe Entgelte begünstigt sind und somit ein Anreiz zum Einsatz leiser Maschinen geschaffen wird.

Zur Kontrolle dieses Zieles misst die Gesellschaft den Fluglärm mithilfe von stationären Messstellen. Die Messstellen überwachen hierbei kontinuierlich den Gesamt-Schallpegel (Dauerschall und Maximalpegel) und zeichnen diesen auf. Mit einem Auswertungssystem werden einzelne Schallereignisse dann daraufhin überprüft, ob es sich tatsächlich um Fluggeräusche oder andere Schallereignisse (z.B. Fahrzeuge, Maschinen, Sturm etc.) handelt, und ggf. Flügen zugeordnet, die am Flughafen Kassel gestartet oder gelandet sind. Monatlich werden dann Auswertungen erstellt und an die Aufsichtsbehörde weitergeleitet sowie auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlicht.
Ein weiteres Ziel des Flughafens ist die Etablierung und der Ausbau des Frachtbereichs.

c) Forschung und Entwicklung

Für das Erreichen der Unternehmensziele bedarf es derzeit keinerlei eigenständiger Forschungs- und Entwicklungsarbeit.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2016 lt. dem Statistischen Bundesamt gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war danach im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. Ein vergleichbares Wachstum wurde zuletzt vor fünf Jahren erreicht.
In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen: 2015 um 1,7 % und 2014 um 1,6 %. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,4 % lag.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2016 war die inländische Verwendung: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit + 4,2 % sogar noch deutlich stärker in Ausrüstungen - das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge - wurde mit + 1,7 % ebenfalls mehr investiert als ein Jahr zuvor. Gebremst wurde das BIP-Wachstum im Jahr 2016 durch einen Vorratsabbau (– 0,4 Prozentpunkte).
Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2016 von knapp 43,5 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand seit 1991. Nach ersten vorläufigen Berechnungen waren im Jahr 2016 rund 429 000 Personen oder 1,0 % mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Damit setzte sich der seit zehn Jahren anhaltende Aufwärtstrend fort. (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Insgesamt hat sich die deutsche Wirtschaft im Jahresdurchschnitt 2016 in einem weiterhin von politischen Unsicherheiten belasteten europäischen Umfeld als stabil erwiesen und ihren Wachstumskurs weiter erfolgreich fortgesetzt.
Die wirtschaftliche Lage in Europa wurde in 2016 geprägt durch die Wahlen in den USA und das Referendum in Großbritannien. Trotzdem erwies sich der Aufschwung im Euroraum als insgesamt stabil. Das Wachstum im Euroraum lag in 2016 bei 1,7 %. Für 2017 erwartet man hier ein nur leicht abgeschwächtes Wachstum mit 1,5 %. Auch im Euroraum zeigte sich eine Stabilisierung des Arbeitsmarkts und der private Konsum war hier ebenfalls ein Wachstumstreiber. Die Inflationsrate lag trotz des massiven Anleihekaufprogramms der EZB mit 1,1 % im Dezember 2016 noch weit von der geplanten Entwicklung entfernt.
Die Weltwirtschaft hat sich im vergangenen Jahr eher moderat entwickelt, was auf eine verhaltene Nachfrage, geringe Investitionen und nur schwache Produktivitätszuwächse zurückzuführen ist. Für 2017 rechnet der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) jedoch damit, dass die Weltwirtschaft deutlich wachsen wird und das Wachstum insgesamt bei 3,5 % liegt. Dabei werden die größten Impulse aus den Vereinigten Staaten erwartet. Gleichzeitig wird jedoch auch auf die schwierige politische Lage in den USA hingewiesen, die sichere Prognosen erschwert und Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung mit sich bringen kann.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Mit rund 223 Mio. Passagieren (an + ab) - ggü. 216 Mio. Passagieren 2015 -, schauen die deutschen Flughäfen auf eine erfolgreiche Verkehrsentwicklung im letzten Jahr zurück. Das entspricht einem Zuwachs von rund 3,4 %. In den letzten drei Jahren konnten die deutschen Flughäfen die Zahl ihrer Passagiere jährlich um 6 Mio. steigern.

Der innerdeutsche Passagierverkehr entwickelte sich mit einem + von 2,8% unterdurchschnittlich. Der Interkontinentalverkehr bleibt mit -0,2% im Jahr 2016 sehr schwach. Nachfrage ausländischer Airlines konnte aufgrund fehlender Verkehrsrechte nicht entsprochen werden. Der Standort Deutschland hat an Konnektivität verloren. Wachstumstreiber war 2016 der Europaverkehr mit +4,6%. Nach zwölf Monaten liegen die gewerblichen Flugbewegungen bei +2,0%. Durch den erneuten Anstieg der Flugbewegungen verschärften sich an einigen Großflughäfen die Kapazitätsengpässe. Auch das Frachtaufkommen lag das gesamte Jahr im positiven Wachstumsbereich. Das Cargo-Aufkommen (an + ab) stieg mit +3,4 % auf 4.588.367t. Die Ausladungen legen um +3,6% auf 2.173.579t zu. Auch die Einladungen wachsen um +3,1% auf 2.414.797t. Die gewerblichen Flugbewegungen liegen bei +2,0%. Das Frachtaufkommen lag das gesamte Jahr im positiven Bereich.
Der deutsche Luftverkehr war in 2016 geprägt von der Ankündigung der drohenden Aufsplittung der Air Berlin. Während der Lufthansa-Konzern mit der Übernahme von Teilen der Air Berlin in die Eurowings sein künftiges Angebot erweitern und neu strukturieren will, expandieren ursprünglich klassische Low-Cost Airlines im deutschen Markt. Sie haben in 2016 den Wettbewerb abermals verschärft, fliegen verstärkt ab großen deutschen Verkehrsflughäfen und bieten inzwischen auch inländische Ver-

bindungen im Heimatmarkt der Air Berlin und des Lufthansa-Konzern an. Letztgenannter Konzern hatte in 2016 unterdessen mit internen Streiks zu kämpfen, durch die zahlreiche Verbindungen insbesondere im letzten Quartal ausfielen.
Im ersten Quartal 2017 wurden an den deutschen Flughäfen über 46,91 Mio. Passagiere (an + ab) gezählt (+4,4%). Der innerdeutsche Verkehr wächst trendgemäß um +3,0%. Stark sind die Wachstumsraten im Interkontinentalverkehr (+4,4%) und im Europaverkehr (+5,0%). Die gewerblichen Flugbewegungen (+2,9%) bleiben im Jahresverlauf auf einem konstanten Wachstumspfad. Damit liegen die Quartalswerte aller Kennziffern über den durchschnittlichen Jahreswerten aus 2016. Wachstumstreiber bleiben die Angebotsausweitungen im kontinentalen Punkt-zu-Punktverkehr durch ausländische Low-Cost Carrier sowie der fortgesetzte Ausbau des touristischen Streckennetzes von Eurowings.
Das Cargo-Aufkommen (an + ab) steigt im Jahresverlauf mit +7,8% auf 1.160.722t. Die Ausladungen wachsen um +7,7%. Die Einladungen steigen um +7,9%.

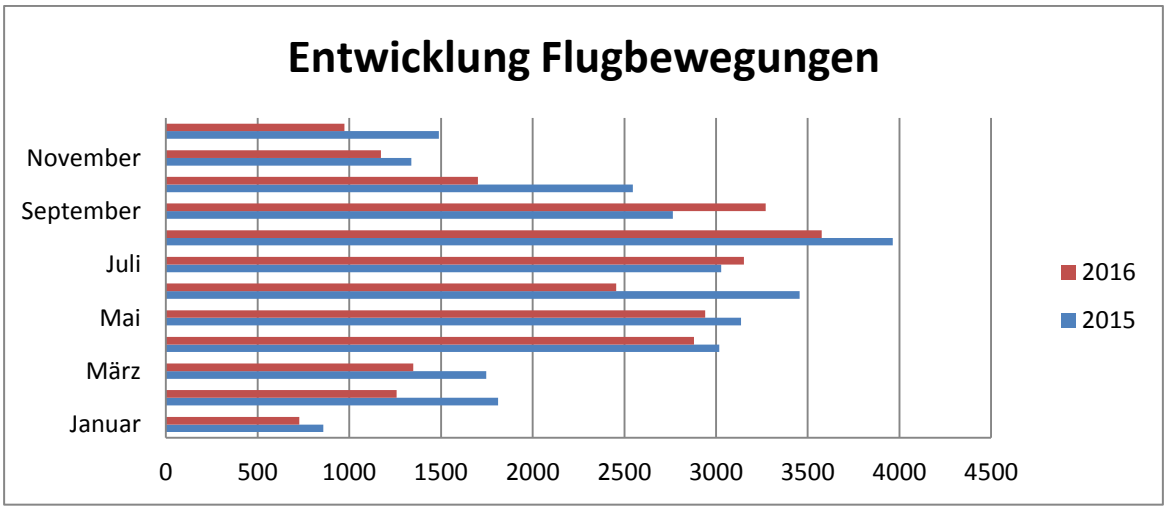
b) Geschäftsverlauf

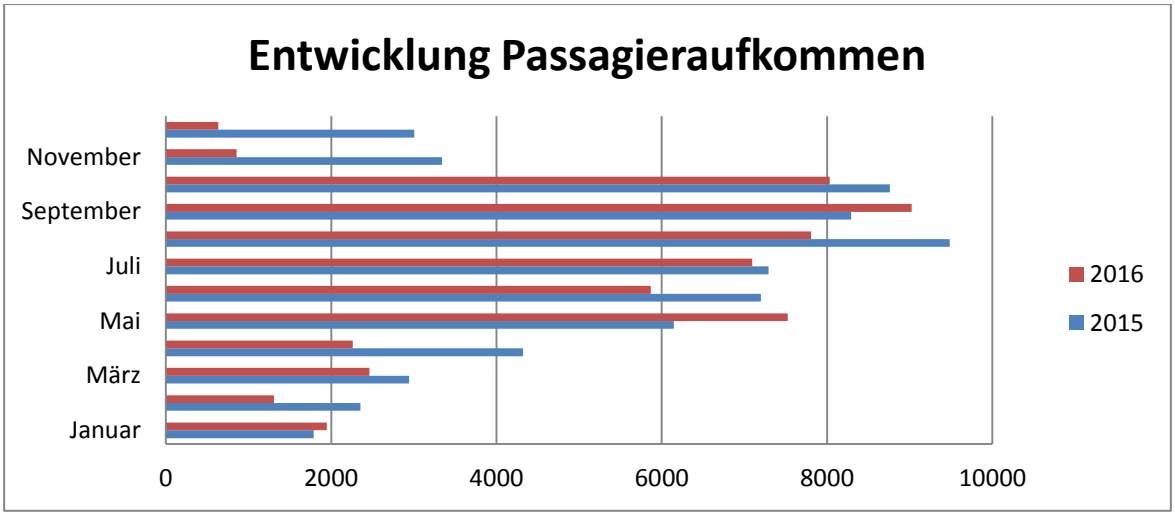
Der Anfang des Jahres 2016 war geprägt von den Verhandlungen mit der Luftverkehrsgesellschaft Germania über das weitere Engagement am kassel airport. Die FGK hatte mit Germania einen Dreijahresvertrag geschlossen, der bis zum Sommer 2016 lief. Die FGK und Germania konnten sich nicht auf eine weitere Zusammenarbeit verständigen. Die Rahmenbedingungen, die Germania sich vorgestellt hat, waren aus Sicht der FGK nicht angemessen. Germania hat den Flugbetrieb ab Kassel mit Ablauf des Sommerflugplans eingestellt.
Die zweite Jahreshälfte stand im Zeichen der Verhandlungen mit unterschiedlichen Fluggesellschaften bzgl. des Sommerflugplans 2017. Intensive Gespräche wurden mit vier Luftverkehrsgesellschaften geführt. Das Ende des Jahres war geprägt von den Gesprächen mit Schauinsland-Reisen und Sundair hinsichtlich der Stationierung einer Maschine am kassel airport in 2017. Die FGK, Schauinsland-Reisen und Sundair haben eine langfristig angelegte Vereinbarung getroffen. Ab Juli 2017 stationiert Sundair ein Flugzeug in Kassel.

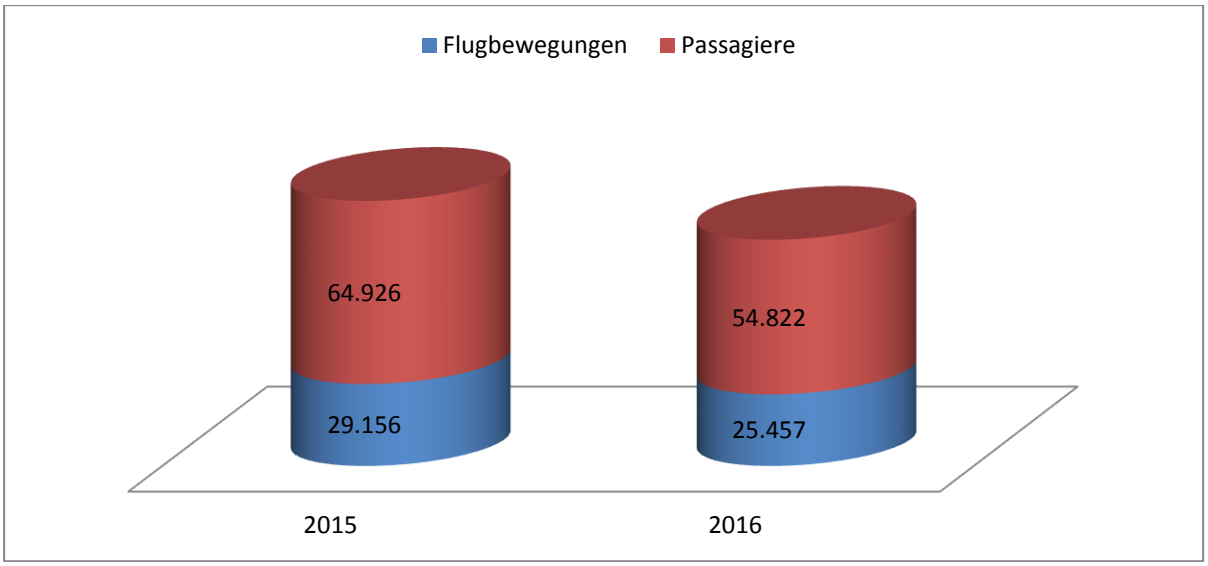
Die 5-6 Frachtflüge pro Woche sind von dem Logistikunternehmen das gesamte Jahr 2016 durchgeführt worden. Der Kunde des Unternehmens hat die Flüge jedoch Anfang Mai 2017 aufgegeben.
Ende des Jahres 2016 hat die FGK mit der GLS einen namhaften Frachtkunden akquirieren können. Die GLS ist der viertgrößte Paketdienst in Deutschland. Die GLS nutzt den Flughafen seit Januar 2017 täglich von Dienstag bis Freitag.
Das zwischen der FGK, der Aero Fallschirmsport GmbH (AFG) und dem Land Hessen vereinbarte Umsiedlungskonzept zur Umstrukturierung und Erweiterung der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende ist umgesetzt worden. Die Umsiedlung erfolgte in zwei Phasen. In der ersten Phase hat die AFG zum Beginn der Fallschirmspringer-Saison die Halle in Betrieb nehmen können. In der zweiten Phase sind das Büro und das Bistro sowie die Parkplätze und der Abstellplatz für Wohnmobile fertiggestellt worden.

Verkehrszahlen

Im Jahr 2016 betrugen die Passagierzahlen 54.822 (im Vorjahr: 64.926) und die Anzahl der Flugbewegungen 25.457 (im Vorjahr: 29.156). Damit liegen die Passagierzahlen und Flugbewegungen 2016 unter denen von 2015. Die Luftfracht hat sich hingegen mehr als verzehnfacht.







c) VFE-Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft – im Wesentlichen bestehend aus dem Anlagevermögen – hat sich im Geschäftsjahr um TEUR 11.760,7 verringert. Diese Veränderung lässt sich insbesondere auf die planmäßigen Abschreibungen zurückführen.

Gleichzeitig wurden Investitionen in Höhe von TEUR 1.437,4 getätigt. Diese Zugänge des Sachanlagevermögens betreffen neben dem Straßenrückbau, dem Ausbau der Gewerbestraßen, den Kompensationsmaßnahmen und den Planungs- und Baunebenkosten die Umsiedlungskosten, die im Rahmen der Errichtung bzw. des Ausbaus der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende angefallen sind.
Die gegenüber dem Vorjahr gesunkene Liquidität ergibt sich aufgrund der noch nicht vollständig geleisteten Ausgleichszahlungen der Gesellschafter auf den nicht zahlungswirksamen Bereich des Verlustes des Jahres 2016.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag entspricht dem Jahresfehlbetrag abzüglich des gezeichneten Kapitals. Dabei ist der Jahresfehlbetrag wie prognostiziert gesunken.
Auf der Passivseite hat sich der Sonderposten für Investitionszuwendungen planmäßig verringert. Zudem wurden aufgrund von Rückzahlungsverpflichtungen an das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, wegen der Nichteinhaltung vergaberechtlicher Nebenbestimmungen, Zuwendungen aus dem Sonderposten in die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen umgegliedert.

Die Rückstellungen sind gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig gestiegen und berücksichtigen im Wesentlichen die Übergangsversorgung für Fluglotsen, weitere mögliche Rückforderungen von Zuwendungen, Prozesskosten sowie den Bereich Urlaub- und Überstunden.

Den betragsmäßig hohen laufenden Abschreibungen stehen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens gegenüber. Ein ergebniswirksamer Effekt ergibt sich aufgrund der Investitionen, die nicht durch Zuwendungen der Gesellschafter sondern durch Darlehen finanziert sind und aufgrund der Investitionen, die wegen der Rückforderungen nicht mehr durch das Land Hessen finanziert werden.
Der Anstieg der Umsatzerlöse zeigt zum einen die gestiegenen Flughafenentgelte und zum anderen die gestiegenen Miet- und Pachterträge, was wir als positiv beurteilen. Dass die Umsatzerlöse dennoch unterhalb der Planzahlen liegen, ist auf die gesunkenen Kostenerstattungen im Rahmen des § 5 des Luftsicherheitsgesetzes zurückzuführen.

Der zu verzeichnende Rückgang der Personalaufwendungen ergibt sich aufgrund eines leichten Rückgangs der Mitarbeiter.

Zur Finanzierung der Investitionen für das Ausbauvorhaben des Flughafens und der damit verbundenen Überschreitung des Gesamtbudgets, wurde zum Abschluss der Baumaßnahmen im Jahr 2015 ein Darlehnsvertrag geschlossen. Da im Geschäftsjahr eine Tilgung in Höhe von TEUR 517,2 erfolgte, ist der damit verbundene Zinsaufwand gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt im Wesentlichen durch Zahlungen der Gesellschafter (Ausgleich der Betriebsverluste).

Insgesamt hat sich das Geschäftsjahr im Vergleich zum Wirtschaftsplan etwas besser als erwartet entwickelt, was insbesondere auf die gestiegenen Miet- und Pachterträge zurückzuführen ist.

Folgende Darstellung zeigt die Cash-Flow Rechnung in Anlehnung an DRS 21:

		2016	2015
		TEUR	TEUR
	Periodenergebnis	-6.175,1	-6.002,9
+/-	Abschreibungen/ Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	12.411,8	12.670,3
+/-	Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen	3,1	511,9
+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-11.722,6	-12.183,2
		-5.482,8	-5.003,9
-/+	Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-117,1	-85,9
-/+	Zunahme/ Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-245,8	1.301,3
+/-	Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-742,8	-6.813,4
+/-	Zinsaufwendungen/Zinserträge	534,5	645,0
=	**Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit**	**-6.054,0**	**-9.956,9**
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	170,0	94,6
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.365,3	-4.003,2
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-72,1	0,0
=	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit**	**-1.267,4**	**-3.908,6**
+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	6.081,6	7.933,0
+	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	1.178,1	1.474,1
+	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,0	9.200,0
-	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-634,7	0,0
-	Gezahlte Zinsen	-534,5	-230,2
=	**Cashflow aus der Finanztätigkeit**	**6.090,5**	**18.376,9**
=	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	-1.230,9	4.511,4
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.537,3	25,9
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**3.306,4**	**4.537,3**

d) Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Der FGK ist es erstmalig gelungen, mit Schauinsland-Reisen und Sundair Partner zu gewinnen, die ein Flugzeug am kassel airport stationieren. Die Stationierung eines Flugzeugs ist ein Meilenstein in der Weiterentwicklung des touristischen Verkehrs. Zum einen verdoppelt sich mit der Stationierung das Flugangebot pro Woche. Zum anderen kann die Fluggesellschaft aufgrund der Stationierung bessere Abflugzeiten anbieten, so dass das Angebot für die Kunden attraktiver wird. Mit der Akquise von GLS ist ein weiteres Geschäftsfeld (Kurier- und Expressfracht) entwickelt.

e) Gesamtaussage

Der neue Regionalflughafen kassel airport hatte in seinem ersten Betriebsjahr (2013) einige Anlaufschwierigkeiten, die auf verschiedene Faktoren zurückzuführen waren. Die hinter den Erwartungen zurückgebliebene Vermarktung hatte dazu geführt, dass Flüge gestrichen bzw. zusammengelegt wur-

den. Diese Entwicklung führte zu einer vorübergehenden Verunsicherung der Kunden und Reisebüros, wodurch die Buchungszahlen nicht die ursprünglichen Erwartungen erfüllten.
Unverändert richtet kassel airport seine Strategie auf die langfristig prognostizierte Entwicklung des Luftverkehrsmarkts aus. Im Fokus der Vertriebspolitik stehen die Kontinuität, ein stabiler Flugplan und ein nachhaltiges, organisches Wachstum, das dem Bedarf angepasst ist. Zentrales Ziel der FGK für 2016 war es, die Stationierung eines Flugzeugs für 2017 zu erreichen. Dieses Ziel wurde erreicht. Sundair stationiert ab Juli 2017 ein Flugzeug in Kassel. Im Sommer 2017 wird Sundair 13 wöchentliche Flüge durchführen und im Winter 2017/2018 werden es sechs wöchentliche Flüge sein. Im Sommer 2017 werden die Volumenziele Mallorca, (3x) Heraklion (2x), Hurghada (2x), Gran Canaria (2x) und Fuerteventura (2x) angeflogen. Im Winter 2017/2018 werden Gran Canaira (2x), Teneriffa (2x) und Hurghada (2x) bedient. Mit der Stationierung durch Sundair hat es die FGK geschafft, dass erstmalig ein ganzjähriges Flugprogramm angeboten wird. Das Engagement von Schauinsland-Reisen und Sundair in Kassel wird im Markt sehr positiv und aufmerksam wahrgenommen. Fixplätze haben die Reiseveranstalter alltours, DER-Touristik, ETI-Reisen, vtours und LMX Touristik gebucht. Thomas Cook hat Pro-Rata-Plätze abgenommen. Die übrigen Reiseveranstalter haben über Buchungsplattformen Zugriff auf die noch verfügbaren Plätze und können bei Bedarf Flüge kaufen. Dazu gehören insbesondere die dem TUI-Konzern angehörenden Reiseveranstalter und FTI.

3. Prognosebericht

Die FGK prognostiziert für das Jahr 2017 einen Jahresfehlbetrag von TEUR 6.087,4. Das Jahresergebnis 2017 wird maßgeblich von der Aufnahme des Flugverkehrs durch Sundair/Schauinsland im Juli 2017 geprägt. Auf der einen Seite rechnet die FGK mit steigenden Umsatzerlösen im Bereich der Flughafenentgelte. Andererseits impliziert die Aufnahme des Flugverkehrs auch steigende Kosten. Insgesamt geht die FGK jedoch davon aus, dass der Jahresfehlbetrag verringert werden kann.
Die FGK steht weiterhin in ständigem Kontakt mit einer Vielzahl von Luftverkehrsgesellschaften, um das Angebot zu erweitern. Diese Gespräche beziehen sich sowohl auf langfristige, strategische Ziele als auch um kurzfristige Ziele. Auch verhandelt die Flughafen GmbH Kassel mit Luftverkehrsgesellschaften über die Etablierung eines Netzwerkcarriers und die Einführung von point-to-point Verbindungen außerhalb des klassischen touristischen Sektors.
Die FGK führt ebenfalls Verhandlungen mit potentiellen Partnern über die Ansiedlung von luftfahrtaffinem Gewerbe am Standort kassel airport.
Der Flughafen führt zudem Verhandlungen mit diversen Firmen aus dem Logistik-Bereich, um das Geschäftsfeld „Luftfracht" weiter auszubauen.

4. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement basiert auf der Basis der gesetzlichen Anforderungen und umfasst ein laufendes Monitoring sowie Steuerung aller wesentlichen Risiken. Ziel der Strategie ist es, den Erfolg der Unternehmensziele zu messen und etwaige Gefahren für den Unternehmenserfolg frühzeitig zu erkennen, um rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Hierdurch sollen eine Bestandsgefährdung verhindert und langfristig Werte geschaffen werden.

Ein wesentlicher Baustein für das Risikomanagement ist die stetige Entwicklung von geeigneten Maßnahmen zur Risikovermeidung oder Risikoverminderung. Dabei wird neben geeigneten organisatorischen Maßnahmen (Notfall- und Alarmpläne) auch die Übertragung von Risiken auf Dritte (z.B. Versicherungen) praktiziert.

Die Geschäftsführung erhält wöchentliche Berichte der einzelnen Abteilungsleiter, wodurch auf kurzfristig auftretende Risiken schnell reagiert werden kann.

Im monatlichen Rhythmus erfolgt eine Berichterstattung über die Entwicklung des Luftverkehrs und die wesentlichen Kennzahlen der Finanzbuchhaltung, wodurch auch in diesem Bereich in angemessenem Maße auf ggf. eintretende Veränderungen reagiert werden kann.

Dem Aufsichtsrat wird vierteljährlich über die wesentlichen Unternehmensdaten berichtet, wobei dies sowohl die Bereiche Personalentwicklung, Verkehrsentwicklung als auch die wesentlichen Finanzdaten umfasst. Ergeben sich aus dem laufenden Geschäftsbetrieb Ereignisse von besonderer Bedeutung, erfolgt eine unverzügliche Berichterstattung an den Aufsichtsrat.

a) Risikobericht

Branchenrisiken

Die europäische Luftverkehrsbranche befindet sich insgesamt immer noch in einer schwierigen Situation. Im Interkontinentalverkehr sind die europäischen Netzcarrier getrieben von der Marktmacht der Fluggesellschaften aus der Golfregion, die erfolgreich Passagiere aus dem europäischen Markt über Drehkreuze im Ausland befördern. Der Erfolg der Low-Cost-Anbieter wiederum zwingt die Netzcarrier in einen Konkurrenzkampf im Kontinentalverkehr. Die deutschen Fluggesellschaften werden, speziell Flüge im Inlandsverkehr, zudem mit der 2011 eingeführten Luftverkehrssteuer belastet. Aus diesem Grund kämpfen finanziell schwächere Airlines um ihre Existenz oder mussten bereits den Betrieb einstellen. Alle anderen Fluggesellschaften sind gezwungen, sich mit Sparmaßnahmen und einer Anpassung der Flugzeugflotte zu befassen. So besteht unter anderem im Kurz- und Mittelstreckenverkehr die Tendenz, kleineres Fluggerät zur Ausnutzung von Größenvorteilen vermehrt durch größere Flugzeuge zu ersetzen. Darüber hinaus sehen sich die Netzcarrier in zunehmendem Maße zu Konsolidierungsmaßnahmen im Hinblick auf die Verbindungsanzahl gezwungen. So hat Lufthansa zum Beispiel den unrentablen Europaverkehr im Rahmen des Programms »Score« für dezentrale Verkehre auf die Lufthansa-Tochter Germanwings verlagert und bedient diesen Verkehr nur mehr mit eigenem Fluggerät an den Drehkreuzen. Von Lufthansa und Germanwings bisher in Konkurrenz doppelt bediente Strecken werden nur mehr von Lufthansa bedient.

Leistungswirtschaftliche Risiken

Eine Luftverkehrsgesellschaft wird ab Juli 2017 sehr stark präsent sein und den größten Teil des Passagier- und Verkehrsaufkommens im Bereich der Verkehrsluftfahrt generieren. Eine Einstellung des Flugbetriebs dieser Luftverkehrsgesellschaft würde zu einem starken Rückgang der Passagierzahlen und des Verkehrsaufkommens führen. Bei einem Rückgang der Passagierzahlen und des Verkehrsaufkommens ist eine Anpassung der Anzahl Mitarbeiter nur begrenzt möglich, denn aufgrund von gesetzlichen Vorgaben muss die FGK verkehrsunabhängig eine bestimmte Anzahl von Mitarbeitern vorhalten. Dies würde zu einer Belastung des Ergebnisses führen. Die Wiedereinstellung des Flugverkehrs durch diese Luftverkehrsgesellschaft ist nicht wahrscheinlich, da eine langfristig angelegte Kooperation mit dieser Luftverkehrsgesellschaft besteht. Außerdem ist die Stationierung eines Flugzeugs sehr aufwendig und kostenintensiv, insbesondere in der Aufbauphase.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Die der Flughafen GmbH Kassel von ihren Gesellschaftern gewährten Betriebsbeihilfen (Ausgleich von Betriebsverlusten) stellen Beihilfen dar.

Alte Rechtslage (bis zum 16. Mai 2017):

Die Betriebsbeihilfen müssen gem. Art. 108 Abs. 3 AEUV im Rahmen eines Notifizierungsverfahrens von der Europäischen Kommission genehmigt werden.

Die Kommission hat am 19. Februar 2014 eine Mitteilung – Leitlinien für staatliche Beihilfen für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften („Leitlinien") – zirkuliert. Die Leitlinien enthalten wesentliche neue Anhaltspunkte dafür, unter welchen Voraussetzungen die Kommission staatliche Unterstützungen an Flughäfen und an Fluglinien gemäß Artikel 107 Abs. 3 und 106 Absatz 2 AEUV als beihilfekonform ansieht.

Die Leitlinien bestätigen die Rechtsprechung des EuGH, wonach der Betrieb eines Flughafens mit allen seinen Einzelaktivitäten eine wirtschaftliche Tätigkeit darstellt, also beihilferechtsrelevant ist. Ausgenommen sind lediglich die hoheitlichen Tätigkeiten der „Flugsicherung, Polizei, Zoll, Feuerwehr und Luftsicherheit". Notwendige Kosten hierfür sind ausgleichsfähig, soweit eine Überkompensation ausgeschlossen ist und eine getrennte Kostenführung eingerichtet ist.

Der Ausgleich der Betriebsverluste stellt nach Auffassung der Flughafen GmbH Kassel und deren Gesellschafter Beihilfen gemäß Art. 107 Abs. 1 AEUV dar, die auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission – Leitlinien für staatliche Beihilfe für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften (Flughafen-Leitlinien) – aus Gründen der Verkehrs-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung gemäß Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV gerechtfertigt sind, da sie die Voraussetzungen der Rdnr. 79, 113-134 der Flughafen-Leitlinien erfüllen.

Der Businessplan legt insbesondere zu Grunde, dass die Flughafen GmbH Kassel für die Übernahme von hoheitlichen Aufgaben eine Kostenerstattung erhält. Nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union („EuGH") gehören Tätigkeiten, für die normalerweise der Staat

aufgrund seiner hoheitlichen Befugnisse zuständig ist, nicht zu den Tätigkeiten wirtschaftlicher Art und unterliegen grundsätzlich nicht den Vorschriften über staatliche Beihilfen. Im Hinblick auf Tätigkeiten auf einem Flughafen gehören hierzu insbesondere die Tätigkeiten in den Bereichen Flugsicherung, Polizei, Zoll, Brandbekämpfung, Schutz der zivilen Luftfahrt vor unrechtmäßigen Eingriffen. Diese Rechtsprechung hat auch die Kommission in ständiger Praxis und zuletzt in ihren Leitlinien für staatliche Beihilfe für Flughäfen und Flugverkehrsgesellschaften vollständig anerkannt.
Speziell im Fall Kassel-Calden hat die Kommission in ihrem Beschluss vom 25. Juli 2012 zur Genehmigung der dritten Tranche der Investitionsbeihilfen für den Ausbau des Regionalflughafens Kassel-Calden festgestellt, dass die Kosten für „Sicherheits- und Polizeifunktionen, Maßnahmen des Brandschutzes und der öffentlichen Sicherheit, die betriebliche Sicherheit, den Deutschen Wetterdienst und die Deutsche Flugsicherung" „offensichtlich hoheitlichen Aufgaben entsprechen".

Die Vor-Anmeldung wurde am 19. Mai. 2015 bei der Europäischen Kommission eingereicht. Die Europäische Kommission vertritt zum Teil eine andere Rechtsauffassung bei der Einordnung der hoheitlichen Kosten. Dies hat sie auch mitgeteilt. Die Europäische Kommission hat jedoch angeboten, dass ein neuer Businessplan unter Berücksichtigung ihrer Rechtsauffassung eingereicht werden könnte.

Neue Rechtslage (seit 17. Mai 2017):

Die Europäische Kommission hat am 17. Mai 2017 eine Änderungsverordnung zur sog. Allgemeinen Beihilfe-Gruppenfreistellungsverordnung (EU) Nr. 651/2014 („VO 651/2014") erlassen. Diese fügt einen neuen Art. 56a in die VO 651/2014 ein, der sowohl Investitionsbeihilfen als auch Betriebsbeihilfen an Regionalflughäfen unter bestimmten Umständen gemäß Art. 3 VO 651/2014 als mit dem Binnenmarkt vereinbar im Sinne von Art. 107 Abs. 3 AEUV ansieht und von der Anmeldepflicht nach Art. 108 Abs. 3 AEUV freistellt.
Gemäß Art. 56a Abs. 2 VO 651/2014 darf ein Regionalflughafen anmeldefrei Betriebsbeihilfen gewähren, wenn die Voraussetzungen der Abs. 3 (offener Zugang), Abs. 4 (keine Verlegung oder Einrichtung eines neuen Passagierflughafens), Abs. 10 (Frachtaufkommen < 200.000 Tonnen) und Abs. 15 bis 18 erfüllt sind.

Folgende Voraussetzungen müssen erfüllt sein:

- Passagieraufkommen (Abs. 15 und 17): Betriebsbeihilfen dürfen nicht für Flughäfen gewährt werden, deren durchschnittliches jährliches Passagieraufkommen in den beiden Geschäftsjahren vor der tatsächlichen Beihilfegewährung mehr als 200 000 Passagiere betrug. Dies ist aktuell der Fall. Betriebsbeihilfen dürfen unabhängig vom vorangegangenen 2-Jahres Durchschnitt nicht für Kalenderjahre ausgezahlt werden, in denen das jährliche Passagieraufkommen des Flughafens 200 000 Passagiere überschreitet.

- Erforderlichkeit der Betriebsbeihilfe (Abs. 16): Die Betriebsbeihilfe darf nicht über den Betrag des Betriebsverlusts eines Jahres zuzüglich eines angemessenen Gewinns hinausgehen. Die Beihilfegewährung kann auf zweierlei Weise festgelegt werden:

    - durch vorab festgesetzten regelmäßige Tranchen, die während des Gewährungszeitraums nicht erhöht werden, oder
    - durch Beträge, die auf der Grundlage der ermittelten Betriebsverluste nachträglich festgesetzt werden.

  (Diese Regelungen sind nicht vollständig klar. Offen ist z.B., ob in der 1. Alternative mit Gewährungszeitraum jeweils ein Betriebsjahr oder ein längerer Zeitraum gemeint ist, und in der 2. Alternative, ob sie eine Auszahlung von Abschlagstranchen über ein laufendes Jahr hinweg ausschließt. Dies ist noch zu klären).

- Keine Bindung an Verträgen mit Fluggesellschaften (Abs. 18): Die Gewährung einer Betriebsbeihilfe darf nicht an die Voraussetzung gebunden sein, dass mit bestimmten Luftverkehrsgesellschaften Vereinbarungen über Flughafenentgelte, Marketingzahlungen oder andere finanzielle Aspekte der Tätigkeiten der Luftverkehrsgesellschaften an dem jeweiligen Flughafen geschlossen werden.

Neben den speziellen Voraussetzungen müssen die Betriebsbeihilfen allgemeine Voraussetzungen nach Kapitel 1 VO 651/2014 erfüllen:

- Keine allgemeinen Anmeldeschwellen (Art. 4): anders als für etliche andere Beihilfearten sieht Art. 4 keine weitergehenden allgemeinen Anmeldeschwellen für Investitions- und Betriebsbeihilfen an Regionalflughäfen vor.
- Transparenz der Beihilfe (Art. 5): Investitions- und Betriebsbeihilfen an Regionalflughäfen müssen gemäß Art. 5 Abs. 1 transparent sein, d.h. ihr Beihilfeanteil muss sich im Voraus genau berechnen lassen, ohne dass eine Risikobewertung erforderlich ist. Zuschüsse oder Zinszuschüsse gelten gemäß Art. 5 Abs. 2 lit. a als transparent.
- Anreizeffekt (Art. 6): Freigestellte Beihilfen müssen einen Anreizeffekt haben. Beihilfen gelten nach Art. 6 Abs. 2 als Beihilfen mit Anreizeffekt, wenn der Beihilfeempfänger für sein Vorhaben bzw. seine Tätigkeit vorab einen schriftlichen Beihilfeantrag mit bestimmten festgelegten Angaben gestellt hat. Diese Voraussetzung ist ebenfalls erfüllbar.
- Kumulierung (Art. 8): Eine Kumulierung von freigestellten Investitions- und Betriebsbeihilfen mit anderen staatlichen Beihilfen ist grundsätzlich möglich, unterliegt jedoch bestimmten Voraussetzungen.
- Veröffentlichung und Information (Art. 9): Deutschland (bzw. das Land Hessen) muss sicherstellen, dass über die Beihilfegewährung bestimmte standardisierte Informationen auf einer Beihilfe-Website veröffentlicht werden.

Die Freistellung nach der VO 651/2014 auf Grundlage der Änderungsverordnung erfasst grundsätzlich auch für bereits gewährte Betriebsbeihilfen an die FGK. Gemäß des neu gefassten Art. 58 Abs. 1 gilt die Freistellung für Einzelbeihilfen, die vor Inkrafttreten der einschlägigen Bestimmungen der VO 651/2014 gewährt worden sind, sofern diese Beihilfen alle Voraussetzungen der VO 651/2014, ausgenommen Art. 9 (Veröffentlichung und Information), erfüllen.
Es sind zwar noch einige Aspekte zu klären, aber insgesamt geht die FGK davon aus, dass die Voraussetzungen gegeben sind und der Ausgleich des Jahresfehlbetrags durch die Gesellschafter keine anmeldepflichtige Betriebsbeihilfe darstellt und somit zulässig ist. Auch geht die FGK davon aus, dass dies ebenfalls für die in der Vergangenheit gewährten Ausgleiche der Jahresfehlbeträge gilt. Diese Annahme stützen wir zusammenfassend darauf, dass wir grundsätzlich davon ausgehen, dass die Beihilfe-Gruppenfreistellungsverordnung erfüllt wird. Sollte dies entgegen unserer Erwartung nicht der Fall sein, gehen wir insofern dann von einer nachträglichen Genehmigung eines dann noch zu stellenden Antrages aus.
Im Ergebnis bedeutet dies, dass die gewährten Betriebsbeihilfen (Ausgleich von Betriebsverlusten) nicht von den Gesellschaftern zurückgefordert werden müssen.

Dies hat insofern auch Auswirkungen hinsichtlich der Einordnung der hoheitlichen Kostenerstattungen. Unabhängig vom Ausgang dieses derzeit noch anhängigen Verfahrens gehen wir selbst bei einer Einordnung als Beihilfe von keiner Rückgewähr aus, da insofern die oben genannten Ausführungen hinsichtlich der nicht zu erwartenden Rückgewähr von Beihilfen Anwendung finden würden.
Sonstige Risiken
Allgemeine Einflüsse durch politische Unruhen oder Luftfahrtunglücke könnten das Reiseverhalten der Zielgruppe beeinflussen bzw. Auswirkungen auf die möglichen Reiseziele haben. Dies könnte zu einem Rückgang des Flugverkehrs und somit zu verminderten Einnahmen führen.
Ein signifikanter Rückgang des Verkehrsaufkommens aufgrund von allgemeinen Einflüssen ist nicht wahrscheinlich.

b) Maßnahmenkatalog

Die Liquidität der Flughafen GmbH Kassel ist dadurch sichergestellt, dass die Gesellschafter unterjährig Abschlagszahlungen auf den erwarteten Jahresverlust entsprechend des Wirtschaftsplans leisten.
Um die Abhängigkeit von einer stark präsenten Luftverkehrsgesellschaft zu verringern, ist die Flughafen GmbH Kassel in Gesprächen mit unterschiedlichen anderen Luftverkehrsgesellschaften, um das Angebot zu erweitern.

c) Chancenbericht

Die Nachfrage nach Grundstücken im Bereich des Gewerbegebiets Nr. 14.1 am alten Verkehrslandeplatz ist immer noch gegeben.
Die Bereitschaft der Reiseveranstalter und der Fluggesellschaften, das Reiseangebot von Kassel aus zu erweitern, ist hoch, so dass eine kontinuierliche Erweiterung des Angebots zu erwarten ist.
Die Flughafen GmbH Kassel passt die eigene Organisation an, um mehr Synergieeffekte zu bekommen. Diese Anpassung wird zu geringen Personalkosten sowie Sachkosten führen, so dass Kosteneinsparungen geniert werden.
Die FGK erarbeitet gemeinsam mit einer Beratungsfirma sowie Vertretern von lokalen Verbänden und Institutionen (Regionalmanagement NordHessen GmbH, Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH, Unternehmerverband Nordhessen) ein umfassendes Flughafenentwicklungskonzept, das insbesondere die Aspekte Gewerbegebietsentwicklung/Unternehmensansiedlung, Flugverkehrsentwicklung (kommerzielle und allgemeine Luftfahrt, Fracht) und Positionierung/Image/Kommunikation beinhalten wird.

d) Gesamtaussage

Als bestandsgefährdendes Risiko ist die rechtliche Beurteilung der Beihilfen zu berücksichtigen. Die weiteren Risiken ergeben sich aus dem allgemeinen unternehmerischen Risiko und werden durch geeignete Instrumente laufend überwacht und - sofern möglich - werden hierfür geeignete Absicherungsmaßnahmen getroffen.
Die Chancen der Gesellschaft zur Verbesserung der Ertrags- und Vermögenslage bestehen sowohl aus möglichen internen Umstrukturierungsmaßnahmen als auch durch die positive Entwicklung des geschäftlichen externen Umfeldes.

5. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.
Ausfälle aufgrund der Uneinbringlichkeit von Forderungen waren im Berichtsjahr nur von untergeordneter Bedeutung zu verzeichnen, insbesondere da auch vor der Aufnahme von größeren Kundenbeziehungen die Bonität der betroffenen Unternehmen im Rahmen der üblichen Möglichkeiten überprüft wird. Ziel des Debitorenmanagements ist es darüber hinaus, die fristgerechten Zahlungseingänge durch ein geeignetes Mahnverfahren zu gewährleisten.
Aufgrund der Gesellschafterstruktur der Unternehmung bestehen wesentliche Verbindlichkeiten aus der Finanzierung gegenüber den Gesellschaftern. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt - neben der Finanzierung durch die Gesellschafter - auch aus Kreditlinien mit verschiedenen Banken.
Die laufenden Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfrist gezahlt.
Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs

gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Zur Verfolgung dieser Risikopolitik erfolgt eine laufende Liquiditätsüberwachung anhand des Liquiditätsplanes, der einen Überblick über die Geldaus- und -eingänge vermittelt.
Die Gesellschaft berücksichtigt die üblichen Ausfall- und Bonitätsrisiken durch pauschale Wertberichtigungen.

6. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Calden, den 12. Juni 2017

Der Geschäftsführer der Flughafen GmbH Kassel
gez. Lars Ernst

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Flughafen GmbH Kassel**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	232.949.930,68 €	243.977.209,37 €
Umlaufvermögen	5.064.609,14 €	5.862.088,78 €
Rechnungsabgrenzungsposten	74.512,26 €	128.728,05 €
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	5.153.324,96 €	4.981.104,16 €
Summe Aktiva	**243.242.377,04 €**	**254.949.130,36 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	0,00 €	0,00 €
Sonderposten für Investitionszuschüsse	222.701.365,03 €	234.087.346,08 €
Rückstellungen	2.481.943,12 €	2.478.757,11 €
Verbindlichkeiten	18.059.068,89 €	18.383.027,17 €
Summe Passiva	**243.242.377,04 €**	**254.949.130,36 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Flughafen GmbH Kassel		nach BilRUG
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	3.373.029,89 €	2.531.354,49 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	15.845.106,00 €	16.864.590,99 €
3. Materialaufwand	-1.666.032,57 €	-1.739.025,35 €
4. Personalaufwand	-6.045.607,13 €	-6.223.269,85 €
4. Abschreibungen	-12.411.810,39 €	-12.670.264,05 €
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.694.836,19 €	-4.156.911,36 €
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,38 €	42,04 €
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-534.477,57 €	-645.023,48 €
8. Steuern vom Einkommen und Ertrag	1,19 €	6,30 €
9. Betriebliche Steuern	-40.501,57 €	35.596,11 €
10. Jahresergebnis	**-6.175.124,96 €**	**-6.002.904,16 €**

3.4 GVZ-Projektgesellschaft Kassel mbH

Sitz	Kurfürstenstr. 9 34117 Kassel Tel: 0561/70733-0 Fax: 0561/70733-59 E-Mail: info@wfg-kassel.de
Gründungsdatum	22.05.2000
Gesellschaftszweck	Planung, Bau und Vermietung des KV-Terminals im GVZ (Güterverkehrszentrum) Kassel, Industriepark Kassel. Die GVZ (Projektgesellschaft) wurde gegründet, um die Umschlaganlage für den Kombinierten Verkehr (KV) zu realisieren. Die GVZ-P ist die Empfängerin der Bundeszuschüsse. Der Landkreis Kassel und die Stadt Kassel sind an der GVZ-P indirekt über die Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH beteiligt, die 50% an der Gesellschaft hält. Weitere Gesellschafter sind die Gemeinden Lohfelden und Fuldabrück.
Handelsregister	HRB 7362
Gezeichnetes Kapital	50.000,00 €
Gesellschafter	Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH 50 % Gemeinde Fuldabrück 25 % Gemeinde Lohfelden 25 %
Aufsichtsrat	Kein Aufsichtsrat
Beirat	Kein Beirat
Geschäftsführung	Kai Lorenz Wittrock
Abschlussprüfer	Strecker, Berger & Partner, Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine
Anzahl der Beschäftigten	---
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Die Gesellschaft wurde vor dem 1. April 2004 gegründet. Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht 2016

Die GVZ-P stellt mit ihren Stammgleisanlagen und dem Umschlagterminal eine leistungsfähige Infrastruktur für die Wirtschaftsregion Kassel bereit. In 2015 und 2016 erfolgten seitens der Gesellschafter entscheidende Beschlüsse, um auch die für den Güterumschlag notwendige Gleisinfrastruktur dauerhaft zu sichern.

Die Umsatzerlöse sind in 2016 gegenüber dem Vorjahr leicht um TEUR 6,5 auf TEUR 300,6 gestiegen. Die Zahl der Container selbst lässt sich aktuell nicht mehr nennenswert steigern, da das Umschlagterminal bereits voll ausgelastet ist und an seiner Kapazitätsgrenze arbeitet. Für 2017 kann dennoch mit einer deutlichen Steigerung der Umsatzzahlen gerechnet werden, da sich die erhöhten Gleisentgelte dann ganzjährig auswirken, bei gleichem Nutzungsniveau.

Die sonstigen betrieblichen Erträge, die im Wesentlichen durch die jährliche Auflösung des gebildeten Sonderpostens für die seinerzeitige Förderung des Containerterminals entstehen, sind aufgrund von Abgrenzungsbuchungen gegenüber dem Vorjahr geringfügig um TEUR 9,4 auf TEUR 222,4 angestiegen.

Der Betriebsaufwand wird vor allem durch die Positionen Abschreibungen, die im Vorjahresvergleich geringfügig auf TEUR 259,6 angestiegen sind sowie durch die Betriebs- und Instandhaltungskosten, die mit TEUR 213,9 gegenüber dem Vorjahr um rund TEUR 60,1 gesunken sind, dargestellt. Dabei ist jedoch noch zu berücksichtigen, dass die im Berichtsjahr erfolgte Sanierung des Bahnübergangs Marie-Curie-Straße nicht im Instandhaltungsaufwand enthalten ist, sondern im Umfang von TEUR 219,5 aktiviert wurde. Die gesamten Kosten für Sanierungen und Instandhaltungen der Gleisinfrastruktur bewegen sich damit – im Rahmen des Wirtschaftsplans - auf einem unverändert hohen Niveau.

Im Ergebnis wird ein ggü. dem Vorjahr deutlich verminderter Jahresfehlbetrag i.H.v. TEUR 22,4 ausgewiesen. Personalkosten sind im Berichtsjahr nicht entstanden, da die Geschäftsführung der GVZ-P seit 1.07.2014 in Personalunion durch den Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH wahrgenommen wird und von der Gesellschaft kein eigenes Personal beschäftigt wird.
Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr durch den vollständigen Abruf eines dafür zur Verfügung gestellten Darlehens i.H.v. ursprünglich TEUR 500,0 sichergestellt. Das Darlehen wird vertragsgemäß in den Jahren 2017 – 2020 getilgt. Gemäß den getroffenen Beschlüssen werden die dafür benötigten zusätzlichen Mittel ab 2017 in den Haushalten der Gesellschafter zum Abruf bereitgestellt. Damit ist die Zahlungsfähigkeit der GVZ-P gewährleistet.

Nach wie vor nimmt die HLB Basis AG, Kassel, eine Gesellschaft der Hessische Landesbahn GmbH, im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der GVZ-P die Funktion des Eisenbahninfrastrukturunternehmers gemäß Allgemeinen Eisenbahngesetz wahr. Die Kooperation mit unseren weiteren Partnern, dem Mieter DB Intermodal, den Gesellschaftern sowie unserem Dienstleister für allgemeine Büroarbeiten, der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH (WFG) ist beständig.

Kassel, den 03.03.2017

Kai Lorenz Wittrock
Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**GVZ-Projektgesellschaft Kassel mbH**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	3.769.998,85 €	3.809.542,08 €
Umlaufvermögen	198.579,07 €	231.375,26 €
Rechnungsabgrenzungsposten	622,52 €	1.816,92 €
Summe Aktiva	**3.969.200,44 €**	**4.042.734,26 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	1.932,75 €	24.320,14 €
Sonderposten für Zuschüsse auf AV	2.876.126,04 €	3.088.125,04 €
Rückstellungen	50.706,00 €	58.848,00 €
Verbindlichkeiten	1.040.435,65 €	871.441,08 €
Summe Passiva	**3.969.200,44 €**	**4.042.734,26 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

GVZ-Projektgesellschaft Kassel mbH		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	300.651,73 €	294.088,41 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	222.421,22 €	213.195,09 €
3. Personalaufwand	0,00 €	0,00 €
4. Abschreibungen	-259.599,18 €	-254.597,90 €
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-275.618,01 €	-338.244,10 €
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.662,65 €	9,50 €
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13.905,80 €	-5.275,98 €
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	-1,40 €
9. Jahresergebnis	**-22.387,39 €**	**-90.826,38 €**

4Wohnungswesen

4.1 Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft f. d. ehem. Landkreis Hofgeismar eG (GEWOBAG)

Sitz	Bürgermeister-Schirmer-Straße 11 34369 Hofgeismar Tel: 05671/9938-0 Fax: 05671/9938-30 E-Mail: info@gewobag-hofgeismar.de Internet: www.gewobag-hofgeismar.de
Gründungsdatum	08.10.1946
Gesellschaftszweck	Wohnungsbewirtschaftung (Vermietung), Immobilienvermittlung, Verwaltungsbetreuung, Neubau, Baubetreuung und Versicherung.
Handelsregister	GenR Nr. 500
Gezeichnetes Kapital	Geschäftsguthaben der Mitglieder 2.695.869,82 € **davon Geschäftsguthaben (281 Anteile) Landkreis Kassel 43.555,00 €**
Aufsichtsrat	*Vorsitzender:* Horst Buchhaupt *Stellv. Vorsitzender:* Andreas Güttler *Mitglieder:* Wolfgang Annecke Ullrich Otto Markus Mannsbarth Danny Sutor Fred Dettmar Michael Wielert Andreas Willig
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Die Geschäftsführung obliegt dem Vorstand. Vorstand: Christoph Beutekamp, Geschäftsführer hauptamtlich Uwe Koch, Vorstand nebenamtlich Ullrich Jakobi, Vorstand nebenamtlich
Abschlussprüfer	Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V., Frankfurt am Main
Gewinn-/Verlustzuweisung	./.
Anzahl der Beschäftigten	Mitarbeiter (8 Vollzeit/2 Teilzeit) ohne Aushilfen

Lagebericht:

1.Grundlagen des Unternehmens

1.1 Bestandsbewirtschaftung

Der von der Genossenschaft verwaltete eigene Wohnungsbestand umfasst zum 31.12.2016 insgesamt 943 Wohnungen (davon sieben Ferienwohnungen), drei sonstige, eigengenutzte Einheiten und zwei gewerbliche Einheiten, insgesamt 948 Wohn- und Gewerbeeinheiten, 148 Garagen und 16 Tiefgaragenstellplätze sowie 30 Einstellplätze. Am 31.12.2016 waren von 948 Einheiten 7 nicht vermietet. Mieterwechsel haben in 2016 in 82 Fällen stattgefunden; 2015 waren es 116. Umzüge innerhalb der Genossenschaft haben in 13 Fällen stattgefunden. Leerstände gab es im vergangenen Geschäftsjahr sowohl modernisierungsbedingt als auch wegen fehlender Interessenten. Die Leerstandsquote der Genossenschaftswohnungen betrug zum 31.12.2016 0,74% des Bestandes.
Im Geschäftsjahr 2016 wurden modernisierungsbedingte Mieterhöhungen durchgeführt sowie Mietanpassungen bei Neuvermietung vorgenommen.

1.2 Mitgliederbetreuung

Die Genossenschaft hatte am 31.12.2016 1.153 Mitglieder mit 16.781 Geschäftsanteilen. Die Mitgliederzahl verringerte sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig.

1.3 Immobilienverwaltung

Neben dem Hauptleistungsbereich der Hausbewirtschaftung verwaltet die Genossenschaft 121 Einheiten für 17 Eigentümer und 366 Einheiten für 45 Eigentümergemeinschaften.

1.4 Immobilienvermittlung

Die Genossenschaft betreibt seit 23 Jahren einen Immobiliendienst. Die Erträge tragen dazu bei, die Verwaltungskosten des Unternehmens zu verringern.

2. Branchenbericht und Geschäftsverlauf

Der Wohnungsmarkt in Nordhessen lässt sich als angespannt bezeichnen. Die Angebots- und Nachfragesituation der Mietwohnungen in unserer Region ist durch einen Nachfrageüberhang gekennzeichnet.

Somit ist zurzeit eine erhöhte Nachfrage zu beobachten. Unser Einzugsbereich bezieht sich auf den nördlichen Landkreis Kassel.

Das Mietniveau in unserem nordhessischen Bereich ist nur leicht angestiegen. Dagegen werden die Mieter durch die steigenden Betriebskosten weiterhin erheblich belastet. Die steigenden Betriebskosten werden hauptsächlich durch den Anstieg der Energiekosten verursacht. Der Wohnungsmarkt weist derzeit noch eine stabile Miete auf. Der Mietzins der Genossenschaft liegt zwischen 4,00 € und € 6,00 pro qm Wohnfläche und Monat je nach Ausstattung und Standort.

Die Arbeitslosigkeit in unserem nordhessischen Bereich ist im Jahr 2016 leicht gesunken. Für 2017 gehen die Prognosen von einem weiteren verlangsamten Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen aus.

3. Wirtschaftliche Lage des Unternehmens

3.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Genossenschaft stellt sich für die Wirtschaftsjahre 2015 und 2016 wie folgt dar:

	31.12.2016		**31.12.2015**	
	TEUR	**%**	**TEUR**	**%**
Anlagevermögen	22.480,4	91,1	22.341,0	89,4
Umlaufvermögen	2.186,3	8,9	2.638,1	10,6
Gesamtvermögen	24.666,7	100,0	24.979,1	100,0
Fremdmittel	13.807,2		14.321,6	
Reinvermögen	10.859,6		10.657,5	
am Jahresanfang	10.657,5		10.242,8	
Vermögenszuwachs	202,1	1,9	414,7	4,0

Gemessen am Gesamtvermögen beträgt das Anlagevermögen mit TEUR 22.480,4 = 91,1 %; das Umlaufvermögen mit TEUR 2.186,3 = 8,9 %.
Nach Gegenüberstellung der Fremdmittel in Höhe von TEUR 13.807,2 verbleibt ein Reinvermögen in Höhe von TEUR 10.859,6. Dieses hat sich im Vergleich zum Jahresanfang um TEUR 202,1 = 1,9 % erhöht.

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital der Genossenschaft beläuft sich am 31.12.2016 auf TEUR 10.859,6 und stellt einen relativen Anteil am Gesamtkapital von rd. 44,0 % dar.

Hierin sind die Bauerneuerungsrücklage und andere Ergebnisrücklagen mit 28,6 % enthalten. Bei Eliminierung der Bauerneuerungsrücklage und der anderen Ergebnisrücklagen ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 15,4 %.

Insgesamt investierte die Genossenschaft im Jahre 2016 1,42 Mio. € für die laufende Instandhaltung sowie 0,18 Mio. € für Modernisierungsmaßnahmen unseres Wohnungsbestandes.
In Grebenstein wurde eine energetische Modernisierung des Hauses Grimmsche Straße 1 vorgenommen. Im einzelnen wurden die alten Fenster gegen neue dreifachverglaste Fenster ausgestauscht. Das Gebäude wurde mit einem Wärmedämmverbundsystem versehen. Eine Dämmung der oberen Geschossdecke wurde ebenfalls vorgenommen. Die Treppenanlagen im Außenbereich wurden erneuert.
In Hofgeismar wurden am Objekt v.-Amelunxenstraße 14b die Balkone erneuert. Hier wurden die alten Balkone abgebaut indem die Kragplatten herausgeschnitten wurden. Die Dämmung wurde in diesem Bereich neu aufgebracht. Drei neue Balkontürme wurden aufgestellt. Zusätzlich fand die Erneuerung

der Fenster im Treppenhaus statt. In diesem Zusammenhang erhielt das Treppenhaus einen neuen Anstrich.

3.2 Finanzlage

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Bilanzmäßiges Eigenkapital	10.859,6	10.657,5
Objektfinanzierungsmittel	12.144,0	12.620,7
	23.003,6	23.278,2
Bilanzmäßiges Anlagevermögen	22.480,4	22.341,0
Freies ungebundenes Kapital am Bilanzstichtag	523,2	937,2

Bei den Objektdauerfinanzierungsmitteln handelt es sich im Wesentlichen um übliche Objektfinanzierungen der Öffentlichen Hand mit niedrigen Zinssätzen. Liquiditätsrisiken, z.B. durch auslaufende Zinsbindungen größeren Umfangs in den nächsten Jahren ergeben sich nicht. Die Genossenschaft war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.
Im Geschäftsjahr 2016 fanden keine Darlehensvalutierungen statt. Planmäßige Tilgungen wurden in Höhe von TEUR 483,8 vorgenommen. Sondertilgungen fanden in Höhe von TEUR 5,5 statt.

3.3 Ertragslage

Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 schließt mit einem Jahresüberschuss von EUR 253.086,12 ab. Unter Berücksichtigung der Einstellungen in die Ergebnisrücklagen von EUR 175.308,61 ergibt sich ein Bilanzgewinn von EUR 77.777,51.

Die Genossenschaft erzielte im Jahre 2016 einen Gesamtumsatz von TEUR 4.505,8 (i.V. TEUR 4.447,0).

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich bis zum Zeitpunkt der Erstattung dieses Lageberichts nicht ergeben.

5. Prognose, Chancen und Risikobericht

Unser Risikomanagementsystem erfasst das Controlling und regelmäßige interne Berichterstattung und wird laufend aktualisiert. Wesentliche Risiken sind nicht erkennbar. Der regionale Wohnungsmarkt im nördlichen Kreisteil des Landkreises Kassel befindet sich in einem raschen Wandel. Eine erhöhte Nachfrage nach Wohnraum trifft auf ein geringes Wohnungsangebot, somit ist eine Verschiebung der Angebots- und Nachfragesituation am Wohnungsmarkt zu beobachten.
Die Genossenschaft wird auch im Geschäftsjahr 2017 die erfolgreiche Unternehmenspolitik der vergangenen Jahre fortsetzen. Neben einer zeitgemäßen Mitgliederbetreuung, die auf die geänderten Verhaltensweisen kundenorientiert Rücksicht nimmt, bleibt auch in den kommenden Jahren das wichtigste Unternehmensziel, die Vermietbarkeit der Wohnungen auf Dauer zu sichern und den Woh-

nungsbestand durch Modernisierung, Um- und Ausbau und begleitende Wohnumfeldmaßnahmen wettbewerbsfähig zu halten. Durch diese Maßnahmen sehen wir die Chance, unsere Marktsituation am regionalen Wohnungsmarkt nachhaltig zu stabilisieren.

Die Genossenschaft reagiert auf die geänderte Situation am Wohnungs- und Immobilienmarkt durch den Ankauf eines Grundstücks in der Neuen Straße in Hofgeismar. Auf diesem Grundstück sollen 30 Eigentums- bzw. Mietwohnungen entstehen.

Mit der Realisierung eines innovativen Wohnprojektes reagiert die Genossenschaft auf die sich verändernden Bedürfnisse an das Leben im Alter. Im Petriviertel von Hofgeismar wird die Genossenschaft ein Gebäude errichten, in dem zwei Wohngruppen mit insgesamt 21 Bewohnern, eine Tagespflege mit 15 Plätzen, ein Angebot aus dem physiotherapeutisch-medizinischen Bereich sowie Servicewohnungen und ein Nachbarschaftstreff zur Belebung des Quartiers untergebracht sind. Das Projekt „PetriHaus – Gemeinschaft erleben im Altstadtquartier“ wird in Kooperation mit dem ortansässigen Pflegedienst PHB realisiert. Das PetriHaus wird unter anderem als eines von 28 innovativen förderwürdigen Projekten bundesweit durch Bundesmittel unterstützt. Das Projekt erhält darüber hinaus Fördermittel des Land Hessen und der Stadt Hofgeismar.

Der Pflege des Genossenschaftsgedankens wird unverändert Aufmerksamkeit gewidmet. Er soll durch die Herausgabe einer Mitgliederinformation und anderer Maßnahmen wie Mieterfeste, Betreuung der Mitglieder, Öffentlichkeitsarbeit und soziale Betreuungsangebote, Nachbarschaftshilfe weiter verstärkt werden. In unserem „Treffpunkt Wohnen und Leben“ werden zahlreiche Veranstaltungen für Jung und Alt angeboten. Vom Spielenachmittag über gemeinsames Frühstück bis hin zum Internetcafé für Senioren. Darüber hinaus veranstalten wir Tagesausflüge und eine jährliche Mehrtagesfahrt.
Diese Entwicklung geht einher mit einem sozialen Wandel. Veränderungen in den Strukturen von Mietern und Wohnungssuchenden sind verstärkt zu beobachten. Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wächst. Das Unternehmen ist bereit und in der Lage, seine Verantwortung am Markt und am Gemeinwohl orientiert wahrzunehmen, um damit den Wandel selbst positiv zu gestalten. Als gemeinnütziges und soziales Wohnungsunternehmen wollen wir auch in Zukunft einen Beitrag zur Verbesserung der Wohnraumversorgung leisten. Dies ist nicht nur eine wohnungswirtschaftliche, sondern auch eine soziale Aufgabe, der wir uns stellen.
Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre im Berichtsjahr geleistete Arbeit. Ebenso danken wir den Mitgliedern des Aufsichtsrates, allen Behörden und sonstigen Stellen, die uns bei unserer Arbeit unterstützt haben.

Schlussbilanz 2016

Aktiva	Gewobag Hofgeismar eG	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	22.480.398,74 €	22.340.979,66 €
Umlaufvermögen	2.186.341,48 €	2.638.170,17 €
Summe Aktiva	**24.666.740,22 €**	**24.979.149,83 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Geschäftsguthaben	2.695.869,82 €	2.746.917,63 €
Ergebnisrücklagen	8.085.935,94 €	7.831.173,77 €
Bilanzgewinn	77.777,51 €	79.453,56 €
Sonstige Rückstellungen	41.811,18 €	179.486,88 €
Sonstige Verbindlichkeiten	13.744.128,72 €	14.126.007,06 €
Rechnungsabgrenzungsposten	21.217,05 €	16.110,93 €
Summe Passiva	**24.666.740,22 €**	**24.979.149,83 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Gewobag Hofgeismar eG		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	4.505.786,85 €	4.446.968,59 €
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	43.666,76 €	38.130,33 €
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	6.084,92 €	7.733,94 €
4. Sonstige betriebliche Erträge	96.722,47 €	260.135,07 €
5. Aufwendungen für Hausbewirtschaftung/Lieferungen u. Leistungen	-2.150.757,02 €	-2.298.984,47 €
6. Personalaufwand	-671.300,11 €	-639.346,23 €
7. Abschreibungen	-715.189,35 €	-735.577,36 €
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-317.345,00 €	-250.567,11 €
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	0,16 €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-462.870,50 €	-402.880,97 €
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €
12. Sonstige Steuern	-81.712,90 €	-81.774,66 €
13. Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnisrücklagen	-175.308,61 €	-264.383,73 €
14. Jahresergebnis	**77.777,51 €**	**79.453,56 €**

5 Eigenbetriebe

5.1 Eigenbetrieb „Kliniken des Landkreises Kassel"

Sitz	Liebenauer Str. 1 34369 Hofgeismar Tel: 0561/1003 1608 Fax: 0561/1003 1600 E-Mail: Klaus-Herrmann@landkreiskassel.de
Gründungsdatum	01.07.2003
Gesellschaftszweck	o Der Eigenbetrieb „Kliniken des Landkreises Kassel" stellt der „Gemeinnützigen GmbH für Soziales und Kultur", diese wiederum der „Kreiskliniken Kassel GmbH (KKK)" die im Rahmen des Krankenhausplanes des Landes Hessen für die patienten- und bedarfsgerechten Krankenversorgung der Bevölkerung notwendigen Grundstücksflächen und Gebäude für die Klinikstandorte Helmarshausen, Hofgeismar und Wolfhagen zur Verfügung. o Der Eigenbetrieb „Kliniken des Landkreises Kassel" verwaltet die Liegenschaften (Ein- und Mehrfamilienhäuser) an den Standorten Helmarshausen, Hofgeismar und Wolfhagen, sowie die Klinikgebäude im Rahmen des Nießbrauchvertrages. o Der Eigenbetrieb kann alle den Betriebszweck fördernden und sie wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.
Handelsregister	./.
Stammkapital	250.000,00 €
Name des Trägers	Landkreis Kassel
Betriebskommission	*Mitglieder Kreisausschuss:* *(nach den Wahlen)* LR Uwe Schmidt — LR Uwe Schmidt Otto Nüdling — Jutta Rüddenklau Wilfried Wehnes — Wilfried Wehnes Maria Luise Niemetz — Christian Strube *Mitglieder Kreistag:* Marianne Freitag-Thiele — Marianne Freitag-Thiele Aline-Britt Westphal — Burkhard Finke Joachim Ewers — Hartmut Lind Friedhelm Becker — Friedhelm Becker Elisabeth Theis — Dr. Stephanie Knoche *Sachkundige Bürger:* Günter Burghardt — Günter Burghardt Volker Reitze — Annemarie Feuring

Betriebsleiter	Dipl.-Betriebswirt Klaus Herrmann
Abschlussprüfer	Wirtschaftsprüfungsgesellschaft QS Treuhand GmbH, Göttingen
Gewinn-/Verlustzuweisung	Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.260,75 € wird mit dem vorhandenen Verlustvortrag saldiert.

Lagebericht

Rechtliche Grundlagen zum gemeinnützigen Eigenbetrieb

Die Kliniken des Landkreises Kassel gemeinnützige GmbH hat mit Wirkung zum 01.07.2003 die zum Krankenhausbetrieb des Eigenbetriebes Kliniken des Landkreises Kassel gehörenden Betriebsteile gemäß § 1 Betriebsüberleitungsvertrag übernommen. Mit dem Betriebsübergang sind die zum Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte nicht auf die neue Gesellschaft mit übertragen worden. Diese kann die Krankenhausbetriebsgebäude dinglich nutzen. Der Bestand an beweglichem Anlagen und nahezu alle Einrichtungen und Ausstattungen sind zum 01.07.2003 im Rahmen der Betriebsübertragung auf die neue Gesellschaft übergegangen.

Mit Wirkung zum 01. Januar 2005 wurden die Krankenhausbetriebe an den Standorten Hofgeismar, Wolfhagen und Helmarshausen im Rahmen eines Asset-Deal von der Kliniken des Landkreises Kassel gGmbH (umfirmiert in Gemeinnützige GmbH für Soziales und Kultur im Landkreis Kassel; kurz SoKu gGmbH) an die Kreiskliniken Kassel GmbH veräußert.

Durch Vertrag zur Einräumung eines Nießbrauchs wurde ab 01. Januar 2005 vom Eigenbetrieb das Nießbrauchrecht an den im Vertrag aufgeführten Grundstücken in Hofgeismar, Wolfhagen und Helmarshausen auf Dauer bestellt und der SoKu gGmbH unentgeltlich gewährt zur Überlassung der Ausübung an die Kreiskliniken Kassel GmbH. Von dem Nießbrauchnehmer wird ein jährlicher Nießbrauchzins in Höhe von 65.500,00 € an die SoKu gGmbH gezahlt. Zum 31.12.2014 erfolgte für die Klinik Helmarshausen die Rückabwicklung aus dem Nießbrauchvertrag, sodass diese Klinik wieder vollständig vom Eigenbetrieb zu verwalten ist. Die Höhe des Nießbrauchszins änderte sich durch diesen Übergang nicht.

Die Betriebskommission des Eigenbetriebs tagte im Geschäftsjahr 2016 einmal und zwar am 14. September 2016. Sie beschloss bzw. beriet u.a. die Zwischenabschlüsse, den Wirtschaftsplan 2017, den Jahresabschluss 2015, die Weiternutzung des Krankenhausgebäudes in Helmarshausen und informierte sich über die Liegenschaften.

Eigenbetriebsstruktur

Zu dem Eigenbetrieb gehören neben den 3 Krankenhausgebäuden mit diversen Nebengebäuden in Hofgeismar, Wolfhagen und Helmarshausen noch insgesamt 8 weitere Gebäude, einige Garagen sowie unbebaute Grundstücke. In den weiteren 8 Gebäuden sind 3 große Arztpraxen, 1 Rettungsdienst sowie insgesamt 30 Miet-/Pachtparteien im Rahmen aller üblichen Vermietertätigkeiten zu verwalten und zu betreuen.
Hierzu gehört, ausgenommen die drei Klinikgebäude, die Beschaffung von Energie, das Versicherungs- und komplette Vertragswesen, Angelegenheiten im Rahmen der bestehenden und der neuen Mietverträge, die Nebenkostenabrechnungen und alle weiteren Tätigkeiten einer autonomen Immobilienverwaltung.

Die gesamten Ein- und Ausgaben werden vom Eigenbetrieb eigenständig und unter Nutzung eines autonomen Buchhaltungsprogramms (LEXWARE), geführt und abgebildet. In diesem ist die Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung sowie das gesamte Anlagevermögen, einschließlich der Klinikgebäude seit Baubeginn der Krankenhäuser und die buchhalterische Abwicklung der krankenhausspezifischen Sonderposten aus allen bisher angefallenen Krankhausfinanzierungen der vergangenen Jahrzehnten gem. Krankenhaus Buchführungsverordnung (KHBV) in Verbindung mit dem Krankenhausgesetz (KHG) enthalten und abgebildet.
Des Weiteren sind die besonderen Anforderungen der Kreiskliniken mit zu bearbeiten. Hierzu gehören neben den außerordentlichen Investitionen gem. Nießbrauchvertrag, kleinere Maßnahmen, die im Rahmen der unterjährigen Bauunterhaltung mit erledigt werden. Weiterhin sind aber auch aufkommende Forderungen der Kliniken abzuwägen, welche im Rahmen des Nießbrauchvertrages durch den Eigenbetrieb zu finanzieren wären.

Seit der Trennung des ehemaligen Gesamtbetriebes Krankenhaus und der Immobilienverwaltung (Eigenbetrieb) zum 01.07.2003, hat der Träger des Eigenbetriebes, der Landkreis Kassel, keinerlei finanziellen Mittel für Investitionen, Annuitäten oder Jahresfehlbeträge an den Eigenbetrieb zahlen müssen. Alle angefallenen Jahresverluste wurden durch Gewinne, die meisten aber durch in dem Eigenbetrieb, bei dessen Ausgründung, übertragende Bilanzposten, gedeckt. Auch hat der Träger bisher zu den im Eigenbetrieb verbliebenen Darlehn keine Anteile der jährlichen Zins- und Tilgungslast getragen. Somit sind von dem Eigenbetrieb seit dem 01.07.2003 die gesamten, für alle Darlehn angefallenen Ausgaben für Zins- und Tilgungsleistungen in Höhe von 1.910.787,03 € (bis 31.12.2016), eigenständig finanziert worden.

Jahresergebnis 2016

Aufteilung der Ergebnisse				
	HOG	**WOH**	**HEL**	**Gesamt**
	EUR	EUR	EUR	EUR
gewöhnliches Ergebnis	477,45	27.989,98	-31.728,18	- 3.260,75
außergewöhnliches Ergebnis *	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtjahresergebnis	477,45	27.989,98	-31.728,18	- 3.260,75

* entfällt gem. BilRUG

Der Verlust von T€ 3,3 erklärt sich daraus, dass dem Eigenbetrieb keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen. Aufwendungen aus Tilgungen der dem Eigenbetrieb zugeordneten Darlehn können nicht nur aus den erzielten Mieten finanziert werden; trotz 100%-iger Vermietung! Das Erträge aus gewöhnlicher Betriebstätigkeit (Vermietung und Verpachtung) (T€ 202,8) konnten zwar um 20% gesteigert werden (rd. 33,8 T€ über dem Vorjahresergebnis) und sind ausschließlich dadurch begründet, dass der Eigenbetrieb auch bei einem Mieterwechsel eine nahtlose Wiedervermietung mit geänderten Mietkonditionen erreichen konnte, reichen aber nicht aus, um vor allem die Zinsen und Tilgungen der im Eigenbetrieb vorhandenen alten Darlehn (Krankenhausbau) in Millionenhöhe, die außerordentlichen Maßnahmen in den Kliniken und die Aufwendungen aus eigenfinanzierten Anlagen zu refinanzieren. Sonstige Zuschüsse, Einnahmen von Dritten oder ähnliche Erträge erhält der Eigenbetrieb nicht. Er kann nur seine Mieteinnahmen die Aufwendungen decken. Seit Abspaltung des Eigenbetriebs vom Gesamtkrankenhaus im Jahre 2005 hat der Träger des Eigenbetriebs bisher keinerlei finanzielle Mittel dem Eigenbetrieb zuführen müssen, weder für Zinsen und Tilgungen noch für Jahresverluste.

Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken oder Gebäuden fielen im Berichtsjahr nicht an.

Aus Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der „Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen“ (ehemals: LTH Landestreuhandstelle Hessen) und der Kasseler Sparkasse (T€ 2.827,0) resultierende Zinsaufwendungen (T€ 66,6), Abschreibungen aus den mit Eigenmitteln finanziertem Anlagevermögen (T€ 48,2), sonstige betriebliche Aufwendungen (T€ 50,2) sowie Aufwendungen für Nebenkosten aus den Vermietungsobjekten (einschl. Grundsteuer) von T€ 41,0 denen lediglich Mieterträge (T€ 202,8) sowie Zinserträge aus dem Kontokorrentkonto bei der Kasseler Sparkasse (T€ 0,00) gegenüberstehen, schlagen somit insgesamt ergebnismindernd zu Buche.

Investitionen / Finanzierung

Im Berichtsjahr wurden für die Modernisierungen (außerordentliche Maßnahmen gem. Nießbrauchvertrag) der Standorte Wolfhagen und Hofgeismar keine Mittel investiert.

Für das Wirtschaftsjahre 2017 sind keine außerordentlichen Investitionen geplant.

Vermögenslage

	2016		2015		Veränderung	
Vermögensstruktur						
Sachanlagen	8.213	82,28%	8.592	82,83%	-379,00	-4,41%
Ausgleichsposten nach § 5 Abs. 5 KHBV	1.786	17,89%	1.786	17,22%	0,00	0,00%
Langfristig gebundenes Vermögen	9.999	100,17%	10.378	100,05%	-379,00	-3,65%
Vorräte	0	0,00%	3	0,03%	-3,00	-100,00%
Forderungen / sonst. Vermögensgegenstände	25	0,25%	29	0,28%	-4,00	-13,79%
Kurzfristig gebundenes Vermögen	25	0,25%	32	0,31%	-7,00	-21,88%
Liquide Mittel	-42	-0,42%	-37	-0,36%	-5,00	13,51%
	9.982	100,0%	10.373	100,0%	-391,00	-3,77%
Kapitalstruktur						
Gezeichnetes Kapital	250	2,50%	250	2,41%	0,00	0,00%
Kapitalrücklage	67	0,67%	67	0,65%	0,00	0,00%
Gewinnrücklage	0		0			
Gewinn- / Verlustvortrag	-39	-0,39%	-13	-0,13%	-26,00	200,00%
Jahresergebnis	-3	-0,03%	-26	-0,25%	23,00	0,00%
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	6.647	66,58%	6.953	67,04%	-306,00	-4,40%
Eigenkapital / Sonderposten	6.922	69,34%	7.231	69,72%	-309,00	-4,27%
Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit > 5 J.	2.522	25,26%	2.578	24,86%	-56,00	-2,17%
Langfristiges Fremdkapital	2.522	25,26%	2.578	24,86%	-56,00	-2,17%
Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit 1- 5 J.	246	2,46%	251	2,42%	-5,00	-1,99%
Mittelfristiges Fremdkapital	246	2,46%	251	2,42%	-5,00	-1,99%
Sonstige Rückstellungen	6	0,06%	6	0,06%	0,00	0,00%
Ausgleichsposten aus Darlehnsförderung	206	2,06%	231	2,23%	-25,00	-10,82%
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	81	0,81%	75	0,72%	6,00	8,00%
Kurzfristiges Fremdkapital	293	2,93%	312	3,01%	-19,00	-6,09%
	9.983	100,00%	10.372	100,00%	-389,00	-3,75%

Entwicklung des Eigenkapitals

	01.01.2016	Verrechnung	Zuführung	31.12.2016
	€	€	€	€
Gezeichnetes Kapital	250.000,00	0,00	0,00	250.000,00
Kapitalrücklage	67.062,56	0,00	0,00	67.062,56
Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Verlustvortrag	-12.884,66	0,00	-26.131,71	-39.016,37
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresfehlbetrag	-26.131,71	26.131,71	-3.260,75	-3.260,75
	278.046,19	26.131,71	-22.870,96	274.785,44

Entwicklung der Rückstellungen

	01.01.2016	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.12.2016
	€	€	€	€	€
Prüfungs- und Beratungskosten	4.700,00	4.700,00	0,00	4.700,00	4.700,00
Aufbewahrungsverpflichtungen	1.500,00	0,00	0,00	0,00	1.500,00
	6.200,00	4.700,00	0,00	4.700,00	6.200,00

Personal und Personalaufwand

Für den Eigenbetrieb ist bis auf den Betriebsleiter, kein weiteres, beschäftigtes Personal tätig.

Risikomanagementsystem

Ein Risikomanagementsystem ist bei der überschaubaren Geschäftsaktivität nicht erforderlich.

Zusammenfassender Ausblick – Chancen und Risiken -

Für 2017 wird ein ähnliches Jahresergebnis aus allgemeiner Tätigkeit wie 2016 erwartet. Dies ist dadurch bedingt, dass nicht abzusehen ist, inwieweit alle im Eigenbetrieb anfallenden Kosten über zusätzliche Einnahmen gedeckt oder zumindest teilweise gedeckt werden könnten.
Durch den jederzeit möglichen weiteren Anfall außergewöhnlicher Instandhaltungen innerhalb der Kreiskliniken Kassel GmbH, für die der Eigenbetrieb keine Gegen- oder Mitfinanzierung aufweisen kann, könnte sich das Jahresergebnis sogar noch verschlechtern.

Das lange Zeit vom DRK als Rettungswache in Helmarshausen genutzte Gebäude, die ehemaligen Bereitschaftsräume und die ehemaligen Büros eines ambulanten Pflegedienstes auf dem Gelände des Krankenhauses konnten mit geringem Aufwand zu Wohnungen umfunktioniert werden und stehen nunmehr dem Landkreis Kassel als Unterkünfte für Flüchtlinge zur Verfügung.
Die hieraus resultierenden Einnahmen verbessern auch die kommenden Jahre das Jahresergebnis des Eigenbetriebs.

Zwar konnten die ehemaligen Verwaltungsbüros in Wolfhagen, welche von der KKK zum 31.12.2014 gekündigt wurden, da für die Verwaltung die ehemalige gynäkologische Station zu Büros umgebaut wurden, wieder verpachtet werden, dies allerdings nur mit deutlichen Abschlägen zu den bisherigen Erträgen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt deutlich, dass im Eigenbetrieb dauerhaft Kosten, vor allem aus dem Bereich „Krankenhaus“, ohne adäquate Gegenfinanzierung, anfallen. Diese eigentlichen Subventionen des Krankenhausbetriebs belasten das Jahresergebnis des Eigenbetriebes entscheidend.

Aus dem Bereich **„Wohnungen“** werden weiterhin erhebliche Überschüsse erzielt. Mit diesen kann der Großteil der Finanzkosten (Zinsen und Tilgung) für die im Eigenbetrieb verbliebenen, alten Darlehn von vor 2005 für Baukosten für Klinikinvestitionen, gedeckt werden.
Seit der Trennung des Eigenbetriebs „Krankenhäuser“ in die Kliniken GmbH und den Eigenbetrieb der Liegenschaften, sind die im Eigenbetrieb „Kliniken des Landkreises Kassel“ entstandenen Verluste jeweils aus Eigenmittel des Eigenbetriebs gedeckt worden. Der Haushalt des Landkreises wurde seit 2005 (Eigenbetrieb), aber auch davor, nicht in Anspruch genommen.
Nicht außer Acht zu lassen ist, dass der Eigenbetrieb allein für die Tilgung (ohne Zinsen) der Darlehn im Berichtsjahr 62.016,40 € finanzieren musste. Dieser Posten wird, da es sich um einen sog. Passiv-Aktivtausch handelt, nur teilweise in der G&V und somit nicht im vollständigen Jahresergebnis, abgebildet, verschlechtert aber erheblich die Liquidität des Eigenbetriebs.

2016

s	Im Eigenbetrieb verbliebene Darlehn:	**Stand 31.12.16**	Zinsen /a	Tilgung /a
u	Landestreuhandstelle WOH HELA	21.857,48	258,05	763,31
a	Kasseler Sparkasse (Investdarlehn 6082249278)	275.342,05	9.371,58	5.694,42
h	WL Bank			
	Darlehn 039 839 38 00 *	0,00	0,00	0,00
n	Kasseler Sparkasse (Investdarlehn 6082285122)	2.529.780,65	56.934,13	55.558,67
e	S u m m e n:	2.826.980,18	66.563,76	62.016,40
k	Jährlicher Aufwand aus den Darlehen der Kliniken:		**128.580,16**	
n	Jährliche Abschreibungen:	378.754,00		
a	Erträge aus der Auflösung von SOPO´s:	330.507,00		
r	Jährliche Abschreibungen o h n e Gegenfinanzierung :		48.247,00	
K	Jährlicher Aufwand für den Eigenbetrieb ohne Gegenfinanzierung(Nießbrauch; Miete; etc):		**176.827,16**	
			==========	
*****	**********			
.	Jährliche Wertschöpfung aus Mieteinnahmen (incl. N K):	202.822,69		
e	Jährliche Wertschöpfung aus Zinserträgen:	0,00		
n	**S U M M E der Wertschöpfung:**		**202.822,69**	
g	Jährliche Energiekosten (NK):	39.032,04		
E	Jährlicher Verwaltungsbedarf (meist N K) :	11.429,39		
n	Jährliche Instandhaltungen :	27.725,25		
g	Jährliche Steuern + Versicherungen (N K) :	13.763,82		
u	S U M M E der Ausgaben (NK = Nebenkosten) erstatten Mieter :		**91.950,50**	
h	S U M M E der Wertschöpfung – abzüglich Kosten (Überschuss aus Vermietung):		**110.872,19**	
W			==========	
*****	**********			
	Betrag aus Wertschöpfung und "ungedeckten Kosten Krankenhaus" :		**-65.954,97**	
	jährlich unvermeidbarer Buchverlust (Mindestverlust)			
*****	**********			
	Aufwand der **k e i n e n** Geldfluss zur Folge hat:			
	Die Abschreibungen aus eigenfinanzierten Aufwendungen:	***48.247,00***		
	"SowieSo-Kosten" auch ohne Eigenbetrieb (Zinsen und Tilgung der Darlehn):		**128.580,16**	
	tatsächlicher Aufwand aus Darlehn :			**17.707,97**
*****	**********			
	Gesamtausgaben aus Annuität und Summe der Ausgaben:		220.530,66	
	Maximal jährliche Gesamteinnahmen aus Miete + Zinsen:		202.822,69	
	Jährliche Liquiditätsabfluss aus Eigenbetrieb:			**-17.707,97**
*****	**********			

Sachverhalte von besonderer Bedeutung

Wie oben bereits dargestellt, könnten Weiterbelastungen der Kreiskliniken Kassel GmbH für die Verauslagung von außergewöhnlichen Instandhaltungsaufwendungen für diverse Projekte erfolgen. Diese wurden bisher nicht immer zeitnah und entsprechend des abgesprochenen Verfahrens kommuniziert. Ein möglicher Umfang hieraus resultierender Belastungen, kann daher nicht kalkuliert werden.

Die GNH hat das kleine Krankenhaus in Helmarshausen aufgegeben und nicht weiter betreiben. Somit ist diese Immobilie zurück in die Verwertung durch den Eigenbetrieb gefallen. Es ist gelungen nahtlos zum 01.01.2015 einen Pächter für den gesamten Komplex zu finden. Dennoch ist es weiterhin nicht endgültig abzuschätzen, welche Kosten durch den Eigenbetrieb durch diese Verpachtung zu tragen sind. Die aus dem neuen Pachtvertrag vereinbarten monatlichen Pachtzahlungen erhält die gemeinnützige GmbH für Soziales und Kultur, nicht der Eigenbetrieb „Kliniken des Landkreises Kassel“.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich nach dem Bilanzstichtag ereignet haben, sind nicht eingetreten.

Hofgeismar, den 13. April 2016

Klaus Herrmann
Dipl. Betriebswirt
Betriebsleiter

Schlussbilanz 2016

Aktiva	Kliniken des Landkreises Kassel (Eigenbetrieb)	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	8.212.968,69 €	8.591.722,69 €
Umlaufvermögen	25.339,68 €	31.765,12 €
Ausgleichsposten nach dem KHG	1.786.054,24 €	1.786.054,24 €
Summe Aktiva	**10.024.362,61 €**	**10.409.542,05 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	274.785,44 €	278.046,19 €
Sonderposten aus Zuwendungen	6.647.198,00 €	6.952.751,00 €
Rückstellungen	6.200,00 €	6.200,00 €
Verbindlichkeiten	2.890.004,17 €	2.941.415,86 €
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	206.175,00 €	231.129,00 €
Summe Passiva	**10.024.362,61 €**	**10.409.542,05 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Kliniken des Landkreises Kassel (Eigenbetrieb)		
	2016	Vorjahr
1. Sonstige betriebliche Erträge	202.822,69 €	169.003,69 €
2. Materialaufwand	-39.032,04 €	-35.160,93 €
3. Erträge Erstellung Ausgleichsposten	0,00 €	0,00 €
4. Erträge Auflösung Sonderposten	305.553,00 €	305.553,00 €
5. Erträge Auflösung Ausgleichsposten	24.954,00 €	24.954,00 €
6. Abschreibungen auf Vermögensgegenstände	-378.754,00 €	-378.845,00 €
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-50.225,55 €	-40.353,45 €
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	4,37 €
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-66.632,10 €	-67.986,64 €
10. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €
11. Sonstige Steuern	-1.946,75 €	-3.300,75 €
12. Jahresergebnis	**-3.260,75 €**	**-26.131,71 €**

5.2 Abfallentsorgung Kreis Kassel

Sitz	Wilhelmshöher Allee 19 - 21 34117 Kassel Tel: 0561/1003-1150 Fax: 0561/1003-1152 E-Mail: info@kreiskassel.de	
Gründungsdatum	01.01.1994	
Betriebsleiter	Uwe Pietsch Jörg Hezel	 (stellv. Betriebsleiter)
Betriebskommission (Stand 31.12.2016)	*Vertreter*	*Stellvertreter*
	Susanne Selbert, Erste Kreisbeigeordnete	
	Christa Oehler, Kreisbeigeordnete, Immenhausen	Christian Strube, Kreisbeigeordneter, Kaufungen
	Heidrun Gottschalk, Kreisbeigeordnete, Fuldatal	Matthias Berghaus, Kreisbeigeordneter, Baunatal
	Burkhard Schneider von Lepel, Kreisbeigeordneter, Trendelburg	Jutta Rüddenklau, Kreisbeigeordnete, Liebenau
	Vertreter des Kreistages	
	Dirk Stochla, Vellmar	Marianne Freitag-Thiele, Hofgeismar
	Jürgen Noll, Oberweser	Sebastian Keese, Wahlsburg
	Hans-Hilmar von der Malsburg, Wolfhagen	Stefanie Weinert, Zierenberg
	Erich Schaumburg, Niestetal	Frank Hellwig, Fuldatal
	Helmut von Zech, Zierenberg	Björn Sänger, Kassel
	Vertreter wirtsch./techn. bes. erfahrener Personen	
	Helga Heinemann, Fuldatal	Dietrich Groos, Ahnatal
	Bgm. Uwe Jäger, Lohfelden	Bgm. Jörg-Otto Quentin, Lippoldsberg
	Vertreter Personalrat	
	Raphael Palme, Espenau	Marco Dettmar, Reinhardshagen
	Kenan Yilmaz, Kassel	Augusto Perez-Garcia, Hofgeismar
Stammkapital	1.533.875,64 €	
Rechtliche und wirtschaftliche Daten	Rechtsform: Eigenbetrieb	
Abschlussprüfer	Strecker, Berger + Partner mbB, Kassel	
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine	
Anzahl der Beschäftigten	113 Mitarbeiter	

Lagebericht 2016 (Kurzfassung)

I. Grundlagen des Eigenbetriebes

1. Allgemeines

Die Abfallentsorgung Kreis Kassel führt nach der Betriebssatzung die Abfallentsorgung für das Gebiet des Landkreises Kassel durch. Dazu gehört das Errichten, Betreiben, Ausbauen, Instandsetzen und Erneuern von Abfallentsorgungs- und Verwertungsanlagen.

Darüber hinaus haben die 29 kreisangehörigen Städte und Gemeinden des Landkreises Kassel die ihnen durch das Hessische Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zugewiesene Aufgabe der Abfalleinsammlung dem Eigenbetrieb Abfallentsorgung übertragen. In den Städten und Gemeinden Karlshafen, Wahlsburg, Oberweser, Trendelburg, Hofgeismar, Liebenau, Grebenstein, Reinhardshagen, Immenhausen, Calden, Espenau und Vellmar führt der Eigenbetrieb die Einsammlung und den Transport der Abfälle mit eigenen Mitarbeitern und Fahrzeugen durch. In diesen Städten und Gemeinden leben rund 35 % der Bürgerinnen und Bürger. Für die übrigen 17 Städte und Gemeinden ist ein Privatunternehmen mit der Einsammlung beauftragt.

Seit dem 01.07.2000 führt der Eigenbetrieb die kreisweite Einsammlung des Sperrmülls selbst durch. Mit Beschluss der Betriebskommission vom 14.04.2016 führt der Eigenbetrieb auch die kreisweite Einsammlung des Altpapiers ab 01.01.2018 mit eigenen Mitarbeitern durch.

Ferner obliegt dem Landkreis Kassel die Satzungs- und Gebührenhoheit für den Bereich von 25 kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Die Abfallentsorgung Kreis Kassel hatte zum 01.01.2005 eine Gebührenanpassung vorgenommen. Über einen Zeitraum von 7 Jahren konnten die Gebühren stabil gehalten werden. Aufgrund von Kostenreduzierungen und eines weiterhin positiv einzuschätzenden Verwertungsmarktes ist der Eigenbetrieb in der Lage gewesen, die Restabfall-Behältergebühren zu senken. Der Kreistag hat daher am 02.11.2011 beschlossen, die Gebühren zum 01.01.2012 um durchschnittlich 13,65% zu reduzieren. Im Rahmen der Neuberechnung wurde eine Änderung vom bisherigen linearen Verlauf der Gebühren auf nun degressiven Verlauf vorgenommen.

Über einen Zeitraum von fünf Jahren konnten die Gebühren anschließend stabil gehalten werden. Die allgemeine Kostensteigerung wurde in diesem Zeitraum durch verschiedene Konsolidierungsmaßnahmen nicht nur ausgeglichen, sondern es konnten sogar Überschüsse erwirtschaftet werden, so dass eine weitere Gebührensenkung zum 01.01.2017 vorgenommen werden konnte. Im Mittel beläuft sich diese erneute Gebührensenkung auf 3,23%.

2. Statistische und wirtschaftliche Daten

2.1 Restabfall/Gewerbeabfall

Im Jahr 2016 wurden 35.906 t (Vj. 36.606 t) Restabfälle gesammelt. Diese wurden in Hofgeismar und Lohfelden umgeschlagen und einer Verwertung zugeführt. Zudem wurden 9.896 t gewerbliche Abfälle auf dem Entsorgungszentrum „Kirschenplantage“ angeliefert, umgeschlagen und ebenfalls einer Verwertung zugeführt.

2.2 Biokompostierung im Landkreis Kassel

In diesem Jahr verzeichnet der Betrieb im Bereich der Bioabfallverwertung (Abfälle aus der Biotonne) im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung der Sammelmenge. Insgesamt wurden an organischen Abfällen im Jahr 2016 53.285 t verwertet, im Jahr 2015 waren es 52.573 t. Davon wurden in 2016 9.593 t einer externen Verwertung zugeführt.

2.3 Sammlung und Verwertung von Sperrmüll und metallischem Sperrmüll

Im Bereich des Sperrmülls ist die Menge von 7.398 t in 2015 auf 7.118 t in 2016 gefallen.

Bei der Sammelmenge des metallischen Sperrmülls incl. E-Geräte mit 1.911 t in 2015 ist eine Steigerung um 186 t auf 2.097 t in 2016 zu verzeichnen.

2.4 Sonderabfall - Kleinmengensammlung

In dem Bereich der mobilen und stationären Sammlung von Sonderabfall-Kleinmengen ist die Sammelmenge zum Vorjahr um 8 t gestiegen. Im Jahr 2016 wurden 106 t Sonderabfälle abgegeben.

2.5 Verwertung von Altpapier

Insgesamt wurden in 2016 19.501 t Altpapier eingesammelt. Im Vorjahr waren es 19.854 t. Ohne die DSD-Mengen wurden in 2016 16.088 t und in 2015 16.379 t verwertet.

3. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2016 schloss mit einem Jahresgewinn in Höhe von € 1.010.646,35.

Bei den Umsatzerlösen sind insbesondere Mehreinnahmen bei den Anlieferungen auf der Deponie Hofgeismar zu verzeichnen. Weiterhin sind die Erlöse bei den Verkäufen von Papier und Biogas gestiegen.

Der Mehraufwand bei den Personalkosten ergibt sich auf Grund der tariflichen Stufensteigerungen und den allgemeinen Tariferhöhungen nach TVöD.

Bei den Abschreibungen wirkt sich die zusätzliche Abschreibung der Festwerte, die auf vier Jahre erstmalig in 2016 angewandt wurde, aus.

4. Personal und Sozialbereich

Entsprechend der Stellenübersicht des Eigenbetriebes waren der Einrichtung 113 Planstellen für Angestellte und Arbeiter zugeordnet. Die tatsächliche Besetzung lag im Durchschnitt bei diesen 113 Stellen.

Bei den aktuell veranschlagten und für die Rückstellungsbildung maßgeblichen Nachsorge- und Rekultivierungskosten können – je nach Abfallzusammensetzung und Deponieabdichtungs-system – künftige Erkenntnisse über Gas- und Sickerwasserpotentiale Anpassungen erforderlich machen.

5. Ausblick auf das kommende Geschäftsjahr

5.1 Abfallmengenentwicklung im Landkreis Kassel

Die gesamte Abfallmenge ist insgesamt gegenüber dem Vorjahr um fast 10.000 t gestiegen. Verantwortlich dafür sind vor allem größere Mengen an Bodenaushub, Holz und an Bioabfällen. Langjährig betrachtet verändert sich die Gesamtabfallmenge der Privathaushalte nur gering. Wie in den vergangenen Jahren wird bei Gewerbeabfällen durch flexible, marktorientierte Angebote und durch die Zuweisung von Pflichtrestmülltonnen für Gewerbebetriebe gemäß Gewerbeabfallverordnung einem Rückgang der Abfallmenge entgegengewirkt. Diese Maßnahmen werden auch in den kommenden Wirtschaftsjahren fortgeführt.

5.2 Zertifizierung/Validierung

Nachdem erstmals im Jahre 2000 die Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb und im Jahre 2001 die Validierung des Standortes „Kirschenplantage“ nach EU-Umwelt Audit-Verordnung, kurz „Öko-Audit“ genannt, erfolgreich abgeschlossen wurde, ist im Jahre 2016 die erneute Rezertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb und die vorgeschriebene Revalidierung nach EMAS III durchgeführt worden.
Auch zukünftig soll hiermit dokumentiert werden, dass Umweltschutz und Ressourcenschonung wichtige innerbetriebliche Unternehmensziele der Abfallentsorgung sind.

5.3 Restabfallkonzeption und weiterer Betrieb der Deponie „Kirschenplantage“

In ihrer Sitzung vom 27.10.2008 haben die Landkreise Kassel und Fulda aufgrund ihrer gemeinsamen EU-weiten Ausschreibung den Zuschlag zur Verwertung der Restabfälle der Fa. Bohn erteilt. Die Beauftragung läuft ab dem 01.06.2009 und wurde zwischenzeitlich bis zum 31.05.2019 verlängert.

Neben der Restabfallbehandlungskonzeption bleibt jedoch die Deponie „Kirschenplantage“ ein ganz wesentlicher Baustein der Abfallwirtschaft im Landkreis Kassel.
Inerte Abfälle aus Stadt und Landkreis Kassel sowie dem Raum Nordhessen, z. B. belastete Böden und belasteter Bauschutt werden auch in Zukunft einer Deponierung zugeführt. Ferner wird die Deponie stets eine sinnvolle Ergänzung bei Störungen und Wartungen einer Restabfallbehandlungsanlage darstellen.

Der Eigenbetrieb verfügt zur Ergänzung der Restabfallkonzeption über ein sog. Langzeitzwischenlager. Dieses wurde am 29.05.2006 genehmigt. Mit Bescheid vom 30.07.2009 wurde das Zwischenlager unbefristet für eine Kapazität von 75.000 Tonnen genehmigt. Damit soll mittelfristig und langfristig eine hohe Flexibilität bei der Restabfallkonzeption gewährleistet werden.

5.4 Konzeption für die Verwertung von Papier, Pappen und Kartonagen

Auf Grund einer EU-weiten Ausschreibung ist die Verwertung von Papier, Pappen und Kartonagen aus der kommunalen Sammlung des Landkreises Kassel ab dem 01.01.2016 an die Bietergemeinschaft Papier Landkreis Kassel vergeben worden. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2017.

5.5 Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Da ein lange diskutiertes Wertstoffgesetz nicht zustande gekommen ist und stattdessen ein moderates Verpackungsgesetz verabschiedet wurde, ist in den folgenden Jahren nicht mit einer verpflichtenden zusätzlichen Wertstofftonne zu rechnen.

Die Marktentwicklung des Abfallsektors wird vom Eigenbetrieb ständig beobachtet. Insbesondere für das in den letzten Jahren entwickelte Stoffstrommanagement ist dies von besonderer Bedeutung. Damit konnten und werden Abfallströme wirtschaftlich und marktgerecht einer Verwertung zugeführt.

Bedingt durch das positive Ausschreibungsergebnis bei der Verwertung der Restabfälle, ist der Eigenbetrieb finanziell in einer guten Lage. Zinsrisiken sind aufgrund der langfristigen Finanzierungen derzeit nicht erkennbar.

Ziel des Eigenbetriebes ist es, die Gebühren weiterhin stabil zu halten. Für das Jahr 2017 wird mit einer Gebühreneinnahme von rund € 21,1 Mio. kalkuliert.

Nach derzeitiger Prognose wird das Ergebnis für das Jahr 2017 gegenüber 2016 deutlich sinken, jedoch nicht negativ werden.

Schlussbilanz 2016

Aktiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	30.454.407,18 €	28.272.928,84 €
Umlaufvermögen	5.210.869,68 €	5.095.174,41 €
Rechnungsabgrenzungsposten	8.505,86 €	823.360,76 €
Summe Aktiva	**35.673.782,72 €**	**34.191.464,01 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	7.523.572,25 €	6.572.925,90 €
Sonderposten für Investitionszuschüsse	134.023,00 €	143.478,00 €
Rückstellungen	7.686.893,26 €	7.464.288,69 €
Verbindlichkeiten	20.329.294,21 €	20.010.771,42 €
Summe Passiva		**34.191.464,01 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Abfallentsorgung Kreis Kassel -Eigenbetrieb-		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	27.872.324,71 €	25.243.880,52 €
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-46.576,69 €	35.597,49 €
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €
4. Sonstige betriebliche Erträge	345.696,95 €	1.478.120,11 €
5. Materialaufwand	-14.386.372,63 €	-9.925.833,51 €
6. Personalaufwand	-7.279.130,53 €	-6.880.080,06 €
7. Abschreibungen	-3.587.816,80 €	-3.124.163,86 €
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.332.354,42 €	-5.514.948,68 €
9. Erträge aus Beteiligungen	100,31 €	209,08 €
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.049,72 €	6.988,48 €
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-536.398,08 €	-570.721,04 €
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €
14. Sonstige Steuern	-43.876,19 €	-49.330,27 €
15. Jahresergebnis	**1.010.646,35 €**	**699.718,26 €**

5.3 Jugend- und Freizeiteinrichtungen

Sitz	Wilhelmshöher Allee 19 - 21 34117 Kassel Tel: 0561/1003-1153 Fax: 0561/1003-1152 E-Mail: info@jufkk.de Internet: www.jufkk.de
Gründungsdatum	01.01.1990
Rechtsform	Eigenbetrieb
Organe des Unternehmens	*Betriebskommission* Erste Kreisbeigeordnete Susanne Selbert (Vorsitzende) *Mitglieder Kreisausschuss* / *Stellvertreter* Christa Oehler, Immenhausen / Uta Erdmann, Söhrewald Wilfried Wehnes, Bad Emstal / Heidrun Gottschalk, Fuldatal Arno Meißner, Fuldabrück / Jutta Rüddenklau, Liebenau *Mitglieder Kreistag* / *Stellvertreter* Bgm. Edgar Paul, Nieste / Marianne Freitag-Thiele, Hofgeismar Frank Nikutta, Hofgeismar / Christiane Nickel, Vellmar Andreas Mock, Baunatal / Anna-Lena Habel, Wolfhagen Susanne Regier, Vellmar / Edmund Borschel, Baunatal Albert Kauffeld, Reinhardshagen / Dr. Bärbel Mlasowsky, Zierenberg *Vertreter wirtschaft./tech. bes. erfahrene Personen* / *Stellvertreter* Willi Röhn, Bad Emstal / Roland Tölle, Vellmar Jürgen Voss, Kassel / Jutta Wandrey, Breuna *Vertreter Personalrat* / *Stellvertreter* Burkhard Wilhelm, Hofgeismar / Beate Heckmann, Fuldatal Klaus Wissemann, Fritzlar / Gabriele Petersen, Immenhausen
Stammkapital	3.000.000,00 €
Betriebsleitung	Uwe Pietsch Angela Webering (stellv. Betriebsleiterin)
Abschlussprüfer	Strecker, Berger + Partner mbB, Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine
Anzahl der Beschäftigten	58 Mitarbeiter

Lagebericht (Kurzform)

1. Grundlagen des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen bietet insbesondere Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen, die Möglichkeit zu Erholungs-, Freizeit- und Bildungsaufenthalten. Die dafür notwendigen Einrichtungen werden durch den Betrieb zur Verfügung gestellt. Gemäß der Betriebssatzung umfasst der Betriebszweck ferner, die Beteiligungen an der EAM in Kassel sicherzustellen.

Nach wie vor betreibt der Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen das Jugendseeheim Kreis Kassel auf Sylt, das Haus Panorama in Schönau am Königssee sowie die Jugendburg/Sportbildungsstätte Sensenstein bei Nieste.

Entsprechend der Kreistagsbeschlussfassung vom 13./14.12.2001 wurde darüber hinaus der Tierpark Sababurg zum 01.01.2002 in den Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen eingegliedert, da auch diese Einrichtung des Landkreises Erholungs-, Freizeit- und Bildungszwecken dient.

Der Aus- und Fortbildungsverbund im Landkreis Kassel e.V. (AuF) wurde im Jahr 2005 aufgelöst. Die Satzung des AuF sah in § 2 Abs. 2 vor, dass bei Auflösung des Vereins das Vermögen dem Landkreis Kassel zufällt. Durch Beschluss des Kreistages vom 30.09.2005 wurde der Vermögensübernahme zugestimmt und dieses dem Sondervermögen des Eigenbetriebes zugewiesen. Aus diesem Vermögen wurde das Wasserschloss Wülmersen in Trendelburg in den Eigenbetrieb überführt und seitdem als Gruppenunterkunft mit Zeltplatz und Landmuseum weiter betrieben.

Die Betriebsleitung obliegt Herrn Verwaltungsdirektor Uwe Pietsch.

Seit Ende 2002 ist der Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen mit einer eigenen Web-site unter www.freizeiteinrichtungen-kreiskassel.de im Internet vertreten. Auch mit der Internet-Adresse www.jufkk.de gelangt man zum Internet-Auftritt.

2. Teilnehmerentgelte/Eintrittsgelder

Die Teilnehmerentgelte und Eintrittsgelder 2016 konnten weiterhin gegenüber den Vorjahren gesteigert werden.

Der Tierpark Sababurg hat seit dem Jahr 2008 immer wieder neue Rekorde an Besucherzahlen und Eintrittsgeldern aufstellen können. Auch für das Jahr 2016 ist es wieder zu einer Steigerung gekommen. So haben sich innerhalb der letzten zehn Jahre die Umsätze mehr als verdreifacht.

3. Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr 2016 schloss mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 658.575,47 €.

Die Steigerung bei den Umsatzerlösen konnte die gestiegenen Personalkosten sowie die Verringerung bei den Finanzerträgen nicht kompensieren.

4. Personal und Personalaufwand des Eigenbetriebes

Entsprechend der Stellenübersicht des Eigenbetriebes waren der Einrichtung 58 Planstellen zugeordnet. Die tatsächliche Besetzung entsprach dem Stellenplan, wobei zu berücksichtigen ist, dass durch den Einsatz von Teilzeitkräften die Zahl der tatsächlich Beschäftigten höher ist als die der Planstellen.

5. Ausblick auf das kommende Geschäftsjahr

5.1 Konzeptionelle Veränderungen

Für den Bereich der Gästehäuser des Eigenbetriebes Jugend- und Freizeiteinrichtungen hat weiterhin die Konzentration auf drei Standorte in Deutschland Bestand. Mit dem Jugendseeheim auf Sylt wird eine Einrichtung an der See, mit dem Haus Panorama eine Einrichtung in den Bergen und mit der Jugendburg/Sportbildungsstätte Sensenstein ein Haus im heimischen Mittelgebirge angeboten.

Darüber hinaus wurde das Wasserschloss Wülmersen als Einrichtung des ehemaligen Aus- und Fortbildungsverbundes des Landkreises Kassel e. V. in die Konzeption des Eigenbetriebes integriert. Das Wasserschloss Wülmersen wird als einfaches Angebot für Selbstversorger mit dem LandMuseum und Café für Tagesausflügler geführt. Weiterhin wird über einen Förderverein in den Sommermonaten ein Kulturprogramm mit Abendveranstaltungen angeboten.

Der Tierpark Sababurg ist eine der größten touristischen Attraktionen Nordhessens. Er wird weiterhin nach dem Konzept „Tiere ohne Grenzen“ umgestaltet. Um den ständig steigenden Besucherzahlen gerecht zu werden, wird im Jahr 2017 der Eingangsbereich komplett umgestaltet.

Diese Ausrichtung auf vier Gästehäuser und den Tierpark Sababurg soll auch für die Zukunft beibehalten werden.

Die gute Auslastung der Gästehäuser ist durch ein attraktives Preis-Leistungsverhältnis, qualifizierten Service und individuelle Angebote für die Gäste zu halten bzw. zu steigern. Mit möglichst geringem Investitionsaufwand sind die Häuser auf zeitgemäßem Standard zu halten. Mögliche Aus- und Umbauten sind auf Ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Eine Herausforderung sind die stetig steigenden Kosten für bauliche Auflagen, insbesondere beim Brand- und Blitzschutz, da diesen Ausgaben keine Einnahmesteigerungen gegenüberstehen.

Die zukünftige Entwicklung der Teilnehmerentgelte bewegt sich weiterhin im Spannungsfeld zwischen marktüblichen Preisen und sozialer Verträglichkeit. Dabei bestimmen familienfreundliche Modelle die Preisgestaltung.

5.2 Jugendseeheim Sylt

Die Neumöblierung der Personalunterkünfte ist im kommenden Jahr geplant.
Am Haus Hooge und am Haus „Kasseler Kogge“ sind Dachsanierungen notwendig.
Für den Speisesaal ist die Anschaffung neuer Stühle vorgesehen.

5.3 Haus Panorama

Um den Schallschutz zu verbessern, ist eine Teilsanierung des Altbaus geplant.

5.4 Jugendburg/Sportbildungsstätte Sensenstein

Für die Küche ist die Anschaffung eines Kombidämpfers und eines Cooking-Centers vorgesehen.

5.5 Wasserschloss Wülmersen

Der Umbau und die Erweiterung des Café- und Kioskbetriebes auf das gesamte Erdgeschoss der Museumsscheune sind im nächsten Jahr vorgesehen. Für diese Maßnahme wurden Fördermittel beantragt.

5.6 Tierpark Sababurg

Im Jahr 2009 wurde im Rahmen der „2. Fortschreibung der Konzeption zum Betrieb der Freizeiteinrichtungen des Landkreises Kassel“ auch die Konzeption des Tierparks Sababurg erstellt. Daraus geht hervor, dass in den letzten Jahren viel in die Attraktivität des Tierparks investiert wurde und eine zielgruppenorientierte Weiterentwicklung vorgesehen ist. Dabei spielt der hautnahe Tierkontakt „ohne Grenzen“ eine große Rolle. Bei der Auswahl neuer Tierarten und der weiteren landschaftsgärtnerischen Gestaltung werden diese Vorgaben und die historische Tradition des Tierparks berücksichtigt. Weiterhin wird auch in Zukunft die artgerechte Haltung mit besonders großzügigen Lebensraumverhältnissen in den Mittelpunkt gestellt. Ferner sollen durch das Info-Zentrum im Tierpark verstärkt Produkte und Artikel aus dem Umfeld des Tierparks vermarktet werden.

Der Eigenbetrieb plant den Eingangsbereich mit Eingangsgebäude neu zu gestalten. Das aus den siebziger Jahren stammende Eingangsgebäude ist für die Abfertigung von über 300.000 Besuchern jährlich nicht mehr geeignet. Daher erarbeitet der Eigenbetrieb derzeit ein Konzept, den Eingangsbereich mit Gebäude kundenfreundlich umzugestalten. Im Jahr 2018 sind die Erweiterung des Luchsgeheges und die Erstellung einer Uhuvoliere geplant. Die Fertigstellung des neuen Eingangsbereiches und des Kiosks ist im Dezember 2017 vorgesehen.

5.7 Zukünftige Finanzierung

Die Geldanlage des Spezialfonds der HELABA-INVEST hat für das Jahr 2016 115.900 Euro an Netto-Zinserträgen erwirtschaftet. Eine Auszahlung der Zinserträge erfolgte im Dezember 2016.

Die Entwicklung des Fonds ist durchweg stabil. Trotz weiterer Unsicherheiten auf dem Finanzmarkt konnten, aufgrund der konservativen Ausrichtung, Zinserträge erzielt werden.

Der Kreistag hat am 05.12.2013 beschlossen, mit den anderen kommunalen Aktionären, die E.ON Mitte AG zu 100 % zu erwerben.

Die Transaktion ist wie folgt durchgeführt worden:

- Die kommunalen Aktionäre haben über verschiedene Vorschalt-GmbHs eine Erwerbsgesellschaft in der Rechtsform einer GmbH & Co.KG (EAM GmbH & Co.KG) erworben und halten im ersten Schritt 100 % an dieser KG.
- Die kommunalen Aktionäre haben ihre bisher gehaltenen Anteile auf die Vorschalt-GmbHs übertragen, die diese wiederum auf die EAM GmbH & Co. KG übertragen haben.

Folge:

Die kommunalen Aktionäre sind über Vorschalt-GmbHs an der Ankaufs-KG (EAM GmbH & Co.KG) mittelbar beteiligt. Die Einnahmen des Betriebes gewerblicher Art „Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen“ bleiben nach den gutachterlichen Berechnungen mindestens in bisheriger Höhe erhalten. Die Zahlungen erfolgen allerdings nicht mehr in Form von Dividenden, sondern als Zinszahlungen/Gewinnausschüttungen.

Der Eigenbetrieb erhält die Zinszahlungen aufgrund der Übertragung der bisherigen Aktien im Wege des Verkaufs zum Verkehrswert unter Stundung der Kaufpreisschuld und gleichzeitiger Umwandlung der Kaufpreisschuld in ein Darlehen. Daher kann der Eigenbetrieb in den kommenden Jahren mit gesicherten Einkünften aus Zinszahlungen rechnen.

Sollten zukünftig Verluste unabwendbar sein, sind sie jedoch über die vorhandene allgemeine Rücklage gedeckt, so dass sich die Ergebnisse des Eigenbetriebes nicht auf die Finanzlage des Kreises auswirken werden.

6. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das Risiko der zukünftigen Entwicklung auf dem Reisemarkt ist weiterhin schwer abschätzbar. Sowohl positive als auch negative Tendenzen können sich auf den Eigenbetrieb auswirken. Dabei spielen die Aspekte des demographischen Wandels und die allgemeine Einkommensentwicklung, aber auch das Risiko von Auslandsreisen eine entscheidende Rolle.

Durch den Investitionszuschuss aus den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe ergaben sich Möglichkeiten, die Attraktivität des Tierparks zu steigern. Der Eigenbetrieb festigt damit die Position des Tierparks als den bedeutendsten touristischen Wirtschaftsfaktor in der Nordspitze Hessens.

Die laufende Entwicklung der Finanzsituation des Eigenbetriebes ist folglich zu beobachten, Einnahmesteigerungsmöglichkeiten und Kostensenkungspotenziale sind weiterhin auszuschöpfen.

Die Geldanlage bei der HELABA-INVEST ist vom Risiko her als gering einzustufen. Jedoch kann durch die rein konventionelle Anlageform auch nicht mit stark steigenden Zinsgewinnen gerechnet werden.

Zinsrisiken sind auf Grund der langfristigen Finanzierungen derzeit nicht erkennbar. Der Fortbestand des Eigenbetriebes ist aus derzeitiger Sicht auf Dauer gewährleistet.

Der Eigenbetrieb rechnet im Jahr 2017 mit Teilnehmerentgelten von ca. Euro 4,6 Mio. und insgesamt mit einem Jahresverlust von ca. Euro 306.000,00.

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Jugend- u. Freizeiteinrichtungen des Landkreises Kassel -Eigenbetrieb-**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	63.893.557,51 €	64.300.380,06 €
Umlaufvermögen	4.245.300,44 €	4.891.270,60 €
Rechnungsabgrenzungsposten	3.910,00 €	5.750,00 €
Summe Aktiva	**68.142.767,95 €**	**69.197.400,66 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	56.730.200,06 €	57.508.775,53 €
Sonderposten für Investitionszuschüsse	3.206.022,53 €	3.410.277,81 €
Rückstellungen	883.033,46 €	1.103.535,33 €
Verbindlichkeiten	7.117.546,90 €	6.975.234,78 €
Rechnungsabgrenzungsposten	205.965,00 €	199.577,21 €
Summe Passiva	**68.142.767,95 €**	**69.197.400,66 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Jugend- u. Freizeiteinrichtungen des Landkreises Kassel -Eigenbetrieb-		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	5.289.708,69 €	4.512.314,30 €
2. Erträge aus Beteiligungen	20.781,77 €	16.482,28 €
3. Sonstige betriebliche Erträge	632.279,18 €	1.116.046,09 €
4. Materialaufwand	-2.322.178,64 €	-1.495.808,60 €
5. Personalaufwand	-3.581.997,56 €	-3.444.202,59 €
6. Abschreibungen	-1.312.464,97 €	-1.324.659,40 €
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-965.265,22 €	-1.727.206,12 €
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	154.327,25 €	448.630,00 €
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-48.022,10 €	-51.462,86 €
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €
11. Sonstige Steuern	-10.417,25 €	-10.283,49 €
12. Erträge aus anderen Wertpapieren u. Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.484.673,38 €	1.484.673,38 €
13. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €
14. Jahresergebnis	**-658.575,47 €**	**-475.477,01 €**

6 Zweckverbände

6.1 Zweckverband Raum Kassel

Sitz	Ständeplatz 13 34117 Kassel Tel: 0561/10970-0 Fax: 0561/10970-35 E-Mail: info@zrk-kassel.de Internet: www.zrk-kassel.de
Gründungsdatum	25.06.1974 (Konstituierung)
Verbandszweck	Der Zweckverband Raum Kassel ist eine Einrichtung der kommunalen Gemeinschaftsarbeit. Er nimmt für seine Mitglieder insbesondere auch die Aufgaben eines Planungsverbandes nach den Vorschriften des Baugesetzbuches wahr, bereitet städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen vor und führt sie durch. Weitere Aufgaben können übertragen werden.
Organe des Verbandes	*Verbandsversammlung* ***(ab Juli 2016)*** Manfred Merz, Kassel, Vorsitzender (SPD) Thomas Ackermann, stellv. Vorsitzender (B90/Die Grünen) Peter Lutze, stellv. Vorsitzender (SPD) Andreas Mock, stellv. Vorsitzender (CDU) *Mitglieder* ***(ab Juli 2016)***

Ackermann, Thomas	B90/Die Grünen
Al Samarraie, Joana	B90/Die Grünen
Aufenanger, Michael	CDU
Bachmann, Erich	SPD
Bienkowski, Mark	Kasseler Linke
Bischoff, Doris	SPD
Blutte, Jürgen	B90/Die Grünen
Boczkowski, Judith	SPD
Borschel, Edmund	B90/Die Grünen
Dreyer, Sven	AfD
Engler, Silke	SPD
Franz, Reiner	CDU
Gimmler, Ursula	CDU
Gottschalk, Heidrun	SPD
Gratzer, Dieter	AfD
Hanke, Peter	SPD
Hartmann, Patrick	SPD
Hellwig, Frank	CDU
Humburg, Sarah	SPD
Jäger, Uwe	SPD
Jochum, Eckhard	Die Linke
Kalb, Dominique	CDU
Keese, Sebastian	SPD
Kieselbach, Wolfram	CDU
Klöver, Siegfried	CDU
Kortmann, Stefan	CDU
Lengemann, Dieter	SPD
Lorscheider-Brinkmann, Alois	B90/Die Grünen
Lutze, Peter	SPD
Mackewitz, Maik	parteilos
Merz, Manfred	SPD
Mlasowsky, Dr. Bärbel	FW

Mock, Andreas	CDU
Müller, Steffen	B90/Die Grünen
Nölke, Matthias	FDP
Petersen, Olaf	FW und Piraten
Richter, Volker	AfD
Rödding, Tobias	SPD
Röttger, Stefan	CDU
Roß, Arnim	SPD
Roß-Stabernack, Stefanie	SPD
Sänger, Klaus-Dieter	FDP
Schaab, Hermann	AfD
Schaumburg, Erich	CDU
Schreiber, Karsten	CDU
Schröder, Bettina	SPD
Schwalm, Jutta	CDU
Siebert, Andreas	SPD
Stöter, Michael	CDU
Strube, Christian	SPD
Szopa, Andreas	Kasseler Linke
Völler, Harry	SPD
Weilbach, Patrick	CDU
Zeidler, Volker	SPD

Verbandsvorstand:
Uwe Schmidt, Landrat
Bertram Hilgen, Oberbürgermeister
Christof Nolda, Stadtrat
Manfred Schaub, Bürgermeister

Verbandsdirektor
Dirk Stochla

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Zweckverband nach dem Hess. Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG), Körperschaft des öffentlichen Rechts (KöR)

Mitglieder
Städte Baunatal, Kassel und Vellmar
Gemeinden Ahnatal, Calden, Fuldabrück, Fuldatal, Kaufungen, Lohfelden, Niestetal und Schauenburg
Landkreis Kassel

Umfang Ergebnishaushalt	2015	2016
in Erträgen		
in Aufwendungen	1.672.850 €	1.715.350 €
Überschuss/Fehlbetrag	1.672.850 €	1.715.350 €
	0 €	0 €
Umfang des Finanzhaushalts		
Saldo Einzahlung/Auszahlung		
Einzahlungen auf Investitionen	19.000 €	19.000 €
Aufzahlungen auf Investitionen	0 €	0 €
Finanzmittel Überschuss	22.500 €	22.500 €
Finanzmittel Bedarf	0 €	0 €
	3.500 €	3.500 €
Schulden am Ende des Hj		
Rücklagen am Ende des Hj.	k.A.	k.A.
Pensionsrücklage	k.A.	k.A.
Höhe der Verbandsumlage	k.A.	k.A.
Umlageanteil des Landkreises	1.605.900 €	1.648.900 €
	ca. 25 %	ca. 25 %

	Es ist eine Bilanz zu führen, aus der die Vermögensverhältnisse zu entnehmen sind. Es liegen die Jahresabschlüsse für 2009 bis 2012 geprüft vor. Für die Jahre 2013 bis 2016 liegen noch keine abschließenden Jahresabschlüsse vor.
Abschlussprüfer	2015 Revision des Landkreises Kassel 2016 Revision des Landkreises Kassel
Anzahl der Beschäftigten	19 Beschäftigte

Lagebericht 2016 (Kurzfassung)

Der Verband nimmt nach der Satzung u. a. die Aufgaben eines Planungsverbandes nach den Regelungen des Baugesetzbuches wahr. Damit ist er für die Entwicklungs-, Flächennutzungs- und Landschaftsplanung der Verbandsmitglieder zuständig, die im Jahr 2011 um die Gemeinde Calden erweitert worden sind.

Gemeinsam die Zukunft der Region Kassel zu gestalten ist das Ziel des Verbandes, wobei

die Organisation für die strategische Abstimmung zwischen den kommunalen Partnern in der Region Kassel und
das Wahrnehmen einer konstruktiven Rolle im Rahmen der Realisierung von Maßnahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

entscheidende Funktionen sind.

Die Aufgaben des Zweckverbandes Raum Kassel im Einzelnen:

- Kommunale Entwicklungsplanung (KEP), insbesondere Steuerung großflächigen Einzelhandels,
- Flächennutzungsplanung (FNP),
- Siedlungsrahmenkonzept (SRK),
- Landschaftsplanung (LP)
- Verkehrsentwicklungsplanung (VEP)
- Güterverkehrszentrum Kassel (GVZ),
- Maßnahmen der interkommunalen Zusammenarbeit in der Region Kassel sowie
- Die Durchführung bzw. Begleitung von Infrastrukturmaßnahmen in der Region Kassel.

Zur Finanzierung der Verbandsleistungen wird eine Umlage gegenüber den Mitgliedern erhoben, die auch leistungsbezogene Bestandteile der Inanspruchnahme berücksichtigt.

6.2 Kasseler Sparkasse

Sitz	Wolfsschlucht 9 34117 Kassel Tel: 0561/7124-56789 Internet: www.kasseler-sparkasse.de
Gründungsdatum	Bildung der Kasseler Sparkasse am 01.01.1997 durch Vereinigung der Kreissparkasse Kassel und der Stadtsparkasse Kassel.
Gesellschaftszweck	**Satzung der Kasseler Sparkasse** **§ 2 Aufgaben** (1) Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. (2) Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfes unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe dieser Satzung. Die Sparkasse ist grundsätzlich verpflichtet, Existenzgründerinnen und Existenzgründer in ihrem Geschäftsgebiet zu beraten und sie beim Zugang zu Förderkrediten zu betreuen. (3) Die Sparkasse arbeitet mit den Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen zusammen. (4) Die Sparkasse kooperiert mit den Förderbanken von Land und Bund. (5) Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.
Handelsregister	Registergericht Kassel HR A 9925
Sicherheitsrücklage per 1. August 2017	EUR 256.604.398,55

Gesellschafter und Geschäftsanteile

Auszug aus § 1 der Satzung der Kasseler Sparkasse

3. Träger ist der Sparkassenzweckverband Kassel.

4. Die Anstaltslast wird durch die folgenden Bestimmungen ersetzt.
   Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht.

Auszug aus § 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Kassel

1. Der Landkreis Kassel und die Stadt Kassel bilden einen Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er führt ein Siegel.

2. Der Verband führt den Namen „Sparkassenzweckverband Kassel“. Er hat seinen Sitz in Kassel.

Auszug aus § 20 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Kassel

3. Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften der Landkreis Kassel und die Stadt Kasel untereinander im Verhältnis 50 zu 50. Im Falle der Aufnahme neuer Verbandsmitglieder (§ 4 Abs. 1) wird das Haftungsverhältnis nach Satz 1 neu geregelt.

Organe der Kasseler Sparkasse (Stand: 1. August 2017)

Vorstand:
Ingo Buchholz, Vorsitzender
Jochen Johannink, stellv. Vorsitzender
Wolfram Ebert, Mitglied
Dr. Ralf Beinhauer, Mitglied

Verwaltungsrat:
Landrat Uwe Schmidt, Vorsitzender
Oberbürgermeister Christian Geselle, stellv. Vorsitzender
Mitglieder:
Rosemarie Albrecht, Sparkassenangestellte
Dieter Beig, Studienrat
Thomas Beyer, Sparkassenangestellter
Bernd-Peter Doose, Kreishandwerksmeister
Dr. Thomas Gudehus, Dipl.-Ing.
Hermann Hartig, Rentner
Arno Meißner, Schulamtsdirektor i. R.
Ulrich Meßmer, Gewerkschaftssekretär i.R.
Cornelia Rose, Sparkassenangestellte
Björn Sänger, Unternehmensberater
Dr. Günther Schnell, Verwaltungsrichter
Marcus Siebert, Sparkassenangestellter
Anja Wolf, Sparkassenangestellte

Organe des Sparkassen-zweckverbandes Kassel (Stand: 7. September 2017)

Zweckverbandsvorstand

Mitglieder	*stellv, Mitglieder*	
Landrat Uwe Schmidt Vorsitzender	Susanne Selbert	SPD
Christian Geselle stv. Vorsitzender	Dr. Günther Schnell	SPD
Timon Gremmels (MdL)	Karin Kuhn	SPD
Goetz Heinrich Henkel	Siegfried Klöver	CDU
Dominique Kalb	Dr. Norbert Wett	CDU
Enrico Schäfer	Dorothee Köpp	SPD

Zweckverbandsversammlung

Stephan Amtsberg	Joana Al Samarraie	Bündnis 90/ Die Grünen
Dieter Beig	Eva Koch	Bündnis 90/ Die Grünen
Anke Bergmann	Sabine Wurst	SPD
Doris Bischoff	Ingo Pahl	SPD
Jürgen Blutte	Vanessa Gronemann	Bündnis 90/ Die Grünen
Judith-Annette Boczkowski	Petra Ullrich	SPD
Kai Boeddinghaus	Andrea Szopa	Kasseler Linke
Dr. Isabel Carqueville	N.N.	SPD
Stefan Denn	Frank Nikutta	SPD
Andreas Dinges	Erich Schaumburg	CDU
Sven René Dreyer	Dr. Johannes Zweig	AfD
Heinz-Ulrich Eisner	Volker Sundermann	Freie Wähler+ Piraten
Dr. Hasina Farouq	Harry Völler	SPD Die Linke
Torsten Felstehausen	Thomas Bärthel	SPD
Petra Friedrich	N.N.	AfD /
Helmut Gras	Dr. Dr. Michael Knüppel	CDU AfD
Dieter Gratzer	Peter Marggraff	Bündnis 90/
Dr. Thomas Gudehus	Olaf Köhne	Die Grünen SPD
Andreas Güttler	Bettina Schröder	SPD
Patrick Hartmann	Helene Freund	CDU
Jörg Hildebrandt	Saskia Spohr-Frey	FW
Albert Kauffeld	Dr. Bärbel Mlasowsky	SPD
Sebastian Keese	Sarah Humburg	CDU
Wolfram Kieselbach	Marcus Leitschuh	CDU
Stefan Kortmann	Valentino Lipardi	SPD
Thorsten Krohne	Michael Görner	AfD / FW
Harribert Kühne	Malte Fehling	SPD
Manfred Ludewig	Stefanie Roß-Stabernack	Kasseler
Renate Meischke	Jann Hellmuth	Linke SPD
Ullrich Meßmer	Christiane Nickel	CDU
Andreas Mock	Birgit Kaiser-Wirz	Bündnis 90/
Steffen Müller	Gernot Rönz	Die Grünen FDP
Matthias Nölke	Thilko Gerke	SPD

Heidi Reimann	Wolfgang Decker	CDU
Jutta Rüddenklau	Anna-Maria Schölch	CDU
Elfi Schall	Hartmut Lind	CDU
Jutta Schwalm	Holger Römer	SPD
Dirk Stochla	Dieter Lengemann	SPD
Timo Storch	Marcel Brückmann	Bündnis 90/
Elisabeth Theiss	Anja Käkel	Die Grünen
Dr. Martina van den Hövel-Hanemann	Awet Tesfaiesus	Bündnis 90/ Die Grünen
Hans-Hilmar von der Malsburg	Maik Sembowski	CDU
Dr. Michael von Rüden	Dr. Jacques Bassock	CDU
Helmut von Zech	Oliver König	FDP
Petra Voß	Wilfried Bergmann	SPD
Wilfried Wehnes	Jürgen Noll	SPD
Patrick Weilbach	Anna-Lena Habel	CDU
Michael Werl	Gerhard Gerlach	AfD

Beirat der Kasseler Sparkasse (Stand: 1. September 2017

Beirat

Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep (Vorsitzender des Beirates)	Jörg-Ludwig Jordan (stv. Vorsitzender des Beirates) Geschäftsf. Gesellschafter W. & L. Jordan GmbH
Joachim Bertelmann Vorstandsvorsitzender bdks	Florian Christ Geschäftsführer Fino Digital GmbH
Andreas Fehr Geschäftsf. Gesellschafter Firmengruppe Fehr	Gerhard Fenge Aufsichtsratsvorsitzender Hermanns AG
Knut Friedrich Geschäftsf. Gesellschafter Günter Friedrich GmbH	Dr. Oliver Fromm Kanzler der Universität Kassel
Wolfram Gerhardt Gerhardt Optik u. Feinmechanik GmbH	Andreas Geselle Geschäftsf. Gesellschafter EFG Beratende Ingenieure GmbH
Christian Geselle Oberbürgermeister Stadt Kassel	Prof. Dr. Martin Hein Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
Dr. Hans-Jürgen Jacobsen	Alexandra Kaske-Diekmann Vorstandsmitglied Handwerkskammer Kassel
Annette Kulenkampff Geschäftsführerin documenta u. Museum Fridericianum gGmbH	Thomas Landgraf Geschäftsführer enercast GmbH
Bernd Leifeld Vorsitzender Verein Glas der Vernunft	Olaf Löber Geschäftsf. Gesellschafter Martin Löber GmbH & Co. KG

	Ingrid Müller Brandschutztechnik Müller GmbH Prof. Dr. Thomas Olbrich Gesellschafter Dr. Ludewig + Sozien Carsten Rahier Geschäftsführer sera GmbH Manfred Regel Dr. Michael Ritter Personalleiter Volkswagen AG Werk Baunatal Erich Schaumburg Vorsitzender Kreisbauernverband Kassel e.V. Alfred Schmidt Staatsminister a. D. Uwe Schmidt Landrat Landkreis Kassel Dieter Seidel Betriebsratsvorsitzender Mercedes-Benz Werk Kassel Dr. Frank Walter Geschäftsf. Gesellschafter Hans Walter & Sohn GmbH Dr. Jamshid Yektai Geschäftsf. Gesellschafter Siebenhaar Antriebstechnik
Jahresabschluss	Der Jahresabschluss 2016 wurde in der Verwaltungsratssitzung am 6. Juni 2017 gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 6 sowie § 44 Abs. 2 der Satzung festgestellt.
Gewinnzuweisung an den Landkreis gemäß Jahresabschluss 2016	EUR 3.250.000,00
Abschlussprüfer	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen - Prüfungsstelle - Hülsen, Wirtschaftsprüfer
Anzahl der Beschäftigten	2015: 1.119 Mitarbeiter 2016: 1.090 Mitarbeiter

Der vollständige Bericht kann beim Beteiligungsmanagement eingesehen werden.

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Kasseler Sparkasse**	
	31.12.2016	Vorjahr in €
Barreserve	113.723.794,11 €	160.956.121,24 €
Schuldtitel öffentl. Stellen u. Wechsel	0,00 €	0,00 €
Forderungen an Kreditinstitute	757.317.561,76 €	953.062.887,54 €
Forderungen an Kunden	3.459.023.546,24 €	3.297.509.024,39 €
Schuldverschreibungen u. andere fest-verzinsliche Wertpapiere	599.002.921,78 €	289.062.178,43 €
Aktien u. andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	316.889.379,71 €	217.078.167,85 €
Beteiligungen	49.598.702,46 €	49.834.747,56 €
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.694.065,34 €	1.694.065,34 €
Treuhandvermögen	2.981.138,01 €	3.432.879,19 €
Ausgleichsförderung gegen die öffentl. Handeinschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	0,00 €	0,00 €
Immaterielle Anlagewerte	277.900,00 €	343.131,00 €
Sachanlagen	44.332.276,13 €	51.423.927,28 €
Sonstige Vermögensgegenstände	11.671.228,10 €	7.501.802,18 €
Rechnungsabgrenzungsposten	542.642,08 €	556.008,25 €
Summe Aktiva	**5.357.055.155,72 €**	**5.032.454.940,25 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr in €
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit-institutionen	483.895.394,17 €	302.608.933,29 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.158.801.962,57 €	4.031.793.087,83 €
Verbriefte Verbindlichkeiten	32.284.125,89 €	40.433.471,41 €
Treuhandverbindlichkeiten	2.981.138,01 €	3.432.879,19 €
Sonstige Verbindlichkeiten	2.246.385,77 €	2.367.573,87 €
Rechnungsabgrenzungsposten	474.469,13 €	460.279,46 €
Rückstellungen	52.630.386,63 €	56.208.619,63 €
Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00 €	0,00 €
Nachrangige Verbindlichkeiten	531.895,00 €	1.075.950,00 €
Genussrechtskapital	0,00 €	0,00 €
Fonds für allgemeine Bankrisiken	360.105.000,00 €	334.470.000,00 €
Bilanzgewinn	263.104.398,55 €	259.604.145,57 €
Summe Passiva	**5.357.055.155,72 €**	**5.032.454.940,25 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016		
Kasseler Sparkasse		
	2016	Vorjahr in €
1. Zinserträge	122.033.942,14 €	133.696.433,63 €
2. Zinsaufwendungen	-14.990.896,83 €	-20.503.528,12 €
3. Laufende Erträge	6.456.417,44 €	8.509.532,92 €
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	241.472,08 €	388.030,11 €
5. Provisionserträge	36.502.985,25 €	33.067.741,22 €
6. Provisionsaufwendungen	-4.486.340,51 €	-4.016.734,85 €
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	1.600.000,00 €	288.291,72 €
8. Sonstige betriebl. Erträge	9.183.041,23 €	4.731.206,40 €
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00 €	0,00 €
10. Allgem. Verwaltungsaufwendungen	-87.048.153,47 €	-87.507.883,41 €
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-8.858.449,53 €	-10.161.955,13 €
12. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-6.249.851,13 €	-6.434.552,37 €
13. Abschreibungen u. Wertberichtigung auf Forderungen, best. Wertpapiere, Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-3.281.190,14 €	0,00 €
14. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-27.235.000,00 €	-26.170.000,00 €
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen u. wie Anlagevermögen behandelte Wertpapieren	0,00 €	1.356.062,46 €
16. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0,00 €	0,00 €
17. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen, wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere	922.126,91 €	554.014,40 €
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-41.571,75 €	-45.719,21 €
19. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00 €	0,00 €
20. Außerordentl. Aufwendungen	0,00 €	0,00 €
21. Außerordentl. Ergebnis	0,00 €	0,00 €
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-14.438.158,41 €	-17.453.330,33 €
23. Sonstige Steuern	-310.120,30 €	-294.244,97 €
24. Jahresergebnis	**10.000.252,98 €**	**10.003.364,47 €**

6.3 Wasserverband Losse

Sitz

Leipziger Str. 463
34260 Kaufungen

Tel: 05605/8022220
Fax: 05605/802292220
E-Mail: info@wasserverband-losse.de
Internet: www.wasserverband-losse.de

Gründungsjahr

1972

Verbandszweck

Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen, Unterhaltung der Gewässer ab einer Einzugsgröße von 5 km^2 nach Maßgabe der Unterhaltungspflicht der Verbandsmitglieder.

Organe des Verbandes

Vorstand

Mitglied	*Beisitzer*	*Stellvertreter*
Hessisch Lichtenau	Bgm. Jürgen Herwig	Erster Stadtrat Heinz E. Vogt
Werra-Meißner-Kreis	KB Peter Schill	KB Lothar Hellwig
Kaufungen	Bgm. Arnim Roß	Beigeordneter Wolfgang Kaufmann
Helsa	Bgm. Tilo Küthe	Beigeordneter Eberhard Goebel
Landkreis Kassel	KB Christian Strube	KB Thomas Ackermann
Stadt Kassel	Dipl.-Ing. Jürgen Freymuth	Dipl.-Ing.Uwe Neuschäfe
Niestetal	Bgm. Andreas Siebert	Beigeordneter Klaus Fischer

Verbandsversammlung

Mitglied	*Vertreter*	*Stellvertreter*
Hessisch Lichtenau	Franz-Josef Lewe	Ursula Sauer
Werra-Meißner-Kreis	Peter Brengel	Lothar John
Helsa	Karl-Ludwig Opper	Brigitte Kunert
Kaufungen	Doris Bischoff	Erwin Schmidt
Niestetal	Werner Nicolaus	Volker Hammermüller
		Uta Erdmann
Landkreis Kassel	Ute Wolfram-Liese	Detlef Wagner
Stadt Kassel	Tobias Rottmann	

Zusammensetzung der Gremien ab 05.11.2016

Beisitzer:	*Stellvertreter:*
Verbandsvorsteher Arnim Roß Kaufungen	Beigeordneter Wolfgang Kaufmann Kaufungen
Kreisbeigeordneter Peter Schill Dohrenbach	Kreisbeigeordneter Karl Heinz Schäfer Sontra
Bürgermeister Tilo Küthe Helsa	Gemeindevertreter Karl-Ludwig Opper Helsa

Beisitzer:	*Stellvertreter*
Bürgermeister Andreas Siebert Niestetal	Beigeordnete Silvia Nolte Niestetal
Kreisbeigeordneter Christian Strube Kaufungen	Kreisbeigeordneter Thomas Ackermann Fuldatal
Betriebsleiter städtischer Eigenbetrieb KASSELWASSER Dipl.-Ing. Jürgen Freymuth Kassel	Stellv. Betriebsleiter KASSELWASSER Dipl.-Ing. Uwe Neuschäfer Kassel
Bürgermeister Michael Heußner Hess. Lichtenau	Erster Stadtrat Heinz E. Vogt Hess. Lichtenau

Verbandsversammlung

Verbandsmitglied:	*Vertreter:*	*Stellvertreter:*
Stadt Hess. Lichtenau	Stadtverordnete Ursula Sauer Hess. Lichtenau	Stadtverordneter Dirk Oetzel Hess. Lichtenau
Werra-Meißner-Kreis	Herr Peter Brengel Eschwege	Herr Lothar John Eschwege
Gemeinde Helsa	Beigeordnete Doris Eberhardt Helsa	Gemeindevertreter Matthias Anacker Helsa
Gemeinde Kaufungen	Erste Beigeordnete Doris Bischoff Kaufungen	Gemeindevertreter Erwin Schmidt Kaufungen
Gemeinde Niestetal	Erster Beigeordneter Werner Nicolaus Niestetal	Vors. d. Gemeindevertr. Volker Hammermüller Niestetal
Landkreis Kassel	Mitgl. des Kreistags Ute Wolfram-Liese Helsa	Mitgl. des Kreistags Tobias Rödding Söhrewald
Stadt Kassel	Herr Tobias Rottmann Kassel	Herr Detlef Wagner Kassel

Verbandsvorsteher Jürgen Herwig, Bürgermeister Hessisch Lichtenau

Geschäftsführung Andreas Graf, Kaufungen

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:
Wasser- und Bodenverband im Sinne Wasserverbandsgesetzes, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Mitglieder	Anteile
Stadt Kassel	145
Gemeinde Niestetal	35
Gemeinde Kaufungen	358
Gemeinde Helsa	264
Stadt Hessisch Lichtenau	198
Forstgutbezirk Kaufunger Wald	0
Landkreis Werra-Meißner	0
Landkreis Kassel	0

Abschlussprüfer

Wirtschaftsprüfer Strecker, Berger und Partner, Kassel

Hauswirtschaftliche Daten

Wirtschaftsplan nach Eigenbetriebsrecht.

	2015	2016
Erfolgsplan	154.500 €	179.500 €
Vermögensplan	128.900 €	53.000 €
Fehlbetrag	46.600 €	65.800 €
Schulden Ende des HH-Jahres	./.	./.
Rücklagen Ende des HH-Jahres	./.	./.
Höhe der Verbandsumlage	45.500 €	46.050 €
Umlageanteil Landkreis Kassel	18.761,60 €	19.151,55 €

Anzahl der Beschäftigten

Der Verband hat kein eigenes Personal, die Geschäfte werden ehrenamtlich geführt.

Lagebericht:

1. Grundlagen des Verbandes

Der Wasserverband Losse ist ein Wasser- und Bodenverband und hat die Aufgabe, Hochwasserschutzmaßnahmen durchzuführen sowie die Verbandsgewässer einschließlich der Ufer und Dämme zu unterhalten.

Nach § 112 der Hessischen Gemeindeordnung muss der Verbandsvorstand innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres die Haushaltsrechnung aufstellen.

Diese umfasst u.a. einen Lagebericht, in dem die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung und erhebliche Abweichungen gegenüber den Haushaltsansätzen dargestellt werden.

Außerdem soll darin ein Überblick über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr gegeben werden.

Der Verband führt sein Rechnungswesen nach den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts. Somit ist ein Wirtschaftsplan aufzustellen, der sich grundsätzlich in Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht gliedert. Da der Verband wie bisher über kein eigenes Personal verfügt, ist keine Stellenübersicht erforderlich.
Gespräche mit der Revision des Landkreises Kassel und einem Wirtschaftsprüfer haben ergeben, dass die Maßnahmen der Losserenaturierung keine Gegenstände des Anlagevermögens sind. Somit müssen sowohl diese Bauausgaben als auch die Landeszuschüsse dafür im Erfolgsplan als laufender Ertrag bzw. Aufwand beplant werden. Das gilt im gleichen Maß auch für die entsprechenden Beiträge. Wegen der geplanten Grundstückskäufe für Hochwasserschutzmaßnahmen wurde in 2013 erstmals ein Vermögensplan erforderlich.
Die Sachkonten entstammen dem Kommunalen Verwaltungskontenrahmen.

Die Verbandsversammlung beschloss in ihrer Sitzung am 08.12.2015 den Wirtschaftsplan für das Jahr 2016.
Der Wirtschaftsplan wurde im Erfolgsplan in der Einnahme auf 179.500 € und in der Ausgabe auf 220.500 € festgesetzt. Der Vermögensplan wurde in der Einnahme auf 53.000 € und in der Ausgabe auf 77.800 € festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde auf 25.000 € begrenzt.

Die Aufsichtsbehörde beim Regierungspräsidium Kassel hat den Wirtschaftsplan am 19.01.2016 zur Kenntnis genommen. Dabei wurde dem vorgesehenen Kassenkredit zugestimmt.

2. Abbildung des Geschäftsergebnisses

2.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die im Wirtschaftsplan veranschlagten Maßnahmen konnten in 2016 nicht wie vorgesehen umgesetzt werden. Der Grunderwerb ist neu im Wirtschaftsplan 2017 veranschlagt:

<u>Erfolgsplan:</u>

- Rückbau von Sohlabstürzen bei Losse-km 6,550 und 19,160: Die Ausschreibung ergab höhere Baukosten wie in der Förderung beantragt. Deswegen war ein Aufstockungsantrag nötig, dem die WIBANK am 5. April zustimmte. Allerdings hat sich gegenüber dem Vorjahr der Fördersatz von 85 auf 80% vermindert. Damit verringert sich die Förderung auf insgesamt gut 83%. Das hat keine große Auswirkung, weil der niedrigere Fördersatz anteilig nur für die im Vergleich zum ursprünglichen Förderbescheid zusätzlichen Kosten angewendet wird. Die Fa. Emmeluth erhielt den Auftrag am 8. April. Die Abnahme erfolgte am 17. Mai. Die WIBANK hat eine Anlaufrate des Zuschusses am 2. Mai überwiesen. Weil die letzten Schlussrechnungen erst zum Jahresende gestellt wurden, war in 2016 kein Verwendungsnachweis und Abruf der weiteren Fördermittel mehr möglich.

- Für die Umlegung des Gewässerlaufs in Eschenstruth erhielten wir den Förderbescheid erst Ende Oktober. Bis zum Jahresende konnte deswegen nur noch die Ausschreibung vorbereitet werden.

Vermögensplan:

- Für den Hochwasserschutz wurden weitere Vorplanungen beauftragt. Hier hat sich schon in einem frühen Stadium angedeutet, dass sich daraus Änderungen hinsichtlich der benötigten Flächen ergeben. Die Untersuchungsergebnisse lagen zum Jahresende noch nicht vor. Deswegen wurde der Grunderwerb für 2016 ausgesetzt.

Ein Nachtragsplan war somit nicht erforderlich.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Überschuss von 106.987,64 € ab. Hier ist wie in den Vorjahren beabsichtigt, diesen der Rücklage zuzuführen. Damit sollen Grundstückskäufe und Planung von Hochwasserschutzanlagen in den kommenden Jahren ermöglicht werden.

Kassenkredite wurden nicht benötigt.

2.2 Vermögenslage

Das Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 6.025,61 € auf 26.949,09 € erhöht. Dies ist auf den Ankauf von Grundstücken zurückzuführen.

Das Umlaufvermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 58.840,01 € auf 338.558,31 € erhöht und ergibt sich vollumfänglich aus Bankguthaben.

Auf der Passivseite der Bilanz hat sich das Eigenkapital um 106.987,64 € auf 314.347,61 € erhöht. Die Erhöhung ergibt sich aus dem Jahresüberschuss des aktuellen Geschäftsjahres.

Die Sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1.249,50 € haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 59,50 € erhöht und beinhalten Rückstellungen für Prüfungskosten. Die Erhöhung ergibt sich aus den voraussichtlichen Prüfkosten.

Die Verbindlichkeiten haben sich um 27.283,65 € vermindert.

Die Rücklage zum 01.01.2016 betrug 197.144,35 €. Eine planmäßige Entnahme war nicht vorgesehen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2015 weist einen Überschuss von 10.215,62 € aus. Die Verbandsversammlung hat in 2016 beschlossen, diesen der Rücklage zuzuführen.

Damit erhöht sich der Bestand auf 207.359,97 € zum 31.12.2016.

Es wurden keine Haushalts-/Kassenreste gebildet.

2.3 Finanzlage

Der Cash-Flow der laufenden Geschäftstätigkeit des Wasserverbands Losse belief sich im Berichtsjahr auf 10.981,11 €. In Verbindung mit einem Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -5.941,91 € ergibt sich ein Finanzmittelfonds in Höhe von 279.718,30 €.

2.4 Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind wie folgt gegliedert:

	Ergebnis 2016	Ergebnis Vorjahr
Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land	111.150,00	27.770,00
Zuweisungen für laufende Zwecke von Gemeinden	29.150,00	28.600,00
Zuweisungen zur Unterhaltung von Wasserläufen	16.900,00	16.900,00
Zuweisung von Mitgliedern für Baumaßnahmen	0,00	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00

Mit den Zuweisungen für laufende Zwecke wird der Verwaltungsaufwand gedeckt. Der Aufwand für die Unterhaltung der Wasserläufe ist festgeschrieben. Hier wird eine Umlage von den Mitgliedern erhoben und in gleicher Höhe am Ende des Jahres wieder erstattet. Die Zuweisungen für die Baumaßnahmen werden jährlich dem Bedarf angepasst.

Der Verband verfügt über kein eigenes Personal und wird nebenamtlich durch Mitarbeiter der Gemeinde Kaufungen verwaltet.

3. Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

4. Chancen und Risiken der künftige Entwicklung

Sämtliche Ausgaben werden über Landeszuschüsse und Mitgliedsbeiträge finanziert. Durch die zunehmend angespanntere Finanzlage der Landkreise und Kommunen könnte es für diese zukünftig schwieriger werden, die nötigen Beiträge aufzubringen.
Ebenso kann nicht vorhergesagt werden, wie sich das Förderprogramm des Landes Hessen zur Gewässerentwicklung und zum Hochwasserschutz entwickelt. Wegen der allgemein schwierigen Finanz-

lage seit der sogenannten „Finanzkrise“ in 2008 ist nicht sicher, ob die Mittel im gewohnten Umfang weiter zur Verfügung stehen werden. Andererseits ist ebenso denkbar, dass katastrophale Hochwasserereignisse zu einer neuen Gewichtung der staatlichen Förderung des Hochwasserschutzes führen.

Deswegen wurde mit den Überschüssen der Vorjahre die Rücklage aufgestockt. Mit dem Kauf der für den Hochwasserschutz notwendigen Grundstücke wurde in 2015 begonnen. Dies ist eigenständig und nicht erst im Rahmen der späteren Baumaßnahmen förderfähig. Durch die Rücklage kann die Vorfinanzierung des Grunderwerbs gesichert werden, Mitgliedsbeiträge dafür wären dann nicht mehr oder nur in verringertem Maß nötig.

Für 2017 rechnen wir im Erfolgsplan aus den Instandsetzungsmaßnahmen mit einem Fehlbetrag von 51.000 €, im Vermögensplan wird dieser 81.500 € betragen. In der Rücklage sind ausreichend Mittel vorhanden.

Kaufungen, 14. Juli 2017

Andreas Graf
Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Wasserverband Losse**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	26.949,09 €	6.025,61 €
Umlaufvermögen	338.558,31 €	279.718,30 €
Rechnungsabgrenzungsposten	111,27 €	111,27 €
Summe Aktiva	**365.618,67 €**	**285.855,18 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	314.347,61 €	207.359,97 €
Rückstellungen	1.249,50 €	1.190,00 €
Verbindlichkeiten	50.021,56 €	77.305,21 €
Sonderposten für Zuschüsse	0,00 €	0,00 €
Summe Passiva	**365.618,67 €**	**285.855,18 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Wasserverband Losse		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	157.199,80 €	73.270,00 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	0,00 €
3. Materialaufwand	-17.487,44 €	-31.029,66 €
4. Abschreibungen	-200,00 €	-74,44 €
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-32.724,72 €	-31.993,98 €
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	43,70 €
7. Jahresergebnis	**106.787,64 €**	**10.215,62 €**

6.4 Hessischer Wasserverband Diemel

Sitz	Bahnhofstraße 30 34396 Liebenau Tel: 0 56 76 / 92 02 42 5 Fax: 0 56 76 / 92 02 42 7 E-Mail: info@wasserverband-diemel.de Internet: www.wasserverband-diemel.de
Gründungsdatum	1969
Verbandszweck	Hochwasserschutzmaßnahmen an den Verbandsgewässern durchzuführen. Ausbau einschließlich Renaturierung und Unterhaltung der Verbandsgewässer. Bau und Unterhaltung von Anlagen in und an den Verbandsgewässern. Erhalt von bedeutenden kulturhistorischen Wasserbauwerken im Verbandsgebiet. Verbandgewässer sind die Diemel, die Twiste, die Erpe und die Warme einschließlich Nebengewässern, in dem Verbandsplan näher bezeichneten Abschnitten.
Rechtliche und wirtschaftliche Daten	Er ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandgesetzes vom 12. Februar 1991 BGBI. I S. 405 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.05.2002 (BGBI. I S. 1578). Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder. Er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst. Der Verband steht unter der Rechtsaufsicht des Regierungspräsidiums in Kassel. Mitglieder des Verbandes sind die im Mitgliederverzeichnis aufgeführten öffentlich-rechtlichen Körperschaften. *Mitglieder* Der Landkreis Kassel ist gemeinsam mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg und acht Städten und Gemeinden (Diemelstadt, Bad Arolsen, Volkmarsen, Bad Karlshafen, Trendelburg, Liebenau, Zierenberg, Calden) Mitglied des Verbandes und trägt mit diesem als Beitrag die Verwaltungskosten des Verbandes.
Organe des Unternehmens	*Verbandsversammlung* *(Vorsitzender, stellv. Vorsitzender, Mitglieder* Die Verbandversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. *Mitglieder der Verbandsversammlung* Die Landkreise Kassel und Waldeck-Frankenberg sowie die Städte und Gemeinden: - Bad Karlshafen - Trendelburg - Liebenau - Volkmarsen - Bad Arolsen - Diemelstadt - Zierenberg - Calden

Verbandsvorstand
(Vorsitzende/r, stellv. Vorsitzende/r, Mitglieder)
Der Verbandsvorstand besteht aus 10 ehrenamtlich tätigen Mitgliedern. Der Verbandsvorsitzende ist Verbandsvorsteher.

Vorsitzende
EKB Susanne Selbert, Landkreis Kassel

Stellv. Vorsitzender
KB Hannelore Behle, Landkreis Waldeck-Frankenberg

Vorstandsmitglieder

Bad Karlshafen	Bürgermeister Otto
Trendelburg	Bürgermeister Bachmann
Liebenau	Bürgermeister Munser
Volkmarsen	Bürgermeister Linnekugel
Bad Arolsen	Bürgermeister v.d. Horst
Diemelstadt	Bürgermeister Schröder
Zierenberg	Bürgermeister Denn
Calden	Bürgermeister Mackewitz

Geschäftsführung

Nicole Lipphardt

Hauswirtschaftliche Daten

	2015	**2016**
Aktiva	7.773.989,34	7.548.555,91
Passiva	7.773.989,34	7.548.555,91
davon:		
Eigenkapital	1.463.391,95	629.680,96
Sonderposten	5.442.912,88	6.104.750,10
Rückstellungen	0	0
Verbindlichkeiten	867.684,51	814.124,85
Höhe der Verbandsumlage	412.300,00	448.200,00
Umlageanteil Landkreis Kassel	79.889,30	95.880,83

Abschlussprüfer

Die Rechnungsprüfung erfolgt durch die Abteilung Revision beim Landkreis Kassel.

Anzahl der Beschäftigten

3 geringfügig beschäftigte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
2 vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter
1 vom Landkreis Kassel abgeordnete Vollzeitbeschäftigte

Lagebericht:

Im Jahr 2016 wurden vom Hessischen Wasserverband Diemel u.a. folgende Arbeiten geleistet und Projekte umgesetzt:

- Bad Karlshafen
  - Helmarshausen: Strukturverbesserung Sohle und Ufer, Diemel
  - Karlshafen: Gehölzpflege/Rückschnitt, Hainbach
  - Windbruch entfernt
  - Bekämpfung Herkulesstauden

- Liebenau
  - Niedermeiser: Fortsetzung der Bachbettsanierung, Ruhrbach
  - Haueda: Gehölzpflege/Rückschnitt, Diemel
  - Lamerden: Gehölzpflege/Rückschnitt, Alster
  - Windbruch entfernt
  - Bekämpfung Herkulesstauden

- Calden
  - Verbandsschau an Warme und Nebelbeeke
  - Westuffeln: Gehölzpflege/Rückschnitt, Nebelbeeke
  - Ehrsten: Gehölzpflege/Rückschnitt, Nebelbeeke
  - Obermeiser: Schwemmgutentfernung bei Pegel, Warme
  - Obermeiser: Sanierung Ufermauer, Warme
  - Windbruch entfernt
  - Bekämpfung Herkulesstauden

- Trendelburg
  - Verbandsschau an Diemel, Holzape, Fuldebach, Donnebach, Forellenbach und Kampgrund
  - Deisel: Strukturverbesserung Sohle und Ufer, Narrenbach
  - Deisel: Einbau einer Sohlschwelle in die Diemel
  - Trendelburg: Ufersicherung, Diemel
  - Gottsbüren: Gehölzpflege/Rückschnitt, Donnebach
  - Gottsbüren: Gehölzpflege/Rückschnitt, Fuldebach
  - Eberschütz: Gehölzpflege/Rückschnitt , Diemel
  - Trendelburg: Gehölzpflege/Rückschnitt , Diemel
  - Gottsbüren: WRRL-Maßnahme Naturnahe Entwicklung der Holzape
  - Windbruch entfernt
  - Bekämpfung Herkulesstauden

- Zierenberg

  - Verbandsschau an Warme, Erpe, Dase und Langer Grundbach
  - Zierenberg und Laar: WRRL Maßnahme Einbau von Sohlschikanen, Entnahme von Sohlschwellen und strukturelle Aufwertung, Warme
  - Zierenberg: Gehölzpflege/Rückschnitt, Warme
  - Oberelsungen: Gehölzpflege/Rückschnitt, Dase
  - Windbruch entfernt

- Volkmarsen

  - Volkmarsen: Planung Umstrukturierung Brausewehr, Twiste
  - Volkmarsen: Gehölzpflege/Rückschnitt, Watter
  - Herbsen: Gehölzpflege/Rückschnitt, Wande
  - Windbruch entfernt
  - Bekämpfung Herkulesstauden

- Diemelstadt

  - Wrexen: Ausführungsplanung zum Bau einer Fischtreppe, Orpe
  - Wrexen: Gehölzpflege/Rückschnitt, Laubach
  - Windbruch entfernt
  - Bekämpfung Herkulesstauden

- Bad Arolsen

  - Landau: WRRL Maßnahme Verbesserung der Durchgängigkeit, Watter
  - Kohlgrund: Gehölzpflege/Rückschnitt Orpe
  - Arolsen: Gehölzpflege/Rückschnitt Bicke
  - Windbruch entfernt
  - Bekämpfung Herkulesstauden

Liegenschaften (Aufzählung nicht abschließend):

- Betriebshof Liebenau

  - Renovierung Sitzungssaal
  - Wartungsarbeiten/Materialprüfung

- Mühle Laar, Zierenberg

  - Pflege und Unterhaltung der Außenanlagen
  - Pflege und Unterhaltung Überlauf und Graben, Mühlrad
  - Teilnahme am Mühlentag

- Alte Mühle Conradi, Trendelburg
  - Pflege und Unterhaltung der Außenanlagen
  - Reparatur der Heizungsanlage
  - Wartung und Pflege der Innenausstattung
  - Pflege der Ausstellung über den Hess. Wasserverband Diemel
  - Teilnahme am Mühlentag

- Twistetalsperre, Bad Arolsen
  - Pflege und Unterhaltung der Außenanlagen
  - Stauwärtertätigkeiten einschl. Bereitschaft
  - Planung und Umsetzung der Maßnahmen aus der vertieften Sicherheitsüberprüfung der Talsperre
  - Jährliche Betriebsprüfung durch RP und HLNUG

- HRB Ehringen/Erpe, Volkmarsen
  - Pflege und Unterhaltung der Außenanlagen
  - Stauwärtertätigkeiten einschl. Bereitschaft
  - Regelmäßiges Training unter Einbeziehung der ehrenamtlichen Stauwärter
  - Umsetzung Maßnahmenkatalog zum Einstaufall/Anschaffung von sicherheitsrelevanten Ausstattungsgegenständen
  - Jährliche Betriebsprüfung durch RP und HLNUG

- Weiterhin:
  - Pflege und Unterhaltung des Eco-Pfades Diemel
  - Pflege und Unterhaltung der Kanuanlegestellen
  - Digitalisierung der Verbandsdaten und Herstellung einer Verknüpfung zu dem GIS-Programm
  - Planung zur Konsolidierung der Leitstellen- und Fernwirktechnik (Talsperren)
  - Teilnahme an dem grenzübergreifenden Gewässerberatungsprojekt des RP Kassel

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Hessischer Wasserverband Diemel**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	7.163.136,70 €	7.307.146,43 €
Umlaufvermögen	241.419,21 €	310.842,91 €
Rechnungsabgrenzungsposten	144.000,00 €	156.000,00 €
Summe Aktiva	**7.548.555,91 €**	**7.773.989,34 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	629.680,96 €	1.463.391,95 €
Rückstellungen	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten	814.124,85 €	867.684,51 €
Sonderposten für Zuschüsse	6.104.750,10 €	5.442.912,88 €
Summe Passiva	**7.548.555,91 €**	**7.773.989,34 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Hessischer Wasserverband Diemel		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	29.885,57 €	26.659,90 €
2. Erträge aus Auflösung Sonderposten	86.687,00 €	86.267,00 €
3. Sonstige betriebliche Erträge	575.943,84 €	498.495,41 €
4. Materialaufwand	-372.121,34 €	-373.600,91 €
5. Personalaufwand	-105.289,41 €	-105.449,12 €
6. Abschreibungen	-112.261,28 €	-108.718,17 €
7. sonstige betriebl. Aufwendungen	0,00 €	0,00 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	702,50 €	259,72 €
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-23.600,01 €	-24.286,64 €
10. Jahresergebnis	**79.946,87 €**	**-372,81 €**

6.5 Zweckverband Naturpark Habichtswald

Sitz	Naturpark Habichtswald Oberzwehrener Straße 103 34132 Kassel Tel: 0561/1003-1111 Fax: 0561/1003-1106 E-Mail: juergen-depenbrock@landkreiskassel.de Internet: www.naturpark-habichtswald.de
Gründungsdatum	04.05.1962
Verbandszweck	Der Verbandszweck des Naturparks Habichtswald bestimmt sich nach § 3 der Verbandssatzung der Fassung vom 01.12.2009 wie folgt: Der Verband ist die Planungsgemeinschaft und der Träger aller Maßnahmen zur Gestaltung des Naturparks Habichtswald. Er hat folgende Aufgaben: 1. den Naturpark unter Beachtung seines Naturschutzwertes als Erholungsgebiet zu schützen und zu entwickeln, 2. den Verkehr der Erholung suchenden Bevölkerung zu lenken und für die Errichtung und Unterhaltung einer angemessenen Erholungsinfrastruktur Sorge zu tragen, 3. Naturschutz und Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes sowie des hessischen Naturschutzgesetzes zu fördern, 4. Maßnahmen durchzuführen, die der Regionalentwicklung dienen, 5. Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.
Organe des Verbandes	Verbandsversammlung *Vorsitzender:* Stadtverordneter Harry Völler, Stadt Kassel *stellv. Vorsitzender*: Hans-Hilmar von der Malsburg, Landkreis Kassel *Mitglieder Stadt Kassel:* Stefan Kortmann Christine Hesse Vera Gleuel *Mitglieder Schwalm-Eder-Kreis:* Irmhild Greb Frank Börner Lothar Kothe Silke Böttcher *Mitglieder Landkreis Kassel:* Petra Voß Burkhard Finke Marlies Weymann-Flörke

	Arbeitsausschuss *Vorsitzender:* Klaus-Dieter Henkelmann, Bürgermeister der Gemeinde Breuna *stellv. Vorsitzender:* Theodor Arend, Hessen Forst *Mitglieder:* Edwin Freudl, Stadt Kassel Matthias Göbel, Kreisbauernverband Stefan Walther, Waldbesitzerverband Peter Vesper, HWGHV Werner Lange, Schwalm-Eder-Kreis Verbandsvorstand Uwe Schmidt, Landrat Landkreis Kassel, Vorsitzender Christof Nolda, Stadt Kassel, stellv. Vorsitzender Jürgen Kaufmann, EKB Schwalm-Eder-Kreis, Mitglied
Rechtliche und wirtschaftliche Daten	*Rechtsform* Zweckverband von kommunalen Gebietskörperschaften nach dem kommunalen Gemeinschaftsarbeitsgesetz (KGG). *Mitglieder und Anteile* Stadt Kassel 50 % **Landkreis Kassel 35 %** Schwalm-Eder-Kreis 15 %
Verbandsumlage	**35.790,30 €**
Geschäftsführung	Jürgen Depenbrock, Landkreis Kassel
Abschlussprüfer	Die Rechnungsprüfung erfolgt durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Kassel.
Anzahl der Beschäftigten	4 Beschäftigte

Lagebericht:

1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

a) Geschäftsverlauf 2016

Bei der Institution „Naturpark Habichtswald“ handelt es sich um einen Zweckverband in anteiliger Trägerschaft der Stadt Kassel sowie der Landkreise Kassel und Schwalm-Eder. Der Verband besteht seit 1962.
Der Verband ist die Planungsgemeinschaft der Träger aller Maßnahmen zur Gestaltung des Naturparks. Er hat die Aufgaben

a) den Naturpark unter Beachtung seines Naturschutzwertes als Erholungsgebiet zu schützen und zu entwickeln,

b) den Verkehr der Erholung suchenden Bevölkerung zu lenken und für die Errichtung und Unterhaltung einer angemessenen Erholungsinfrastruktur Sorge zu tragen,

c) Naturschutz und Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes sowie des hessischen Naturschutzgesetztes zu fördern,

d) Maßnahmen durchzuführen, die der Regionalentwicklung dienen,

e) Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

In Fortsetzung des vergangenen Jahres war auch das Jahr 2016 geprägt vom Bestreben, das Bewusstsein für den Naturpark Habichtswald und seine Möglichkeiten in der Region zu fördern. Auftritte auf Messen, Naturparkveranstaltungen kultureller Art (Naturparkfest, Ausstellungen) sowie eine kontinuierliche Pressearbeit führten zum Erreichen dieses Ziels. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das in Kooperation mit der Landkreisverwaltung erstmals organisierte Keltenfest auf dem Dörnberg, das mehrere tausend Besucher anlockte.

Ferner wurde der eigenen Naturparkinfrastruktur mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Um Parkplätze und Wanderwege effizienter bearbeiten zu können, wurde gezielt in Ausrüstung und Material investiert. Ein komplett neuer Wanderweg wurde unter großer öffentlicher Anteilnahme eröffnet, ein weiterer Weg wurde mit kulturhistorischen Informationen bestückt und fand durch diese Aufwertung großen Anklang in der Region.

Ein weiterer beachtenswerter Erfolg war der dritte Platz beim Wettbewerb „Alltagshelden“ der Kasseler Bank. Unser Projekt „Familienfreundlicher Wanderweg“ wurde mit 5.250,00 € prämiert.

Erfreulicherweise konnten wir im Jahr 2016 zweimal französische Praktikanten für mehrere Wochen begrüßen, die eine hervorragende Unterstützung unseres Betriebshofes darstellten.

Im September begann das Projekt „Naturparkpartnerschule“ mit einer Gesamtschule aus Zierenberg. Einmal wöchentlich findet in diesem Rahmen eine Nachmittags-AG im Naturparkzentrum statt, für die eigens eine Mitarbeiterin auf 450 € - Basis eingestellt wurde.

b) Rahmenbedingungen

Die Naturparke in Deutschland befinden sich in einem Prozess der qualitativen Aufwertung. Während früher die Bereitstellung einer angemessenen Erholungsinfrastruktur vorwiegende Naturparkaufgabe war, sind mittlerweile neue Aufgaben hinzugekommen, die auch durch Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz manifestiert wurden. Besonders der „regionale Gedanke“ und der Naturschutzaspekt haben stärkeres Gewicht bekommen.
Wie im Vorjahr ist die Lobbyarbeit des Verbandes Deutscher Naturparke (VDN) als Dachverband der deutschen Naturparke verstärkt zu spüren. Im Rahmen einer ersten Qualitätsoffensive im Jahr 2006 bot sich den Naturparken die Möglichkeit, ihren Entwicklungsstand und ihre Leistungen anhand eines umfangreichen Kriterienkataloges zu vergleichen. Ein für alle geltendes Qualitätsniveau wurde in diesem Zusammenhang geschaffen.

Diese positiven Rahmenbedingungen kann der Naturpark Habichtswald immer besser nutzen. Die Solidarität der Naturparkkommunen als wichtigste Partner ist zunehmend zu spüren und die Zusammenarbeit wurde deutlich ausgebaut. Dazu gehören gemeinsame Messeauftritte, bei denen ein gemeinsamer Auftritt unter dem Dach der Naturparkregion umgesetzt werden konnte. Dabei wurden Synergieeffekte für alle Seiten sichtbar, da durch die gebündelten Bemühungen mit gleichem Personaleinsatz mehr erreicht werden kann.

Die langwierigen Gespräche der Naturparkkommunen zur Gründung einer gemeinsamen Touristischen Arbeitsgemeinschaft (TAG) Naturpark Habichtswald haben sich dem Ziel weiter genähert. Als wichtiger Partner für eine solche Zusammenarbeit ist der Zweckverband bei der Planung weiterhin beteiligt. Der Zweckverband hat mittlerweile der entstehenden TAG angeboten, Räumlichkeiten im Naturparkzentrum zu nutzen, was mit einem enormen Synergieeffekt einhergehen würde.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

a) Darstellung der Risiken

Die finanziellen Risiken des Zweckverbandes Naturpark Habichtswald sind gering. Nach § 10, Abs. 4 der Verbandssatzung sind die Verbandsmitglieder verpflichtet, einen eventuellen Fehlbetrag im Haushalt auszugleichen.
Übergeordnet besteht grundsätzlich das Risiko des Ausscheidens eines Verbandsmitgliedes, was sich nachteilig auf die Handlungsfähigkeit auswirken würde. Dieses Risiko wird aus derzeitiger Sicht ebenfalls als sehr gering eingeschätzt, da alle Verbandsmitglieder große Zustimmung zum neuen Entwicklungsprozess des Naturparks signalisieren.

b) Darstellung der Chancen

Der Zweckverband Naturpark Habichtswald hat sehr gute Chancen, seine Struktur im Rahmen der Neuentwicklung zu festigen und auszuweiten. Die Spendenbereitschaft für Naturparkprojekte sowie die steigende, vielfältige Beanspruchung der Institution im Berichtszeitraum zeugen von einer merklichen Neupositionierung des Naturparks in der Region.
Große Chancen hat der Naturpark als interkommunaler Dienstleister verschiedenster Art. Vom Wanderwegemanagement bis hin zur Trägerschaft von Förderprojekten bietet sich die Institution Naturpark hervorragend an.

Die verstärkte personelle Unterstützung durch die Verbandsmitglieder im Bereich Buchhaltung und Naturparkzentrumsleitung ermöglichten eine deutlich effektivere Naturparkarbeit.

gez.

Depenbrock
Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Naturpark Habichtswald**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	239.631,00 €	259.867,00 €
Umlaufvermögen	91.648,03 €	73.395,89 €
Rechnungsabgrenzungsposten	254,95 €	963,90 €
Summe Aktiva	**331.533,98 €**	**334.226,79 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	147.698,57 €	138.347,25 €
Sonderposten mit Rücklagenanteil	116.293,43 €	135.272,08 €
Rückstellungen	10.226,08 €	6.967,43 €
Verbindlichkeiten	8.140,90 €	3.652,53 €
Rechnungsangrenzungsposten	49.175,00 €	49.987,50 €
Summe Passiva	**331.533,98 €**	**334.226,79 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Naturpark Habichtswald		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	102.258,00 €	102.258,00 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	264.803,97 €	237.338,25 €
3. Personalaufwand	-206.830,03 €	-170.963,62 €
4. Abschreibungen	-29.117,57 €	-30.176,82 €
5. Andere betriebliche Aufwendungen	-122.371,50 €	-137.852,22 €
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	13,92 €
7. Sonstige Steuern	-485,00 €	-485,00 €
8. Bestandsveränderungen fertige/ unfertige Erzeugnisse	1.093,45 €	41,51 €
9. Jahresergebnis	**9.351,32 €**	**174,02 €**

6.6 Zweckverband Naturpark Meissner-Kaufunger Wald

Naturpark Meißner-Kaufunger Wald

Sitz	Wolfteroderstr. 4a 37296 Berkatal-Frankershausen Tel: 05651/952125 Fax: 05657/213933 E-Mail: info@naturparkmeissner.de Internet: www.naturparkmeissner.de
Gründungsdatum	15.12.1961
Gesellschaftszweck	Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der allgemeinen Landesplanung den Naturpark Meißner-Kaufunger Wald mit dem Ziele zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeignetem Raum die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen und durch geeignete Maßnahmen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen.
Verbandsvorstand	*Verbandsvorsitzender* Herr Stefan Reuß, Landrat des Werra-Meißner-Kreises *1. Stellvertreter* Herr Uwe Schmidt, Landrat Landkreis Kassel *2. Stellvertreter* Herr Dr. Rainer Wallmann, EKB des Werra-Meißner-Kreises
Verbandsversammlung	*Mitglied* / *stellv. Mitglied* Edgar Paul / Tobias Rödding Doris Bischoff / Marcel Brückmann Marianne Freitag-Thiele / Dieter Lengemann Frank Williges / Anna-Maria Schölch Karina Fissmann / Ludger Arnold Maria Oehl / Hans-Peter Biehl Ulrike Zindel / Peter Hieronimus Helena Pfingst / Corinna Bartholomäus Jürgen Vogelei / Erhard Niklass Dirk Landau / Michael Heußner Dieter Kirschner / Waldemar Rescher Michael Stein / Frank Fiedler *Vorsitzender der Verbandsversammlung* Edgar Paul *gleichberechtigte Vertreter* 1. Stellvertreter: Martina Oehl 2. Stellvertreter: Karina Fissmann
Geschäftsführung	Forstamtsrat Marco Lenarduzzi
Abschlussprüfer	Werra-Meißner-Kreis, Der Kreisausschuss, Rechnungsprüfungsamt 37235 Eschwege RP-Gießen

Hauswirtschaftliche Daten	• Erfolgsplan 2015 **2015**: 537.308,12 (Einnahmen) 557.147,45 (Aufwendungen) • Erfolgsplan 2016 **2016**: 584.715,52 (Einnahmen) 576.142,36 (Aufwendungen) • Vermögensplan 2015 **2015**: 8277,14 € • Vermögensplan 2016 **2016**: 8168,13 € Fehlbetrag: kein Fehlbetrag • Schulden am Ende des Haushaltsjahres: keine Schulden • „Rücklagen" (hier Bankbestand) am Ende des Haushaltsjahres: **Rücklagen 2015:** 130.758,39 € **Rücklagen 2016:** 139.455,55 € Höhe der Verbandsumlage: **Verbandsumlage 2015:** 96.500 € **Verbandsumlage 2016:** 105.000 € • Umlageanteil des Landkreises Kassel: **Der Umlageanteil 2015 beträgt:** 21.500 € **Der Umlageanteil 2016 beträgt:** 25.000 €
Anzahl der Beschäftigten	19

Lagebericht 2016

Allgemein

Der Zweckverband Naturpark Meißner-Kaufunger Wald wurde 1961 gegründet. Die satzungsgemäßen Ziele des Naturparks sind nach § 3 der aktuellen Satzung:

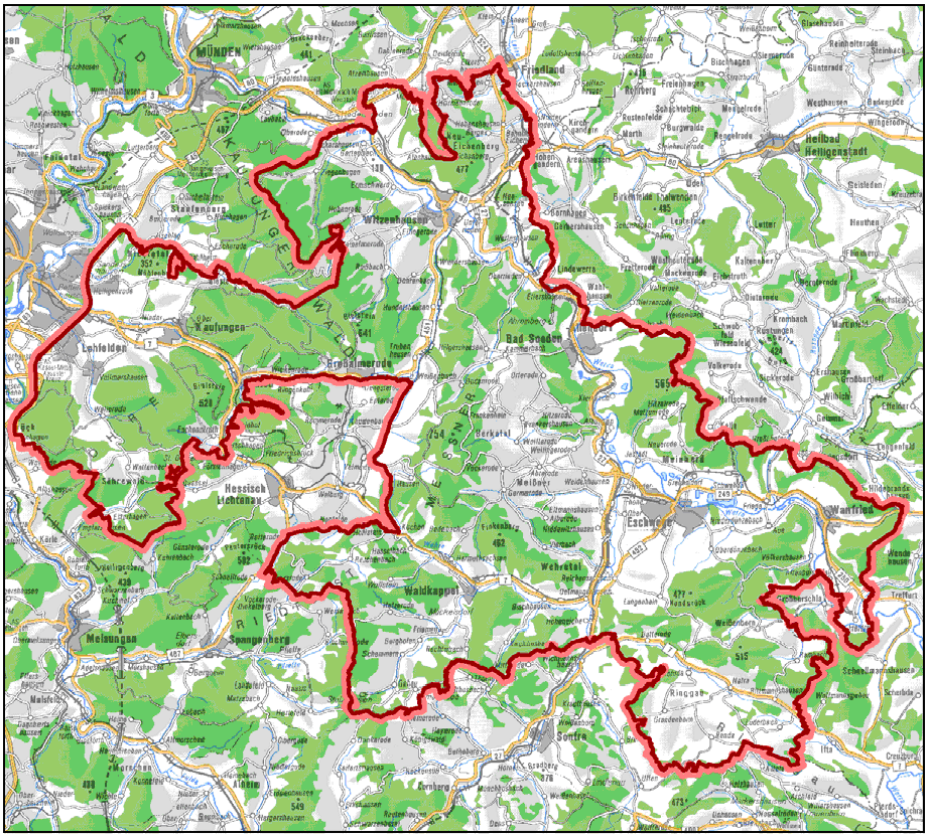
(2) Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der allgemeinen Landesplanung den Naturpark Meißner-Kaufunger Wald mit dem Ziele zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen und durch geeignete Maßnahmen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen.

(3) Der Erfüllung dieser Aufgaben dient insbesondere eine bewusste Steuerung der Besucherströme im Naturpark. Dies geschieht durch die Förderung aller dem Wandern und der Erholung dienenden Maßnahmen. Dazu gehören u. a. das Anlegen von Wanderwegen und Parkplätzen, die sinnvolle Aufstellung von Tischen und Bänken sowie deren Pflege und Erhaltung.

Der Naturpark umfasste zum Zeitpunkt seiner Gründung im Jahre 1961 eine Fläche von 42.058 Hektar. Eine Erweiterung auf eine Gesamtfläche von 92.528 ha in den Landkreisen Kassel und Werra-Meißner erfolgte im Jahr 2007.

Hinweis: Das Hess. Umweltministerium hat in 2015 die Naturparkfläche wieder auf 42.058 ha reduziert (siehe dazu S. 8 Punkt 9).

Grafik 1: Ausdehnung des Naturparks bis 2015



Wirtschaftliche Entwicklung 2016 (Geschäftsverlauf)

Einnahmen

Die Erträge beliefen sich in 2016 auf rund 584.716 Euro und sind im Vergleich zu 2015 um rund 47.407 Euro gestiegen.

Bei den Umsatzerlösen konnten rund 252.956 Euro erzielt werden. Hauptposten bei den Umsatzerlösen sind das Umsetzen von Arbeiten in Naturschutzgebieten sowie die Herstellung und Einrichtung von touristischer Infrastruktur für Gemeinden.

Zuschüsse wurden in 2016 insgesamt rund 144.264 Euro eingenommen. Hauptanteil an den Zuschüssen bildet die institutionelle Förderung des Landes Hessen mit 61.281 Euro, gefolgt von Zuschüssen der Kommunen in Höhe von 37.997 Euro und der Naturparkstiftung in Höhe von 32.664 Euro.

Die Umlagen der Mitgliedskreise lagen bei 130.000 Euro, wobei der Werra-Meißner-Kreis mit dem größeren Flächenanteil am Naturpark den größeren Betrag für die Verbandsarbeit zuschießt.

Die Personalkostenerstattungen beliefen sich in 2016 auf rund 24.600 Euro. Diese Kostenerstattungen resultieren aus Zahlungen des Jobcenters Werra-Meißner für die Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Programmen (AGH, AGH-E, BEZ, EGZ) im Naturpark. Die Abnahme gegenüber 2015 beträgt rund 19.668 Euro. Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen in 2016 rund 32.895 Euro, Hauptanteil bilden hier die Spenden für die Arbeit des Naturparks in Höhe von rund 29.382 Euro. Die Spenden stammen zum größten Teil von den Nutzern der Langlaufloipe und des Barfußpfades Hoher Meißner.

Aufwendungen

Die Aufwendungen beliefen sich in 2016 auf rund 576.142 Euro und sind im Vergleich zu 2015 um rund 30.403 Euro gestiegen.

Die unter 68600 gebuchten Materialaufwendungen in Höhe von rund 32.266 Euro sind Materialien und Dienstleistungen, welche im Rahmen der Erstellung von zum Beispiel Premiumwanderwegen und Infotafeln für öffentliche Institutionen aufgewendet und in Form von Produkten (Ertragseite: 45002) mit den Kunden abgerechnet wurden.

Die Kosten für Personalaufwendungen beliefen sich in 2016 auf rund 415.652 Euro. Der Hauptanteil der Personalaufwendungen entfiel dabei auf Löhne und Gehälter mit Sozialabgaben mit rund 402.853 Euro, gefolgt von der Aufwandsentschädigung für den Geschäftsführer, Honoraren, sowie Fort- und Weiterbildungskosten.

Abschreibungen mindern 2016 in Höhe von rund 24.929 Euro das Sachanlagenvermögen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in 2016 beliefen sich auf rund 102.856 Euro. Hauptposten bei den betrieblichen Aufwendungen waren mit rund 17.932 Euro der Verwaltungs- und Geschäftsbedarf (6900), die Instandsetzungskosten (69001) mit rund 16.814 Euro, die Öffentlichkeitsarbeit (69007) mit rund 14.836 Euro gefolgt von den Aufwendungen für Werkzeuge, Geräte und Betriebsmittel

(69006) mit rund 14.727 Euro und der Kfz-Unterhaltung (69005) mit rund 12.495 Euro. Bei den Instandsetzungskosten für die bestehenden Naturparkeinrichtungen handelt es sich um Materialkosten und Dienstleistungen ohne Personalkosten.
Die im Bereich Öffentlichkeitsarbeit verausgabten Mittel wurden in erster Linie für den Druck von Prospekten und Werbemitteln sowie deren Gestaltung (Grafikerleistungen) verausgabt.
Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für 2016 einen Gewinn von 8.573,16 Euro (2015: -8.431,33 Euro) aus.

Stellenübersicht Naturpark Meißner-Kaufunger Wald 2016

Funktionsbereich	Entgeltgruppen gemäß TVöD															450 Euro Basis Beschäftigte	Sonstige Arbeiter
	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		
Angestellte			0,5			0,5				0,5							
Arbeiter														5		4	5

Einsatzbereiche Angestellte: 0,5 Stelle (13) Planungsleistungen und Anleitung Arbeitsgruppe, Bindestelle im Bereich Naturschutz und FFH, Vertretung Geschäftsführung.
0,5 Stelle (10) Planungsleistungen und Anleitung Arbeitsgruppe, Umweltbildung.
0,5 Stelle Bürotätigkeiten, Organisation und Betreuung Naturparkmobil.
Einsatzbereiche Arbeiterstellen: Unterhaltung und Neubau Naturparkeinrichtungen, Natur- und Landschaftspflege.
Einsatzbereich geringfügig Beschäftigte: 450 Euro Jobs Naturparkmobil und Umweltbildung/ Öffentlichkeitsarbeit.

Entwicklung der liquiden Mittel

Die Höhe der liquiden Mittel zum 31.12.2016 beträgt 139.455,55 Euro (2015 = 130.758,39 Euro).

Übersicht über ausgewählte Projekte und Entwicklungen im Naturpark 2016

1. Premiumwanderwege: In 2016 konnte der Premiumweg P 17 Waldkappeler Berge und P20 Ulfener Karst fertig gestellt werden. In 2016 wurde mit den Planungsarbeiten zu folgenden Premiumwegen begonnen bzw. die Planungsarbeit wurde fortgesetzt: P 21 Point India (Lüderbach), P 22 St. Ottilien, P 24 Söhrewald, Umbau P 2 Meißnerland in zwei Wege (P 2 Frankershäuser Karst, P 23 Höllental).

2. Energieweg Söhre: In Ergänzung zu dem bereits am Hohen Meißner bestehenden Lernweg zum Thema Trinkwasser konnte am Windpark Söhrewald im Landkreis Kassel in 2016 dieser Lernweg rund um das Thema Erneuerbare Energien eingerichtet werden. In Verbindung mit diesem Rundwanderweg wurde ein umfassendes Begleitprogramm zur Umweltbildung rund um das Thema Klimawandel/Klimaschutz entwickelt, welches insbesondere an Schulen im Bereich Kassel angeboten wird.

3. Barfußpfad Hoher Meißner: Die Besucherzahlen auf dem Barfußpfad liegen weiterhin bei über 20.000/Jahr. Die Mittel zur Unterhaltung des Pfades stammen aus der Spendensammelbüchse am Start des Pfades.
4. Mohnblüte Meißner
   2016 wurden im Rahmen des Projekts 17 ha Mohn angebaut (2011, 1 ha). Die Besucherzahlen auf dem Mohnrundweg lagen zwischen 15.000-20.000, in 2016 waren 92 Busgruppen zu Gast. Das Projekt entwickelt sich überdurchschnittlich erfolgreich. Der besondere Wert der Mohnblüte liegt in der überregionalen Werbewirksamkeit für die gesamte Naturparkregion. Es hat sich ein Alleinstellungsmerkmal entwickelt, das noch vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten birgt.

5. Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktagentur (ARGE) und dem Bundesvermögensamt
   Der Naturpark arbeitet seit Jahren mit der ARGE zusammen. Die ARGE vermittelt Arbeitskräfte im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen Programmen an den Naturpark. Dadurch stehen dem Naturpark kostengünstige Arbeitskräfte für zusätzliche, öffentliche Aufträge zur Verfügung. Gleichzeitig dient der Naturpark der ARGE zur Qualifizierung der Maßnahmenteilnehmer für den ersten Arbeitsmarkt. In 2010 hat sich allerdings bereits abgezeichnet, dass die Arbeitsmarktprogramme auf Grund der besseren Konjunktur heruntergefahren werden. Gleichzeitig ist bei den Teilnehmern ein abfallendes Niveau bezüglich Ausbildung und Motivation feststellbar. Die rückläufigen Zuweisungen haben sich in der Folge weiter verschärft, die Konjunkturlage führt zu einer weiteren erfreulichen Belebung des Arbeitsmarktes, dadurch werden immer weniger Arbeitskräfte an den Naturpark zugewiesen. Die im Rahmen der AGH (Arbeitsgelegenheit) in 2015 zugewiesene Arbeitskräfte haben ihre Arbeit entweder nicht angetreten, oder frühzeitig abgebrochen.
   2011 konnten in Zusammenarbeit mit dem Bundesvermögensamt vier Bürgerarbeitsplätze eingerichtet werden, die sich zu einer guten Hilfe bei der Umsetzung der Naturparkziele erwiesen haben. Die Bürgerarbeitsplätze sind im Juli 2014 ausgelaufen. In 2016 verfügte der Naturpark nur noch über einen geförderten Arbeitsplatz.

6. Zusammenarbeit mit den angrenzenden Parks
   Der Naturpark Meißner-Kaufunger Wald grenzt an den Naturpark Eichsfeld-Hainich-Werratal mit dem Nationalpark Hainich und den Naturpark Münden. Die durch das Grüne Band verbundenen Parke bilden eine Gesamtfläche von rund 230.000 ha. 2010 wurde die Bildung ei-

ner Arbeitsgemeinschaft besprochen, die aber nicht realisiert werden konnte.

Die Zusammenarbeit mit Thüringen und Niedersachsen im naturgebundenen Tourismus ist ein wichtiges Ziel für die regionale Entwicklung. Leider gibt es hier zur Zeit keinerlei Impulse.

Lage des Naturparks und der angrenzenden Naturparke und des Nationalparks:

7. Geführte Wanderungen

Bei den in Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb angebotenen geführten Wanderungen/Angeboten des Naturparks konnten die Teilnehmerzahlen erneut gesteigert werden und erreichten in 2016 rund 17.578 Teilnehmer. Davon waren 4968 Teilnehmer Kinder.

8. Naturpark-Mobil mit Rangerinnen

Im Jahr 2016 fuhr das Mobil zu 136 Einsätzen (2015: 101) überwiegend im Werra-Meißner-Kreis. Dabei gab es 121 Einsätze an Schulen, 15 Einsätze an Kindergärten. Teilnehmerzahlen Naturpark-Mobil 2016: 2517 (2015: 2183)

Darüber hinaus wurden weitere 12 Veranstaltungen durchgeführt (Open flair, WWF-Feriencamp, Ferienspiele BSA, usw.).

Um auf aktuelle Bedürfnisse, gesellschaftliche Entwicklungen einzugehen, wurden gezielt zwei neue Themenkreise in das Naturparkmobil-Angebot aufgenommen:

a) Angebote für Flüchtlinge: Vielfältige naturpädagogische Angebote für Intensivklassen an Grundschulen und weiterführenden Schulen; finanziell unterstützt aus dem Programm "Region hat Zukunft" des WMK

b): Lernwerkstatt Klimawandel in Hessen: Bau von zwei vollständigen Kistensätzen mit dem Materialien der Lernwerkstatt und Durchführung des Projekttages zum Klimawandel/Klimaschutz an Grundschulen und weiterf. Schulen ; finanziell unterstützt mit Leadermitteln

9. Ausweitung der Naturparkfläche

Die Gemeinden Sontra, Herleshausen, Nentershausen, Hess. Lichtenau und Großalmerode sind 2014 schriftlich an den Zweckverband herangetreten und haben um Aufnahme der Gemeindeflächen, bzw. der bisher noch nicht im Naturpark gelegenen Gemeindeflächen, gebeten.

Grafik 2: Lage der Gemeinden, die dem Naturpark beitreten möchten

Das Anliegen der Gemeinden wurde in den Gremien des Naturparks besprochen und als sinnvoll bewertet. Die Gemeinden möchten eine Fläche von rund 25.000 ha in den Naturpark einbringen.

Die geplanten Ausweitungsflächen liegen im Werra-Meißner-Kreis. Der Werra-Meißner-Kreis und der fast flächengleiche Naturpark Meißner-Kaufunger Wald beherbergen ein sehr bedeutendes Naturerbe. Das spiegelt sich in der hohen Dichte von FFH- und Vogelschutzgebieten wieder, die durch die Europäische Union entsprechend der Flora-Fauna-Habitatrichtlinie und der Vogelschutzrichtlinie ausgewiesen wurden. Durch die EU-Richtlinien sind 35,2 Prozent der Kreisfläche, also rund 35.000 Hektar unter Schutz gestellt. Kein anderer Landkreis in Hessen hat einen solchen Anteil Europäischer Schutzgebiete vorzuweisen. Auch das größte FFH-Gebiet Hessens mit rund 24.000 ha befindet sich im Werra-Meißner-Kreis. Darüber hinaus ist die Region Werratal, Meißner und Kaufunger Wald erst kürzlich vom Bundesamt für Naturschutz zu einer Hotspotregion der biologischen Vielfalt ausgewiesen worden. Dabei bildet das Naturschutzgroßprojekt Grünes Band das Bindeglied zu den Nachbarparks.
Bei der Verbandsversammlung der Naturparks 2014 hat die Verbandsversammlung einstimmig den Wunsch auf Ausweitung des Naturparks verabschiedet.
Auch die Kreistage des Werra-Meißner-Kreises und des Landkreises Kassel haben sich für die geplante Ausweitung der Naturparkfläche ausgesprochen.
Mit Schreiben vom 15.12.2014 hat der Naturpark die Ausweitung der Naturparkfläche beim zuständigen Ministerium beantragt.

Bei der Prüfung des Antrags auf eine weitere Ausweitung des Naturparks wurde durch das Ministerium festgestellt, dass die erste Ausweitung des Naturparks in 2007 nicht rechtskräftig geworden ist. Der Grund dafür lag in der fehlerhaften Bearbeitung im Ministerium, es wurde vergessen die Ausweitung im Staatsanzeiger zu erklären. Das Ministerium hat in der Folge die Förderung an den Naturpark, auf Grund der verringerten Größe, um 19.316 Euro in 2015 gekürzt auf 41.965 Euro.
Die beantragte zweite Ausweitung des Naturparks konnte in 2015 durch das Ministerium nicht vollzogen werden. Der Grund lag in der fehlenden Rechtsgrundlage zur Ausweitung nach Hess. Naturschutzgesetz. Die Rechtsgrundlage wurde durch die Auflösung der großen Landschaftsschutzgebiete in Hessen entzogen. Die Voraussetzungen zur Anpassung des Gesetzes wurden in 2015 durch das Ministerium vorbereitet. Eine Ausweitung des Naturparks war für 2016 geplant. Auf Grund weiterer Verzögerungen soll die Ausweitung über die Flächengröße von 2007 hinaus in 2017 erfolgen.

Weitere Entwicklung/Chancen und Risikobericht

Die in Netzwerken gefestigte Aufbauarbeit des Naturparks zeigt gute bis sehr gute Erfolge. Ziel ist die Fortführung der erfolgreichen Arbeit im Bereich Wandertourismus, Umweltbildung, Schaffung von regionalen Wertschöpfungsketten sowie die Verknüpfung von Zielen des Naturschutzes und des Tourismus. Die fehlenden Segmente Radfahren und Wasserwandern sowie Städtetourismus sind zu ergänzen.
Die Mohnblüte ist als Alleinstellungsmerkmal weiter zu entwickeln.

Die Nutzung der Chancen ist abhängig von:

a. Der ausreichenden Ausstattung des Naturparks mit Personal- und Finanzmitteln.
b. Der weiteren Entwicklung der Arbeiten in Netzwerken.
c. Der übergeordneten Optimierung der touristischen Vermarktung im Naturparkgebiet

Risiken:
Zu a: Im Bereich der angestellten Arbeitskräfte ist die Kapazitätsgrenze erreicht, ein Ausbau der bestehenden Arbeitsfelder und die Weiterentwicklung von Projekten ist unter den aktuellen Bedingungen nicht möglich. Bei den Arbeitern führt der Wegfall arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen unterschiedliche Förderpraxis zu einem Verlust an günstigen Arbeitskräften.
Die geschlossenen Arbeitsverträge wurden bereits mehrfach verlängert und bedürfen einer Entfristung. Die nachhaltige Pflege der Premiumwanderwege durch die Gemeinden ist nicht durchgehend gesichert.
Die Umsatzerlöse des Naturparks + Spenden (2016: rund 282.338 Euro) sind annähernd so hoch wie die Zuschüsse, Umlagen und Personalkostenerstattungen (2016: rund 298.864 Euro).

Zu b: Die Vernetzung der Arbeit des Naturparks ist gut vorangeschritten, es entstehen zunehmend Synergien. Begrenzender Faktor für weitere Verknüpfungen ist das Erreichen der Kapazitätsgrenzen beim Personal.

Zu c.: Die touristische Vermarktung im Naturparkgebiet ist zu kleinteilig und von außen (und teilweise auch von innen) nur schwer verständlich und uneffektiv. Die touristischen Produkte des Naturparks können nicht ihrer Wertigkeit entsprechend vermarktet werden.
Eine Bündelung der touristischen Aktivitäten und ein einheitliches Auftreten nach innen und außen sind dringend geboten. Ende 2016 wurde eine Zusammenführung von Naturpark und Werratal Tourismus Marketing GmbH auf Kreisebene beschlossen. Dadurch wird sich in 2017 die Situation bezüglich der Bündelung von Herstellung touristischer Produkte und deren Vermarktung stark verbessern.

Vorfälle von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres
Es waren keine Vorfälle von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres bekannt.

Schlussbilanz 2016

Aktiva	Naturpark Meißner/ Kaufungerwald	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	69.565,00 €	85.717,50 €
Umlaufvermögen	2.193,07 €	4.179,99 €
Guthaben bei Kreditinstituten	139.455,55 €	130.758,39 €
Summe Aktiva	**211.213,62 €**	**220.655,88 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	188.179,85 €	168.198,69 €
Sonderposten mit Rücklagenanteil	5.850,00 €	8.800,00 €
Rückstellungen	5.500,00 €	22.100,00 €
Verbindlichkeiten	11.683,77 €	21.557,19 €
Summe Passiva	**211.213,62 €**	**220.655,88 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Naturpark Meißner/Kaufungerwald		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	252.956,43 €	261.504,02 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	331.759,09 €	275.782,66 €
3. Personalaufwand	415.651,93 €	-374.477,89 €
4. Materialaufwand	16.813,63 €	-21.541,09 €
5. Abschreibungen	24.928,63 €	-29.853,64 €
6. Andere betriebliche Aufwendungen	118.748,17 €	-131.235,33 €
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	21,44 €
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	-39,50 €
9. Sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €
10. Jahresergebnis	**8.573,16 €**	**-19.839,33 €**

6.7 Zweckverband Tierkörperbeseitigung

Sitz	Parkstraße 6 34576 Homberg Tel: 05681/ 775-200 Fax: 05681/ 775-207 E-Mail: juergen.kaufmann@schwalm-eder-kreis.de Internet:
Gründungsdatum	1979
Gesellschaftszweck	Aufgabe des Zweckverbandes ist die unschädliche Beseitigung der im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse gemäß den Bestimmungen des TierNebG und den dazu ergangenen Vorschriften sowie die Erfüllung der den Landkreisen gem. § 8 Abs. 2 Hess. Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz obliegenden Zahlungspflicht (Drittellösung).
Mitglieder	Schwalm-Eder-Kreis Landkreis Waldeck-Frankenberg Werra-Meißner-Kreis Landkreis Hersfeld-Rotenburg, seit 01.01.07: Stadt Kassel Landkreis Kassel
Organe des Unternehmens	**<u>Verbandsvorstand</u>** Vorsitzender: Jürgen Kaufmann Stellv. Vorsitzender: Dr. Rainer Wallmann Mitglieder: Anne Janz, Jens Deutschendorf, Dr. Michael H. Koch, Uwe Schmidt, Burghard Schneider von Lepel, **<u>Verbandsversammlung</u>** Vorsitzender: Willi Werner Stellv. Vorsitzender: Erich Schaumburg Mitglieder (Stellv.): **Schwalm-Eder-Kreis** Gerd Höfer (Hermann Häusling) Willi Werner (Lothar Kothe) Reinhard Otto (Stefan Völker) **Landkreis Waldeck-Frankenberg** Dr. Hendrik Sommer (Dr. Harald Schaaf) Ulrike Tönepöhl (Tobias Scherf) Dieter Schütz (Friedrich Wilke) **Landkreis Hersfeld-Rotenburg** Helmut Opfer (Petra Wiesenberg) Horst Taube (Markus Becker) Stefan Wild (Ina Uhlig)

		Werra–Meißner-Kreis Peter Hieronimus (Lothar Nöding) Friedel Lenze sen. (Friedel Lenze jun.) Michael Stein (Peter Freiherr von Diersburg) **Stadt Kassel** Petra Ullrich (Johannes Geerken) Stefan Kortmann (Valentino Lipardi) Steffen Müller (Dorothee Köpp) **Landkreis Kassel** Jürgen Noll (Walter Brück) Erich Schaumburg (Frank Hellwig) Thorsten Krohne (Helga Pfleger)
Geschäftsführung	Robert Hollstein	
Abschlussprüfer	Fachdienst Rechnungsprüfung des Landkreises Hersfeld-Rotenburg	
Anzahl der Beschäftigten	keine	
Verbandsumlage	**2016**	98.500,00 €

Die Aufgaben werden jederzeit erfüllt.

6.8 Gasversorgungszweckverband Landkreis Kassel

Sitz	Wilhelmshöher Allee 19 -21 34117 Kassel Tel: 0561/1003-1246 Fax: 0561/7887-5015 E-Mail: oliver-rother@landkreiskassel.de
Gründungsdatum	im Jahr 1980 gegründet Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gesellschaftszweck	Der Zweckverband hat die Aufgabe, auf der Grundlage der gemeindlichen Selbstverwaltung in gemeinnütziger Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder eine wirtschaftliche Gasversorgung in den Gemeinden des Landkreises Kassel zu ermöglichen und zu fördern.
Mitglieder	Ahnatal, Calden, Espenau, Fuldabrück, Fuldatal, Grebenstein, Habichtswald, Helsa, Immenhausen, Kaufungen, Liebenau, Niestetal, Reinhardshagen, Schauenburg, Vellmar, Wahlsburg, Zierenberg
Organe des Unternehmens	Verbandsvorstand und Verbandsversammlung
Verbandsversammlung **(bis zur Kommunalwahl 2016)**	Frau Bettina Schröder, Kreistagsabgeordnete, Landkreis Kassel Herr Götz-Heinrich Henkel, Kreistagsabgeordneter, Landkreis Kassel Herr Bürgermeister Michael Aufenanger (Ahnatal) Herr Ewald Griesel (Ahnatal) Herr Bürgermeister Andreas Dinges (Calden) Herr Adolf Roß (Calden) Herr Bürgermeister Carsten Strzoda (Espenau) Herr Manfred Pfläging (Espenau) Herr Bürgermeister Dieter Lengemann (Fuldabrück) Herr Manfred Balke (Fuldabrück) Herr Artur Mandel (Fuldatal) Herr Tore Florin (Fuldatal) Herr Bürgermeister Dany Sutor (Grebenstein) Herr Horst Wolff (Grebenstein) Herr Bürgermeister Thomas Raue (Habichtswald) Herr Peter Schnegelsberg (Habichtswald) Herr Bürgermeister Tilo Küthe (Helsa) Herr Frank Isenberg (Helsa, bis 08.08.2015) Frau Christa Oehler (Immenhausen) Herr Diethelm Robrecht (Immenhausen) Frau Bürgermeister Arnim Roß (Kaufungen) Herr Stefan Röttger (Kaufungen) Herr Bürgermeister Peter Lange (Liebenau) Herr Dieter Neumeyer (Liebenau) Herr Bürgermeister Andreas Siebert (Niestetal) Herr Jens Horstmann (Niestetal) Herr Bürgermeister Fred Dettmar (Reinhardshagen) Herr Albert Kauffeld (Reinhardshagen) Herr Rolf-Martin Barkhof (Schauenburg) Herr Harald Starke (Schauenburg) Herr Bürgermeister Manfred Ludewig (Vellmar)

	Herr Klaus Parusel (Vellmar) Herr Bürgermeister Jörg-Otto Quentin (Wahlsburg) Herr Harald Henne (Wahlsburg) Herr Alexander Frese (Zierenberg) Herr Sebastian Stiefel (Zierenberg)
Vorsitzender Verbands-versammlung **(bis zur Kommunalwahl 2016)**	Rolf-Martin Barkhof
Verbandsvorstand **(bis zur Kommunalwahl 2016)**	Uwe Schmidt, Landrat (Vorsitzender) Peter Lange, Liebenau Jörg-Otto Quentin, Wahlsburg
Verbandsversammlung **(nach Kommunalwahl 2016)**	Frau Bettina Schröder, Kreistagsabgeordnete, Landkreis Kassel Frau Jutta Rüddenklau, Kreistagsabgeordnete, Landkreis Kassel Herr Bürgermeister Michael Aufenanger (Ahnatal) Herr Ewald Griesel (Ahnatal) Herr Bürgermeister Maik Mackewitz (Calden) Herr Norbert Ulrich (Calden) Herr Bürgermeister Carsten Strzoda (Espenau) Herr Helmut Opfermann (Espenau) Herr Bürgermeister Dieter Lengemann (Fuldabrück) Herr Eckhard Grebe (Fuldabrück) Herr Rainer Krisch (Fuldatal) Herr Till Olbrich (Fuldatal) Herr Bürgermeister Dany Sutor (Grebenstein) Herr Horst Wolff (Grebenstein) Herr Bernd Röhling (Habichtswald) Herr Peter Schnegelsberg (Habichtswald) Herr Bürgermeister Tilo Küthe (Helsa) Herr Thomas Lenz (Helsa) Herr Bürgermeister Jörg Schützeberg (Immenhausen) Herr Jürgen Kaiser (Immenhausen) Frau Bürgermeister Arnim Roß (Kaufungen) Herr Stefan Röttger (Kaufungen) Herr Bürgermeister Harald Munser (Liebenau) Herr Volker Schumann (Liebenau, bis 02.03.2017) Herr Bürgermeister Andreas Siebert (Niestetal) Herr Wolfgang Silber (Niestetal) Herr Bürgermeister Fred Dettmar (Reinhardshagen) Herr Albert Kauffeld (Reinhardshagen) Herr Dr. Nico Storch(Schauenburg) Herr Harald Starke (Schauenburg) Herr Bürgermeister Manfred Ludewig (Vellmar) Herr Klaus Parusel (Vellmar) Herr Bürgermeister Jörg-Otto Quentin (Wahlsburg) Herr Harald Henne (Wahlsburg) Herr Alexander Frese (Zierenberg) Herr Stefan Foschum (Zierenberg)
Vorsitzender Verbands-versammlung **(nach Kommunalwahl 2016)**	Dr. Nico Storch, Schauenburg

Verbandsvorstand **(nach Kommunalwahl 2016)**	Uwe Schmidt, Landrat (Vorsitzender) Carsten Strzoda, Espenau Jörg-Otto Quentin, Wahlsburg	
Abschlussprüfer	Revision Landkreis Kassel	
Hauswirtschaftliche Daten	Konzessionsabgabe EnergieNetz Mitte GmbH	245.842,53 €
	Verwaltungskostenbeitrag	10.200,00 €
Anzahl der Beschäftigten	Die Arbeit wird von Mitarbeitern des Landkreises Kassel wahrgenommen.	

Ein Lagebericht wurde nicht erstellt.

7 Stiftungen

7.1 Kulturstiftung des Landkreises Kassel

Sitz	Kreishaus Kassel Wilhelmshöher Allee 19 – 21 34117 Kassel Tel: 0561/1003-1296 Fax: 0561/78875082 E-Mail: Karl-Hellmich@landkreiskassel.de
Rechtsform und Sitz	Die Kulturstiftung des Landkreises Kassel ist eine Stiftung des Bürgerlichen Rechts und hat ihren Sitz in Kassel.
Gesellschaftszweck	Zweck der Stiftung ist die Förderung und Unterstützung von Kultur, Kunst, Volkskunde und Denkmalpflege primär im Gebiet des Landkreises Kassel.
Organe des Unternehmens	Organ der Stiftung ist der Vorstand. Der Vorstand besteht aus neun Mitgliedern. Der Landrat oder die Erste Kreisbeigeordnete des Landkreises Kassel sowie der Vorsitzende des Kreistages gehören dem Vorstand als geborene Mitglieder an. Die Mitglieder des Vorstandes werden vom Kreistag des Landkreises Kassel aus seiner Mitte sowie zwei Mitglieder und zwei sachkundige Einwohner vom Kreisausschuss des Landkreises Kassel als weitere Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit des Kreistages gewählt. Erste Kreisbeigeordnete Susanne Selbert, Vorsitzende Kreistagsvorsitzender Andreas Güttler, stellv. Vorsitzender <u>Kreistagsmitglieder</u> Marlis Weymann-Flörke, Breuna Burkhard Finke, Wolfhagen Dr. Michael Knüppel, Vellmar <u>Kreisausschussmitglieder</u> Burkhard Schneider von Lepel, Trendelburg Wilfried Wehnes, Bad Emstal <u>sachkundige Einwohner</u> Rudolf Czerny, Vellmar Engin Caliskan, Niestetal
Stiftungsvermögen	Das Stiftungsvermögens beträgt 1.728.805,67 €, wobei dieses gemäß der Stiftungsverfassung in seinem Wert zu erhalten ist. Die aus entsprechenden Fondsanlagen erzielte Verzinsung wird jährlich für die Erfüllung der Stiftungszwecke verwendet. Für das Jahr 2016 wurden mit einer Summe von 25.075,00 € folgende Vorhaben bzw. Projekte finanziell durch die Kulturstiftung unterstützt: <u>Antragssteller/Projektbeschreibung</u> *Kindertheaterbürooo* Märchentheater am Märchenlandweg 2016

	Volksbühne Kassel Jugendtheaterabonnement 2016 *Verein zur Förderung der Gegenwartsliteratur* Autorenpreis 2016 *Förderverein Wasserschloss Wülmersen e.V.* Kulturveranstaltungen 2016 *Hugenotten-Museum Bad Karlshafen* Ausstellung „Mit offenen Armen aufgenommen" *Regionalmuseum Wolfhager Land* Ausstellung „Frauenleben im Mittelalter" *CMP – Die Talentschmiede* Musikcamp 2016, Sensenstein *Kulturverein Espenau* Espenauer Kulturtage 2016 *Bundesverband Dt. Film-Autoren* Regionaler Wettbewerb im Rahmen des Bundesfilmpreises *Evangelische Akademie Hofgeismar* Festival für Alte Musik
Geschäftsführung	Karl Hellmich, Kaufungen

Ein Lagebericht wurde nicht erstellt.

8 Projektentwicklung

8.1 Projektentwicklungs-GmbH & Co. Landratsamts KG

Sitz	Ritterstraße 1 34466 Wolfhagen Tel: 0561 1003-1439 Fax: 0561 1003-1353 E-Mail: mario-wienand@landkreiskassel.de
Gründungsdatum	01.08.2003 (Unterschrift des Gesellschaftervertrags)
Gesellschaftszweck	Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Bebauung bislang kreiseigener und städtischer Grundstücke im Rahmen der Entwicklung des Landratsamtes Kassel und weiterer Gebäude auf dem Grundstücksareal Humboldtstraße / Wilhelmshöher Allee in Kassel mit anschließender Vermietung/ Vermarktung. Genehmigungspflichtige Tätigkeiten im Sinne des § 34 c GewO werden nicht ausgeübt. Eine Verpflichtung zum Erwerb von Grundstücken ist mit dieser Zustimmung nicht verbunden. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Handlungen wahrzunehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks erforderlich sind. Die Gesellschaft beginnt am 1. August 2003. Die Gesellschaft endet mit Erreichen des Gesellschaftszwecks. Dies wird von den Gesellschaftern durch Beschluss einstimmig festgelegt.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel HRA 15108
Gezeichnetes Kapital	100.000,00 €
Gesellschafter	Kommanditisten: OFB Projektentwicklung GmbH 6 % **Landkreis Kassel 94 %** Persönlich haftende Gesellschafterin: Landratsamt Kassel Verwaltungs-GmbH (Komplementärin ohne Einlagen)
Aufsichtsrat	kein Aufsichtsrat
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Komplementärin Landratsamt Kassel Verwaltungs-GmbH Geschäftsführer Udo Umbach Prokura: Mario Wienand
Abschlussprüfer	Strecker, Berger + Partner, Brüder-Grimm-Platz 4, 34117 Kassel
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine
Anzahl der Beschäftigten	keine Beschäftigten

Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Es wurde kein Lagebericht erstellt.

Schlussbilanz 2016

Aktiva	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Landratsamt KG	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	21.027.911,94 €	21.481.379,94 €
Umlaufvermögen	616.605,65 €	452.189,44 €
Rechnungsabgrenzungsposten	20.750,00 €	20.750,00 €
Summe Aktiva	**21.665.267,59 €**	**21.954.319,38 €**
Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	3.532.848,16 €	3.017.081,75 €
Rückstellungen	6.600,00 €	6.400,00 €
Verbindlichkeiten	18.125.819,43 €	18.930.837,63 €
Summe Passiva	**21.665.267,59 €**	**21.954.319,38 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Projektentwicklungs-GmbH & Co. Landratsamt KG		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	1.806.024,00 €	1.806.024,00 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	0,00 €
3. Abschreibungen	-453.468,00 €	-479.343,00 €
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-69.188,93 €	-64.666,54 €
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	133,51 €
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-767.600,66 €	-805.699,21 €
7. Jahresergebnis	**515.766,41 €**	**456.448,76 €**

8.2 Landratsamt Kassel Verwaltungs-GmbH

Sitz	Wilhelmshöher Allee 19-21 34117 Kassel Tel: 0561 1003-1439 Fax: 0561 1003-1353 E-Mail: mario-wienand@landkreiskassel.de
Gründungsdatum	Gegründet am 27.02.2008 (Unterschrift des Gesellschaftervertrages) als Mainking GmbH ohne Beteiligung des Landkreises Kassel. Am 24.04.2008 erfolgte die Umbenennung der Gesellschaft in Landratsamt Kassel-Verwaltungs-GmbH und die Verlagerung des Firmensitzes nach Kassel. Die Geschäftsanteile wurden am 13.11.2008 an den Landkreis Kassel abgetreten. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Dauer errichtet.
Gesellschaftszweck	Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung von vermögensverwaltenden Gesellschaften.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel HRB 14563
Stammkapital	25.000,00 Euro
Gesellschafter	**Landkreis Kassel 100 %**
Aufsichtsrat	kein Aufsichtsrat
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Udo Umbach Prokura: Mario Wienand
Abschlussprüfer	kein
Gewinn-/Verlustzuweisung	keine
Anzahl der Beschäftigten	keine Beschäftigten
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Es wurde kein Lagebericht erstellt.

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Landratsamt Kassel Verwaltungs-GmbH**	
	31.12.2016	Vorjahr
Umlaufvermögen/Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	1.889,27 €	9.010,13 €
Umlaufvermögen/Kassenbestand suw.	48.449,51 €	38.486,21 €
Summe Aktiva	**50.338,78 €**	**47.496,34 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	48.830,78 €	46.076,65 €
Rückstellungen	1.508,00 €	1.419,69 €
Summe Passiva	**50.338,78 €**	**47.496,34 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Landratsamt Kassel Verwaltungs-GmbH		
	2016	Vorjahr
1. Sonstige betriebliche Erträge	5.853,27 €	5.882,68 €
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.853,27 €	-1.882,68 €
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	6,87 €
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.245,87 €	-1.248,36 €
5. Jahresergebnis	**2.754,13 €**	**2.758,51 €**

8.3 Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG

Sitz	Wilhelmshöher Allee 19 - 21 34117 Kassel Tel: 0561/1003-1252 Fax: 0561/1003-1353 E-Mail: udo-umbach@landkreiskassel.de
Gründungsdatum	21. Dezember 2005 (Unterschrift des Gesellschaftervertrags) Die Gesellschaft ist für unbestimmte Zeit eingegangen.
Gesellschaftszweck	Gegenstand des Unternehmens ist das Halten von Eigentum oder sonstigen grundstücksgleichen Rechten an mit Schulen bebauten Grundstücken des Landkreises Kassel sowie deren Vermietung an den Landkreis. Genehmigungspflichtige Tätigkeiten im Sinne des § 34 c GewO werden nicht ausgeübt. Eine Verpflichtung zum Erwerb von Grundstücken ist mit dieser Zweckbestimmung nicht verbunden. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Handlungen wahrzunehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks erforderlich sind. Sie kann sich an anderen Gesellschaften des Landkreises beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel, HRA 16398
Gezeichnetes Kapital	100.000,00 €
Gesellschafter	Kommanditist: **Landkreis Kassel 100 %** Persönlich haftende Gesellschafterin: Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH (Komplementärin ohne Kapitaleinlage)
Aufsichtsrat	kein Aufsichtsrat
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Landkreis Kassel als geschäftsführender Kommanditist und die Komplementärin
Abschlussprüfer	GBZ Revisions- und Treuhand AG, Kassel
Umlage an den Landkreis	keine
Anzahl der Beschäftigten	keine Beschäftigten
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht 2016

A. Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde mit Vertrag vom 21. Dezember 2005 errichtet. Aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses vom 17. Dezember 2009 wurde der Gesellschaftsvertrag insgesamt neu gefasst. Dabei wurde u. a. der Sitz der Gesellschaft nach Kassel verlegt.

Der Erwerb von fünf Schulgrundstücken durch die Gesellschaft vom Landkreis Kassel erfolgte auf der Grundlage von Erbbaurechtsverträgen vom 21. Dezember 2005. Die Dauer der Erbbaurechte beträgt jeweils 40 Jahre.

Die Gesellschaft führte im Anschluss an die Einräumung der Erbbaurechte die Sanierung, den Umbau und die Erweiterung der Wilhelm-Filchner-Schule Wolfhagen, der Erich-Kästner-Schule Baunatal, der Christine-Brückner-Schule Bad Emstal, der Ahnatal-Schule Vellmar und der Wilhelm-Leuschner-Schule Niestetal durch. Bis zum Jahr 2009 wurden alle baulichen Maßnahmen vertragsgemäß erbracht und innerhalb der vereinbarten Termine übergeben.

Für sämtliche Schulen bestehen langfristige Mietverträge mit dem Landkreis Kassel bis zum 31. Oktober 2034.

B. Wirtschaftsbericht

I. Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2016 um preisbereinigt 1,9 % in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld solide gewachsen. Das Wachstum fiel damit sogar geringfügig stärker aus, als in der Herbstprojektion der Bundesregierung vorhergesagt. Die Entwicklung wurde rechnerisch von der Binnennachfrage getragen. Vor allem die staatlichen und privaten Konsumausgaben, aber auch die Bauinvestitionen legten kräftig zu. Das positive Jahresergebnis unterstreicht, dass sich die Konjunktur in Deutschland im Jahresschlussquartal 2016 belebt hat.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit der Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG (im Folgenden: Gesellschaft) und der Konzeption der Gesellschaft sowie der bestehenden grundlegenden Verträge (vor allem der langfristigen Mietverträge) mit dem Landkreis Kassel ist der geplante Geschäftsverlauf der Gesellschaft mit dessen

Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage überwiegend eingetreten. Auch für die kommenden Jahre werden aufgrund der langfristigen vertraglichen Bindungen und bei vorausgesetzter normaler Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftssituation keine besonderen Risiken für die Gesellschaft erwartet.

II. Wirtschaftliche Situation

Der erwirtschaftete Jahresüberschuss, als Hauptkennzahl für die Unternehmenssteuerung, von T€ 2.286 ist insbesondere begründet durch die Erträge aus der Beteiligung an der Dritte Projektentwicklungs-KG.

Die Entwicklung der Gesellschaft sowie der Geschäftsverlauf können weiterhin als positiv beurteilt werden. Kontroll- und ggf. Steuerungsbedarf gibt es lediglich bezüglich der Liquidität, die aufgrund der zu erbringenden Tilgungsleistungen nur in geringem Maße vorhanden ist.

III. Vermögens- und Finanzanlage

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
AKTIVA						
Anlagevermögen						
Sachanlagen	38.861,40	77,5	40.049,00	81,7	-1.187,60	<-100
Finanzanlagen	1.791,90	3,6	1.791,90	3,7	0,00	0,0
	40.653,30	81,1	41.840,90	85,4	-1.187,60	<-100
Umlaufvermögen						
Forderungen und sonstige						
Vermögensgegenstände	8.824,60	17,6	7.022,70	14,3	1.801,90	>100
Flüssige Mittel	643,30	1,3	157,90	0,3	485,40	43,1
Rechnungsabgrenzung	25,80	0,1	0,00	0,0	25,80	2,3
	9.493,70	18,9	7.180,60	14,6	2.313,10	>100
	50.147,00	**100,0**	**49.021,50**	**100,0**	**1.125,50**	**>100**
PASSIVA						
Mittel- und langfristige Mittel						
Rechnungsabgrenzung/						
Forfaitierung	37.642,60	75,1	38.836,80	79,2	-1.194,20	<-100
Eigene Mittel	10.190,00	20,3	7.903,80	16,1	2.286,20	>100
	47.832,60	95,4	46.740,60	95,3	1.092,00	97,0
Kurzfristige fremde Mittel						
Rückstellungen	527,10	1,1	556,30	1,1	-29,20	-2,6
Rechnungsabgrenzung/						0,0
Forfaitierung	1.507,00	3,0	1.446,10	2,9	60,90	5,4
Übrige Verbindlichkeiten	280,30	0,6	278,50	0,6	1,80	0,2
	2.314,40	4,6	2.280,90	4,7	33,50	3,0
	50.147,00	**100,0**	**49.021,50**	**100,0**	**1.125,50**	**100,0**

Die Bilanzsumme ist um T€ 1.125,5 auf T€ 50.147 gestiegen. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen (Sachanlagen) nach Verrechnung von Abschreibungen vermindert. Demgegenüber hat sich das Umlaufvermögen erheblich erhöht (Forderungssaldierung aus der Beteiligung an der Dritte Pro-

jektentwicklungs-KG). Auf der Passivseite konnten die Verbindlichkeiten aus der Finanzierung weiter abgebaut werden.

Die Vermögenslage wird konzeptionsbedingt auf der Aktivseite mit 77,5% der Bilanzsumme durch die sanierten und erweiterten Schulgebäude und auf der Passivseite mit 78,1% durch Verbindlichkeiten für die Außenfinanzierung dominiert.

IV. Ertragslage

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	**3.754,4**	**99,0**	**3.754,4**	**99,7**	**0,0**	**0,0**
Sonstige betriebliche Erträge	36,5	1,0	10,8	0,3	25,7	>100
Gesamtleistung	**3.790,9**	**100,0**	**3.765,2**	**100,0**	**25,7**	**0,7**
Sonstige betriebliche Aufwendungen	352,4	9,3	364,9	9,7	-12,5	-3,4
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.187,6	31,3	1.187,8	31,5	-0,2	0,0
Betriebliche Aufwendungen	**1.540,0**	**40,6**	**1.552,7**	**41,2**	**-12,7**	**-0,8**
Betriebsergebnis	**2.250,9**	**59,4**	**2.212,5**	**58,8**	**38,4**	**1,7**
Erträge aus Beteiligungen	1.803,4	47,6	1.551,0	41,2	252,4	16,3
Zinsergebnis	-1.631,2	-43,0	-1.688,9	-44,9	57,7	-3,4
Ergebnis vor Steuern	**2.423,1**	**63,9**	**2.074,6**	**55,1**	**348,5**	**16,8**

Das Ergebnis vor Steuern hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 348,5 auf T€ 2.423,1 erhöht, was hauptsächlich auf gestiegene Erträge aus Beteiligungen von der Dritte Projektentwicklungs-KG zurückzuführen ist. Weiterhin hat sich das Zinsergebnis aufgrund von Darlehenstilgungen verbessert.

V. Investitionen

Es wurden noch Mängelbeseitigungs- und Gewährleistungsansprüche verfolgt. Weitere Investitionen fanden nicht statt.

VI. Finanzierungsmaßnahmen

Die während der Bau- und Sanierungsmaßnahmen mit der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba), Frankfurt am Main/Erfurt, vereinbarte Zwischenfinanzierung wurde zum 1. November 2009 im Wege der Forfaitierung auf eine langfristige Finanzierung in Höhe von 48 Mio. € mit einer Zinsbindung von 25 Jahren umgestellt. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft entsprechende Anteile der künftig zu vereinnahmenden Mieten an die finanzierende Bank verkauft und abgetreten.

Der Landkreis Kassel hat seinerseits als Mieter auf die evtl. Einwendungen und Einreden gegenüber den Mietforderungen verzichtet, so dass im Ergebnis für die Finanzierung kommunalkreditähnliche Konditionen erzielt werden konnten.

Auf der Ebene der Dritte Projektentwicklungs-KG (Mehrheitsbeteiligung) wurde ebenfalls im Wege der Forfaitierung im Jahr 2011 eine teilweise Ablösung der Zwischenfinanzierung in Höhe von 45,6 Mio. € vorgenommen. Die Ablösung der restlichen Zwischenfinanzierung in Höhe von etwa 14,7 Mio. € erfolgte im Dezember 2012. Die Zinsbindung wurde bis zum Ende der Vertragslaufzeit am 31. Dezember 2032 festgeschrieben.

VII. Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

C. Chancen- und Risikobericht

I. Risiken

Da der Landkreis Kassel auf Basis langfristiger Verträge Mieter sämtlicher sanierter Schulen ist, besteht seitens der Gesellschaft als Vermieterin auf der Ertragsseite nur ein geringes Risiko.

Nach Durchführung der langfristigen Umschuldung sind auch keine Finanzierungsrisiken ersichtlich. Die mit der finanzierenden Bank vereinbarten Zahlungspläne sehen eine vollständige Ablösung bis zum 31. Oktober 2034 vor. Die monatlich zu zahlenden Annuitäten können aus den vom Landkreis Kassel zu vereinnahmenden Mietzahlungen bedient werden.

Die gleichen Aussagen gelten entsprechend für die ebenfalls nach dem ÖPP-Modell tätige Dritte Projektentwicklungs-KG, so dass sich auch insoweit aus der Stellung als Mehrheitsgesellschafterin voraussichtlich keine Risiken für die Berichtsgesellschaft ergeben werden.

II. Risiken der Projektdurchführung

Alle im Projekt vereinbarten Bau- und Sanierungsmaßnahmen sind abgeschlossen. Aus der noch ausstehenden Mängelbeseitigung und aus Gewährleistungsüberwachung werden keine besonderen Risiken erwartet.

Ein Beweissicherungsverfahren zur Klärung vorhandener Mängel (Dachundichtigkeiten an der Christine-Brückner-Schule) ist noch anhängig.

Das Finanzamt Kassel I hat beginnend ab dem 1. Januar 2007 Einheitswertfestsetzungen für die fünf Schulgrundstücke der Gesellschaft vorgenommen. Daraufhin haben die jeweiligen Gemeinden entsprechende Grundsteuerbescheide erlassen. Das Finanzamt hat die eingelegten Einsprüche zurückgewiesen. Im Gegensatz zur Gesellschaft sieht das Finanzamt die Voraussetzungen einer Grundsteuerbefreiung nach § 3 Abs. 1 Satz 3 Grundsteuergesetz nicht als gegeben an.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung für sämtliche Schulen sowohl der Berichts-gesellschaft als auch der Dritte Projektentwicklungs-KG hat die Gesellschaft bezüglich der Christine-Brückner-Schule Bad Emstal am 17. Juni 2011 eine Musterklage vor dem Hessischen Finanzgericht Kassel erhoben. Mit Urteil vom 11. Dezember 2014 wurde die Klage abgewiesen. Die Einlegung von Revision beim Bundesfinanzhof erfolgte am 20. Februar 2015. Mit einer abschließenden Entscheidung ist bis zum Ende des Jahres 2017 zu rechnen.

Eine Bestandsgefährdung ist aber weder für die Gesellschaft noch für deren Komplementärin gegeben.

III. Wesentliche Chancen

Wesentliche Chancen ergeben sich nach der zu relativ günstigen Zinskonditionen durchgeführten langfristigen Umschuldung und dem nur noch statischen Gesellschaftszweck nicht mehr.

IV. Beurteilung der Chancen- und Risikosituation

Die Chancen- und Risikosituation hat sich im Vergleich zum vorausgegangenen Geschäftsjahr nicht verändert. Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

D. Prognosebericht

Der im Vorjahr prognostizierte Jahresüberschuss ist aufgrund vermehrter Erträge aus Beteiligungen höher als erwartet.

Nach Abschluss der Bau-, Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen an den Schulen werden die vereinbarten Mieten ausreichen, um die bestehenden finanziellen Verpflichtungen der Gesellschaft zu bedienen und Jahresüberschüsse auszuweisen. Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem leicht steigenden Jahresüberschuss gerechnet.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit und der Konzeption der Gesellschaft sowie der bestehenden langfristigen Verträge mit dem Landkreis Kassel werden bei erwartetem normalem Verlauf keine besonderen Risiken für die Gesellschaft entstehen.

Kassel, 2. November 2017

Udo Umbach

Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	40.653.296,85 €	41.840.869,87 €
Umlaufvermögen	9.493.720,72 €	7.180.586,53 €
Summe Aktiva	**50.147.017,57 €**	**49.021.456,40 €**
Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	10.190.023,82 €	7.903.804,55 €
Rückstellungen	527.064,14 €	556.286,94 €
Verbindlichkeiten	280.277,29 €	278.465,01 €
Rechnungssonderposten	39.149.652,32 €	40.282.899,90 €
Summe Passiva	**50.147.017,57 €**	**49.021.456,40 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	3.754.397,52 €	3.754.397,52 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	36.539,52 €	10.839,94 €
3. Abschreibungen	-1.187.573,02 €	-1.187.782,92 €
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-352.396,80 €	-364.866,02 €
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	1,40 €
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.631.231,16 €	-1.688.959,35 €
7. Erträge aus Beteiligungen	1.803.457,27 €	1.551.027,24 €
8. Sonstige Steuern	-136.974,06 €	-136.974,06 €
9. Jahresergebnis	**2.286.219,27 €**	**1.937.683,75 €**

8.4 Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH

Sitz	Wilhelmshöher Allee 19 - 21 34117 Kassel Tel: 0561/1003-1252 Fax: 0561/1003-1353 E-Mail: Udo-Umbach@landkreiskassel.de
Gründungsdatum	Gegründet 1996 als Westhafen-Haus GmbH, Frankfurt/Main (ohne Beteiligung des Landkreises) Seit 01.10.2009 Erwerb von Gesellschaftsanteilen durch den Landkreis und Umbenennung der Gesellschaft Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Dauer errichtet.
Gesellschaftszweck	Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, an denen der Landkreis Kassel beteiligt ist. Zur Förderung des Gesellschaftszwecks kann die Gesellschaft alle geeigneten Geschäfte betreiben, Zweigniederlassungen errichten, Tochtergesellschaften gründen und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel, HRB 15059
Stammkapital	26.000,00 Euro
Gesellschafter	**Landkreis Kassel, Kassel** **94 %** OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt 6 %
Aufsichtsrat	kein Aufsichtsrat
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Udo Umbach, Naumburg Prokura: Uwe Pietsch, Kassel
Abschlussprüfer	GBZ Revisions- und Treuhand AG, Kassel
Umlage an den Landkreis	keine
Anzahl der Beschäftigten	keine Beschäftigten
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht 2016

A. Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde mit Vertrag vom 22. Februar 1996 errichtet. Durch notariellen Vertrag vom 29. September 2009 hat die bis dahin alleinige Gesellschafterin, die OFB Projektentwicklung-GmbH, Frankfurt, einen 94%igen Anteil am Stammkapital mit Wirkung zum 1. Oktober 2009 an den Landkreis Kassel als neuen Gesellschafter abgetreten. In diesem Zusammenhang hat die Gesellschaft ihren Sitz nach Kassel verlegt und ihren Namen geändert in „Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH".

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, an denen der Landkreis Kassel beteiligt ist.

Aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses vom 19./21. Dezember 2011 hat die Gesellschaft mit Wirkung ab 1. April 2012 zusätzlich zur bereits bestehenden persönlichen Haftung als Komplementärin der Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG (im Folgenden: Projektentwicklungs-KG) die persönliche Haftung als Komplementärin der Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG (im Folgenden: Dritte Projektentwicklungs-KG) übernommen.

B. Wirtschaftsbericht

I. Wirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2016 um preisbereinigt 1,9 % in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld solide gewachsen. Das Wachstum fiel damit sogar geringfügig stärker aus, als in der Herbstprojektion der Bundesregierung vorhergesagt. Die Entwicklung wurde rechnerisch von der Binnennachfrage getragen. Vor allem die staatlichen und privaten Konsumausgaben, aber auch die Bauinvestitionen legten kräftig zu. Das positive Jahresergebnis unterstreicht, dass sich die Konjunktur in Deutschland im Jahresschlussquartal 2016 belebt hat.

Die Gesellschaft selbst beschränkt sich auf die Funktion als Komplementärin der Projektentwicklungs-KG und der Dritte Projektentwicklungs-KG. Aufgrund der Geschäftstätigkeit der beiden KG's und der Konzeption der Gesellschaft sowie der bestehenden grundlegenden Verträge (vor allem der langfristigen Mietverträge) mit dem Landkreis Kassel bleibt die Gesellschaft von den Entwicklungen des wirtschaftlichen Umfeldes weitgehend unberührt. Auch für die kommenden Jahre werden aufgrund der langfristigen vertraglichen Bindungen und bei erwarteter normaler Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftssituation keine besonderen Risiken für die Gesellschaft entstehen.

II. Ertrags- und Kostenentwicklung

Die Erträge der Gesellschaft im Berichtsjahr beschränken sich im Wesentlichen auf die Haftungsrisiko- und Geschäftsführungsvergütung als Komplementärin der Projektentwicklungs-KG und seit 1. April 2012 auch als Komplementärin der Dritte Projektentwicklungs-KG.

Betriebliche Kosten fallen im Wesentlichen in den Bereichen Rechts- und Beratungskosten sowie Abschluss- und Prüfungskosten aufgrund der erforderlichen erweiterten Rechnungslegung und der notwendigen Prüfung an.

III. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 4 erzielt. Die Eigenkapitalquote beträgt 95 %.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auf Ebene der Gesellschaft entfaltet keine wesentliche Aussagekraft.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auf Ebene der Projektentwicklungs-KG und der Dritte Projektentwicklungs-KG ist geordnet und im Rahmen des ÖPP-Gesamtkonzeptes für die Jahre der Laufzeit ausgeglichen.
Für die Gesellschaft entstehen daher voraussichtlich keine Belastungen aus der gesamtschuldnerischen Haftung als Komplementärin.

IV. Investitionen

Investitionen im Rahmen des Gesellschaftszweckes des Gesamtunternehmens wurden auf Ebene der KG's umgesetzt und entfielen vollständig auf Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen an den Schulen.

Die Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen sind weitgehend abgewickelt und abgerechnet, lediglich Gewährleistungs- und Reparaturarbeiten fallen noch an.

V. Finanzierungsmaßnahmen

Auf Ebene der Projektentwicklungs-KG wurde die Zwischenfinanzierung während der Bauzeit durch eine langfristige Finanzierung in Höhe von 48 Mio. € mit einer Zinsbindung von 25 Jahren abgelöst. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft entsprechende Anteile der künftig zu vereinnahmenden Mieten an die finanzierende Bank verkauft und abgetreten (Forfaitierung).

Auf Ebene der Dritte Projektentwicklungs-KG wurde zunächst im Jahr 2010 im Wege der Forfaitierung eine teilweise Ablösung der Zwischenfinanzierung in Höhe von 45,6 Mio. € vorgenommen. Die Ablösung der restlichen Zwischenfinanzierung in Höhe von 14,7 Mio. € erfolgte im Dezember 2012 ebenfalls im Wege der Forfaitierung gegenüber der Deutschen Genossenschaft-Hypothekenbank AG, Hamburg.

VI. Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Chancen- und Risikobericht

I. Risiken

Da der Landkreis Kassel auf Basis langfristiger Verträge Mieter sämtlicher sanierter Schulen ist, besteht hier seitens der jeweiligen Projektentwicklungs-KG als Vermieterin nur ein geringes Risiko auf der Ertragsseite und der Liquidität. Im Hinblick auf die langfristigen Finanzierungsvereinbarungen gestaltet sich die Aufwandsseite planmäßig stabil.

Das Finanzamt Kassel I hat in den Jahren 2011 und 2012 Einheitswertfestsetzungen bezüglich der sanierten Schulen der Projektentwicklungs-KG auf den 1. Januar 2007 bzw. 2008 vorgenommen. Daraufhin haben die jeweiligen Gemeinden Grundbesitzabgabenbescheide für die Jahre ab 2007 gegen die Projektentwicklungs-KG erlassen.

Im Gegensatz zur Gesellschaft sieht das Finanzamt die Voraussetzungen einer Grundsteuerbefreiung nach § 3 Abs. 1 Satz 3 Grundsteuergesetz nicht als gegeben an.
Wegen der grundsätzlichen Bedeutung für sämtliche Schulen, die nach dem ÖPP-Modell saniert wurden, hat die Projektentwicklungs-KG am 17. Juni 2011 Klage vor dem Hessischen Finanzgericht, Kassel, erhoben. Mit Urteil vom 11. Dezember 2014 wurde die Klage abgewiesen. Die Einlegung von Revision beim Bundesfinanzhof erfolgte am 20. Februar 2015. Mit einer abschließenden Entscheidung ist bis zum Ende des Jahres 2017 zu rechnen.

II. Risiken der Projektdurchführung

Alle im Projekt vereinbarten Bau- und Sanierungsmaßnahmen sind abgeschlossen. Aus Mängelbeseitigungen und aus der Gewährleistungsüberwachung werden für die Berichtsgesellschaft keine besonderen Risiken erwartet.

Auf Ebene der Projektentwicklungs-KG und evtl. auch der Dritte Projektentwicklungs-KG kann der unter C. I. dargestellte Prozess Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.
Auf Ebene der Berichtsgesellschaft selbst wurden keine Prozesse geführt, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben könnten.

III. Wesentliche Chancen

Wesentliche Chancen liegen nach den zu relativ günstigen Zinskonditionen durchgeführten langfristigen Umschuldungen auf Ebene der Projektentwicklungs-KG und der Dritte Projektentwicklungs-KG nicht vor.

VII. Beurteilung der Chancen- und Risikosituation

Die Chancen- und Risikosituation hat sich im Vergleich zum vorausgegangenen Geschäftsjahr nicht verändert. Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

C. Prognosebericht

Die Entwicklung des Jahresüberschusses entsprach der Prognose des Vorjahres.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit und der Konzeption der Gesellschaft sowie der bestehenden langfristigen Verträge mit dem Landkreis Kassel werden bei erwartetem normalen Verlauf künftig keine wesentlichen Risiken für die Gesellschaft entstehen.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein positives Jahresergebnis auf dem Niveau des Berichtsjahres erwartet.

Mögliche finanzielle Auswirkungen des Rechtsstreits mit dem Finanzamt Kassel I werden sich auf Ebene der jeweiligen Projektentwicklungs-KG darstellen. Dort wurde entsprechende Vorsorge getroffen.

Kassel, 2. November 2017

Udo Umbach
Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva	Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH	
	31.12.2016	Vorjahr
Forderungen und sonstige Vermögens-gegenstände	4.250,47 €	3.409,23 €
Sonstige Vermögensgegenstände	213,30 €	390,60 €
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	73.636,51 €	72.847,76 €
Summe Aktiva	**78.100,28 €**	**76.647,59 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	74.418,41 €	70.271,89 €
Rückstellungen	3.681,87 €	6.375,70 €
Summe Passiva	**78.100,28 €**	**76.647,59 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH		
	2016	Vorjahr
1. Sonstige betriebliche Erträge	10.250,47 €	9.409,23 €
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.250,47 €	-3.409,23 €
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	14,26 €
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.853,48 €	-1.875,45 €
5. Jahresergebnis	**4.146,52 €**	**4.138,81 €**

8.5 Zweite Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG

Sitz	Wilhelmshöher Allee 19 – 21 34117 Kassel Tel: 0561/1003-1252 Fax: 0561/1003-1353 E-Mail: udo-umbach@landkreiskassel.de
Gründungsdatum	20. Dezember 2006 (Unterschrift des Gesellschaftervertrags) Die Gesellschaft endet mit Erreichung des Gesellschaftszwecks. Dies wird von den Gesellschaftern durch Beschluss festgestellt.
Gesellschaftszweck	Erwerb von Eigentum oder sonstigen grundstücksgleichen Rechten an mit Schulen bebauten Grundstücken des Landkreises Kassel, deren Umbau, Erweiterung und Sanierung mit anschließender Vermietung / Vermarktung, sowie die Beteiligung an Tochtergesellschaften mit ähnlichem Unternehmensgegen-stand. Genehmigungspflichtige Tätigkeiten i.S.d. §34c GewO werden nicht ausgeübt. Eine Verpflichtung zum Erwerb von Grundstücken ist mit dieser Zweckbestimmung nicht verbunden. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Handlungen wahrzunehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks erforderlich sind.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel, HR A 16539
Gezeichnetes Kapital	100.000 €
Gesellschafter	Kommanditist: **Landkreis Kassel 100 %** Persönlich haftende Gesellschafterin: Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH (Komplementärin ohne Kapitaleinlage)
Aufsichtsrat	kein Aufsichtsrat
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Landkreis Kassel als geschäftsführender Kommanditist und die Komplementärin
Abschlussprüfer	GBZ Revisions- und Treuhand AG, Kassel
Umlage an den Landkreis	keine
Anzahl der Beschäftigten	keine Beschäftigten
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht 2016

A. Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde mit Vertrag vom 20. Dezember 2006 errichtet. Mit dem 1. Nachtrag wurden am 13. April 2009 wegen zusätzlicher Baumaßnahmen an der Integrierten Gesamtschule Kaufungen Änderungen zu § 21 des Gesellschaftsvertrages vereinbart.

Der Erwerb von sechs Schulgrundstücken durch die Gesellschaft vom Landkreis Kassel erfolgte auf Grundlage von Erbbaurechtsverträgen vom 6. März 2007. Die Dauer des Erbbaurechts beträgt 40 Jahre. Es bestehen langfristige Mietverträge für sämtliche Schulen mit dem Landkreis Kassel bis zum 28. Februar 2035.

Die Gesellschaft führte im Anschluss an die Einräumung der Erbbaurechte die Sanierung, den Umbau und die Erweiterung der Schulen an sechs Standorten im Landkreis Kassel durch.

Die Bau- und Sanierungsmaßnahmen an den Schulen in Fuldatal, Grebenstein, Baunatal, Bad Karlshafen, Immenhausen und Kaufungen sowie die drei Bauabschnitte der zusätzlich vereinbarten Baumaßnahmen an der IGS Kaufungen („Weiterentwicklung IGS Kaufungen") sind innerhalb der vereinbarten Kosten- und Terminpläne abgeschlossen worden. Zuletzt wurde der 3. Bauabschnitt der „Weiterentwicklung IGS Kaufungen" im Oktober 2012 an den Nutzer übergeben.

Nach Beratung und Beschlussfassung durch den Kreistag des Landkreises Kassel hat die Gesellschafterversammlung am 21. Mai 2013 die Errichtung weiterer acht Klassenräume an der Theodor-Heuss-Schule in Baunatal mit einem geschätzten Investitionsvolumen von rd. 1,8 Mio. Euro beschlossen. Zum Zwecke der Finanzierung des Bauvorhabens wurde mit der Stadt Baunatal ein Darlehensvertrag (ohne Verzinsung) abgeschlossen.
Darüber hinaus bestand zur Realisierung des Bauvorhabens mit der GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt, ein Projektsteuerungsvertrag.
Die Maßnahme wurde in 2014 abgeschlossen. Die abgerechneten Gesamtinvestitionskosten belaufen sich auf 1,66 Mio. Euro. Zur Refinanzierung von Tilgung und Abschreibung zahlt der Landkreis Kassel eine entsprechende Miete.

B. Wirtschaftsbericht

I. Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2016 um preisbereinigt 1,9 % in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld solide gewachsen. Das Wachstum fiel damit sogar geringfügig stärker aus, als in der Herbstprojektion der Bundesregierung vorhergesagt. Die Entwicklung wurde rechnerisch von der Binnennachfrage getragen. Vor allem die staatlichen und privaten Konsumausgaben, aber auch die Bauinvestitionen legten kräftig zu. Das positive Jahresergebnis unterstreicht, dass sich die Konjunktur in Deutschland im Jahresschlussquartal 2016 belebt hat.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit der Zweite Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG (im Folgenden: Gesellschaft) und der Konzeption der Gesellschaft sowie der bestehenden grundlegenden Verträge (vor allem der langfristigen Mietverträge) mit dem Landkreis Kassel ist der geplante Geschäftsverlauf der Gesellschaft mit dessen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage überwiegend eingetreten. Auch für die kommenden Jahre werden aufgrund der langfristigen vertraglichen Bindungen und bei vorausgesetzter normaler Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftssituation keine besonderen Risiken für die Gesellschaft erwartet.

II. Wirtschaftliche Situation

Nach Fertigstellung aller Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen an den o. g. Schulen (ohne „Weiterentwicklung IGS Kaufungen") betrugen die vertraglich vereinbarten Mietzinsansprüche 5.068 T€ jährlich. Diese wurden in Nachträgen zu den bestehenden Mietverträgen festgeschrieben, außerdem wurde die Laufzeit einheitlich bis zum 28. Februar 2035 verlängert.
Nach Fertigstellung des 3. Bauabschnitts (Abbruch des allgemeinen Unterrichtsgebäudes und Neubau eines Zentralgebäudes) wurde die Miete für die „Weiterentwicklung IGS Kaufungen" aufgrund der tatsächlich abgerechneten Gesamtinvestitionskosten vertraglich neu vereinbart.
Die ursprünglich mit 47 T€ veranschlagte Miete konnte auf rd. 42 T€ monatlich ab 1. Januar 2014 reduziert werden.
Der Mietvertragsnachtrag bezüglich der Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule (THS) ist zum 01.01.2015 in Kraft getreten. Der Nachtrag beinhaltet eine monatliche Mietsteigerung um 11 T€ auf 120 T€.

III. Vermögens- und Finanzanlage

	31.12.2016 T€	%	31.12.2015 T€	%	Veränderung T€	%
AKTIVA						
Anlagevermögen	56.527,8	93,5	57.974,9	95,0	-1.447,1	-2,5
Umlaufvermögen						
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,1	0,0	0,8	0,0	-0,7	-87,5
Flüssige Mittel	3.928,1	6,5	3.039,9	5,0	888,2	29,2
Rechnungsabgrenzung	23,5					
	3.951,7	6,5	3.040,7	5,0	887,5	29,2
	60.479,5	**100,0**	**61.015,6**	**100,0**	**-536,1**	**-0,9**
PASSIVA						
Mittel- und langfristige Mittel						
Eigene Mittel	8.620,4	14,3	7.025,8	11,5	1.594,6	22,7
Rechnungsabgrenzung Forfaitierung	48.103,3	79,5	49.692,8	81,4	-1.589,5	-3,2
	56.723,7	93,8	56.718,6	93,0	5,1	0,0
Kurzfristige fremde Mittel						
Rückstellungen	26,4	0,0	548,9	0,9	-522,5	-95,2
Übrige Verbindlichkeiten	1.671,4	2,8	1.770,4	2,9	-99,0	-5,6
Rechnungsabgrenzung Forfaitierung	2.058,0	3,4	1.977,7	3,2	80,3	4,1
	3.755,8	6,2	4.297,0	7,0	-541,2	-12,6
	60.479,5	**100,0**	**61.015,6**	**100,0**	**-536,1**	**-0,9**

Die Vermögenslage ist durch eine Reduzierung der Bilanzsumme um T€ 536,1 auf T€ 60.479,5 gekennzeichnet. Ausschlaggebend für die Verringerung der Bilanzsumme auf der Aktivseite ist der Abgang beim Anlagevermögen bedingt durch die Abschreibungen. Auf der Passivseite konnten insbesondere die Verbindlichkeiten aus der Außenfinanzierung (Rechnungsabgrenzung Forfaitierung) sowie die Rückstellung reduziert werden. Hierbei wurden die Grundsteuerzahlungen für die Vorjahre vollständig gezahlt.

Die Vermögenslage wird konzeptionsbedingt auf der Aktivseite mit 93,5 % der Bilanzsumme durch die sanierten und erweiterten Schulgebäude und auf der Passivseite mit 82,9 % durch Verbindlichkeiten aus der Außenfinanzierung dominiert.

IV. Ertragslage

	2016 TEUR	%	2015 TEUR	%	Veränderung TEUR	%
Umsatzerlöse	5.621,7	100,0	5.621,7	99,9	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,0	4,1	1,1	-4,1	-100,0
Gesamtleistung	**5.621,7**	**100,0**	**5.625,7**	**100,0**	**-4,1**	**-0,1**
Sonstige betriebliche Aufwendungen	332,0	5,9	366,5	6,5	-34,5	-9,4
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.474,2	26,2	1.470,4	26,1	3,8	0,3
Betriebliche Aufwendungen	**1.806,2**	**32,1**	**1.836,9**	**32,7**	**-30,7**	**-1,7**
Betriebsergebnis	**3.815,5**	**67,9**	**3.788,8**	**67,3**	**26,6**	**0,7**
Zinsergebnis	-2.052,5	-36,5	-2.159,7	-38,4	107,2	-5,0
Ergebnis vor Steuer	**1.763,0**	**31,4**	**1.629,2**	**29,0**	**133,8**	**8,2**

Das Ergebnis vor Steuer hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 133,8 auf T€ 1.763,0 verbessert. Dies resultiert überwiegend aus dem geringeren Zinsaufwand aufgrund der geleisteten Tilgungsraten.

V. Investitionen

Es wurden noch Mängelbeseitigungs- und Gewährleistungsansprüche verfolgt. Weitere Investitionen fanden nicht statt.

VI. Finanzierungsmaßnahmen

Während der Bauzeit erfolgte die Zwischenfinanzierung durch die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba), Frankfurt am Main/Erfurt, durch Aufnahme kurzfristiger Darlehen.

Mit Wirkung zum 1. März 2010 wurde die Zwischenfinanzierung durch eine langfristige Finanzierung in Höhe von 56 Mio. € mit einer Zinsbindung von 25 Jahren abgelöst. Die Umschuldung wurde im Wege der Forfaitierung in zwei Tranchen von 29 Mio. € und 27 Mio. € bei zwei Großbanken mit Sitz in Deutschland durchgeführt. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft entsprechende Anteile der künftig zu vereinnahmenden Mieten an die finanzierenden Banken verkauft und abgetreten.

Der Landkreis Kassel hat seinerseits als Mieter auf evtl. Einwendungen und Einreden gegenüber den Mietforderungen verzichtet, so dass im Ergebnis für die Finanzierung relativ günstige, kommunalkreditähnliche Konditionen erzielt werden konnten.

Nach dem gleichen Geschäftsmodell wurde für die teilweise Fremdfinanzierung der Investitionskosten des 3. Bauabschnitts der „Weiterentwicklung IGS Kaufungen" eine Forfaitierung von 5,3 Mio. € (in zwei Tranchen zum 9. September 2011: 2,7 Mio. € und zum 2. April 2012: 2,6 Mio. €) vereinbart. Die Konditionen sind für die gesamte Laufzeit bis zum 31. Februar 2027 fest vereinbart.

Das Regierungspräsidium Kassel als Aufsichtsbehörde hat seine schriftliche Zustimmung zu den Forderungsverkaufsverträgen und der vom Landkreis Kassel abgegebenen Einredeverzichtserklärung erteilt.

Zur Finanzierung der Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule wurde ein Darlehensvertrag in Höhe von bis zu 2 Mio. € (zinslos) mit der Stadt Baunatal abgeschlossen. Tatsächlich in Anspruch genommen wurden 1,66 Mio. Euro. Die Rückzahlung des Darlehens hat in jährlichen Raten von 100.000 € am 1. Juli 2015 begonnen.
Zur Sicherung des Anspruchs der Stadt Baunatal auf Rückzahlung des Darlehens hat sich die Gesellschaft bereit erklärt, ihr zustehende Mietzinsansprüche gegen den Landkreis Kassel bis zur jährlichen Höhe von 100.000 € ab dem Jahr 2015 an die Stadt Baunatal abzutreten.

Der Bestand flüssiger Mittel dient zur Finanzierung zukünftig notwendiger Instandhaltungsmaßnahmen, um einen ordnungsgemäßen Zustand der Schulgebäude nachhaltig zu sichern.
Darüber hinaus wird vom Gesellschafter Landkreis Kassel eine Abführung an ihn erwartet.

VII. Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

C. Chancen- und Risikobericht

I. Risiken

Da der Landkreis Kassel auf Basis langfristiger Verträge Mieter sämtlicher sanierter Schulen ist, besteht hier seitens der Gesellschaft als Vermieterin auf der Ertragsseite nur ein geringes Risiko.

Nach Durchführung der langfristigen Umschuldung sind auch keine Finanzierungsrisiken ersichtlich. Die mit den finanzierenden Banken bzw. der Stadt Baunatal vereinbarten Zahlungspläne sehen eine vollständige Ablösung bis zum 31. Januar 2027, 28. Februar 2035 bzw. 01. Juli 2031 vor. Die zu zahlenden Annuitäten können vollständig aus den vom Landkreis Kassel zu vereinnahmenden Mietzahlungen bedient werden.

II. Risiken der Projektdurchführung

Alle ursprünglich im Projekt vereinbarten Bau- und Sanierungsmaßnahmen sind abgeschlossen. Aus der noch ausstehenden Mängelbeseitigung und aus Gewährleistungsüberwachung werden im Allgemeinen keine Risiken erwartet.
Allerdings sind noch drei Beweissicherungsverfahren zur Klärung vorhandener Mängel (Alu-Außentüren und Türen in den Schulen Immenhausen und Grebenstein, Außendämmung und Fensterbänke der Schule Immenhausen, Feuchtigkeitsschäden in der Schule Grebenstein) anhängig.

Die Finanzämter Kassel I und II haben für alle Schulstandorte Bescheide über den Einheitswert des Grundbesitzes und den Grundsteuermessbetrag für die Jahre 2008 bis 2014 erteilt. Daraufhin haben die jeweiligen Städte und Gemeinden auch entsprechende Grundsteuerbescheide erlassen. Die Finanzämter haben die eingelegten Einsprüche zurückgewiesen. Im Gegensatz zur Gesellschaft sehen die Finanzämter die Voraussetzungen einer Grundsteuerbefreiung nach § 3 Abs. 1 Satz 3 Grundsteuergesetz nicht als gegeben an.
Wegen dieser Problematik hat die nach dem gleichen ÖPP-Modell tätige Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG einen Rechtsstreit gegen das Finanzamt Kassel I geführt. Der Ausgang des noch laufenden Revisionsverfahrens vor dem Bundesfinanzhof bleibt abzuwarten. Mit einer abschließenden Entscheidung ist bis zum Ende des Jahres 2017 zu rechnen.

Eine Bestandsgefährdung ist aber weder für die Gesellschaft noch für deren Komplementärin gegeben.

III. Wesentliche Chancen

Wesentliche Chancen liegen nach der für alle Baumaßnahmen zu relativ günstigen Zinskonditionen durchgeführten langfristigen Umschuldung, dem Abschluss der Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule Baunatal und den damit nur noch statischen Geschäftsaktivitäten nicht mehr vor.

IV. Beurteilung der Chancen- und Risikosituation

Die Chancen- und Risikosituation hat sich im Vergleich zum vorausgegangenen Geschäftsjahr nicht verändert. Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

D. Prognosebericht

Der erwirtschaftete Jahresüberschuss liegt auf dem im Vorjahr prognostizierten Niveau.

Nach Abschluss der bisher im Projekt vereinbarten Bau-, Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen an den Schulen werden die zu erzielenden Mieten ausreichen, um die bestehenden finanziellen Verpflichtungen der Gesellschaft zu bedienen und Jahresüberschüsse auszuweisen.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird erneut mit einem leicht steigenden Jahresüberschuss gerechnet.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit und der Konzeption der Gesellschaft sowie der bestehenden langfristigen Verträge mit dem Landkreis Kassel werden bei erwartetem normalem Verlauf keine über die unter C II. dargestellte Grundsteuerbelastung hinausgehenden Risiken für die Gesellschaft entstehen.

Kassel, 2. November 2017

Udo Umbach
Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Zweite Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	56.527.807,00 €	57.974.902,00 €
Umlaufvermögen	3.951.712,58 €	3.040.697,71 €
Summe Aktiva	**60.479.519,58 €**	**61.015.599,71 €**
Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	8.020.432,32 €	7.025.830,37 €
Rückstellungen	26.442,40 €	548.842,23 €
Verbindlichkeiten	2.271.386,11 €	1.770.423,26 €
Rechnungsabgrenzungsposten	50.161.258,75 €	51.670.503,85 €
Summe Passiva	**60.479.519,58 €**	**61.015.599,71 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Zweite Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	5.621.661,60 €	5.621.661,60 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	4.084,06 €
3. Abschreibungen	-1.474.236,41 €	-1.470.444,36 €
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-332.048,38 €	-366.486,99 €
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	426,46 €
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.052.540,94 €	-2.160.082,53 €
7. Sonstige Steuern	-168.233,92 €	-160.006,97 €
8. Jahresergebnis	**1.594.601,95 €**	**1.469.151,27 €**

8.6 Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH

Sitz	Wilhelmshöher Allee 19 - 21 34117 Kassel Tel: 0561/1003-1252 Fax: 0561/1003-1353 E-Mail: Udo-Umbach@landkreiskassel.de
Gründungsdatum	Gegründet 2006 als DOMJUWEL GmbH, Köln (ohne Beteiligung des Landkreises) und noch im gleichen Jahr Umbenennung der Gesellschaft. Mit Wirkung zum 31.12.2009 Erwerb von Gesellschaftsanteilen durch den Landkreis. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Dauer errichtet.
Gesellschaftszweck	Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung an Handelsgesellschaften, an denen der Landkreis Kassel beteiligt ist.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel, HRB 14195
Stammkapital	25.000,00 Euro
Gesellschafter	**Landkreis Kassel** **94 %** OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt 6 %
Aufsichtsrat	kein Aufsichtsrat
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Udo Umbach, Naumburg Prokura: Uwe Pietsch, Kassel
Abschlussprüfer	GBZ Revisions- und Treuhand AG, Kassel
Umlage an den Landkreis	keine
Anzahl der Beschäftigten	keine Beschäftigten
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht 2016

A. Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde mit Vertrag vom 4. Oktober 2006 gegründet. Nachdem die OFB Projektentwicklung-GmbH, Frankfurt, das Stammkapital in Höhe von 25.000,00 € vollständig übernommen hatte, erfolgte die Sitzverlegung nach Kassel und die Umbenennung der Firma (Amtsgericht Kassel HRB 14195, Eintragung vom 6. Februar 2007).

Durch notariellen Vertrag vom 1. Dezember 2009 hat die OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt, ihren alleinigen Anteil am Stammkapital in Höhe von 25.000,00 € geteilt und einen 94%igen Anteil entsprechend 23.500,00 € mit Wirkung zum 31. Dezember 2009 an den Landkreis Kassel als neuen Gesellschafter verkauft und übertragen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, an denen der Landkreis Kassel beteiligt ist. Die Gesellschaft ist Komplementärin der Zweite Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG (im Folgenden: Zweite Projektentwicklungs-KG), Kassel.

B. Wirtschaftsbericht

I. Wirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2016 um preisbereinigt 1,9 % in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld solide gewachsen. Das Wachstum fiel damit sogar geringfügig stärker aus, als in der Herbstprojektion der Bundesregierung vorhergesagt. Die Entwicklung wurde rechnerisch von der Binnennachfrage getragen. Vor allem die staatlichen und privaten Konsumausgaben, aber auch die Bauinvestitionen legten kräftig zu. Das positive Jahresergebnis unterstreicht, dass sich die Konjunktur in Deutschland im Jahresschlussquartal 2016 belebt hat.

Die Gesellschaft selbst beschränkt sich auf die Funktion als Komplementärin der Zweite Projektentwicklungs-GmbH. Aufgrund der Geschäftstätigkeit der Zweite Projektentwicklungs-KG und der Konzeption der Gesellschaft sowie der bestehenden grundlegenden Verträge (vor allem der langfristigen Mietverträge) mit dem Landkreis Kassel bleibt die Gesellschaft von den Entwicklungen des wirtschaftlichen Umfeldes weitgehend unberührt. Auch für die kommenden Jahre werden aufgrund der langfristigen vertraglichen Bindungen und bei erwarteter normaler Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftssituation keine besonderen Risiken für die Gesellschaft entstehen.

II. Ertrags- und Kostenentwicklung

Die Erträge der Gesellschaft beschränken sich im Wesentlichen auf die Haftungsrisiko- und Geschäftsführungsvergütung als Komplementärin der Zweite Projektentwicklungs-KG.

Betriebliche Kosten fallen im Wesentlichen in den Bereichen Rechts- und Beratungskosten sowie Abschluss- und Prüfungskosten aufgrund der erforderlichen erweiterten Rechnungslegung und der notwendigen Prüfung an.

III. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 3 erzielt. Die Eigenkapitalquote beträgt 93 %.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auf Ebene der Gesellschaft entfaltet keine wesentliche Aussagekraft.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auf Ebene der Zweite Projektentwicklungs-KG ist geordnet und im Rahmen des ÖPP-Gesamtkonzeptes für die Jahre der Laufzeit ausgeglichen.

Für die Gesellschaft entstehen daher keine Belastungen aus der gesamtschuldnerischen Haftung als Komplementärin der Zweite Projektentwicklungs-KG.

IV. Investitionen

Investitionen im Rahmen des Gesellschaftszweckes des Gesamtunternehmens werden auf Ebene der Zweite Projektentwicklungs-KG umgesetzt und entfallen vollständig auf Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen an den Schulen.

V. Finanzierungsmaßnahmen

Auf Ebene der Zweite Projektentwicklungs-KG wurde die Zwischenfinanzierung während der Bauzeit durch eine langfristige Finanzierung in Höhe von 56 Mio. € mit einer Zinsbindung von 25 Jahren abgelöst.

Die langfristige Finanzierung erfolgte im Wege der Forfaitierung zum 1. März 2010 in zwei Tranchen von 29 und 27 Mio. € bei zwei Großbanken mit Sitz in Deutschland.

Auf Ebene der Zweite Projektentwicklungs-KG wurde am 18./22.08.2011 zur restlichen Finanzierung des 3. Bauabschnitts der „Weiterentwicklung IGS Kaufungen" ein Forderungskaufvertrag in Höhe von 5,3 Mio. Euro mit der HypoVereinsbank/UniCredit Bank AG, München, abgeschlossen. Eine Belastung für die Berichtsgesellschaft entsteht hierdurch nicht. Gleiches gilt für einen zur Mitfinanzierung der Theodor-Heuss-Schule Baunatal mit der Stadt Baunatal abgeschlossenen Darlehensvertrag über 1,66 Mio. Euro.

VI. Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

C. Chancen- und Risikobericht

I. Risiken

Da der Landkreis Kassel auf Basis langfristiger Verträge Mieter sämtlicher sanierter Schulen ist, besteht hier seitens der Zweite Projektentwicklungs-KG als Vermieterin nur ein geringes Risiko auf der Ertragsseite und der Liquidität. Im Hinblick auf die langfristigen Finanzierungsvereinbarungen gestaltet sich die Aufwandsseite planmäßig stabil.

Das Finanzamt Kassel I hat in den Jahren 2011 und 2012 gegenüber der nach dem gleichen ÖPP-Modell tätigen Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG (im Folgenden: Projektentwicklungs-KG) Einheitswertfestsetzungen bezüglich der durch diese Gesellschaft sanierten Schulen vorgenommen. Daraufhin haben die jeweiligen Gemeinden Grundsteuerbescheide für die Jahre ab 2007 gegen die Projektentwicklungs-KG erlassen.
Auch gegen die nach dem gleichen ÖPP-Modell tätige Zweite Projektentwicklungs-KG wurden inzwischen vom zuständigen Finanzamt Einheitswertfestsetzungen vorgenommen und nachfolgend von den für die jeweiligen Schulstandorte zuständigen Gemeinden Grundsteuerbescheide erstellt.

Im Gegensatz zur Gesellschaft sieht das Finanzamt die Voraussetzungen einer Grundsteuerbefreiung nach § 3 Abs. 1 Satz 3 Grundsteuergesetz nicht als gegeben an.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung für sämtliche Schulen, die nach dem ÖPP-Modell saniert wurden, hat die Projektentwicklungs-KG am 17. Juni 2011 Klage vor dem Hessischen Finanzgericht, Kassel, erhoben. Mit Urteil vom 11. Dezember 2014 wurde die Klage abgewiesen. Die Einlegung von Revision beim Bundesfinanzhof erfolgte am 20. Februar 2015.

Selbst für den Fall des endgültigen Unterliegens in diesem Rechtsstreit würden die Auswirkungen der Grundsteuerbescheide die jeweilige Projektentwicklungs-KG, nicht jedoch die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Berichtsgesellschaft berühren.

II. Risiken der Projektdurchführung

Aus den bereits abgeschlossenen Bau- und Sanierungsmaßnahmen sind keine besonderen Risiken für die Berichtsgesellschaft zu erwarten,
Prozesse, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben könnten, wurden auf Ebene der Berichtsgesellschaft im Jahr 2016 nicht geführt.

III. Wesentliche Chancen

Wesentliche Chancen liegen nach der zu relativ günstigen Zinskonditionen durchgeführten langfristigen Umschuldung nicht mehr vor.

IV. Beurteilung der Chancen- und Risikosituation

Die Chancen- und Risikosituation hat sich im Vergleich zum vorausgegangenen Geschäftsjahr nicht verändert. Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

D. Prognosebericht

Der im Vorjahr prognostizierte Jahresüberschuss ist so eingetreten.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit und der Konzeption der Gesellschaft sowie der bestehenden langfristigen Verträge mit dem Landkreis Kassel werden bei erwartetem normalen Verlauf keine Risiken für die Gesellschaft entstehen.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein positives Jahresergebnis auf dem Niveau des Berichtsjahres erwartet.

Kassel, 2. November 2017

Udo Umbach
Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH**	
	31.12.2016	Vorjahr
Forderungen und sonstige Vermögens-gegenstände	4.402,95 €	3.440,10 €
Sonstige Vermögensgegenstände	18,00 €	0,00 €
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	54.597,90 €	55.404,52 €
Summe Aktiva	**59.018,85 €**	**58.844,62 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	55.362,00 €	52.591,87 €
Rückstellungen	3.656,85 €	6.252,75 €
Summe Passiva	**59.018,85 €**	**58.844,62 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH		
	2016	Vorjahr
1. Sonstige betriebliche Erträge	8.402,95 €	7.440,10 €
2. Personalaufwand	0,00 €	-48,20 €
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.402,95 €	-3.391,90 €
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	10,34 €
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.229,87 €	-634,07 €
6. Jahresergebnis	**2.770,13 €**	**3.376,27 €**

8.7 Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co Schulen Landkreis Kassel KG

Sitz	Wilhelmshöher Allee 19 - 21 34117 Kassel Tel: 0561/1003-1252 Fax: 0561/1003-1353 E-Mail: udo-umbach@landkreiskassel.de
Gründungsdatum	02.01.2008 (Unterschrift des Gesellschaftervertrags). Die Gesellschaft ist für unbestimmte Zeit eingegangen.
Gesellschaftszweck	Gegenstand des Unternehmens ist das Halten von Eigentum oder sonstigen grundstücksgleichen Rechten an mit Schulen bebauten Grundstücken des Landkreises Kassel sowie deren Vermietung an den Landkreis. Genehmigungspflichtige Tätigkeiten im Sinne des § 34 c GewO werden nicht ausgeübt. Eine Verpflichtung zum Erwerb von Grundstücken ist mit dieser Zweckbestimmung nicht verbunden. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Handlungen wahrzunehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks erforderlich sind. Sie kann sich an anderen Gesellschaften des Landkreises beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
Handelsregister	Amtsgericht Kassel, HRA 16686
Gezeichnetes Kapital	100.000,00 €
Gesellschafter	Kommanditisten: **Landkreis Kassel** **94 %** OFB Projektentwicklungs GmbH 6 % Persönlich haftende Gesellschafterin: Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH (Komplementärin ohne Kapitaleinlage)
Aufsichtsrat	kein Aufsichtsrat
Beirat	kein Beirat
Geschäftsführung	Landkreis Kassel als geschäftsführender Kommanditist und die Komplementärin
Abschlussprüfer	GBZ Revisions- und Treuhand AG, Kassel
Umlage an den Landkreis	keine
Anzahl der Beschäftigten	keine Beschäftigten
Sonstiges	Die Voraussetzungen nach § 121 Abs. 1 HGO werden erfüllt. Der öffentliche Zweck rechtfertigt die Betätigung (siehe auch Gegenstand der Gesellschaft). Es besteht ein angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises.

Lagebericht 2016

A. Grundlagen der Gesellschaft

Die Kommanditisten sind die Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG mit einer Einlage von 94.000 € und die OFB Projektentwicklung GmbH mit einer Einlage von 6.000 €. Alleinige Komplementärin ist die Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH ohne eigenen Kapitalanteil. Zum Unternehmensgegenstand der Gesellschaft gehört die Sanierung, Erweiterung und der teilweise Neubau von Schulen des Landkreises Kassel an folgenden Standorten:

- Gustav-Heinemann-Schule in Hofgeismar
- Albert-Schweitzer-Schule in Hofgeismar
- Herwig-Blankertz-Schule mit Standorten in Hofgeismar und Wolfhagen (ehemalige Pommernkaserne)
- Söhre-Schule in Lohfelden

Das Gelände für die Herwig-Blankertz-Schule in der ehemaligen Pommernkaserne wurde durch Kaufvertrag vom 21. Februar 2008 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erworben. Für die übrigen Schulstandorte räumte der Landkreis Kassel der Projektgesellschaft mit Verträgen vom 7. April 2008 jeweils Erbbaurechte für die Dauer von 35 Jahren ein.

Sodann hat der Landkreis die sanierten Schulen bis zum 30.06.2035 von der Gesellschaft angemietet.

B. Wirtschaftsbericht

I. Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2016 um preisbereinigt 1,9 % in einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld solide gewachsen. Das Wachstum fiel damit sogar geringfügig stärker aus, als in der Herbstprojektion der Bundesregierung vorhergesagt. Die Entwicklung wurde rechnerisch von der Binnennachfrage getragen. Vor allem die staatlichen und privaten Konsumausgaben, aber auch die Bauinvestitionen legten kräftig zu. Das positive Jahresergebnis unterstreicht, dass sich die Konjunktur in Deutschland im Jahresschlussquartal 2016 belebt hat.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit der Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG (im Folgenden: Gesellschaft) und der Konzeption der Gesellschaft sowie der bestehenden grundlegenden Verträge (vor allem der langfristigen Mietverträge) mit dem Landkreis Kassel ist der geplante Geschäftsverlauf der Gesellschaft mit dessen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage überwiegend eingetreten. Auch für die kommenden Jahre werden aufgrund der langfristigen

vertraglichen Bindungen und bei vorausgesetzter normaler Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftssituation keine besonderen Risiken für die Gesellschaft erwartet.

II. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Situation

Die Entwicklung der Gesellschaft sowie der Geschäftsverlauf können weiterhin als positiv beurteilt werden.

III. Vermögens- und Finanzanlage

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
AKTIVA						
Anlagevermögen	56.475,0	92,0	58.041,7	94,8	-1.566,7	-2,7
Umlaufvermögen						
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,3	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0
Flüssige Mittel	4.920,7	8,0	3.172,8	5,2	1.747,9	55,1
	4.921,0	8,0	3.173,1	5,2	1.747,9	55,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1,7	0,0	1,7	0,0	0,0	0,0
	61.397,8	**100,0**	**61.216,5**	**100,0**	**181,2**	**0,3**
PASSIVA						
Mittel- und langfristige Mittel						
Eigene Mittel	10.804,0	17,5	8.885,3	14,4	1.918,7	21,6
Rechnungsabgrenzung Fortfaitierung	48.033,6	78,2	49.686,0	81,2	-1.652,4	-3,3
	58.837,6	95,8	58.571,3	95,7	266,3	**0,5**
Kurzfristige fremde Mittel						
Sonderposten mit Rücklageanteil	19,7	0,0	20,2	0,0	-0,5	-2,5
Rückstellungen	155,4	0,3	517,9	0,8	-362,5	-70,0
Rechnungsabgrenzung Fortfaitierung	2.087,0	3,4	2.021,2	3,3	65,8	3,3
Übrige Verbindlichkeiten	298,1	0,5	85,9	0,1	212,2	247,0
	2.560,2	4,2	2.645,2	4,3	-85,0	-3,2
	61.397,8	**100,0**	**61.216,5**	**100,0**	**181,3**	**0,3**

Die Bilanzsumme ist um T€ 181,3 auf T€ 61.397,8 gestiegen. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen (Sachanlagen) nach Verrechnung von Abschreibungen verringert. Auf der Passivseite machen sich bei den eigenen Mitteln der Jahresüberschuss und die Darlehensrückzahlungen (Rechnungsabgrenzung Forfaitierung) bemerkbar.

Die Vermögenslage wird konzeptionsbedingt auf der Aktivseite mit 92,0 % der Bilanzsumme durch die sanierten und erweiterten Schulgebäude und auf der Passivseite mit 81,6 % durch die Rechnungsabgrenzung Forfaitierung dominiert.

IV. Ertragslage

	2016	%	2015	%	Veränderung TEUR	%
Umsatzerlöse	**5.691,8**	**100,0**	**5.581,6**	**98,8**	**110,2**	**2,0**
Sonstige betriebliche Erträge	0,4	**0,0**	68,9	**0,0**	**-68,5**	**-99,4**
Gesamtleistung	**5.692,2**	**100,0**	**5.650,5**	**100,0**	**41,7**	**0,7**
Sonstige betriebliche Aufwendungen	376,1	6,6	537,6	9,5	-161,5	-30,0
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.566,7	27,5	1.583,2	28,0	-16,5	-1,0
Betriebliche Aufwendungen	**1.942,8**	**34,1**	**2.120,8**	**37,5**	**-178,0**	**-8,4**
Betriebsergebnis	**3.749,4**	**65,9**	**3.529,7**	**62,5**	**219,7**	**6,2**
Zinsergebnis	-1.684,9	-29,6	-1.748,4	-30,9	63,5	-3,6
Ergebnis vor Steuern	**2.064,5**	**36,3**	**1.781,3**	**31,5**	**283,2**	**15,9**

Das Ergebnis vor Steuern hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 283,2 auf T€ 2.064,5 erhöht, was hauptsächlich auf die geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurückzuführen ist.

V. Investitionen

Derzeit werden noch Mängelbeseitigungs- und Gewährleistungsarbeiten vertragsgemäß abgewickelt. Weitere Investitionen sind nicht geplant.

VI. Finanzierungsmaßnahmen

Die notwendige Fremdfinanzierung der Gesamtinvestitionskosten erfolgte noch vor Abschluss aller Baumaßnahmen in Höhe von 45,6 Mio. € am 1. Juli 2010. Wie auch in den anderen ÖPP-Modellen wurde die langfristige Finanzierung wiederum im Wege der Forfaitierung mit langfristiger Zinsbindung gewählt. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft entsprechende Anteile der künftig zu vereinnahmenden Mieten an die finanzierende Bank verkauft und abgetreten. Der Landkreis Kassel hat seinerseits als Mieter auf eventuelle Einwendungen und Einreden gegenüber den Mietforderungen verzichtet, so dass im Ergebnis für die Finanzierung kommunalkreditähnliche Konditionen erzielt werden konnten.
Die restliche Fremdfinanzierung erfolgte im Dezember 2012 in Höhe von 14,7 Mio. € wiederum im Wege der Forfaitierung.

Der Bestand flüssiger Mittel dient zur Finanzierung zukünftig notwendiger Instandhaltungsmaßnahmen, um einen ordnungsgemäßen Zustand der Schulgebäude nachhaltig zu sichern.

VII. Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

C. Chancen- und Risikobericht

I. Risiken

Da der Landkreis Kassel auf Basis langfristiger Verträge Mieter sämtlicher sanierter Schulen ist, besteht hier seitens der Gesellschaft als Vermieterin auf der Ertragsseite nur ein geringes Risiko.

Nach Durchführung der langfristigen Umschuldung sind auch keine Finanzierungsrisiken ersichtlich. Die mit den finanzierenden Banken vereinbarten Zahlungspläne sehen eine vollständige Ablösung bis zum 30. Dezember 2032 bzw. bis zum 30. Juni 2035 vor. Die monatlich zu zahlenden Annuitäten können vollständig aus den vom Landkreis Kassel zu vereinnahmenden Mietzahlungen bedient werden.

II. Risiken der Projektdurchführung

Alle im Projekt vereinbarten Bau- und Sanierungsmaßnahmen sind abgeschlossen. Nach der Gewährleistungsüberwachung bestehen allerdings noch Mängelbeseitigungsansprüche. Nach Durchführung eines Beweissicherungsverfahrens wurde bezüglich von Mängeln in der Herwig-Blankertz-Schule Wolfhagen Klage erhoben. Wegen Fassadenmängeln in der Gustav-Heinemann-Schule Hofgeismar läuft noch ein Beweissicherungsverfahren.

Die zuständigen Finanzämter Kassel I und II haben für die fünf Schulstandorte der Berichtsgesellschaft Bescheide über den Einheitswert des Grundbesitzes und den Grundsteuermessbetrag auf den 1. Januar 2009 erlassen. Die Finanzämter vertreten die Auffassung, dass die Voraussetzungen einer Grundsteuerbefreiung nach § 3 Abs. 1 Satz 3 Grundsteuergesetz für die Berichtsgesellschaft nicht gegeben seien.
Wegen dieser grundsätzlichen Frage war bereits ein Rechtsstreit der nach dem gleichen ÖPP-Modell tätigen Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG vor dem Finanzgericht Kassel anhängig. Nach Abweisung der Klage läuft zurzeit ein Revisionsverfahren vor dem Bundefinanzhof. Mit einer abschließenden Entscheidung ist bis zum Endes des Jahres 2017 zu rechnen.

Eine Bestandsgefährdung ist jedoch weder für die Gesellschaft noch für deren Komplementärin gegeben.

Eine Besonderheit besteht hinsichtlich des Grundstücks der Pommernanlage in Wolfhagen. Da die Gesellschaft in diesem Fall nicht Erbbauberechtigte, sondern unmittelbare Eigentümerin des gesamten Grundstücks ist, kann hier die Grundsteuerbefreiung nach § 3 Abs. 1 Satz 3 Grundsteuergesetz nicht in Anspruch genommen werden. Es soll daher geprüft werden, ob ein Verkauf des Schulgrundstücks an den Landkreis für die Berichtsgesellschaft vorteilhaft wäre.

III. Wesentliche Chancen

Wesentliche Chancen ergeben sich nach der zu relativ günstigen Zinskonditionen durchgeführten langfristigen Umschuldung nicht mehr.

In der Pommernanlage wurden zehn Gebäude an den Landkreis Kassel zum Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge vermietet.

IV. Beurteilung der Chancen- und Risikosituation

Die Chancen- und Risikosituation hat sich im Vergleich zum vorausgegangenen Geschäftsjahr nicht verändert. Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

D. Prognosebericht

Der erwirtschaftete Jahresüberschuss von T€ 1.919, als Hauptkennzahl für die Unternehmenssteuerung, liegt aufgrund von gestiegen Umsatzerlösen sowie geringerer sonstigen betrieblichen Aufwendungen über dem prognostizierten Niveau.

Nach Abschluss der Bau-, Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen an den Schulen werden die zu erzielenden Mieten ausreichen, um die bestehenden finanziellen Verpflichtungen der Gesellschaft zu bedienen und Jahresüberschüsse auszuweisen.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem leicht steigenden Jahresüberschuss gerechnet.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit und der Konzeption der Gesellschaft sowie der bestehenden langfristigen Verträge mit dem Landkreis Kassel werden bei erwarteten normalem Verlauf keine über die unter C. II. dargestellte mögliche Grundsteuerbelastung hinausgehenden Risiken für die Gesellschaft entstehen.

Kassel, 2. November 2017

Udo Umbach
Geschäftsführer

Schlussbilanz 2016

Aktiva	**Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG**	
	31.12.2016	Vorjahr
Anlagevermögen	56.474.993,21 €	58.041.675,21 €
Umlaufvermögen	4.921.037,92 €	3.173.124,30 €
Rechnungsabgrenzungsposten	28.336,88 €	1.740,30 €
Summe Aktiva	**61.424.368,01 €**	**61.216.539,81 €**

Passiva		
	31.12.2016	Vorjahr
Eigenkapital	10.803.898,13 €	8.885.326,57 €
Rückstellungen	155.422,18 €	517.907,47 €
Verbindlichkeiten	298.141,24 €	85.880,12 €
Rechnungsabgrenzungsposten	50.147.175,32 €	51.707.246,07 €
Sonderposten mit Rücklagenanteil	19.731,14 €	20.179,58 €
Summe Passiva	**61.424.368,01 €**	**61.216.539,81 €**

Gewinn- und Verlustrechnung 2016

Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG		
	2016	Vorjahr
1. Umsatzerlöse	5.691.799,44 €	5.581.609,44 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	448,44 €	68.882,98 €
3. Abschreibungen	-1.566.682,00 €	-1.583.198,00 €
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	-376.114,16 €	-537.642,62 €
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	284,75 €	580,02 €
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.685.225,05 €	-1.748.955,19 €
7. sonstige Steuern	-145.939,86 €	-131.247,65 €
8. Jahresergebnis	**1.918.571,56 €**	**1.650.028,98 €**

9 Bürgschaften

9.1 Bürgschaften Stand: 31.12.2016

Zusammenstellung nach Bürgschaftsnehmern

Bürgschaftsnehmer	Bürgschafts-höhe in EUR	Zweck	KT- Be-schluss
Arbeitsförderungsgesellschaft AGIL	**1.124.842,21**	Erwerb/Ausbau Kleiderfabrik Wolfhagen	12.11.1998
GVZ Projektgesellschaft	**1.644.907,22**	Neubau KV-Terminal im Güterverkehrszentrum	02.11.2001 11.12.2003 04.11.2010
Nahwärmeversorgung Immenhausen	**200.000,00**	Bau einer Holzhackschnitzelfeuerungsanlage	14.12.2001
Verein für Körper- und Mehrfach-behinderte Hofgeismar e. V.	**200.000,00**	Beseitigung von Liquiditätsproblemen	18.04.2002
Regionalbahn Kassel GmbH	**32.262.301,86**	Finanzierung von 8 RegioTram-Fahrzeugen Finanzierung von 10 RegioTram-Fahrzeugen	12.06.2001 13.12.2001
Planungs- und Betriebs GmbH (ehem. Nahwärmeversorgung Naumburg)	**6.764.000,00**	Nutzung von regenerativen Energien **Projekt 1** Nutzung von regenerativen Energien **Projekt 2**	10.11.2005 15.12.2006
Gesundheit Nordhessen Holding AG (Anteil des Kreises 7,5 %)	**nicht bezifferbar**	Sicherstellung der betrieblichen Alters-versorgung der Mitarbeiter/innen im Unter-nehmensverbund der GNH	29.06.2007
Projektentwicklungs-GmbH & Co. Land-ratsamt Kassel KG	**19.920.000,00**	Sicherheit zur Umschuldung der Verbind-lichkeiten zu Kommunalkreditkonditionen	19.06.2008
EAM GmbH & Co. KG	**26.512.170,44**	Kreditaufnahme zur Finanzierung des Er-werbs sämtlicher E.ON-Mitte Aktien im Zuge der Rekommunalisierung der EAM	05.12.2013 01.10.2014 08.10.2015

Summe: **88.628.221,73**